Donnerstag, 13. Februar 1986 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11. Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10-15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 37 - 7.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,30 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Haiti: In der Übergangsregierung gibt es Befürchtungen über eine Infiltration des Landes durch kubanische Guerrilla-Einheiten. (S. 5)

Festnahmen: Bei einer Großrazzia hat die französische Sicherheitspolizei im Zusammenhang mit der jüngsten Attentatserie 50 Personen aus Nahost festgenommen. (S. 2)

Golfkrieg: Die arabischen Länder dringen angesichts der Eskalation im Golfkrieg bei den westeuropäischen Ländern verstärkt darauf, ihre Beziehungen zu Iran zu nutzen, um Teheran an den Verhandlungstisch zu bringen. Die Arabische Liga teilte mit, zur Zeit gebe es entsprechende Sondierungen in den meisten Hauptstädten der EG-Länder. Die arabischen Botschafter berieten in Bonn über eine Erklärung zum Golfkrieg.

Deportiert: Der litauische Priester Matulionis ist nach Sibirien deportiert worden. Er war in einem „Untergrund"-Seminar ausgebildet worden.

Neue Heimat: Die Bundesregierung hat eine finanzielle Unterstützung des gewerkschaftseigenen Unternehmens entschieden abgelehnt. Das Kabinett war sich nach den Worten von Regierungssprecher Ost darin einig, daß der DGB für das Schicksal der Neuen Heimat verantwortlich sei. Zur Sanierung des Gewerkschaftskonzerns würden keine Bundesmittel bereitgestellt.

Verteidigung: Für die rasche Entwicklung eines europäischen nichtatomaren Verteidigungssystems hat sich Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner ausgesprochen. (S. 12)

Laser: Für den Aufbau einer eigenen französischen Raketenabwehr hat sich eine Studienkommission des französischen Verteidigungsministeriums ausgesprochen. Dabei setzten die Experten weniger auf Anti-Raketen-Raketen, die gegnerische Flugkörper während ihrer ballistischen Phase zerstören sollen, sondern auf neue Waffen, die bereits während der Antriebsphase angreifen.

Exklusiv in der WELT

SERIE PHILIPPINEN

Auf den Philippinen tobt ein Machtkampf zwischen Marcos und der Opposition. Kommunistische Rebellen kontrollieren 20 Prozent des Staatsgebiets. Welche Risiken ergeben sich für die US-Basen? Eine Serie von heute an in der WELT. Seite 7

BARSCHELS WARNUNG AN DIE ARD

Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel sieht das ZDF gefährdet, falls die ARD ihre Dritten Programme bundesweit verbreitet. In einem Beitrag für die WELT warnt Barschel vor den Folgen einer „ungeordneten Konkurrenz um die besten Reichweiten". Seite 6

GRUNDIG IM AUFWIND

Unter der Führung von Hermanus Koenig wurde die Firma Grundig binnen zwei Jahren neu formiert – mit großem Erfolg. Ein Porträt des Konzernschefs. Seite 14

WIRTSCHAFT

Constructa '86: Als zukunftsträchtigen Markt hat Bundesbauminister Schneider die Renovierung und Modernisierung der Bausubstanz bezeichnet. (S. 13)

US-Defizit: Nach einer Umfrage, die das „Wall-Street-Journal" durchgeführt hat, halten nur 31 Prozent der Amerikaner die Haushaltsdefizite, die in den vergangenen Jahren mit jeweils mehr als 200 Milliarden Dollar zu Buche schlugen, für ein nationales Problem. Zwar fühlt sich die große Mehrheit nicht ganz wohl angesichts dieser gewaltigen Zahlen, zu schmerzhaften Eingriffen ist sie jedoch nicht bereit. Allerdings sind alle Amerikaner für weitere Kürzungen der Bundesausgaben.

Verschuldung: Die IWF-Haltung gegen Peru verhärtet sich. Eine Warnung hat das Direktorium des Internationalen Währungsfonds Präsident Garcia ins Haus geschickt. Danach verliert Peru das Recht, Kredite zu ziehen, wenn nicht bis Mitte April überfällige Zahlungen in Höhe von 75 Millionen Dollar eingegangen sind. Aufgelaufen sind Rückstände seit September. Die Aktion gegen Peru ist harscher ausgefallen als erwartet. Garcia sollte auf seine Pflichten hingewiesen werden.

Börse: Die deutschen Aktienmärkte schlossen gestern bei eher schwächeren Gesamteindruck erneut uneinheitlich. Auf dem Rentenmarkt hielt sich die freundliche Stimmung. WELT-Aktienindex 284,59 (283,99). BHF Rentenindex 105,485 (105,466). BHF Performance Index 101,089 (101,402). Dollarmittelkurs 2,3805 (2,3789) Mark. Goldpreis je Feinunze 337,25 (335,80) Dollar.

KULTUR

„Blaubart": Hellmuth Matiaseks Inszenierung am Münchner Gärtnerplatz hinterließ Zweifel, Offenbachs Musik klang bei der Premiere noch etwas struppig. (S. 20)

Kapitol: *Die Wände stehen nicht mehr lotrecht, der Glockenturm neigt sich zur Seite, und die Fundamente sinken ab. Verfallserscheinungen in Rom.* (S. 20)

SPORT

Ski Alpin: Markus Wasmeier (Schliersee) und Regina Mösenlechner (Inzell) gewannen die Abfahrtstitel bei den Deutschen Meisterschaften in Todtnau (Schwarzwald). (S. 11)

Tennis: Wolfgang Popp (130. der Weltrangliste) kritisierte beim Turnier in Boca West (Florida) Wimbledonsieger Becker: „Mit ihm will derzeit keiner Doppel spielen." (S. 11)

AUS ALLER WELT

Gesundheit: Die Zulassung von Arzneimitteln und ihre Überprüfung auf mögliche schädliche Nebenwirkungen will das Bundesgesundheitsamt in Berlin beschleunigen. Dem Amt sind 57 neue Stellen bewilligt worden, so daß die Untersuchungen forciert werden können. (S. 22)

Schnee: Ein Chaos haben die stärksten Schneefälle seit dem Katastrophenwinter von 1929 in Österreich verursacht. Die Niederschläge hatten seit Samstag einen Meter Schnee gebracht. Zahlreiche Gehöfte mußten auch gestern noch mit Hubschraubern versorgt werden. (S. 22)

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

Heute entscheidet sich das Schicksal von Intendant Loewe

Auch die Bundes-CDU sucht nach einer Lösung der Probleme beim SFB

hrk./fac. **Berlin/Bonn**

Das spektakulärste personalpolitische Ereignis in der Nachkriegsgeschichte des deutschen Rundfunks steht heute vormittag in Berlin bevor. Erstmals wird ein Rundfunkrat über die Abwahl eines Intendanten entscheiden: Es geht um die mögliche Ablösung von Lothar Loewe, der seit 1. März 1983 den Sender Freies Berlin (SFB) leitet und dessen Amtsführung wiederholt zu Auseinandersetzungen im Hause und in der Öffentlichkeit geführt hat.

Ein Tag vor der geheimen Abstimmung zeichnete sich gestern ein Vorstoß aus der Mitte des Rundfunkrats ab, den Berliner Senatssprecher Winfried Fest als Nachfolger zu gewinnen. Eine Gruppe von „Grauen" – sie stellen mit 23 Mitgliedern die Mehrheit der 31 Rundfunkräte – will dem Vernehmen nach Fest selbst aufsuchen und ihn bitten, einer Kandidatur zuzustimmen.

Weder Fests Dienstherr, der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen, noch CDU-Generalsekretär Klaus Landowsky wünschen dem Vernehmen nach eine solche Lösung. Diepgen selbst besitzt ein verständliches und dringendes Interesse daran, angesichts der für ihn außerordentlich schwierigen politischen Situation seinen Berater nicht zu verlieren. Landowsky wiederum hält Fest anscheinend nicht für „hart" genug. In der CDU-Bundeszentrale befürchtet man, Fest könne zu parteifern agieren. Dort wird eher der Lösung zugeneigt, RIAS-Intendant Peter Schiwy („Unser Traumkandidat") zu präsentieren und den RIAS künftig vom heutigen NDR-Programmdirektor Olaf von Wrangel führen zu lassen.

Die „Grauen" im Rundfunkrat wollen sich angesichts des Machtverfalls von Loewe aber nicht länger hinhalten lassen. Für Fest gäbe es eine sichere Zweidrittel-Mehrheit, da er bis ins linke Spektrum hinein Stimmen bekäme. Wenige Stunden vor der Abstimmung über den Abwahlantrag werden intern Rechnungen aufgemacht, die eine relative Mehrheit für die Abwahl von 12 gegen 10 Stimmen bei etwa vier Enthaltungen sehen. Wie immer die Wahl jedoch ausgeht – Loewes Plan, bereits am 17. Februar auf einer weiteren Sitzung seinen Chefredakteurs-Wunschkandidaten Jürgen Engert durchzubringen, dürfte scheitern. Loewes Gegner können jederzeit durch Auszug aus der Sitzung oder Nichterscheinen das Gremium beschlußunfähig machen. Dies ist bereits intern angedroht worden.

Wie ernst die Bundes-CDU die Vorgänge im SFB nimmt, zeigt sich in der Tatsache, daß es in den vergangenen Wochen mehrmals Gespräche zwischen Berlin und dem CDU-Vorsitzenden Bundeskanzler Kohl gegeben hat. In der Union wurden auch Alternativ-Modelle diskutiert. In diese Überlegungen wurde der NDR einbezogen, in dem die CDU gewisse Personal-Reserven hat. Ferner wurde der Name des Chefredakteurs von ARD-Aktuell, Edmund Gruber, genannt. Gruber hatte sich bereits einmal um den Intendantenposten beim SFB bemüht.

Für die CDU ist in diesem Jahr das Problem Berlin der zweite neuralgische Punkt ihrer Medienpolitik. Die Erwartungen, die sie in den – von ihr gewollten – WDR-Intendanten Friedrich Nowottny setzte, haben sich nicht erfüllt. Nowottny entschied sich weder bei der Auswahl seines Fernsehdirektors (Günter Struve) noch bei der Benennung seines TV-Chefredakteurs (Rolf Schmidt-Holtz) für einen Kandidaten aus dem Unionsspektrum. Unter den Medienpolitikern der CDU ist bereits von „Enttäuschung" über Nowottny die Rede.

DER KOMMENTAR

Klassen-Kämpfer

PETER PHILIPPS

Die Arbeitslosenversicherung zahlt den Ausgesperrten keine Arbeitslosenunterstützung", denn die „Pläne" der Bundesregierung zur Novellierung des Paragraphen 116 sähen vor, daß „Kurzarbeitergeld kalt ausgesperrten Arbeitnehmern grundsätzlich und überall verweigert werden soll."

Diese Behauptungen sind falsch, aber sie finden sich nicht in irgendeinem hastig zusammengeschriebenen Pamphlet, sondern in einem 72 Seiten starken Materialband für die Schulen – für den freilich die Kultusministerien nichts können; die Lehrergewerkschaft GEW hat das Stück fabriziert lassen und an ihre Mitglieder zur Verwendung im Unterricht verschickt.

Die Falschdarstellungen sind nicht etwa dadurch zustandegekommen, daß irgendein weltfremder Pauker ein ihm unbekanntes Thema anpackte. Vielmehr hat die GEW sich den Text einfach von den Kollegen der IG Metall geben lassen. Die Arbeitgeberseite oder gar die Bundesregierung hatten keine Chance, etwas beizutragen. Sie wurden erst gar nicht gefragt.

Das Fälschungswerk ist ein Komplementärstück zu einer jetzt in den Kommunen anlaufenden SPD-Kampagne, mit dem der für die Normalbürger unverständliche Schrei nach dem Recht auf Griff in die Staatskasse popularisiert werden soll. So ist es schon ein Lehrstück für die Jugend – ein Lehrstück dafür, wohin pädagogische Verantwortungslosigkeit und politische Einäugigkeit führen können. Eine andere Frage ist es, ob Kinder und Eltern es sich bieten lassen müssen, daß Klassenkämpfer im öffentlichen Dienst, die von Amts wegen den Zugriff haben, den Unterricht umgestalten.

Die Kultusminister können sehr wohl disziplinarisch gegen Lehrer vorgehen, die den Unterricht für parteiliche Agitation mißbrauchen. Und wo sie es nicht tun, sollten Eltern sich zusammenschließen und sich notfalls an die Gerichte wenden. Ihre Kinder sind kein Freiwild für Agitatoren.

Terrorist Abu Nidal in Ost-Berlin?

Hinweise auf Behandlung durch Spezialisten des „DDR"-Regierungskrankenhauses

W. K. **Berlin/Wien**

Der palästinensische Kommandoführer Abu Nidal, der als Drahtzieher der Anschläge auf die Flughäfen von Rom und Wien gilt, hält sich in Ost-Berlin auf. Das wurde im Zusammenhang mit der Einladung des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker an PLO-Chef Yassir Arafat, am XI. SED-Parteitag im April in Ost-Berlin teilzunehmen, bekannt. „DDR"-Stellen ließen ausländische Diplomaten durch offiziöse Kanäle in Wien wissen, bei einem Besuch Arafats werde es nicht zu einem Gipfeltreffen der Kontrahenten im Kampf um die palästinensische Nationalbewegung kommen.

Der Aufenthalt des als Anstifter zahlreicher schwerer Terroranschläge und Attentate verdächtigten 49jährigen Palästinensers in der „DDR" hängt offenbar mit dessen schwerer Krankheit zusammen. Dem Bundeskriminalamt lagen im Dezember 1985 Erkenntnisse vor, wonach Abu Nidal sich zeitweise nur mühsam bewegen könne. Aus Nahost wurde zudem gemeldet, der Kommandoführer, der mit bürgerlichem Namen Sabri al Banna heißt, leide an Leberkrebs. Über die Gründe seines gegenwärtigen Aufenthaltes in der „DDR" und die Ursache seines Leidens ist bisher weder von palästinensischer Seite noch von „DDR"-Stellen etwas bekanntgegeben worden.

Abu Nidal wird vermutlich von Ärzten des „DDR"-Regierungskrankenhauses behandelt, das von der 75jährigen Alt-Kommunistin Professor Helga Mucke-Wittbrodt geleitet wird. Dem Klinikum in Berlin-Buch stehen alle westlichen Medikamente und modernste medizinische Apparaturen zur Verfügung. Die Kosten der Behandlung werden aus einem Budget bestritten, das nach Nidals Angaben ein nicht genannter arabischer Öl-Staat der „Fatah-Bewegung-Revolutionärer Rat" zur Verfügung stellt. Aus diesem Fonds werden offenbar auch die Kosten der Betreuung verwundeter Terroristen in „DDR"-Krankenhäusern und Heimen bestritten. Der Palästinenser kann sich innerhalb der „DDR" so sicher wie an keinem anderen Ort im Nahen Osten fühlen. Der Staatssicherheitsdienst schirmt ihn ab.

Bei einem geheimen Treffen mit Libyens Staatschef Khadhafi Anfang 1985 hatte Abu Nidal eine Anschlagstrategie gegen amerikanische, britische, israelische und ägyptische Personen und Einrichtungen beraten. Der „Fatah-Revolutionsrat" wollte auch gegen libysche Regimegegner vorgehen. Für die Kommandos von Khadhafi war ungeblich ein Jahresetat von insgesamt rund sechs Millionen Dollar zur Verfügung gestellt.

Das „DDR"-Verteidigungsministerium hatte im Herbst 1985 durch den inzwischen verstorbenen Minister Heinz Hoffmann (SED) den Palästinensern Unterstützung versprochen. Dazu gehört die Ausbildung von Düsenjägerpiloten auf „DDR"-Flughäfen.

Bundeskanzler traf Strauß in München

DW. **München/Bonn**

Bundeskanzler Kohl und der bayerische Ministerpräsident Strauß haben sich am Dienstag in München zu einem Meinungsaustausch getroffen. Einzelheiten der Unterredung wurden nicht bekannt. Strauß deutete jedoch gestern in seiner Passauer Rede an, daß über die Behandlung der neuen Sicherheitsgesetze gesprochen wurde, gegen die von der FDP noch teilweise Bedenken erhoben werden. Strauß sagte, der Koalitionspartner wäre gut beraten, wenn die Gesetze so verabschiedet würden, wie dies von den Parteivorsitzenden vereinbart worden sei. Unterdessen bekräftigte CSU-Landesgruppenchef Theo Waigel, daß es bei der Bundestagswahl 1987 „keine Erbhöfe" für die FDP gebe. Dies gelte auch für das Außenministerium. Solange Strauß politisch tätig sei, so Waigel, werde man ihn nicht von der Bonner Bühne abschreiben können.

Seite 3: Die Sorgen des FJS

Staatsanwalt erhebt Anklage gegen Antes

DW. **Berlin**

Die Berliner Staatsanwaltschaft hat gestern Anklage gegen den früheren Charlottenburger Baustadtrat Wolfgang Antes und sieben Mitangeschuldigte erhoben. Nach Angaben eines Justizsprechers wird dem am Dienstag aus der CDU ausgetretenen Antes Bestechlichkeit, Erpressung und Untreue vorgeworfen. Er sitzt seit dem 4. November 1985 in Untersuchungshaft.

Die Ermittlungen im Zusammenhang mit weiteren Bestechungsvorwürfen gegen Antes dauern nach Angaben des Sprechers an. Sie richteten sich gegen insgesamt 37 Beschuldigte und die acht Angeschuldigten. Von den jetzt Angeschuldigten sitzen drei in Untersuchungshaft und einer in Strafhaft. Drei der Angeschuldigten wurde Haftverschonung gewährt. Ebenfalls in Untersuchungshaft sitzen drei weitere Beschuldigte.

Seite 4: Korruptionsaffäre

Reagan sieht „Anschein von Fälschung"

Vorsichtige Reaktion auf die Vorgänge in Manila / Habib sondiert auf den Philippinen

FRITZ WIRTH, **Washington**

Mit betonter Vorsicht und Zurückhaltung hat Präsident Reagan während seiner jüngsten Pressekonferenz zur umstrittenen Wahl auf den Philippinen Stellung genommen. Er vermied jeden direkten Kommentar zur den Spekulationen über den Wahlausgang und stellte fest: „Wir werden mit jeder Regierung zusammenarbeiten, die vom philippinischen Volk gewählt worden ist."

Reagan spielte außerdem die Berichte über angebliche Wahlbetrügereien herunter. Er sprach davon, daß es einen „Anschein von Fälschungen" bei dieser Wahl gegeben habe, daß aber bisher keine schlüssigen Beweise dafür vorlägen und schloß nicht aus, daß diese Fälschungen von beiden Seiten in der Wahl begangen sein konnten. Reagan berief sich bei dieser Einschätzung auf Berichte seiner Wahlkommission unter Leitung von Senator Richard Lugar, die die Wahlen auf den Philippinen beobachtet hat.

Wie von Mitarbeitern im Weißen Haus berichtet wurde, hat Reagan diesen vorsichtigen Kurs auf Anraten Lugars eingeschlagen. Lugar fürchtet offensichtlich, daß jede massive Kritik an der Wahl zu einem Zeitpunkt, da das offizielle Wahlergebnis noch nicht vorliegt, die gegenwärtig brisante innenpolitische Situation auf den Philippinen weiter destabilisieren oder *zur Folge haben könnte, daß Präsident Marcos die Wahlen annulliert.*

Präsident Reagan kündigte ferner an, daß er den Diplomaten Peter Habib nach Manila entsenden wird, um dort die „Wünsche und Nöte der Bürger" nach dieser Wahl einzuschätzen. Habib ist ein erprobter „Troubleshooter" im State Department, der in den letzten Jahren vor allem im Nahen Osten eingesetzt wurde.

Bemerkenswert zurückhaltend äußerte sich Reagan zur Freilassung des sowjetischen Bürgerrechtlers Anatoli Schtscharanski. „Ich habe keine Möglichkeit, ihre Motive dafür zu ermitteln", sagte Reagan. „Ich weiß nur, daß seit dem Genfer Gipfel mehr Leute als in vielen Jahren zuvor freigelassen worden sind. Ich bin davon ermutigt. Wir können nur hoffen, daß dies ein Beginn ist."

Zu den Terminproblemen um seinen nächsten Gipfel mit Gorbatschow sagte Reagan, daß er nach wie vor einen Termin im Juni bevorzuge. Spekulationen darüber, daß die *Sowjets versuchen könnten, als Gegenleistung* für einen den Amerikanern genehmen Gipfeltermin Konzessionen bei den Abrüstungsverhandlungen zu erreichen, wies Reagan zurück. „Ich glaube nicht, daß eine derartige Koppelung Erfolg haben würde."

Von den insgesamt 34 Fragen, die Reagan auf dieser Pressekonferenz gestellt wurden, bezogen sich zwei Drittel auf innenpolitische Probleme. Reagan betonte dabei erneut, daß Steuererhöhungen zur Reduzierung des amerikanischen Defizitproblems nicht in Frage kämen.

„Journalistenschule Axel Springer"

DW. **Berlin**

Die Axel Springer Verlag AG will eine „Journalistenschule Axel Springer" gründen. Das kündigte Vorstandsvorsitzender Peter Tamm auf der ersten Hauptversammlung nach Umwandlung des Verlages in eine Publikumsgesellschaft in Berlin an. Damit wolle man ein Markenzeichen für die Branche schaffen. „Praxisnähe als oberstes Gebot" werde das Motto der Schule sein. Die Volontärsstellen würden um 15 Prozent erhöht.

Die Gründung sei ein entscheidender Beitrag, die Herausforderung der Medienzukunft publizistisch zu bewältigen. Der Hauptversammlung liegt der Geschäftsbericht für das erste Halbjahr 1985 vor, als noch die alten Beteiligungsverhältnisse galten.

Seite 15: Die Hauptversammlung

SPD trägt Streit um 116 in Kommunen

p. p. **Bonn**

Die SPD hat den politischen Kampf gegen den Regierungsentwurf zum „Streikparagraphen" 116 im Arbeitsförderungsgesetz nicht nur auf die Ebene ihrer Bonner Zentrale und der Bundestagsfraktion beschränkt, sondern ist auch in den Kommunen aktiv geworden. Über die Partei-„Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik" sind die SPD-Fraktionen in allen Stadt- und größeren Gemeinde-Parlamenten mit fast gleichlautenden Anträgen angetreten. Der kommunale Bezug des Paragraphen 116 wurde dadurch hergestellt, daß in den Vorlagen hieß, „eine Änderung, wie die derzeit von der Bundesregierung vorgesehene, verschiebt die Gewichte zu Lasten der Sozialämter bei den Kommunen".

Trend zum Positiven im innerdeutschen Reiseverkehr

„DDR" erlaubt mehr Rentnern vorübergehende Ausreise

BERND HUMMEL, **Eschwege**

Neue Besserung im innerdeutschen Reiseverkehr: Mehr als 3,6 Millionen Besucher aus der Bundesrepublik Deutschland fuhren im vergangenen Jahr in die „DDR". Dies entspreche gegenüber 1984 einer Steigerung von 3,7 Prozent, erklärte ein Sprecher des Innerdeutschen Ministeriums in Bonn.

Mit diesem Rekord 1985 sei die Gesamtzahl der Reisenden von 1979 noch übertroffen worden. Wie stark die erhöhten Umtauschsätze den Reiseverkehr beeinträchtigten, so das Ministerium, habe sich 1982 deutlich erkennen lassen. Damals sei mit 2,9 Millionen Reisenden ein Tiefstand erreicht worden. Deshalb bemühe sich die Bundesregierung nach wie vor in Gesprächen um eine Reduzierung der erhöhten Umtauschsätze.

Die Reisebilanz des vergangenen Jahres weist noch eine andere Besonderheit auf: Mit 1,6 Millionen Reisenden – dies entspricht einer Steigerung von 3,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr – wurde der Höchststand an Rentnerbesuchen aus der „DDR" erzielt. Gleichzeitig genehmigte die „DDR" in einem bisher nicht dagewesenen Umfang West-Besuche in dringenden Familienangelegenheiten. Mit 66 000 Genehmigungen im Vorjahr (1984=61 000) wurde nicht nur eine Steigerung um 8,2 Prozent, sondern auch die höchste Zahl seit Inkrafttreten dieser Regelung im Jahr 1972 erreicht. Dessen ungeachtet erwartet das Innerdeutsche Ministerium, daß sich Ost-Berlin an die Ankündigung hält und die Genehmigungspraxis für Westreisen in Familienangelegenheiten erleichtert.

Einen statistischen Rückgang der Besucherzahlen hat das Ministerium allerdings bei den Tagesreisen in die grenznahen Bereiche der „DDR" festgestellt. Bei ihnen ging die Gesamtzahl um mehr als sieben Prozent auf 318 000 zurück. Der Grund dafür: Seit August 1984 gestattet die „DDR" für den grenznahen Reiseverkehr den Aufenthalt bis null Uhr des auf die Einreise folgenden Tages. Seither sind Übernachtungen möglich, so daß die Besucher zwar länger bleiben, dafür aber nicht so oft fahren.

Mitbegründer der Grünen ausgetreten

p. p. **Bonn**

Rechtzeitig vor der Bundesversammlung am Wochenende in Hagen erhält die Bundesgeschäftsstelle der Grünen heute von einem der Partei-Gründungsmitglieder die Austritts-Erklärung: Der Arzt Martin Schata, der die Grünen einst mit aus der Taufe hob und zeitweise Geschäftsführer ihrer Bundestagsfraktion war, rechnet auf zwei Seiten mit seinen bisherigen Parteifreunden ab. „Eine personell sich kaum auszuschaltende Funktionärsclique hat sich einen Parteiapparat geschaffen, der unter dem Deckmantel der Basisdemokratie zu Abstimmungs- und Akklamationsmaschine verkommen ist", heißt es in seinem Austrittsschreiben unter anderem. Und: „Der Umweltschutz ist längst auch Anliegen der anderen Parteien geworden." Die Grünen seien statt dessen „vor allem für junge Menschen zu einem bedenklichen Täuschungsapparat" geworden.

Seite 2: Am Ende des grünen Weges

Herold in Berlin beschimpft

DW. **Berlin**

Als in ihrer jetzigen Form „unzulässig und nicht verfassungskonform" hat der frühere Chef des Bundeskriminalamtes (BKA), Horst Herold, die Entwürfe der neuen Sicherheitsgesetze bezeichnet. Auf einer Veranstaltung in der Berliner Akademie der Künste zum Thema „Sicherheit als destruktives Ideal", sagte Herold, diese Gesetze seien zwar notwendig, die vorgelegte Form reiche aber nicht aus, „um den Maßstäben des Verfassungsgerichts zu entsprechen". Die Gesetze seien so „in keiner Weise ein Fortschritt", sondern müßten in der Frage der „Übermittlung" von Daten präzisiert werden.

Die Veranstaltung war von einer kleinen Gruppe von Demonstranten gestört worden. Sie verspritzten übelriechende Säure und beschimpften Herold auf Flugblättern als „Schwein" und Verantwortlichen für „Stammheim, Todesschüsse, Hochsicherheitstrakt und Rasterfahndung".

Gericht entscheidet für Wackersdorf

DW. **München**

Die Arbeiten zum Bau der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe im oberpfälzischen Wackersdorf können fortgesetzt werden. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof in München lehnte einen Antrag auf Verfügung eines Baustopps ab, den vier Anwohner gestellt hatten. Die Antragsteller hatten ihre Forderung nach Aufhebung des Sofortvollzugs der Baugenehmigung in erster Linie damit begründet, daß die Baugenehmigung rechtswidrig erteilt worden sei. Nachdem der Stellvertreter des seinerzeit erkrankten Landrats von Schwandorf die Unterschrift unter die Genehmigung verweigert hatte, war sie auf dem Umweg über das neugeschaffene „Selbsteintrittsrecht" der bayerischen Staatsregierung auf Anweisung von Innenminister Karl Hillermeier am 11. November des letzten Jahres vom Regierungspräsidenten der Oberpfalz, Karl Krampol, geleistet worden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Keine Fernzensur

Von Fritz Wirth

So wortkarg sich Präsident Reagan in seiner Pressekonferenz auch in Sachen Philippinen gab – die politische Strategie der künftigen amerikanischen Politik gegenüber diesen Inseln schält sich immer deutlicher heraus. Obwohl diese Wahlen eine sehr starke amerikanische Komponente hatten *und* der Wahlkampf sich teilweise sogar auf amerikanischem Boden abspielte, ist Washington nicht geneigt, nun nachträglich die Rolle eines Zensors, Kritikers oder Schiedsrichters im unguten Nachspiel dieser Wahlen zu spielen.

Die Reagan-Administration, die in den letzten Monaten besonders bei außenpolitischen Zuspitzungen stets der pragmatischen Lösung den Vorzug gab, geht auch in diesem Falle nicht von diesem Kurs ab. Sie sucht einen Modus vivendi mit der neugewählten Regierung in Manila, wer immer es sein mag.

Sollte diese Regierung weiter von Marcos geleitet werden, bedeutet die Kooperationsbereitschaft keine Billigung der Politik dieses Mannes – weder *in der Sache noch in der Methode*; man betrachtet Marcos in Washington ganz schlicht als das geringere Übel zu der Alternative, einen Bürgerkrieg gegn Marcos zu fördern, wie indirekt auch immer.

Marcos war und bleibt für Washington ein Problem. Nachdem es mit Hilfe der Wahlen nicht gelöst werden konnte, setzt man in Washington auf die Zeit. Das Risiko an dieser Politik: Niemand kann sagen, ob die demokratischen Gegner dieses Mannes auf den Philippinen die ungewisse Zeitspanne zu überstehen imstande und ob sie sie abzuwarten gewillt sind.

Denn so viel ist trotz aller Verwirrungen und Unübersichtlichkeiten bei der Wahl klargeworden: Die Ära des Diktators geht zu Ende. Es gibt in diesem Inselreich unwiderstehliche Strömungen und Sehnsüchte nach ungetrübter Demokratie. Das ist es, worauf Reagan langfristig setzt. Das Warten auf die gewaltlose Selbsterledigung des Problems Marcos ist ein Drahtseilakt. Fehltritte können in den gleichen Abgrund führen, der sich seinerzeit nach der angeblichen Erledigung des Problemfalls Schah in Iran auftat.

Polnische Rechtswindung

Von Peter Dittmar

War es ein normales Verfahren? Oder ein groteskes? Eine solche Frage ist in Polen absurd, denn das Normale ist dort immer zugleich grotesk. Das wurde jetzt wieder in Danzig vorgeführt, wo Lech Walesa angeklagt war, die Wahlkommission am 14. Oktober 1985 beleidigt zu haben, weil er andere Zahlen über die Wahlbeteiligung nannte, als sie die Kommission offiziell verkündete.

Vor Gericht verlas Walesa unaufgefordert die knappe Erklärung „Es war nicht mein Interesse, irgend jemanden zu verletzen. Ich wollte niemanden erniedrigen." Die Richter flochten aus diesen dürren Worten ein Tau für ihren Seiltanz zwischen Parteigehorsam und aufmerksamer Weltöffentlichkeit. Sie setzten das Verfahren aus, denn wenn Walesa niemanden beleidigen wollte, fanden sie, könne man ihn auch nicht wegen Beleidigung belangen.

Damit haben sich die hohen Herren als echte Polen erwiesen. Sie haben über etwas geurteilt, was nicht zur Debatte stand, indem sie sich auf einen Text bezogen, der von etwas ganz anderem redete.

Es ist selbstverständlich, daß Walesa niemanden beleidigen wollte. Sonst hätte er Schmähworte verwendet. Tatsächlich gebrauchte er nur Zahlen. Peinlich für die Regierung, weil es in Polen eine Menge Leute gibt, die eher dem Bürger Walesa als dem General Jaruzelski glauben. Deshalb sollte ein Exempel statuiert werden.

Nur dummerweise hatten sich die Warschauer Herren damit in eine Zwichmühle manövriert. Denn einerseits erzählen sie aller Welt, daß es bei ihnen ganz demokratisch zugehe, auch vor Gericht. Andererseits können sie ihre Glaubwürdigkeit nicht von einem Mann in Zweifel ziehen lassen, der ihrer Version nach nur ein ganz gewöhnlicher polnischer Bürger ist.

Und wie löste das Gericht dies Dilemma? Es hielt sich an jenen Rabbi aus Polen, der sich einen Kläger anhörte und sagte: „Du hast recht." Dann hörte er sich den Beklagten an und sagte: „Du hast recht." Als sich daraufhin seine Frau einmischte: „Also beide können doch nicht recht haben", sagte der Rabbi: „Du hast auch recht."

Finger frei

Von Enno v. Loewenstern

Bundesjustizminister Hans Engelhardt warnt davor, den Ladendiebstahl als „Kavaliersdelikt" zu bagatellisieren: „Das Eigentum von Warenhauskonzernen und Einzelhändlern ist kein Eigentum zweiter Klasse; auch dieses Eigentum wird von unserer Rechtsordnung geschützt ... Die Öffentlichkeit ist aufgerufen, den Ladendienstahl nicht zu verharmlosen."

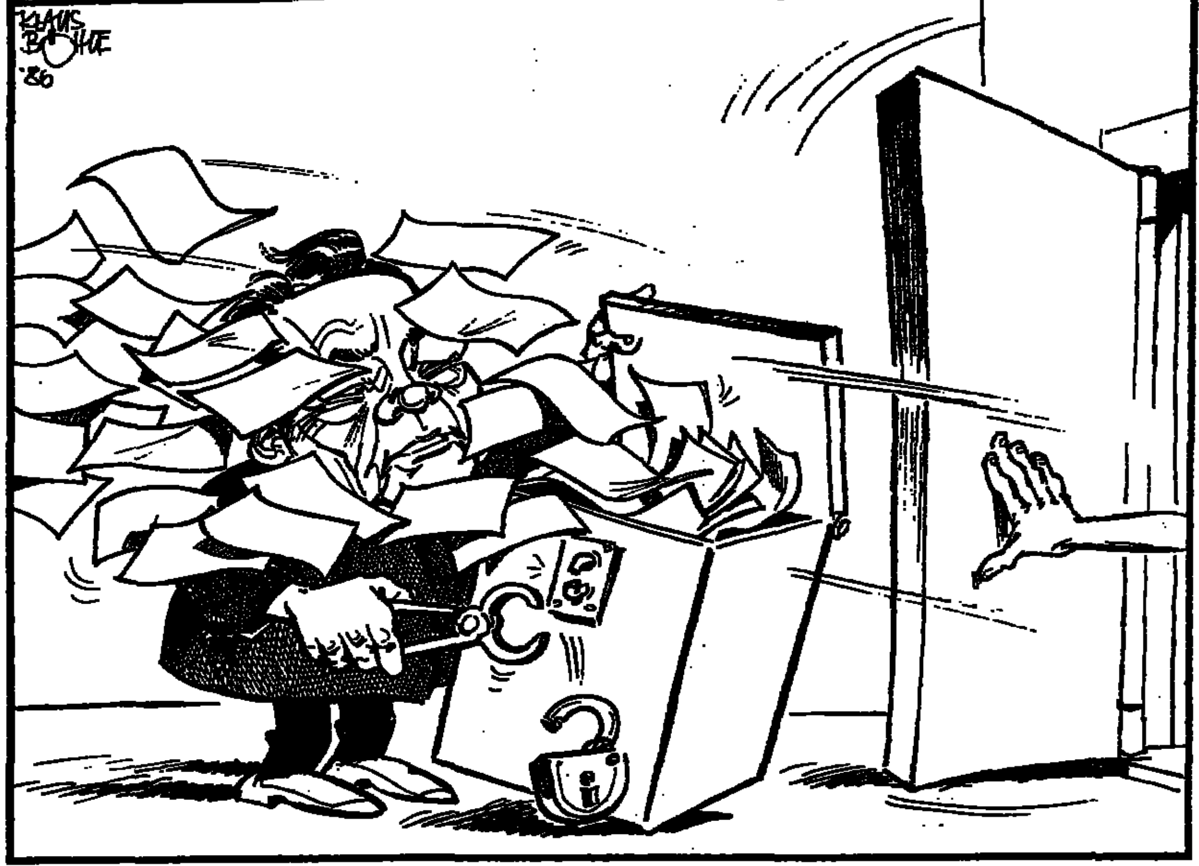
Das klingt, so richtig und dankenswert Engelhardts Aufruf auch grundsätzlich ist, insofern etwas irreführend, als „die Öffentlichkeit" den Ladendiebstahl weder verharmlost hat, noch daran denkt, ihn zu verharmlosen. Das Rechtsempfinden der Bürger ist glücklicherweise noch durchaus intakt. Da sind vielmehr Kräfte am Werk, die der Öffentlichkeit einzureden versuchen, daß das Eigentum der Kaufleute vogelfrei und der Griff in die Regale mit keinem Risiko mehr verbunden sei.

Im „Spiegel" vom 20. Januar erschien eine Darstellung, die möglicherweise Engelhardt zu seiner Stellungnahme inspiriert hat; sie hat jedenfalls erhebliche Unruhe in der Wirtschaft ausgelöst. Darin heißt es in äußerst wohlwollendem Ton, daß „Justizminister und Generalstaatsanwälte mehrerer Bundesländer empfohlen" hätten, „die Kleinkriminellen beim ersten Mal laufen zu lassen."

Das stimmt insofern, als tatsächlich gewisse Bundesländer das Eigentum der Kaufleute für vogelfrei halten. „Am *schlimmsten* ist es in Bremen", erfährt man dazu aus der Justizbehörde eines anderen Landes, wo das Gesetz noch gilt.

Als Ausrede wird angeboten, daß die Leute in den Supermärkten ja zur „Wegnahme" von Sachen aufgefordert würden – „wenn auch gegen Bezahlung" wie verschämt angemerkt wird. Der unvergleichliche Rechtspolitiker Rudolf Wassermann wird zitiert mit einer mißmutigen Äußerung über „den Eifer, die Sachen an den Mann zu bringen". Ausrede Nummer zwei: dem Hammer Generalstaatsanwalt Geißel wird die Einsicht nachgesagt: „Wir brauchen unsere Leute dringend für die zeitraubenden Wirtschaftsstrafsachen."

Welche? Beim Ladendiebstahl gingen 1984 in 341 800 Fällen Waren für *mindestens 37 Millionen DM perdu*. Wenn es sich erst herumspricht, daß der Diebstahl in gewissen Ländern freigegeben ist, dann werden die zeitraubenden Sachen des Generalstaatsanwalts Geißel bald die Bagatellen sein.



Frischer Wind auf den Philippinen KLAUS BÖHLE

Das Dilemma der Tories

Von Reiner Gatermann

Die Liste jener, die angeblich den eines Tages von Margaret Thatcher abgelegten Mantel des Parteioberhauptes und möglichst auch des Regierungschefs übernehmen wollen, ist überraschend lang: Sie reicht vom jetzigen Parteivorsitzenden Norman Tebbit über den Ex-Verteidigungsminister Michael Heseltine bis hin zu den amtierenden Ministern Peter Walker (Energie), Sir Geoffrey Howe (Außen) und Douglas Hurd (Innen). Zudem soll es noch einige Joker geben, mit Umweltschutzminister Kenneth Baker (auch zuständig für die Gemeindepolitik) an der Spitze.

Ihnen allen fehlt jedoch der Mut, jetzt, wo die Konservative Partei tief in der Krise steckt, Frau Thatcher, die sie vor genau elf Jahren an ihre Parteispitze gewählt haben, offen herauszufordern. Denn keiner ist derzeit in der Lage, Frau Thatchers Mantel zu schultern. Sie hat in den vergangenen Monaten überraschende Schwächen gezeigt, sie traf in den sechseinhalb Jahren als Premierministerin Fehlentscheidungen und verärgerte einen Teil ihres Fußvolkes. Dennoch: Unterm Strich bleibt eine beachtlich positive Bilanz – und eine bemerkenswert starke Persönlichkeit.

Als Frau Thatcher 1979 die politische Führung des Landes übernahm, befand es sich wirtschaftlich in einem desolaten Zustand, viel schlimmer, als vor allem Oppositionspolitiker heute wahrhaben wollen. Es bedurfte brachialer Gewalt, die Weichen umzulegen, damit die Wirtschaft neue Impulse bekam und das Volk aus seiner Lethargie wachgerüttelt wurde.

In den Thatcher-Jahren hat sich die Produktivität der – verbliebenen – Industrie erheblich verbessert. Daß sie dabei stark schrumpfte und auch heute noch wöchentlich etwa fünftausend Arbeitsplätze verliert, ist nur zum geringeren Teil der Regierung anzulasten. Die fast unbegrenzte und unkontrollierte Macht der Gewerkschaften wurde gebrochen, was zur Folge hatte, daß Großbritannien 1985 die niedrigste Streikrate der letzten fünfzig Jahre verbuchen konnte.

Die Regierung beschnitt überdies die ausschweifende Ausga*benpolitik der Gemeinden, wobei* sich vor allem die sozialistisch regierten hervortaten. So ist es in London zum Beispiel finanziell schon von großer Bedeutung, in welchem Borough man sich niederläßt. In den von Labour beherrschten liegt die Gemeindesteuer, die auf Grundstücke und Gebäude erhoben wird, nicht selten 100 bis 200 Prozent über den Sätzen der Tory-Boroughs, ohne daß ein größerer Unterschied in den Leistungen festzustellen ist.

Ferner wurde die Privatisierung des beträchtlichen staatlichen Industriesektors eingeleitet. Vor allem aber: Frau Thatcher zögerte nicht, so riskant es auch war, in den Krieg gegen Argentinien um die Falkland-Inseln einzutreten. Mit dem gleichen politischen Risiko handelte sie vor ein paar Monaten das anglo-irische Abkommen aus, mit dem zumindest der energische Versuch unternommen wird, die Situation in Nordirland zu normalisieren. Und schließlich der jüngste Meilenstein ihrer Politik: die Unterzeichnung des Bauvertrages für den Kanaltunnel.

Auf der Negativseite sind zu verbuchen die rund 3,5 Millionen Arbeitslosen, eine verhältnismäßig hohe Inflationsrate, die mangelnde Bereitschaft zu einem sinnvollen Engagement in einer privat-staatlichen „Mischwirtschaft" sowie die durch die bisher undifferenzierte Ausgabenbeschneidung entstandenen sozialen Härten in verschiedenen *Bevölkerungsgruppen. In die*ser Situation kann es zudem nicht richtig sein, einer Steuersenkung, finanziert aus dem Verkauf von Staatsunternehmen und aus den Öleinnahmen aus der Nordsee, höchste Priorität einzuräumen. Dennoch bleibt immer wieder festzustellen, daß die entschlossene und häufig radikale Politik der Margaret Thatcher unbedingt notwendig war und immer noch ist, um Großbritannien wieder auf eine gesündere Volkswirtschaftsbasis zu stellen. Die resolute Regierungschefin müßte sich jetzt, nach sechseinhalb Jahren in Downing Street Nr. 10, allerdings überlegen, ob es nicht an der Zeit ist, nach der groben Holzhackerei mit der Feinschleiferei zu beginnen.


Noch wird der Konkurrent überstrahlt: Heseltine FOTO: DPA

Daß sie in der großpolitischen Linie auf dem richtigen Weg ist, bescheinigt ihr inzwischen auch die Opposition, indem sie in Vorbereitung ihrer Wahlplattform immer seltener verspricht, Regierungsentscheide, etwa zur Arbeitsmarktpolitik oder zur Privatisierung, rückgängig zu machen, wie dies noch vor ein paar Monaten üblich war. Die größte Gefahr droht Frau Thatcher faktisch nicht von der Oppositionsbank, sondern aus den eigenen Reihen. Mit Elan und Eleganz wies sie erst am Dienstag in der Fragestunde des Unterhauses Labour-Chef Neil Kinnock in die Schranken, aber Unruhe und Mißmut im eigenen Lager vermochte sie noch nicht zu dämpfen.

Doch ist es überzogen, von „Rebellion" zu sprechen, wenn im Unterhaus rund dreißig Tories gegen die Regierung stimmen. Denn die Konservativen verfügen – ganz ohne Zweifel dank Frau Thatcher – in der Kammer über eine Mehrheit von 140 Abgeordneten. Deswegen können sie großzügig mit dem Fraktionszwang verfahren.

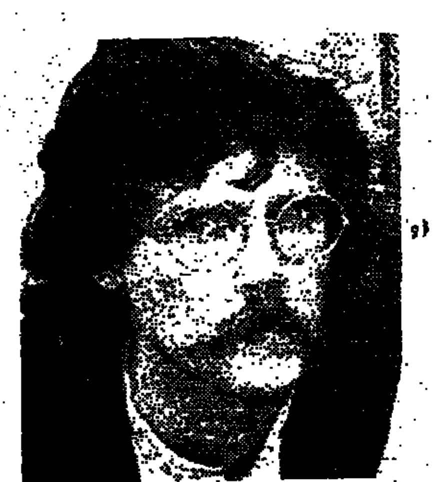
Bis zur nächsten Wahl vergehen voraussichtlich noch zwanzig Monate. Bis dahin sollte Frau Thatcher genügend Zeit bleiben, ihr Haus wieder in Ordnung zu bringen. Entschlossen dazu ist sie; sie hält an ihrem Ziel, eine dritte Wahl ohne Unterbrechung zu gewinnen, fest. Nun muß sie nur das Fingerspitzengefühl aufbringen, um das Vertrauen ihrer engeren Umgebung in ihre Führungsqualitäten zurückzugewinnen, und sie muß die Wähler durch Taten überzeugen, daß soziale Gerechtigkeit *mehr als eine Parole ist. Übrigens:* Warum spricht man in letzter Zeit so häufig vom Alter der Premierministerin? Ihre sechzig Jahre sollten für sie der letzte Grund sein, das Handtuch zu werfen.

IM GESPRÄCH Martin Schata

Am Ende des grünen Weges

Von Peter Philipps

Für die traditionsreiche SPD ist dies nicht neu: Jungen Leuten mit dem Drang nach möglichst radikalen gesellschaftlichen Veränderungen geht es mit der alten Arbeiterpartei nicht schnell genug – sie spalten sich ab. Von der USPD über die SAP (mit dem jungen Willy Brandt) und den Internationalen Sozialistischen Kampfbund Willy Eichlers reicht diese Kontinuität bis zu einem erheblichen Teil der Grünen von heute. Und bisher sind die meisten eines Tages reumütig in den Schoß ihrer alten Partei zurückgekehrt.


Für Afghanistan hatten die Grünen nichts übrig: Schata FOTO: FRANK DARCHINGER

Auch Martin Schata, inzwischen Arzt an einer Klinik, war einst Sozialdemokrat und wurde dann zum Gründungsmitglied der Grünen. Nun hat er das Ende des grünen Weges erreicht und seinen Austritt erklärt – nicht ohne noch gründlich mit den Weggefährten abzurechnen.

Der Vierunddreißigjährige war Mitglied im ersten Landesvorstand in Nordrhein-Westfalen und im Bundeshauptausschuß, er war mehrfach Parteitagspräside und Fraktionsgeschäftsführer im Bundestag. Er sah die von ihm mitbegründete Partei als „Hoffnungsträger" sowohl „zur Überwindung der drohenden ökologischen Menschheitskatastrophe" als auch „zur Überwindung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Freiheit".

Was ist aus den Träumen geworden? „Eine austauschbare Funktionärsclique" hat sich, nach seinen Worten, „einen Parteiapparat geschaffen, der unter dem Deckmantel der Basisdemokratie zur Abstimmungs- und Akklamationsmaschine verkommen ist". Der Umweltschutz ist bei den etablierten Parteien inzwischen besser aufgehoben. „Die Grünen sind zu einem bedenklichen Täuschungsapparat geworden", vor allem für Jugendliche.

Natürlich wird spätestens am Wochenende in Hagen die verbale Abrechnung mit dem Aussteiger erfolgen. Doch einer, der so genau die Innenverhältnisse grüner Machtstrukturen kennt wie Schata, ist mit seiner Kritik nicht so leicht in die Ecke zu stellen. Kommt doch, wenn er im Gespräch alles noch einmal Revue passieren läßt, noch einiges zu den brieflichen Gedanken hinzu:

Schata ist Mitbegründer und Mitvorstand noch einer weiteren Gruppe, der seit 1983 existierenden „Afghanistan-Nothilfe" deutscher Ärzte. Und er rechnet vor, daß er bisher von allen etablierten Parteien Unterstützung – auch finanzielle – für diesen Verein erhalten hat. Die Grünen allerdings, so der Arzt, zahlen zwar jährlich hunderttausende von Mark an die Sandinisten in Nicaragua und die Revolutionäre in El Salvador, alles aus der durch die „Wahlkampferstattung" der Europa-Wahl prall gefüllten Kasse, aber keinen Pfennig für Hilfe in Afghanistan: Es gebe halt zu viele „Moskau-Orientierte" auch in der Bundestagsfraktion, zuckt ein Desillusionierter am Ende seines grünen Weges die Schultern.

Man muß kein Prophet sein, um vorauszusehen, daß Schata nicht der letzte sein wird, der Konsequenzen zieht.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Der Häftlings-Austausch auf der Glienikker Brücke stand im Mittelpunkt der Kommentare:

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Warum haben Washington und Moskau das Spektakel so bewußt inszeniert? Es steckte Absicht dahinter, ein massives Publizitäts-Interesse beider Seiten. Allerdings waren diese Interessen gewiß sehr gegensätzlicher Natur. Die Sowjets wollten demonstrieren, daß der Bürgerrechtler Schtscharanski, die Hauptperson des Tauschgeschäfts, nur im Rahmen eines Austauschs von Spionen freikam ... Demgegenüber Amerika und der Westen: sie wollten der Welt vorführen, daß der persönliche Einsatz von Präsident Reagan für Schtscharanski zum Erfolg geführt hat.

Badische Zeitung

Bisher gehörte Diskretion zur Geschäftsgrundlage jenes seit über zwei Jahrzehnten funktionierenden Agentenaustauschs zwischen Ost und West, bei dem sich ganz unterschiedliche Interessen mischen: Menschlichkeit und Devisenbedarf, Loyalität gegenüber den eigenen Leuten im anderen Lager und das eiskalte Kalkül von Menschenhändlern. Diesmal war alles ganz anders. **(Freiburg)**

Mannheimer MORGEN

Daß der nach dem Friedensnobelpreisträger Sacharow bekannteste sowjetische Oppositionelle nach neunjähriger Haft in den Westen entlassen wurde, zeigt erneut, wie wichtig die Anteilnahme der westlichen Öffentlichkeit am Schicksal der aufrechten Kämpfer für die Einhaltung vertraglich zugesicherter und für unsere Begriffe selbstverständlicher Menschenrechte ist. Gleichzeitig wird deutlich, wie leicht es der Sowjetunion fällt, in ihren Gefängnissen und Lagern „Tauschobjekte" für enttarnte Spione zu finden.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Beim Geschäft auf der Glienicker Brücke sollten die Sowjets noch einen besonderen Effekt erzielen: Indem sie den jüdischen Regimekritiker Anatolij Schtscharanski in das weiterhin leicht anrüchige Agenten-Tauschpaket einschnürten, versuchten sie ihm noch einmal den Stempel eines Verräters aufzudrücken. Doch wenn um diesen Preis auch der nach Gorki in die Verbannung geschickte Nobelpreisträger Sacharow in die Freiheit geschleust werden könnte, dann müßte er gezahlt werden. Die ganze Welt läßt sich von Moskau ohnehin nicht hinters Licht führen.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Schtscharanski *ist zwar frei*, doch die sowjetische Gefängniswelt besteht weiter. Und wenn sich die Türen für ein paar Sekunden geöffnet haben, so schlossen sie sich ebenso schnell wieder.

Die Zusammenarbeit der drei Terror-Staaten

Protektion für Abu Nidal, Asala und Dschihad / Von Jürgen Liminski

Auch Terroristen aus Nahost operieren nach bekanntem Schema in Gruppen, wechseln häufig Pässe, Namen, Orte und Bärte. Neuerdings betätigen sie sich mit Vorliebe im gemütlichen Europa. Schauplatz der jüngsten Attentatsserie war das Asylantenparadies Paris. Die Sicherheitsbehörden sammeln nun aufgeschreckt Erkenntnisse – nachdem sie erst einmal ein paar Terroristen entkommen ließen.

Feststellungen in Italien, Frankreich, der Bundesrepublik, Israel und anderen terrorgeprüften Ländern fügen sich zu einem interessanten Puzzle. Im Vordergund stehen drei bekannte Organisationen, Abu Nidal, Asala und der Islamische Dschihad. Ihre Besonderheit: Alle drei operieren gemeinsam, und hinter ihnen steht ein Staatentrio, das sich um Übereinkünfte im Leben der Völker wie Recht, Konventionen und Suche *nach Frieden herzlos wenig küm*mert. Der amerikanische Außenminister Shultz nannte bei anderer Gelegenheit die internationale Terrorgesellschaft schon einmal beim Namen. Syrien, Libyen und Iran führten einen unerklärten terroristischen Krieg gegen die freie Welt. Shultz äußerte sich nach einem Attentat, als die Wogen der Empörung in Amerika besonders hoch schlugen. Einzelheiten nannte er damals nicht.

Aus den gesammelten Erkenntnissen der Europäer geht nun hervor, daß die armenische Terrororganisation Asala ein Abkommen mit dem syrischen Zweig der Gruppe Abu Nidal abgeschlossen hat, um gemeinsam Operationen in Europa durchzuführen. Arrangiert hatte das Terroristen-Agreement der Chef des Nachrichtendienstes der syrischen Luftwaffe, Mohammed Khuli, ein enger Vertrauter des syrischen Präsidenten Assad. Beide Organisationen haben ihr Hauptquartier in Damaskus.

Der libysche Zweig der Terror-Hydra Abu Nidal hat natürlich sein *Hauptquartier in Tripolis. Abu Ni*dal stellt nun die Infrastruktur, die vorzüglich sein soll, und die unverdächtiger aussehenden Armenier sorgen für Transport der Waffen und des Sprengstoffs.

Über den geheimnisvollen Abu Nidal weiß man inzwischen noch mehr. Er kennt Khadhafi schon aus den frühen siebziger Jahren, als seine Gruppe noch „Schwarzer Juni" hieß und in Rom eine vollbesetzte PanAm Maschine sprengte und eine von der Lufthansa im Flug nach Kuweit kaperte. 1978 richtete er sich häuslich in Tripolis ein, um Khadhafis Revolutionären die Erfahrungen des terroristischen Krieges zu vermitteln. Dann zog er nach Bagdad, kam aber Anfang der achtziger Jahre wieder nach Tripolis. Gleichzeitig eröffnete er ein seither oft in Anspruch genommenes Büro in Damaskus.

Im November schließlich wurde er mit Khadhafi auch handelseinig. Für eine Killer-Gage von rund dreißig Millionen Mark per annum bildet er seither Kommandos in Libyen und in der von Syrien kontrollierten *libanesischen* Bekaa-Ebene aus. Dort trainieren auch die Extremisten von Asala und des Islamischen Dschihad.

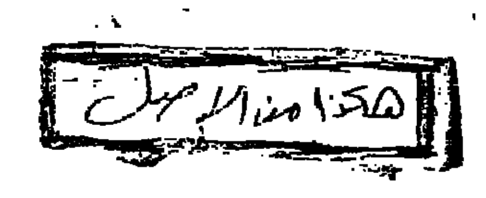
Die mittlerweile gelernten Techniken und Methoden werden nun in Europa angewandt. Sie zeichnen sich durch besondere Brutalität gegenüber Zivilisten aus. Allein im vergangenen Jahr zählten die Statistiker bei den Sicherheitsbehörden neunzehn Attentate mit rund neunzig Toten und dreihundert Verwundeten aus insgesamt einundzwanzig Ländern.

Abu Nidal ist schwer krank. Seine Organisationen aber sind auch ohne ihn sehr lebendig. Sie stehen unter der besonderen Obhut von Tripolis und Damaskus. Der libysche Zweig war an den Attentaten in Rom und Wien beteiligt. Der Modus operandi war typisch für diese Gruppe. Zwei Pässe der Terroristen von Wien waren tunesischer Herkunft. Die tunesischen Behörden bestätigten, daß es sich um Pässe handelte, die tunesischen Arbeitern von libyschen Behörden bei der Ausweisung abgenommen *worden waren.*

In Paris ist die Ratlosigkeit groß. Hatte man sich nicht jahrelang schon um gute Beziehungen zu Syrien und Libyen bemüht? Hatte man nicht den Khadhafi keineswegs unfreundlich gesonnenen früheren Nahost-Korrespondenten von „Le Monde", Eric Rouleau, zum Botschafter in Tripolis gemacht? Sollte die Reise Mitterrands nach Damaskus umsonst gewesen sein? Die Bundesrepublik Deutschland wiederum wird offensichtlich als Transitland benutzt. Deutsche Auto-Kennzeichen und deutsche Papiere und vielerlei Erkenntnisse lassen mutmaßen, daß sich die iranischen Terroristen hier zu bewegen wissen.

Iran läßt sich die Ausbildung seiner Euro-Terroristen etwas kosten. Teheran gibt nach Zeitungsberichten rund hundert Millionen Dollar pro Jahr dafür aus. Die Zusammenarbeit mit Abu Nidal ist darüber hinaus kostensparend.

Und politisch fürchtet man die Europäer sowieso nicht. Die jüngste Anti-Terror-Erklärung der EG war für die Revolutionäre in Teheran und Tripolis und für den arabischen Einiger in Damaskus eher eine Bestätigung, auf dem eingeschlagenen Weg fortzufahren.



Für 35 Gulden kommen „Pate“ und „Gigolo“ ins Haus

Pay-TV, auch Abonnentenfernsehen genannt, ist in den USA schon ein „alter Hut“, in der Bundesrepublik Deutschland wird noch geplant, in den Niederlanden ist es schon nach einem Jahr der große Renner. Und das, obwohl die Holländer bis zu 10 Fernseh-Programme empfangen können.

Von HELMUT HETZEL

Was hilft gegen Kälte? „Gegen Kälte hilft Filmnet.“ Man muß nur noch ein „z“ hinzufügen und hat dann auch gleich die deutsche Übersetzung für den holländischen Namen des Pay-TV oder Abonnentenfernsehens, wie es hierzulande auch genannt wird: Filmnetz. Dieses Abo-TV, so die Eigenwerbung weiter, „bringt in der kühlen Jahreszeit erst recht ein Programm, das aufheizt“.

Mit solchen markigen Werbeslogans wendet sich die erste und bisher noch immer einzige private Pay-TV-Gesellschaft der Niederlande in ihrem Februar-Programmheft an ihre Kunden, die zahlenden rund 65 000 Zuschauer.

In der Tat, so beweist ein Blick ins Programmheft weiter, das Angebot an Filmspielen für jung und alt ist nicht von der billigsten Sorte oder von vorgestern. Aktualität und Qualität sind bei diesem kommerziellen Fernsehanbieter innerhalb seines engen und ganz auf Unterhaltung konzentrierten Angebotes keine Fremdwörter. Der „American gigolo“ tritt da genauso auf wie der „Pate“. Neueste niederländische Filmproduktionen wie „Brennende Liebe“ sind ebenso vertreten wie alte Hollywood-Klassiker à la Hitchcock. Es gibt sogar Serien für Kinder und Zeichentrickfilme unter dem einprägsam klingenden Titel „Anna und Bella“. Klar, daß James Bond auf dem ersten Fernsehkanal für Abonnenten auch regelmäßig in Aktion tritt.

Zahl der Abonnenten steigt ständig

„Wir bieten eben ausschließlich Unterhaltung“, sagt Monique van Schendelen bei einem Gespräch mit der WELT in der Amsterdamer Keizergracht, wo die privaten Fernsehunterhalter ein feudales Bürgerhaus bezogen haben. Rund 45 feste und noch einmal soviel freie Mitarbeiter sind hier beschäftigt. Sie sorgen dafür, „daß der Laden läuft“. Sie tun es offensichtlich auch erfolgreich, wie ständig steigende Abonnentenzahlen beweisen.

Seit dem Start von Filmnet vor rund einem Jahr in Den Haag ist der Spielfilm-Kanal, den man zu einem Preis von 35 Gulden pro Monat abonnieren kann, auf Expansionskurs. Mehr als 65 000 zahlende Zuschauer leisten sich in Holland derzeit diesen Luxus. Dabei wird eine landesweite Verbreitung voraussichtlich erst Ende dieses Jahres realisiert sein.

Natürlich haben fast alle Großstädte der Niederlande, darunter Amsterdam, Den Haag, Rotterdam, Eindhoven und Groningen, den Spielfilm-Kanal inzwischen in ihr Kabelnetz eingespeist. Zu empfangen aber ist Filmnet nur mit einem Zusatzdecoder am Fernsehgerät, der beim zahlenden Kunden zum einmaligen Preis von 95 Gulden von den zuständigen Filmnet-Technikern jedoch im Nu angeschlossen wird.

Von 17.00 Uhr, sonn- und feiertags bereits ab 15 Uhr, bis spät in die Nacht – Sendeschluß ist in der Regel nicht vor 1.30 Uhr – strahlt Filmnet dann über Satellit aus der Sendezentrale im belgischen Liederkerke sein buntes Spielfilmprogramm aus. „Wir haben Pläne“, sagt Monique van Schendelen optimistisch, „nach dem gelungenen Start hier unser Programm in naher Zukunft auch in Belgien und Luxemburg, in Schweden, Finnland und Dänemark anzubieten.“ Auch der Schritt hinüber nach Deutschland sei „im Prinzip“ denkbar. Allerdings: „Das Zuschauerpotential in den Niederlanden ist noch lange nicht ausgeschöpft.“ Monique van Schendelen, deren Optimismus grenzenlos zu sein scheint, hält eine Abonnentenzahl von zwei Millionen Filmnet-Zuschauern allein in Holland langfristig für realisierbar. Auf Werbung aber verzichtet das Abo-Fernsehen.

Der ganz große Coup und vielleicht der erste Schritt zum Durchbruch in breite Publikumsschichten gelang den Filmnet-Leuten kürzlich, als sie es nach zähen Verhandlungen geschafft hatten, sich mit dem „Königlich-Niederländischen Fußballbund“ (KNVB) vertraglich zu einigen. Gegen die stolze Summe von umgerechnet rund vier Millionen Mark erwarb das Filmnet-Fernsehen die Exklusivrechte zur Übertragung eines Fußballspiels der 1. Liga in voller Länge einmal wöchentlich. Jeden Sonntag ab 15.30 Uhr haben James Bond und Rambo daher 90 Minuten Pause. Dann regiert König Fußball. Außerdem seien Überlegungen im Gange, das Sportangebot im Programm auszubauen.

Mit diesem zunächst auf zwei Jahre befristeten Vertrag mit dem KNVB ist Filmnet gegenüber der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalt NOS jetzt aber schon deutlich im Vorteil. Die NOS zeigt in ihrer Sportschau am Wochenende nämlich nur kurze Zusammenfassungen der wichtigsten Begegnungen eines Spieltags der holländischen Fußball-Bundesliga. 1 zu 0 für Filmnet also.

Der Erfolg von Filmnet in Holland ist mehr als überraschend, wenn man bedenkt, daß im am dichtesten verkabelten Land der Welt, das in Sachen *technischer Kommunikationsmöglichkeiten* gerne eine Vorreiterrolle in Europa spielt, fast überall mindestens sechs, meistens sogar mehr als zehn Programme über die Kabelnetze direkt in Millionen von Haushalten geliefert werden. Allein in Den Haag sind beispielsweise zwei niederländische, drei deutsche, zwei belgische, zwei britische und ein französisches Programm sowie der beinahe ausschließlich die neuesten Pop-Videoclips ausstrahlende Sky Channel zu empfangen.

„Unsere Kunden sehen länger fern“

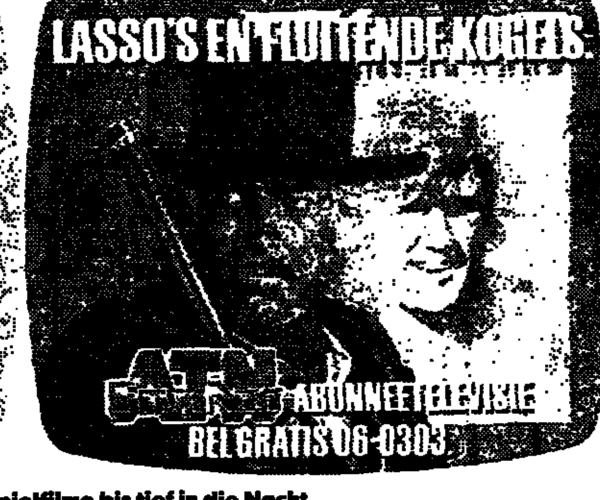
Der Zuspruch für Filmnet läßt sich zumindest durch zwei Dinge ansatzweise erklären: Die von Filmnet ausgestrahlten Spielfilme sind allesamt – bei anderen Sendern nicht immer üblich – in Holländisch untertitelt. Und zudem scheinen Filmnet-Abonnenten mehr Zeit als der „Durchschnittsniederländer“ vor dem Bildschirm zu verbringen. „Aus einer in unserem Auftrag durchgeführten Studie“, so die Filmnet-Sprecherin, „geht klar hervor, daß unsere Kunden mehr fernsehen als die übrigen Niederländer.“

Sollte dieses Ergebnis zu verallgemeinern sein, dann hieße das, daß die Akzeptanz des Publikums für andere Programme durch das Filmnet-Spielfilmangebot nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Man verzichtet also offensichtlich nicht auf die Nachrichtensendungen, sondern verbringt einfach mehr Zeit vor dem Bildschirm.

Finanziert und getragen wird das niederländische Pay-TV von drei Anteilshaltern. Da ist zunächst die 40prozentige Beteiligung des schwedischen Konzerns Esselte, weitere 40 Prozent hält die VNU, ein Zusammenschluß zahlreicher holländischer Verleger, und mit den restlichen 20 Prozent ist United International Pictures (UIP), in der die drei großen Hollywood-Filmgesellschaften MGM United Artists, MCA Universal und Paramount Pictures zusammengeschlossen sind, mit von der Partie.

Mit Holland, wo über 70 Prozent aller Haushalte bereits verkabelt sind, so scheint es, haben sich diese Kapitalgeber den richtigen Testmarkt für ihr Projekt ausgesucht.





Das Angebot von Filmnet: Spielfilme bis tief in die Nacht



Der Parteichef als Alleinunterhalter: „Lieber lang und gut als kurz und schlecht. Unsere Berechtigung erlischt erst dann, wenn es Bessere gibt.“ FOTO: DPA

Die Sorgen des FJS um die Opposition

Zu Aschermittwoch pflegen sich die Stimmungs-Wogen zu glätten. Nicht so in Passau: Dort kommt erst richtig Stimmung auf, wenn der CSU-Chef Franz Josef Strauß volksnah seine politische Abrechnung präsentiert. Doch vor der Nibelungenhalle gab es diesmal auch Mißtöne.

Von PETER SCHMALZ

Drinnen im monströsen Saal der Passauer Nibelungenhalle grüßen natürlich wieder die Peiner, die diesmal sogar 221 Mann hoch aus Niedersachsen gekommen sind und ihrem politischen Idol in Sichtweite ein Transparent von der Empore hängen, mit dem sie ihre tiefe Aschermittwoch-Verbundenheit bekennen: „Nachdem wir Peiner seit 10 Jahren traditionell nach Passau fahren, laden wir F. J. Strauß sehr herzlich ein, beim Wahlkampf unser Gast zu sein.“ Und die Junge Union aus dem westfälischen Verl kündet gar munter: „Wir fordern bayerische Entwicklungshilfe für NRW.“

Draußen vor den Türen, die schon Stunden vor Beginn der Reden geschlossen sind, nachdem gut 10 000 den fußballfeldgroßen Saal überfüllten, werden auch Transparente in die Höhe gereckt. Aber die sind schwarz, und auf ihnen stehen so garstige Sätze wie „Vor der Wahl wird schön gedichtet, nach der Wahl wird hingerichtet“ oder „Wer an Strauß glaubt, glaubt auch an den Weihnachtsmann“ oder „Worte fallen in Passau viele, doch Taten sind jetzt unsre Ziele“. Männer mit Trauerflor an den Wintermänteln skandieren „Strauß und Kohl ham die Hosen voll“ und halten Mahnwache an einem halben Dutzend schwarzer Särge, die Strauß, als er wenige Minuten nach 11 Uhr aus seinem dunkelblauen BMW steigt, nur deshalb nicht sieht, weil er nicht über die Treppe des Haupteinganges, sondern durch eine Seitentür die Nibelungenhalle betritt.

Die Männer und die wenigen Frauen, die rauhen Transparent-Stangen in den Händen, haben nichts gemeinsam mit jenen Krawallmachern, die im Taxöldener Forst bei Wackersdorf mit der Polizei Katz und Maus spielen. Sie ähneln vielmehr jenen bodenständigen Niederbayern, die der CSU Wahlergebnisse um 70 Prozent zur Tradition werden ließen. Sie kommen aus dem nahen Ort Hauzenberg, wo die Christsozialen bei der letzten Landtagswahl mit 58 Prozent leicht über und die Genossen mit 28 Prozent deutlich unter dem Landesdurchschnitt geblieben sind. Sie kommen von dem Holzwerk Hauzenberg, dessen Initialen H. W. H. treuen Aschermittwoch-Pilgern deshalb in guter Erinnerung sind, weil sie auf den Fahnen der Werkskapelle standen, zu deren Klängen Franz Josef Strauß in den früheren Jahren in den Saal zog.

In diesem Jahr spielt die Passauer Stadtkapelle, denn den Kollegen von H. W. H. ist der Spaß an harmonischen Tönen vergangen. Die Kapelle ist aufgelöst, die meisten der einst 600 Beschäftigten sind gekündigt, und die verbliebenen 230 werden bis März die blauen Briefe erhalten. „Wir wollen Strauß zeigen, wie schlimm und verzweifelt unsere Lage ist“, begründet Betriebsratsvorsitzende Margarethe Valtner den Protestausflug von fast allen früheren und jetzigen H. W. H.-Mitarbeitern nach Passau.

Beim Stichwort Wiesbaden stöhnt die Menge gequält

Als Strauß um 11.55 Uhr ans Rednerpult tritt, schiebt er aber Hauzenberg erst einmmal beiseite und rückt schnell die Welt in Ordnung, wie das die 221 Peiner und die 9779 restlichen Zuhörer von ihm erwarten, sagt, was die meisten im Saal ohnehin denken und aus dem Mund des Vorsitzenden auch schon gehört haben: Daß die Gründung der CSU ein Glücksfall der deutschen Geschichte sei und ein Modell Hessen für Bonn das schiere Gegenteil wäre, nämlich ein Trauerfall. Allein die Erwähnung der rot-grünen Koalition von Wiesbaden läßt die Zuhörer gequält aufstöhnen. Mit viel Beifall zeigen sie dem Redner, daß sie gewillt sind, an dem Glücksfall weiter teilzuhaben, und mit Strauß einer Meinung sind, daß die CSU in Bayern zwar schon lange, aber längst noch nicht zu lange regiert. „Lieber lang und gut als kurz und schlecht“, dichtet Strauß und formuliert auch gleich noch den möglichen Endpunkt der weiß-blauen CSU-Regierung: „Unsere Berechtigung erlischt erst dann, wenn es Bessere gibt.“

Solche aber mag der CSU-Chef weit und breit nicht sehen. Schon gar nicht in Gestalt der SPD, deren Zustand er so grausig malt, daß sie ihm derzeit nicht einmal für jene Rolle geeignet erscheint, die er den Genossen am liebsten durch Verfassungsrang sichern würde: „Ich bin ein leidenschaftlicher Anhänger einer guten Opposition, deshalb bin ich ja so unglücklich, wenn ich nach München und Bonn schaue.“

Nein, diese „Slalompartei mit Rückwärtsgang“, deren Parteiorgan am besten von „Vorwärts“ in „Rückwärts“ umzubenennen sei, diese SPD eigne sich kaum zum Opponieren, wie sollte sie dann regieren – und das auch noch mit einem Kanzlerkandidaten, dessen „kollegial joviale Art“ der Redner zu schätzen vorgibt, dem aber, so Strauß, „das Kanzlerhemd um drei Halskragennummern zu groß ist“ und dessen Kanzlerkandidatenschuhe so überdimensioniert sind, daß er sich „darin umdrehen kann, ohne daß sich die Richtung der Schuhe ändert“. Strauß sieht Rau im Niemandsland, und der „Bayernkurier“, der druckfrisch auf den Biertischen liegt, wähnt den SPD-Kanzlerkandidaten am Bettelstab.

Insgesamt habe die SPD in den letzten Jahren einen „Quantensprung nach linksradikal“ unternommen und sei heute nicht einmal mehr zu einer Großen Koalition fähig, an der sie wegen ihrer parteiimmanenten Spannung zwischen rechts und links zerbrechen würde.

Mit den Freidemokraten geht der Aschermittwoch-Matador ein wenig schonender um und schreibt der kleinen Koalitionspartei nur ins Fastenbuch, sie sei „so klein, daß sie aus drei Richtungen besteht“: aus denen, die mit der jetzigen Regierung einverstanden sind, aus jenen, die liberal-sozialistischen Zeiten nachtrauern, und schließlich aus jenen, die nicht wissen, ob sie das eine oder andere wünschen dürfen. Im übrigen können sich die Liberalen wohl zu jenen zählen, über deren Aschermittwoch-Veranstaltungen Strauß höhnt, dies seien „komödienhafte Nebenveranstaltungen“, wo doch weltbekannt sei, daß es nur einen politischen Aschermittwoch gibt, und der ist in Passau, wo „politische Klarheit für Bayern und Deutschland“ geschaffen wird.

Zu dieser Klarheit zählt die Forderung nach einer weiteren Steuerreform, die nach einem vom bayerischen Finanzminister Max Streibl ausgearbeiteten „Tarif 90“ eine Senkung der Steuer- und Abgabenlast vorsieht, ebenso wie die Mahnungen, Leistung und Bildung wieder zu koppeln und den innovativen Wettlauf mit Japan und Amerika nicht von vornherein als verloren aufzugeben.

Nette Worte und eine Warnung an die Bauern

Auch Wackersdorf darf nicht fehlen an diesem Aschermittwoch, an dem der sozialdemokratische Spitzenkandidat Karl-Heinz Hiersemann im nahen Vilshofen die Wiederaufarbeitungsanlage zur Wahlkampfmunition umfunktioniert und Strauß in Passau den Sozialdemokraten vorhält, ihre gesamte Bundestagsfraktion habe früher für diese Anlage gestimmt: „Was wir heute hier vollziehen, ist das Energieprogramm einer sozialistischen Bundesregierung. Und jetzt tritt dieser Herr Hiersemann auf und verbindet sich mit den Chaoten.“

Inzwischen zeigt die Uhr über dem Haupteingang 30 Minuten nach 14 Uhr. Der Redner siganilisiert den Bauern mehr als Verständnis für ihre Probleme mit der EG, warnt sie vor einem „Eigentor von ungeheurem Ausmaß“, falls sie bei der nächsten Wahl der CSU ihre Stimme entziehen sollten, und fordert eine möglichst starke Christlich-Soziale Union.

Da bleibt keine Zeit mehr für die Hauzenberger Holzwerker. Die sind mit ihren Särgen und Transparenten ohnehin schon wieder abgezogen.

„O. k., in allen Punkten schuldig im Sinne der Anklage“

Vor zehn Jahren schienen Betty Williams und Mairead Corrigan Nordirland einen Ausweg aus dem Bürgerkrieg weisen zu können. Zehntausende „Peace People“, Menschen beider Konfessionen, gingen auf die Straße, um den Haß zu überwinden. Die beiden Frauen an der Spitze der Bewegung wurden mit dem Friedens-Nobelpreis geehrt. Heute reichen sie sich nicht mehr die Hand.

Von SIEGFRIED HELM

Sie waren Symbolgestalten der Hoffnung für Nordirland. Symbolisch war nun auch die Pleite, mit der eine bemerkenswerte Sendung der kommerziellen Anstalt „Yorkshire Television“ begann, in der die beiden Frauen wieder zusammengeführt werden sollten. Betty Williams (vom Fernsehen eigens eingeflogen aus ihrer neuen Heimat Florida) und Mairead Corrigan, die einst Schulter an Schulter Frauen beider Konfessionen mobilisiert hatten, kehrten einander den Rücken zu. Mairead weigerte sich, Betty die Hand zu reichen oder auch nur mit ihr zu reden.

So tief und bitter ist der Unfriede zwischen den beiden Frauen, die gemeinsam den Friedens-Nobelpreis bekamen. Als damals das Geld ankam, eine Riesensumme für die Frauen aus bescheidenen sozialen Verhältnissen, da begann hinter den Kulissen der Fernsehauftritte das Gerangel im Führungskomitee der „Peace People“. Der Journalist Ciaran McKeown, zum Chefideologen der Bewegung aufgestiegen, lag den Frauen in den Ohren, ihre 310 000 Mark und die dann aus aller Welt anrollenden Hunderttausende an Spendengeldern für ähnliche Zwecke in der Dritten Welt zu spenden und Ulsters Friedensbewegung zu einer universellen zu machen.

Betty Williams im Rückblick: „Ich habe meine Hälfte behalten. Ich brauchte das Geld. Ich war völlig abgebrannt. Absolut pleite. Meine Familie hatte Schwierigkeiten, meine Ehe war kaputt. Ciaran wollte alles in die Dritte Welt schicken. Ehrlich: Ich hatte es zu jenem Zeitpunkt nötiger als die Dritte Welt. Ich will mich nicht entschuldigen. Ich habe es so leid, die Frage nach dem Verbleib des Geldes zu beantworten. Ich hab's behalten. Ja, ich bin schuldig.“

Nur noch 200 Mitarbeiter bei der Friedensbewegung

Zur Friedensbewegung hat Betty Williams ihre Brücken ebenso abgebrochen wie Ciaran McKeown, dessen Buch über die Bewegung in Verleumdungsklagen steckenblieb und der nicht mehr als Journalist, sondern als freiberuflicher Setzer arbeitet. Nur Mairead Corrigan geht immer noch von Tür zu Tür und verkündet die frohe Botschaft, die längst auf taube Ohren trifft. Auf weniger als 200 Mitarbeiter ist die Bewegung geschrumpft, die von „Fredheim“, dem von norwegischen Spenden erworbenen „Friedenshaus“, aus unter Leitung von Hazel Senior das Werk sozusagen auf Sparflamme fortsetzt. Auf der Straße verkaufen sie ihre kleine Zeitung „Peace by Peace“, ein Wortspiel mit Stück für Stück.

Seit 1981 lebt Betty Williams in Amerika, wo sie in zweiter Ehe mit dem Mineralöl-Manager James Perkins verheiratet ist. Als Trägerin des Friedens-Nobelpreises ist sie eine gefragte TV-Persönlichkeit, deren Ansichten zu humanitären Fragen in aller Welt man gerne in Talkshows einholt. Über Ulster redet sie nicht. Da ist sie wie ausgebrannt.

In Ulster hat man sie als „Verräterin“ beschimpft. Ihre Antwort: „Da haben die vielleicht recht. Ich bin nicht von Ulster fortgezogen, ich habe es fluchtartig verlassen. Ich hatte keine Kraft mehr zum Geben. O. k. In allen Punkten: Schuldig im Sinne der Anklage.“

Auch Ciaran weigerte sich, mit Betty zusammenzutreffen. Sie sagte weinend: „Ich möchte Mairead in die Arme nehmen und ihr sagen, daß ich sie liebe. Ich möchte das gleiche mit Ciaran tun. Ich möchte, daß auch sie mich lieben. O Gott, wie sehr ich sie vermisse.“

Sie konnten zusammen nicht kommen. Mairead Corrigan, tatkräftiger Apostel christlicher Nächstenliebe, konnte nicht über diesen Schatten aus der Vergangenheit springen. Mit leuchtenden Augen, fast überirdisch verklärt, erzählt sie von ihrer Arbeit. Ein glücklicher Sisyphus, könnte man glauben.

Mit dem Nobel-Preis kam der Niedergang

Doch dann ihre Begegnung mit Gerry Adams, dem ehemaligen IRA-Kämpfer, der für Sinn Fein ins Londoner Unterhaus gewählt wurde, seinen Sitz aber aus Protest gegen die „imperialistische Besatzungsmacht“ England nicht einnimmt. Mairead versucht, ihm ihre Informationsbroschüre zu verkaufen. Er habe kein Geld, kommt die Antwort. Die Führung der „Peace People“ sei diskreditiert, sagt er. Plötzlich blanker Haß in den Blicken der beiden katholischen Aktivisten.

Mairead: „Weil Betty damals ihr Geld behalten wollte, habe ich widerstrebend auf Ciaran gehört, meine Hälfte auch zu behalten. Sonst hätte unser gutes Einvernehmen womöglich gelitten. Von meinen Angehörigen hat keiner profitiert. Zu mir kamen viele Leute, die für Projekte in der Gemeinschaft Geld brauchten. Ich habe Schecks ausgestellt.“

In Ulster fiel das bittere Wort: Der Friedens-Nobelpreis war der Anfang vom Ende der „Peace People“. Von den Querelen der Führung abgesehen, gab es Neid. Als sich herumsprach, daß die Geehrten ihren „Reichtum“ für sich behielten, wurden sie zur Zielscheibe übler Nachrede.

Die kleine Mairead Corrigan scheut als einzige der drei Hauptinitiatoren der „Peace People“ auch als gebranntes Kind nicht das Feuer. Das mag auch daran liegen, daß sie in ihrem Privatleben aufs engste mit den Ursprüngen der einstigen Massenbewegung verbunden ist, einem der schwarzen Tage in der blutigen Geschichte der Unruheprovinz. Am 10. August 1976 geriet ein Fluchtwagen von IRA-Terroristen bei der Verfolgung durch einen Landrover von der Straße ab und raste in eine Gruppe von Passanten. Es war Maireads Schwester Anne McGuire mit ihren Kindern. Zur Beerdigung der drei Kinder pilgerten 10 000 Menschen zum Friedhof. Dort lernte Mairead Betty Williams kennen. Maireads Schwester Anne konnte den Verlust ihrer Kinder nicht verwinden. 1980 nahm sie sich das Leben. Ein Jahr später heiratete Mairead den Witwer Jackie McGuire.

Aus Norwegen, wo der Friedens-Nobelpreis vergeben wird, flossen die Spenden besonders reichlich. Es ist, als wollten viele mit Gewalt glauben, daß die beiden zu Symbolgestalten für den Frieden erhobenen Frauen Betty Williams und Mairead Corrigan mehr als eine Episode sein könnten in dem ungelösten Konflikt auf der Grünen Insel. (SAD)



Als sie noch gemeinsam kämpften: Betty Williams (l.), Mairead Corrigc
FOTO: LARS NYSEF

Asyl-Frage schlägt in Stuttgart hohe Wellen

„Überschwappen" des Unmuts in der Bevölkerung befürchtet

HANS KRUMP, Stuttgart

Agrarpolitik sollte das Thema eines Vortrages des Stuttgarter Staatssekretärs Matthias Kleinert in Offenburg sein. Doch in der Diskussion wollten die Zuhörer weniger über Milchpreise oder Butterberge wissen, als über die sprunghaft angestiegenen Asylantenzahlen und die Möglichkeiten eines Stopps dieser Entwicklung. Regierungssprecher Kleinert: „Was ich da von den Leuten zu hören bekam, möchte ich hier nicht zitieren."

Das Erlebnis von Späths Staatssekretär ist wohl nicht untypisch für die derzeitige Stimmung in der Bevölkerung zwischen Neckar und Bodensee. Seit Stuttgart im Sommer 1985 verfügte, Asylbewerber wegen der überfüllten Sammellager teilweise in den Kommunen unterzubringen, ist das Klima im Lande gereizter geworden. Bei der Landesregierung häufen sich die Briefe besorgter Bürger, die betroffenen Kommunen (mehr als 10 000 Einwohner) haben erhebliche Probleme, die Asylanten im Verhältnis 2,3 pro tausend Einwohner unterzubringen. Etwa die Hälfte der insgesamt 10 900 Asylanten (1984: 5400 Asylbewerber, 1983: 2700), die Baden-Württemberg 1985 aufnehmen mußte, wurde an die Gemeinden weitergeschickt. Angesichts der weiter steigenden *Anträge (allein im Januar* 1150 im Land) soll die Zuteilungsquote ab 1. April auf 2,9 angehoben und auch Gemeinden unter 10 000 Einwohnern zur Unterbringung von Asylanten verpflichtet werden.

Asylanten unzufrieden

„*Noch ist die Stimmung nicht* übergeschwappt", sagt Staatssekretär Kleinert, „doch sollte die Strapazierfähigkeit nicht überdehnt werden." Auf Unverständnis bei den Badenern *und Schwaben stießen* Zeitungsmeldungen wie diese:

- In Waldbronn/Landkreis Karlsruhe blockierten vier *irakische* Asylan*ten eine Straße, weil sie mit der Un*terkunft nicht einverstanden waren. Einem Polizisen wurde in die Hand gebissen.
- In Rheinfelden/Kreis Lörrach besetzten 15 Asylanten, darunter acht Kinder, eine Kirche, um für bessere Unterbringung zu demonstrieren. Sie ließen sich auf keinerlei Gespräche ein und mußten von der Polizei aus der Kirche gedrängt werden.

In Stuttgart hofft man, durch „konsequente Maßnahmen" ein „Überschwappen" der Stimmung zu verhindern. Nach Angaben von Ministerpräsident Späth haben sich die Ansichten inzwischen im Bundesrat und in der Bonner Koalition gewandelt.

Problem Folgeanträge

Er geht davon aus, daß den maßgeblich auch von Stuttgart eingebrachten Bundesratsinitiativen (u. a. Arbeitverbot während des Verfahrens; ständige Überprüfung der Asylvoraussetzungen auch nach Gewährung; Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften; Sozialhilfe als Sachleistung) nichts mehr im Wege stehe. Sorge machen der Landesregierung die sogenannten „Folgeanträge", mit denen abgewiesene Asylbewerber beim Bundesamt in Zirndorf neue Anträge – oft ohne weitere Fakten – stellen, um der Ausweisung zu entgehen. Innenminister Dietmar Schlee hat jetzt die Ausländerbehör*den angewiesen, direkt über Folgean*träge zu entscheiden und das Verfahren so zu beschleunigen. Sollten derartige Maßnahmen nicht greifen, steht für Stuttgart auch der Artikel 16 des *Grundgesetzes (politisch Verfolg*te genießen Asylrecht) „ernsthaft auf dem Prüfstand", so Kleinert.

Für die Anhörung vor dem Bundestags-Innenausschuß zur Bundesratsinitiative am 24. Februar hat Baden-Württemberg einige gute Argumente parat: Stuttgart praktiziert die verlangte Gemeinschaftsunterbringung, das Sachleistungsprinzip und das Arbeitsverbot konsequent selbst seit Jahren. Folge: Nur ein Drittel aller Asylanten, die Stuttgart entsprechend seiner Quote von 15,2 Prozent *aufnehmen muß, hat den Asylantrag* im Land selbst gestellt.

Gerät jetzt auch Bausenator Franke in den Sog der Korruptionsaffäre?

Räume des größten Berliner Bauingenieur-Büros durchsucht / Heute Parlamentsdebatte

HANS-R. KARUTZ, Berlin

In der Stadt wächst unter dem Eindruck einer neuen großen Durchsuchungsaktion der Staatsanwaltschaft beim größten Bauingenieurbüro an der Spree der Verdacht, daß der CDU-Bauskandal bisher nur die „Spitze des Eisbergs" freigelegt hat. Das Abgeordnetenhaus beschäftigt sich heute in seiner Sitzung auf Wunsch der SPD erneut mit dieser größten Korruptions- und Bestechungsaffäre der Berliner Nachkriegszeit.

30 Kriminalbeamte beschlagnahmten am Dienstag in den Dienst- und Privaträumen des 66jährigen Heinz Ruths kistenweise Material. Ruths steht im Verdacht, an einer Bestechung des früheren Baustadtrats Wolfgang Antes beteiligt gewesen zu sein. Der Ex-Kreischef von Charlottenburg trat inzwischen aus der Union aus. Er schrieb: „Es tut mir in der Seele weh, daß ich zur Zeit für die CDU eine Belastung bin."

*Dem neuen Schlag der 22 hochspe*zialisierten Beamten der Sonderkommission, die die Affäre aufrollt, kommt auch politische Bedeutung zu: Denn Ruths, der sich zur Kur befindet, ist ein guter Bekannter von Bausenator Klaus Franke (CDU). Er kaufte 1982 von Ruths eine Eigentumswohnung nahe dem Zürichsee. Franke – jahrelang Vorsitzender des parlamentarischen Bauausschusses, Direktor einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft und Parlaments-Vizepräsident – verkaufte diese Immobilie nach kurzer Zeit, weil sich Probleme mit der „Ausländerbewilligung" ergaben.

Wegen dieses Kaufs sah sich der Bausenator schon 1985 Vorwürfen des SPD-Bausprechers Wolfgang Nagel ausgesetzt. Der SPD-Abgeordnete (er geht auch in den geplanten Untersuchungsausschuß) behauptete Zusammenhänge zwischen dem Wohnungskauf und der Vergabe der gesamten Projektsteuerung für die im Bau befindliche „Kleine Philharmonie". Der Bau soll zur 750-Jahr-Feier Berlins 1987 fertig sein. Der Senator selbst war bisher vom Sog der CDU-Bauaffäre verschont geblieben, wenngleich gegen zwei seiner Spitzenbeamten ermittelt wird und einer von ihnen vom Dienst suspendiert ist. Der jüngste Stand im Skandal und seiner politischen Aufarbeitung stellt *sich so dar:*

- Die FDP-Fraktion billigte jetzt einen Textentwurf für den Auftrag, den der parlamentarische Untersuchungsausschuß vom 27. Februar an erledigen soll. Die SPD legte ihrerseits ein Papier vor, in dem allein 18 große Bauobjekte aufgeführt werden, die überprüft werden sollen.
- Vor der Staatsanwaltschaft räumte der suspendierte CDU-Baustadtrat Jörg Herrmann ein, von dem bestechungsverdächtigen Bauträger Kurt Franke 15 000 Mark genommen und für „kulturelle Zwecke" ausgegeben zu haben.
- Wissenschaftssenator Wilhelm Kewenig arbeitet im Auftrage des CDU-Landesvorstands an einem Strategiepapier für seine Partei, die einen politisch gelähmten Eindruck macht.
- *Inzwischen beschloß* der CDU-Landesvorstand, den für den 31. Mai einberufenen Nominierungs-Parteitag für die elf Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten zu verschieben. *Auf diese Weise soll offenbar für hohe* CDU-Politiker, möglicherweise aus dem Senat, ein Platz im Bonner Aufgebot freigehalten werden, falls sich schon bis dahin erste Konsequenzen aus der Affäre abzeichnen.

Borken: Tauziehen um ein geplantes Kraftwerk

Preußenelektra erwägt Standortverlegung nach Niedersachsen

MICHAEL JACH, Hannover

Wie mit einer Kiste roher Eier balancieren Regierungspolitiker und andere Interessenten in der niedersächsischen Landeshauptstadt seit Monaten mit einem Gegenstand, der sich möglicherweise als spektakulärer Fall von „Industrieabwanderung aus dem rot-grünen Hessen" ins nördliche Nachbarland entpuppen könnte: Das Vorhaben des in Hannover ansässigen Stromversorgungs-Unternehmens Preußenelektra, im nordhessischen Borken südlich Kassel an Stelle ihres derzeit dort noch betriebenen Braunkohlekraftwerks einen Kernreaktor zu bauen.

Gefahr für Börner

Der Braunkohlen-Tagebau in Bor*ken wird bis 1993 erschöpft, das dar*aus befeuerte Kraftwerk dann stillzulegen sein. Frühere hessische Pläne, zusätzlichen Brennstoff durch Abtragung des benachbarten Hohen Meiß*ners zu erschließen, verschwanden* dank umweltpolitischer Vernunft längst im Reißwolf. Zur wirtschaftlichen Sicherung der Strom-Grundlast für ihr Versorgungsgebiet Nordhessen setzt die Preußenelektra seither auf Kernkraft. Die Bauanträge liegen der hessischen Landesregierung vor.

Bei einer rot-grünen Regierung in Wiesbaden gibt jedoch niemand dem Projekt eine ernsthafte Chance. Ernst Welteke, Vorsitzender der hessischen SPD-Landtagsfraktion, hat es eben erst in einem Zeitungsinterview bekräftigt: An einem Ja zu dem Kernkraftwerk *müßte* die Wiesbadener Koalition zerbrechen. Zudem stehe die „Beschlußlage der SPD auf Bundesebene" dagegen. Welteke schlägt als Brennstoff für ein neues Kraftwerk Steinkohle vor, was die Preußenelektra jedoch aus ökonomisch Gründen ablehnt.

Angesichts solcher Eindeutigkeiten werden in Hannover die Hinweise gezielt lanciert, die Preußenelektra werde einen Ausweichstandort in Niedersachsen suchen. Die Unter*nehmensspitze läßt aber steif und fest* behaupten, sie spreche mit niemandem über Borken außer mit den Zuständigen in Hessen. Im Dunstkreis des *niedersächsischen* Wirtschaftsministeriums ist offizielles Redeverbot verhängt, doch unter den Schreibtischen werden die Hände gerieben.

Ein Loch in den Nebel riß vergangene Woche der hessische CDU-Vorsitzende Walter Wallmann. In abendlicher Runde teilte er Journalisten in Hannover mit, Gespräche mit Aufsichtsräten der Preußenelektra ließen erwarten, daß diese nach einer Wiederwahl von Ministerpräsident Ernst Albrecht offen in Hannover vorstellig werde. Ähnliches ließ Welteke in einem zeitgleich gegebenen Interview verlauten. Die „Frankfurter Rundschau" indes zitierte einen Preußenelektra-Sprecher mit der Äußerung, Wallmann habe „Unsinn" geredet. Auf Nachfrage der WELT sagte der Unternehmenssprecher, er sei mißverstanden worden.

Prestige-Objekt

Das Knäuel der diskreten Indiskretionen entwirrt sich angesichts der unterschiedlichen Interessendetails in Niedersachsen und Hessen. Niedersachsens Landesregierung würde nur allzu gern den Prestigeerfolg einfahren, den Hessen das Kraftwerksprojekt abzujagen. Dies jedoch erst nach der Landtagswahl, um den Wahlkampf nicht mit einem unkalkulierbaren Reizthema anzureichern. Die Preußenelektra ihrerseits vermeidet offensichtlich alles, was den Druck auf Hessens Landesregierung zur Unzeit mindern könnte.

Walter Wallmann und die Hessen-CDU schließlich befinden sich in einem Zwiespalt: Einerseits kommt ihnen mit Blick auf die hessische Landtagswahl 1987 die bedrohliche Aussicht gelegen, daß aus Borken einige hundert Arbeitsplätze abwandern könnten. Andererseits würde ein CDU-Wahlsieg auch für Borken andere Voraussetzungen schaffen. Höchst zweifelhaft aber bleibt, ob die Preußenelektra darauf warten und somit *nochmals eine Unbekannte in ihr* Kalkül setzen will.

Sicherheitsgesetze *weiter umstritten*

rtr, Bonn

In einer Bundestags-Anhörung über die Gesetze zur Einführung fälschungssicherer und maschinenlesbarer Personalausweise haben sich die Datenschutzbeauftragten Hessens und Hamburgs gegen die Datenspeicherung bei Schleppnetzfahndungen ausgesprochen.

Klaus Henning Schapper (Hamburg) sagte, daß die Gesetze die Verarbeitung von Massendaten gestatteten und davon in großem Umfang auch unbescholtene Bürger betroffen seien. Der hessische Datenschutzbeauftragte Spiros Simitis bezweifelte, ob die geplanten Regelungen dem *Prinzip der Verhältnismäßigkeit ent*sprächen.

„DDR" setzt auf die Kernenergie

AP, Berlin

Die „DDR" will den Einsatz von Kernenergie wesentlich beschleunigen. Dies sei die wesentliche Aufgabe der „DDR"-Kernforschung, erklärte der Direktor des „DDR"-Zentralinstituts für Kernforschung in Rossendorf, Günter Flach. Besonders das Eindringen der Mikroelektronik in den Prozeß des „Beherrschens kernenergetischer Prozesse" müsse vorangetrieben werden.

Ein wichtiges Forschungsvorhaben befasse sich mit der prozeßdiagnostischen Überwachung in Kernkraftwerken. Das Kernkraftwerk Nord in Lubim bei Greifswald werde *noch vor* April über eine solche Anlage verfügen.

DGB fordert Finanz-Spielraum

dpa, Düsseldorf

Für eine Verbesserung des Finanzspielraumes der Kommunen gegenüber *Bund und Ländern hat sich der* nordrhein-westfälische Landesbezirk des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) ausgesprochen. Nach Ansicht seines Vorsitzenden Dieter Mahlberg könne eine aktive Beschäftigungspolitik nur von finanzstarken Gemeinden geleistet werden. Dazu bedürfe es einiger Korrekturen bei den Finanzzuweisungen an die Städte und Gemeinden.

Der Gewerkschafter forderte auch Rücksichtnahme auf die strukturell unterschiedlichen Probleme der Gemeinden. Dies gelte besonders für das Ruhrgebiet.

Nord-CDU fordert fairen Wettbewerb für Seehäfen

FDP will wieder über „Freihandelszonen" diskutieren

hs. Hamburg

Die meisten deutschen Werften haben nur noch bis zum Sommer feste Aufträge. Angesichts dieser angespannten Lage forderten die Vorsitzenden der CDU-Fraktionen der vier Küstenländer und Berlins ein gemeinsames Vorgehen ihrer Landesregierungen gegenüber dem Bund. „Wir wollen keine Subventionen", sagte der Vorsitzende der schleswig-holsteinischen CDU-Fraktion, Klaus Kribben, bei einer gemeinsamen Sitzung der Fraktionschefs gestern in Hamburg. Von dem letzte Woche von den Wirtschaftsministern in Auftrag gegebenen Gutachten zur Situation im Schiffbau erwarten die Fraktionschefs endlich ein schlüssiges Rezept, wie den Werften geholfen werden kann.

Der Hamburger Oppositionsführer, Hartmut Perschau forderte namens seiner Kollegen, daß die Wettbewerbsverzerrungen im Güterverkehr zu Lasten der deutschen Seehäfen endgültig beseitigt werden müßten. *Die Bundesregierung habe zwar ei*nen Teil der Versäumnisse aus der Zeit der SPD/FDP-Koalition aufgeholt, dennoch hatten die deutschen Häfen immer noch das Nachsehen, *weil der Transport über ausländische* Häfen in der EG billiger sei als über deutsche Häfen. Diese „ordnungspolitisch bedingten Wettbewerbsverzerrungen" soll Bonn umgehend abbauen.

Der angestrebte Medien-Staatsvertrag – so Werner Remmers (Hannover) – ist so unrealistisch, daß sich die CDU-Fraktionschefs damit gar nicht mehr beschäftigten. Remmers betonte, daß die CDU in Norddeutschland an einem Erhalt von ARD und ZDF interessiert sei. Doch die öffentlich-rechtlichen Aktivitäten wie „3 SAT" und „Eins plus" bedeuteten eine Gefährdung. Remmers betonte: „Wir wollen auf jeden Fall den privaten Anbietern eine Chance schaffen."

mj, Hannover

Norddeutschlands Freie Demokraten wollen aus dem mißlichen Umstand, derzeit weder in Hannover oder Kiel noch in Bremen und Ham*burg mitzuregieren, eine Tugend ma*chen. Nach einer Konferenz, an der auch die FDP-Vertreter aus Berlin teilnahmen, präsentierten sich die FDP-Länderspitzen jetzt in Hannover als Mahner wider den „Länder-Egoismus", als Motor einer gemeinsame Interessen betonenden Wirtschafts-, Umwelt- und Medienpolitik.

So habe die Bremer Konferenz der norddeutschen Wirtschaftsminister in der Vorwoche angesichts der Werftenkrise nichts weiter vermocht, als „neue Gutachten anzufordern", rügte *der hannoversche FDP-Fraktions*chef Walter Hirsche. Anstelle von Subventions-Alleingängen nach dem Vorbild Schleswig-Holsteins bedürfe es eines „abgestimmten" Kapazitätsabbaus: Subventionen seien „gleichmäßig" und getreu dem EG-Recht für Exportaufträge sowie Produktionsumstellungen auszuteilen.

Als Medizin *gegen zwangsläufige* Arbeitsplatz-Verluste an der Küste wie zur Wirtschaftsförderung im Norden überhaupt brachte der Kieler FDP-Landesvorsitzende Dieter *Zumpfort erneut „Freihandels"- und* „Industrie-Sonderzonen" ins Spiel.

Scharf ins Gericht gingen die Parteiliberalen *mit der Medienpolitik* von „CSU und Teilen der CDU". Diese konzentrierten sich mittlerweile eigensüchtig auf eine öffentlich-rechtliche „Südschiene" unter Unions-Einfluß. Damit forderten sie die Länder der „Nordschiene" heraus, gefährdeten die ARD und drängten die Privaten ins Abseits.

Zweifel an Autorität der Rechnungsprüfer

dos, Hannover

Der Landesrechnungshof in Niedersachsen muß nach Ansicht des Bundes der Steuerzahler seine Position gegenüber der *Landesregierung* deutlich verstärken. Voraussetzung dafür, so der Vorstandsvorsitzende des Steuerzahlerbundes Niedersachsen/Bremen, Axel Gretzinger, sei eine Änderung der Berufungspraxis der Rechnungshof-Spitze. Bislang wurden in Niedersachsen der Präsident und der Vizepräsident des Rechnungshofs, anders als im Bund und in einigen Ländern, von der Landesregierung ernannt.

Um die Unabhängigkeit und Autorität der Prüfer zu festigen, soll die Besetzung der beiden Ämter künftig durch Wahlen im Parlament erfolgen. Einen entsprechenden Gesetzesvorschlag hat der Steuerzahlerbund dieser Tage den im Niedersächsischen Landtag vertretenen Fraktionen zugeleitet.

Gretzinger begründet seine Initiative mit der Mißachtung von Beanstan*dungen des Landesrechnungshofs* durch die Regierung. Eine Sammlung von Fallbeispielen aus der laufenden Legislaturperiode beweise, daß vom Rechnungshof vorgetragenene Kritik, Empfehlungen und Vorschläge nur zögerlich und lückenhaft beantwortet würden. Stellungnahmen der Landesregierung ließen oft jahrelang auf sich warten. Die Prüfung von disziplinarrechtlichen Verantwortlichkeiten und des Schadensersatzes unterbleibe zumeist, meint der Steuerzahlerbund und macht seine Vorwürfe an einigen Beispielen fest.

Da gab es jenen Fall aus dem Jahre 1981, als der Rechnungshof die Anschaffung einer Datenstation durch das Ministerium für Wissenschaft *und Kunst im Wert von 47 670 Mark* bemängelte, weil Tischrechner den gleichen Zweck erfüllt hätten. Zudem standen die Geräte zwei Jahre lang ungenutzt im Keller des Ministe*riums.*

Die Antwort der Landesregierung folgte im Herbst 1983. Die Anschaffung der Bildschirmcomputer sei „notwendig, zweckmäßig und wirtschaftlich" gewesen. Durch den frühen Kaufzeitpunkt seien Rabatte erlangt worden, hieß es mit Blick auf die zweijährige Einkellerungszeit.

„Teilweise fahrlässiges Verhalten" erkannte der Rechnungshof 1982, nachdem die Bewilligungsbehörden mehreren Gemeinden Mittel für Straßenbauarbeiten auszahlten, die nicht förderungswürdig waren. Die Kommunen hatten Kleinvorhaben als Fortsetzungsmaßnahmen eines größeren Projekts deklariert.

Der zuständige Minister für Wirtschaft und Verkehr antwortete Anfang 1984, der Vorgang werde zügig bearbeitet; Koppelungsförderungen sollten künftig unterbleiben. Auf das Problem der Haftung und der Strafbarkeit wird nicht eingegangen.

Beamte fordern sechs Prozent

dpa, Bonn

Der Deutsche Beamtenbund (DBB) wird am 18. Februar mit Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) über eine Regelung zur Anpassung der Bezüge für Beamte sprechen. Der DBB wies darauf hin, daß er sich mit seiner bereits im November 1985 beschlossenen Sechs-Prozent-Gesamtforderung für eine lineare Erhöhung um 5.5 Prozent vom 1. Januar an einsetze. Darüberhinaus befürwortet der Beamtenbund Verbesserungen wie die Rücknahme „ungerechtfertigter Sparmaßnahmen" der vergangenen Jahre.

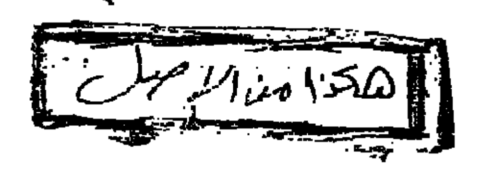
Die ÖTV hatte sich mit Zimmermann über eine lineare Erhöhung der Bezüge für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst um 3,5 Prozent und über Strukturverbesserungen ge*einigt.*

Gesetz soll Bürokratie abbauen

AP, Bonn

Mit dem Ziel eines raschen Abbaus von Bürokratie hat das Bundeskabinett gestern den Entwurf eines Zweiten Rechtsbereinigungsgesetzes verabschiedet. Mit dem in 37 Artikeln vorgelegten Entwurf des Bundesinnenministeriums sollen zwölf Gesetze und Verordnungen ganz aufgehoben und weitere 27 „einfacher und kürzer gefaßt" werden, teilte der Parlamentarische Staatssekretär Horst Waffenschmidt mit.

Der Entwurf soll durch die Auflockerung und Verlagerung von Zuständigkeitsregelungen dem Bürger, der Wirtschaft und der Verwaltung Erleichterungen ermöglichen. Ferner sollen Doppelzuständigkeiten beseitigt und Genehmigungs- und Anzeigepflichten in verschiedenen Bereichen aufgehoben werden.



Chirac holt sich Beifall durch ehrliche Aussagen

PETER RUGE, **Paris**

Die Stewardeß bringt ihm ein Cremetörtchen und bekommt dafür ein Küßchen – wer hätte das erwartet von Frankreichs Hardliner, *dem* Gaullistenchef Jacques Chirac. Der erste Anwärter auf den Premierposten, wenn die Franzosen in fünf Wochen wählen, fühlt sich sichtlich wohl in der Mystère 20, in diesem 850 Kilometer schnellen Privat-Jet, den seine Partei, das Rassemblement pour la République (RPR), für ihn mietete.

Wahlkampf auf amerikanisch – der ehemalige Harvard-Absolvent mit den Gesichtszügen eines Zehnkämpfers vor dem Start hat sich viel vorgenommen: Fast jeden Abend schafft er zwei Departements – und das bis zum 16. März. „Aber nachts will ich in meinem Bett im Pariser Rathaus schlafen", sagt der 53jährige.

Das Tempo des „Herrn Bürgermeisters", wie er sich gerne nennen läßt, hält seine Umgebung in Atem: *Morgens* 7.30 Uhr sitzt er am Schreibtisch im Hôtel de Ville: regierend, delegierend, motivierend. Dann, um die Mittagszeit, ist er draußen – er taucht gerne unvermutet aus der Metro auf, überrascht eine Dienststelle, schaut sich Baugruben in der französischen Hauptstadt an. Schmutz und Unordnung sind ihm verhaßt: Paris verdankt ihm den Hundedreck-Kehrdienst, eine intakte Müllabfuhr, die Eindämmung der Prostitution. Das hat ihm den Ruf des Herrn Saubermann eingebracht – beliebter geworden ist er dadurch nicht.

Wahlkampf auf amerikanisch: Jacques Chirac
FOTO: POLY-PRESS

Jetzt, am späten Nachmittag in der Kabine, wirkt er aus nächster Nähe anders – glaubhaft, als er sagt: „Wenn ihr in der Bundesrepublik Schnupfen habt, erkälten wir uns – ich freue mich, daß es euch gut geht." Herzlich, als er sagt: „Ich bin ein Anhänger der CDU, Helmut Kohl und ich sehen uns öfter." *Schelmisch, als er auf die Frage* antwortet, ob er auch die CSU mag: „Von Paris aus sehe ich nur Christdemokraten."

Auf den Wahlplakaten hat er sich mit jedem der fast 100 RPR-Kandidaten abbilden lassen: hemdsärmelig, strahlend, den Arm um die Schultern des Parteifreundes gelegt – nur die Krawatten bauschen sich im Wind eines unsichtbaren Ventilators – für das richtige Lächeln gaben die PR-Berater den Rat, Chirac solle „Quis-Ti-Ti" sagen. Ist er dadurch populärer geworden?

Die Prognosen geben ihm zur Zeit 40 Prozent, mehr als seinem Gegenspieler, dem amtierenden Premier Fabius mit 38 Prozent – Chirac also im Aufwind?

„*Die Umorientierung* auf eine neue Autorität beginnt wohl schon", sagt seine Begleitung, als seine Maschine in Lyon ausrollt. „Polizei mit Blaulicht vor und hinter der Wagenkolonne, das hat es schon lange nicht mehr für Chirac gegeben."

Die Insignien der Macht hatte er bereits 1972. Er war Premierminister *unter dem damaligen Staatspräsidenten* Giscard d'Estaing. Zwei Jahre hielt die Freundschaft, dann kündigte Chirac die Zusammenarbeit mit den liberalen Republikanern: Er wollte den Gaullisten wieder Profil geben.

Dieser Basisarbeit verdankt die Sammlungsbewegung RPR ihre neue Struktur: Es sind vor allem junge Menschen, die in dieser Partei engagiert mitarbeiten. Sie sind „efficace", *durchschlagend. So liebt es Chirac,* wenn er wie in Bourg-en-Bresse eine geölte Maschinerie übernimmt: Eine Viertelstunde Pressekonferenz mit den örtlichen Journalisten, ein kurzer Empfang für 140 Honoratioren – er begrüßt jeden einzelnen mit „Bonjour, Monsieur – Bonjour, Madame", dann der öffentliche Auftritt in der vollbesetzten Ausstel*lungshalle. Die Marseillaise* erklingt.

Er trifft auf ein schwieriges Publikum. Viele sind nur aus Neugier gekommen. Sie kennen diesen Pariser im Maßanzug kaum, denn das staatliche Fernsehen boykot*tiert den Gaullisten* offensichtlich mehr als andere. Chirac legt die Brille weg, sein Manuskript enthielt sowieso nur Stichworte, versucht, an diese Landbevölkerung heranzukommen: Er erinnert an Tage, die er hier verbracht hat, wirbt für seine Kandidaten, die in dieser Erde verwurzelt sind, findet plötzlich Worte, *die zum Zuhören* zwingen, weil sie einfach, ungedrechselt, ehrlich sind. Die Zuhörer sind gebannt, Beifall bricht los.

Es geht gar nicht mehr um ein Programm. Jedermann weiß in Frankreich, daß der Spielraum für Änderungen gering sein wird. Überzeugend wirkt vor diesen Wählern, daß es hier einer versucht, in der Politik wieder *Haltung zu zeigen.*

Chirac nennt Beispiele: Die geplante Preiserhöhung für die öffentlichen Verkehrsmittel einen Tag nach der Wahl, die Regierungskungelei um das Privatfernsehen in Frankreich, die Verfälschung von Meinungsumfragen zugunsten der Sozialisten.

Im Wagen zurück zum Flugplatz schläft er: „Jetzt tankt er wieder auf", sagt seine Umgebung. Kaum hat die kleine, weiße Düsenmaschine Lyon verlassen, ist sein Thema erneut die Bundesrepublik. Er hat in Neustadt an der Weinstraße seinen Militärdienst geleistet: Er kennt die Grenze, die Deutschland teilt, er spricht von Menschenrechten. „Ich lasse aus meinen Reden nie diesen Aspekt aus, auch nicht vor den Bauern in Bourg-en-Bresse. Würde ich aufhören, davon zu reden, würden wir den Völkern im Osten das Letzte nehmen, was ihnen geblieben ist: die Hoffnung", sagt Jacques Chirac.

Fragas Partei verjüngt

Spaniens Volksallianz orientiert sich zur liberalen Mitte

ROLF GÖRTZ, **Madrid**

Die „alte Dame", wie ein TV-Showmaster die spanische Rechte zu nennen pflegt, überraschte: Aus dem 7. Kongreß der konservativen Alianza Popular schälte sich eine agile, eher liberale Partei der rechten Mitte heraus. Wie die Partei, so erscheint auch ihr Chef, Manuel Fraga Iribarne, nach einer intensiven Imagekur verjüngt. Nach wie vor wortschnell und angriffslustig im Parlament, sonst aber ruhiger, gelassener als früher.

„In Galicien geschieht immer das, was geschehen muß", zitierte Fraga ein Sprichwort seiner Heimat, als ihm dort der größte Wahlsieg der Alianza – fast die absolute Mehrheit – unter den Fingern zu entgleiten drohte: Wie so oft in den letzten Jahren wollte sich die Führung einer liberalen Re*gionalpartei der Mitte* nach links orientieren. Aber die Wähler dieser jungen, erfolgreichen Partei spielten diesmal nicht mit. So kam die Koalition der liberalen Mitte mit mehreren Linksparteien nicht zustande.

Francos früherer Informations- und Touristenminister sieht sich plötzlich von einer Generation gestützt, die politisch nach der Franco-Ära heranwuchs und entsprechend anders orientiert *ist in ihrer Zielset*zung. Spaniens moderne Rechte folgt vielmehr – wie übrigens auch die pragmatische Linke – dem amerikanischen Fortschrittsgeist.

Eine neue Generation

Fügung oder Ironie – auf ihrem 7. Kongreß lehrte die Fraga-Partei die sozialistische und *kommunistische* Linke Demokratie: Die Delegierten wählten ihren neuen Vorstand nach einer offenen Liste aus den 47 Kandidaten des Exekutivkomitees. Die 30 mit den meisten Stimmen galten als gewählt. An der Spitze der Vorsitzende Manuel Fraga Iribarne.

Ganz unversehens schob sich eine neue Generation unter den Dauphins an dem *früheren* Arbeitsminister Fernando Suarez vorbei. Als Nummer zwei gilt jetzt Miguel Herrero de Minon, ein *Intellektueller* mit scharfer *Zunge*, der frei von Komplexen einer Vergangenheitsbewältigung ist.

Noch typischer für die Allianz von morgen sind schlagfertige selbstbewußte Politiker wie Antonio Hernandez Mancha, der den Sozialisten in ihrer andalusischen Hausmacht die Wiederwahl der Landesregierung schwer machen wird: 34 Jahre alt, Staatsanwalt und – Rocquero, wie man die Rocker in Spanien nennt.

Blick auf die Wahlen

Die so entstehende komplexfreie Rechte bewegt sich ganz bewußt im Fahrwasser der Opposition. Auch hier den Habitus der „alten Dame" ablegend, die immer so agierte, *als* sei sie die Königinmutter. So kommt die Kritik an der sozialistischen Regierung voll aus dem demokratischen Bewußtsein. Die so erneuerte Rechte wirft der sozialistischen Linken Caudillismus vor, die diese mit der Franco-Ära verbindet.

Die beiden führenden Parteien, die Sozialistische Arbeiterpartei und die Volksallianz, bemühen sich gleichermaßen um die politische Mitte, die im Sommer oder Herbst dieses Jahres bei den nächsten Wahlen den Ausschlag geben dürfte. Den Ausgang der Wahlen aber bestimmen wirtschaftliche Fragen. Die Wirtschaft sucht die Kontinuität einer kapitalistischen, marktwirtschaftlichen Entfaltung, wie sie zur Zeit nur die Sozialisten garantieren können, weil sie auf die Parteidisziplin der eigenen Gewerkschaft setzen können.

„Die Wirtschaft", das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigte. (SAD)

Die „ehrenvolle Mission" in Angola wird für Havana zum großen Trauma

Fast jede Familie in Kuba ist vom Kampf im fernen Afrika betroffen / Verletzte in die „DDR"

WERNER THOMAS, **Havana**

Fidel Castro sprach mit Erregung *in der Stimme. Er nannte* den Guerillaführer Jonas Savimbi einen „Banditen" und „Verräter". Nein, Kuba werde keinesfalls vor einem verstärkten militärischen Druck weichen, im Gegenteil. Ein noch größeres Engagement sei dann notwendig. Die „internationalistischen Kontingente" Kubas würden erst abziehen, wenn das südafrikanische Apartheidsystem verschwinde. Die Parteitagsdelegier*ten spendeten stehend Applaus.*

Angola. Das Stichwort emotionalisiert jeden Kubaner. Die Stimmung reicht von Unbehagen bis zu traumatischer Sorge. Ein Freund, der viele Aspekte dieser Revolution begrüßt und Castro für einen der charismatischsten Politiker der Welt hält, sagt: „Angola ist ein Problem ohne Lösung. Ich denke oft an Vietnam."

Seit zehn Jahren kämpfen kuba*nische Soldaten auf einem fernen* Kontinent, und noch immer läßt sich kein Ende des Konfliktes absehen. Da die Reagan-Regierung jetzt den Savimbi-Einheiten Militärhilfe gewähren will, kann sich der blutige Krieg noch ausweiten.

Stimmung umgeschlagen

Es gibt kaum einen Kubaner, der bisher nicht persönlich betroffen wurde, direkt oder indirekt. Viele kennen Landsleute, die nicht mehr von ihrem Einsatz jenseits des Atlantiks zurückgekehrt sind. Ein Psychologe berichtet: „Vor einigen Monaten ist mein Schwager beim Abschuß eines Hubschraubers ums Leben gekommen. Er arbeitete als Arzt in Angola."

Niemand kennt die Zahl der Opfer. *Die Regierung schweigt. Anfangs* wurden die Toten noch in die Heimat gebracht, heute nicht mehr. Diplomatische Beobachter rechnen mit Tausenden Gefallenen und Zehntausenden Verwundeten. Die schwer verletzten Kubaner werden in die „DDR" zur ärztlichen Behandlung geflogen.

Lange war das Thema tabu. Ende der siebziger Jahre schickten die Streitkräfte die Soldaten auf den afrikanischen Kriegsschauplatz, ohne *die Angehörigen zu verständigen.* Heute arrangiert der Militärapparat einen regelmäßigen Postkontakt. Die offiziellen Informationen sind jedoch immer noch selektiv und sporadisch. Keine täglichen Fernsehbilder in den Abendnachrichten über die letzten Kampfhandlungen wie während der Vietnam-Ära. Im Sommer vergangenen Jahres lief jedoch eine von der Armee produzierte Serie, „Etwas zum *Träumen", die ein persönliches* Schicksal im Zusammenhang mit dem Angola-Kapitel schilderte. Die Regierung veröffentlicht auch nicht die Zahl der Truppenverbände. Amerikanische Schätzungen bewegen sich um 30 000 Soldaten.

Gesprächspartner berichten, die Stimmung der Bevölkerung sei in den letzten Jahren umgeschlagen. Ein Student: „Die Leute fragen plötz*lich, ob sich diese hohen Opfer lohnen."* Die Mutter eines Obersten, der in Angola dient, klagte letzte Woche in ihrer Nachbarschaft: Die Kubaner müßten die Kämpfe tragen. Die angolanischen Streitkräfte würden nicht genug tun zur Selbstverteidigung. Gelegentlich hätten Angolaner schon erklärt, nur wegen der kubanischen Präsenz sei es bisher nicht zu einer friedlichen Lösung gekommen. *Die Frau, ein Mitglied der kubanischen* KP (PCC), nennt das „Undankbarkeit".

Kubas Einsatz für das sandinistische Nicaragua – 3000 Militärberater laut Washington – scheint dagegen auf mehr Verständnis zu stoßen. Die Opfer sind geringer, das Land ist näher, die Logistik einfacher. Und die „Sandinistische Volksarmee" führt die meisten Gefechte gegen die Contra-Rebellen allein.

Jonas Savimbi, von der kubanischen Parteizeitung „Granma" als „Bastard Pretorias" bezeichnet, behauptet, Castro lasse sich den Einsatz seiner Truppen teuer bezahlen – aus den angolanischen Öleinnahmen. Regierungsvertreter in Havana dementieren. Dennoch führte dieser Krieg zu einer ironischen Situation: Kubanische Truppen schützen die Ölanlagen der US-Konzerne Gulf und *Chevron,* die Angola mehr als eine Milliarde Dollar pro Jahr einbringen, vor Savimbis Guerrilla-Armee. Diese kann bald eine amerikanische Militärhilfe von 15 Millionen Dollar erwarten, wenn der Kongreß seine Zustimmung erteilt.

Fidel Castro bestreitet, daß die Sowjetunion das Angola-Engagement veranlaßt habe. Das sei allein eine Entscheidung Kubas gewesen. Kuba ist im Rahmen seiner Politik des „proletarischen Internationalismus" in mehr als 30 Ländern der Welt aktiv, in den meisten ohne Militärs. Diplomatische Beobachter in Havana beurteilen das anders.

Alte Erinnerungen

Die kritische Angola-Situation ist während des kubanischen Parteitages in der vergangenen Woche wieder diskutiert worden. Fidel Castro sprach darüber zur Eröffnung und zum Abschluß der Veranstaltung. Die kubanischen Truppen schickten ein Grußtelegramm, in dem sie ihre „antiimperialistische Solidarität" bekundeten und betonten, sie würden ihren Einsatz als „ehrenvolle Mission" verstehen. Der angolanische Delegationschef Antonio dos Santos, ein stellvertretender Verteidigungsminister und Politbüromitglied, erwähnte, viele „heldenhaften Söhne" Kubas hätten „mit ihrem Blut die glorreiche Fahne des proletarischen Internationalismus" verteidigt.

Dos Santos zitierte Fidel Castro: „Der Sieg in Angola war eine Zwillingsschwester des Sieges in der Schweinebucht. Angola bedeutet für *die ‚Yanquis' eine afrikanische* Schweinebucht." Das Zitat ist alt. In der Schweinebucht hatten die kubanischen Revolutionäre vor 25 Jahren eine vom amerikanischen Geheimdienst CIA unterstützte exilkubanische Invasionstruppe zurückgeschlagen. Davon zehren die Revolutionäre in Kuba noch heute. Es hilft zumindest, das Problem Angola zu verdrängen.

Leichter Vorsprung für Freitas in der Stichwahl

Soares kann nicht mit allen „geborgten" Stimmen rechnen

ROLF GÖRTZ, **Madrid**

„Ein teures Spektakel und überflüssig dazu". Diesen Kommentar um die portugiesischen Präsidentschaftswahlen hört man überall in den Cafés und Restaurants rund um den Rossio-Platz, das Kommunikationszentrum Lissabons.

Aber die meisten Portugiesen werden am Sonntag dennoch an die Urnen treten. In der zweiten Wahlrunde stehen sich der Christdemokrat Freitas do Amaral und der Sozialist Mario *Soares gegenüber. „Rechts" gegen* „links". Die Wetten stehen 1:1 – je nach Parteinahme.

Nur soviel scheint sicher: Der Kandidat der Rechten, der Christdemokratischen Partei und der regierenden Sozialdemokratischen Partei also, kann seinen bisherigen Triumph nur dann übertreffen, wenn es ihm gelingt, rund ein Drittel der 1,5 Millionen Portugiesen an die Urnen zu bringen, die bei der ersten Runde am 26. Januar zu Hause blieben. Die stärkste Stimmenthaltung meldeten die Statistiker aus dem konservativen Norden, aus jener Gegend also, die für Freitas do Amaral stimmt.

Offizielle Umfragen dürfen nicht veröffentlicht werden, wohl aber Gutachten wie die von Pereira Neto von der Technischen Universität Lissabon, Mitglied der Nationalen Wäherkommission. Er gibt dem staatsmännisch auftretenden Kandidaten Freitas (44) ein paar Prozente mehr als seinem Kontrahenten Soares.

Pereiras Meinung nach kann Soares nicht mit allen Stimmen der Linken und den „geborgten" des Zentrums rechnen. Für das kommunistische Wählervolk hatte KP-Chef Alvaro Cunhal das „voto conjuntural" erfunden, die „konjunkturelle Stimmabgabe" für Mario Soares. Nicht etwa, weil man Soares für den rechten Mann der Linken hält – für die Kommunisten bleibt der Sozialistenchef immer noch ein „Bourgeois" und ein „Kapitalist". Vielmehr gelte es, Freitas do Amaral und seinen „rechtsradikal–faschistischen" Anhang niederzustimmen.

Mit der Empfehlung des Kandidaten Soares aber ging die Rabulistik des moskautreuen KP-Chefs diesmal wahrscheinlich zu weit. Soares ist schließlich der 4. Kandidat, den Cunhal seinen Genossen allein für diese Wahl anbefahl. Der erste war die Linkskatholikin Lurdes Pintasilgo, dann setzte man den Kommunisten Angelo Velosa auf den Stimmzettel, und schließlich kam aus dem Lissaboner ZK der Befehl: Alles stimmt für Salgado Zenha. Der bisherige Feind Nummer eins der Kommunisten, Mario Soares, quittierte den *Stimmenzuwachs gelassen: „Ich nehme* jede Stimme als die eines Portugiesen und fühle mich deshalb durch nichts an die KP gebunden."

Schlug man schon in der ersten Runde unter die Gürtellinie demokratischer Spielregeln, so schlossen sich jetzt die internationale Presse der Verleumdung an: „Hinter Freitas verbirgt sich die Gefahr eines portugiesischen Neofaschismus."

Aber das stützt sich letztlich nur auf einen Zwischenfall in der Stadt Porto. Dort provozierten Kommunisten einen Demonstrationszug der Sozialdemokraten und Christdemokraten. Zunächst warf man sich Worte, dann Steine an den Kopf.

Ein paar Fensterscheiben eines kommunistischen Parteibüros gingen zu Bruch. Niemand wurde ernsthaft verletzt. Schließlich aber fielen Schüsse – wenn auch über die Köpfe hinweg gezielt, wie der Polizeibericht registriert. Die Propaganda lastet die Schüsse den „Faschisten" an.

Tatsächlich gibt es unter der portugiesischen Jugend an den Oberschulen und auch an den Universitäten einen wachsenden Zorn gegen jene kommunistische Diktatur, die in den ersten Jahren nach der Revolution vom 25. April 1974 nur mit ausländi*scher Hilfe abgewendet werden* konnte. Wenn Portugals Wirtschaft heute, eingeengt durch jene revolutionäre Verfassung, sich nicht recht entfalten kann, erscheint die lautstarke Jugendorganisation der christdemokratischen Zentrumspartei immer noch besser als die nicht mehr nur nostalgische Erinnerung vieler Bürger und Kleinbauern an die Salazar-Zeit. (SAD)

USA versprechen Haiti Hilfe bei Demokratisierung

AFP, **Port-au-Prince**

Auf Haiti werden die Konturen des eingeleiteten Demokratisierungsprozesses zunehmend klarer. Der haitianische Weltbankexperte Marc Bazin, der unter Duvalier kurze Zeit das Amt des Wirtschafts- und Finanzministers innehatte, kündigte in Washington die Gründung einer „Bewegung für die Einführung der Demokratie" in seinem Lande an. Er erklärte sich bereit, für das Amt des Staatspräsidenten zu kandidieren. Der seit vergangenem Wochenende in Port-au-Prince amtierende „Nationale Regierungsrat" (CNG) unter Vorsitz von General Namphy hatte zuvor für einen noch nicht bestimmten Zeitpunkt freie Wahlen angekündigt.

US-Präsident Reagan betonte, Washington hoffe, der neuen haitianischen Regierung beim Aufbau der Demokratie helfen zu können. Am Sturz Duvaliers seien die USA „nicht beteiligt" gewesen. Der als „Oberhaupt" der katholischen Kirche Haitis geltende Bischof François Gayot appellierte an die Bevölkerung, die „Tontons Macoutes" zu verschonen, und rief zu Frieden und nationaler Aussöhnung auf. Er folgte damit einem Appell von Papst Johannes Paul II., der die Bevölkerung von Haiti zur „Versöhnung und zum Verzeihen" aufgerufen hatte.

Die Regierung von Liberia erklärte sich inzwischen bereit, dem Ex-Diktator Duvalier politisches Asyl zu gewähren. Duvalier, der sich gestern noch immer in dem französischen Alpendorf Talloires aufhielt, hat noch keine Antwort auf das Asylangebot gegeben. Frankreichs Premierminister Fabius bekräftigte erneut die Entschlossenheit seiner Regierung, das auf maximal acht Tage begrenzte „provisorische Asyl" für Duvalier nicht zu verlängern.

Wieder Beziehungen Israel–Elfenbeinküste

AFP, **Abidjan**

Israel und der westafrikanische Staat Elfenbeinküste haben gestern ihre diplomatischen Beziehungen *wiederaufgenommen, die seit dem is*raelisch-ägyptischen Krieg 1973 unterbrochen waren. Die Wiederaufnahme war am 18. Dezember in Genf nach einem Geheimtreffen zwischen dem israelischen Regierungschef Shimon Peres und dem Staatschef der Elfenbeinküste, Felix Houphouet-Boigny, angekündigt worden.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Linke Grüne“ blasen zur Offensive gegen Fischer

Konflikte im Vorfeld der Bundesversammlung in Hagen

AP, Frankfurt

Die Gegner einer Zusammenarbeit mit der SPD innerhalb der Grünen wollen auf der Bundesversammlung ihrer Partei am Wochenende in Hagen versuchen, den hessischen Umweltminister Joschka Fischer in Bedrängnis zu bringen. Wie der Sprecher des hessischen Forums „Linke in den Grünen“, Manfred Zieran, gestern auf einer Pressekonferenz in Frankfurt erklärte, will der fundamentalistische Flügel ein von Vertretern aller Strömungen in der Partei erarbeitetes Entgiftungsprogramm unterstützen, in dem beispielsweise jeder Giftmüllexport *grundsätzlich* abgelehnt wird. Zieran kritisierte, daß Fischer statt dessen die weitere Ausfuhr von Giftmüll auf die Deponie Schönberg in der „DDR“ unterstütze.

Auch trete Fischer noch für eine Ausweitung der Müllverbrennungskapazitäten in Hessen ein, was ebenfalls nicht mit Grundsätzen der Grünen zu vereinbaren sei. Auf keinen Fall dürfe sich die Umweltpartei auf die Ebene der SPD begeben und Programme beschließen, diese aber zugleich für im Augenblick politisch nicht durchsetzbar erklären, sagte Zieran. Auf der Bundesversammlung in Hagen wollen die Radikalökologen und Fundamentalisten daher offensiv die Auseinandersetzung mit Fischer suchen und auch die sonstigen nach ihrer Ansicht negativen Folgen der Koalition mit der SPD in Hessen verdeutlichen.

Der einzige fundamentalistische Landtagsabgeordnete der Grünen in Hessen, Jan Kuhnert, machte Fischer auf der Pressekonferenz persönlich für den gegen ihn verhängten „Maulkorberlaß“ seiner Fraktionskollegen verantwortlich. Daß ihm die anderen Abgeordneten untersagt haben, künftig noch für die Fraktion der Grünen im Landtag zu sprechen, gehe jedenfalls auf eine Intervention des Umweltministers zurück.

Neben diesem „Redeverbot“ stieß in der Pressekonferenz auf heftige Kritik, daß der Fundamentalistin Marion Papaczek das im Zuge der Rotation anstehende Nachrücken in den Landtag verwehrt werde. Die realpolitische Fraktionsmehrheit plädiert für ein Verbleiben des zu ihnen zählenden Abgeordneten Franz Jakobs im Landtag, damit SPD und die koalitionswilligen Grünen parlamentarisch nicht auf eine brüchige Ein-Stimmen-Mehrheit reduziert werden. Zieran und die in Hagen für den Bundesvorstand der Partei kandidierende Fundamentalistin Irmela Wiemann *sehen darin einen schwerwiegenden* Verstoß gegen das Prinzip des Minderheitenschutzes und der Frauenarbeit der Partei. Das Vorgehen gegen Kuhnert und Frau Papaczek komme einem „Radikalenerlaß innerhalb der Grünen“ gleich, sagte Zieran.

Als weiteres konfliktträchtiges *Thema für die Realpolitiker* wollen die Koalitionsgegner auf der Bundesversammlung ihre Forderung nach einem Nato-Austritt der Bundesrepublik zur Sprache bringen. Zieran räumte aber ein, daß bei der anstehenden Neuwahl von fünf Mitgliedern des Bundesvorstands die in diesem Gremium bislang unterrepräsentierten „Realos“ nicht leer ausgehen dürften.

Ungeordnete Konkurrenz der „Dritten“ gefährdet das ZDF

Von UWE BARSCHEL

Die Intendanten der Landesrundfunkanstalten haben auf ihrer gestrigen Sitzung den Beschluß bekräftigt, am 29. März mit der Ausstrahlung eines neuen Programms ARD „Eins Plus“ auf einem Kanal des Fernmeldesatelliten Intelsat V zu beginnen. Dieser Beschluß hat ohne Staatsvertrag keine Rechtsgrundlage. Er wird die gemeinsame Suche nach einem Ausweg aus den festgefahrenen Verhandlungen über eine Neuordnung des Rundfunks erschweren und Reaktionen der Länder erforderlich machen.

Unvertretbare Erhöhung der Rundfunkgebühren

Er belastet aber auch die Position derjenigen Regierungschefs, die – wie ich – im Gegensatz positiv dem Vorschlag gegenüberstehen, mit ARD „Eins Plus“ ein deutschsprachiges Kulturprogramm über Satellit in Europa auszustrahlen.

Mit den vorgesehenen Inhalten aus Kultur, Kunst, Bildung und Wissenschaft würden Programmfarben gefördert, die bei dem zunehmenden Wettlauf der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten um Einschaltquoten verlorenzugehen drohen.

Allerdings darf diese Befürwortung nicht als generelle Bereitschaft mißverstanden werden, eine beliebige Ausweitung öffentlich-rechtlicher Programme zu akzeptieren. Dies *müßte zu einer unvertretbaren Erhöhung* der Rundfunkgebühren führen. Eine Finanzierung neuer Programme der öffentlich-rechtlichen Anstalten aus Werbung kommt nicht in Betracht, weil die Werbung den privaten Rundfunkveranstaltern als wesentliche Finanzierungsquelle erhalten bleiben muß.

Gerade deshalb wende ich mich gegen eine bundesweite Verbreitung der Dritten Fernsehprogramme.

Die Dritten Programme würden das ZDF gefährden, weil sie nicht Gegenstand der Koordinierungspflicht zwischen ARD und ZDF sind. Die Folgen einer ungeordneten Konkurrenz um die besten Reichweiten wären gerade für das Zweite Deutsche Fernsehen, das mehr als 40 Prozent seines Haushalts aus Werbeeinnahmen decken muß, wirtschaftlich verhängnisvoll.

Vor allem muß sich aber die ARD fragen lassen, wie sich der Wunsch einzelner Anstalten nach bundesweiter Verbreitung ihrer Dritten Programme mit dem Ziel vereinbaren läßt, die ARD als Verbund zu stärken.

Gefahr für die ARD durch interne Konkurrenz

Wenn Ihrem Ersten Programm aus dem eigenen System heraus Konkurrenz erwächst, wird dies zu disparaten Entwicklungen führen, die die Existenz der ARD stärker gefährden als alle Anlässe, die bisher für eine solche Befürchtung herangezogen wurden.

Die alles verbindenden Klammern gingen verloren. Das reicht von Gemeinschaftsproduktionen und gemeinsamen Programmeinkauf über den Austausch von Filmen und Serien bishin zum Finanzausgleich und der einheitlichen Rundfunkgebühr.

Insbesondere der Zuschauer hätte keinen Gewinn davon. Die Dritten Programme würden – da sie bundesweit attraktiv sein müßten – ihren Regionalbezug und damit die Nähe zu den Arbeits- und Lebensverhältnissen der Bürger verlieren.

Ich könnte eine solche Entwicklung als Befürworter der föderativen Struktur der Bundesrepublik Deutschland nicht gutheißen. Deshalb appelliere ich an alle Verantwortlichen, diesen Weg nicht zu beschreiten.

Die von den Ministerpräsidenten im Oktober 1984 in Bremerhaven beschlossene *Zuteilung eines Intelsat*-Kanals an Berlin zur Heranführung Dritter Programme war keine Vorentscheidung für die bundesweite Verbreitung dieser Programme.

Die Zuteilung diente allein der Steigerung der Attraktivität des Berliner Kabelpilotprojektes. Wenn dieses Ziel auf andere Weise technisch nicht erreicht werden kann – wie etwa durch eine Richtfunkstrecke –, ist dem politischen Willen der Länder damit Rechnung getragen. Berlin könnte dann den Kanal auf dem Fernmeldesatelliten z.B. für private Programmveranstalter nutzen.

Positiver Abschluß durchaus möglich

Noch ist es für diese Entscheidung nicht zu spät. Allerdings ist rasches Handeln erforderlich, wenn eine Weichenstellung in die falsche Richtung vermieden werden soll. Ich halte deshalb einen erneuten Versuch der Länder für erforderlich, doch zu einer *einvernehmlichen Festlegung der* Rahmenbedingungen für die elektronischen Medien zu kommen. Bei gutem Willen aller Beteiligten erscheint ein positiver Abschluß durchaus möglich.

Uwe Barschel ist Ministerpräsident von Schleswig-Holstein

Hoffen auf Strukturreform

WELT-Gespräch mit Professor Vogel, Pharma-Industrie

DW. Bonn

Gegen die jüngst wieder erhobene Forderung der Krankenkassen nach direkten Preisverhandlungen für Arzneimittel mit der Pharmaindustrie hat sich der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie, Professor Hans Rüdiger Vogel, ausgesprochen. In einem Gespräch mit der WELT machte Vogel zugleich deutlich, daß die Industrie große Hoffnungen auf die von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm für die nächste Legislaturperiode angekündigte Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung setze, „bei der wir mitreden wollen“.

Zur Forderung insbesondere der Ortskrankenkassen nach direkten Preisverhandlungen mit der Pharmaindustrie sagte Vogel: „Ich gehe davon aus, daß die Krankenkassen durch eine gesetzliche Grundlage eine derartige Verhandlungsbasis erreichen wollen.“ Im Moment fehle zwar jegliche Bereitschaft im gesetzgeberischen Raum, direkte Preisverhandlungen einzuführen. „Ich glaube aber, daß die Kassen hier eine Suppe am Kochen halten, die mit einer SPD-geführten Bundesregierung durchaus als machbar erscheint.“

In diesem Zusammenhang verurteilte Vogel die Kritik der SPD und von seiten der Krankenkassen am jüngsten freiwilligen Preisstillhalteabkommen der Pharmaindustrie, nach dem die Arzneimittelpreise nur um 1,5 Prozent steigen dürfen, als „sehr enttäuschend“.

Obergrenze definieren

Diese Marge, die der Hälfte des in diesem Jahr erwarteten Anstiegs der Grundlohnsumme entspricht, nach der sich die Leistungsausgaben der Krankenkassen richten sollen, sei nicht als eine „von den Unternehmen ausschöpfbare Obergrenze“ zu verstehen. Sie solle vielmehr die Möglichkeit bieten, eine Obergrenze zu definieren. „Wenn alle Firmen auch bei unterschiedlicher Geschäftspolitik oder unterschiedlichen Zeiträumen, in denen letztmalig die Preise angepaßt wurden, am Stillhalteabkommen festhalten, dann wird diese Grenze deutlich unterschritten und damit ein wichtiger Beitrag zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen geleistet.“

„In einer sehr schwierigen Situation,“ so begründet der BPI-Chef den Schritt, „haben wir zu diesem Hilfsmittel gegriffen – das sicher für alle Beteiligten kein überzeugendes Mittel ist –, weil wir auf eine große oder *kleine Strukturreform* der *gesetzlichen* Krankenversicherung hoffen. Und wir wollen die Chance nicht verspielen, bei dieser Reform mitzureden. Dehalb haben wir bewußt in dem Bereich Verantwortung übernommen, für den wir verantwortlich zu machen sind – nämlich beim Preis.“

Mehr Wettbewerb

Mit Blick auf die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung, die die Bundesregierung in der nächsten Legislaturperiode angehen will, sprach sich Vogel für mehr Wettbewerb im Medizinbetrieb im Sinne des jüngsten Gutachtens der „Fünf Weisen“ aus, allerdings nur unter der Prämisse der Chancengleichheit. „Mehr Wettbewerb, bei dem unter ungleichen Chancen bestimmte Hersteller – etwa von Generika (preiswerte Nachahmungen von Präparaten, für *die der Patentschutz abgelaufen ist)* – gefördert würden, müßten wir als Verband genauso ablehnen wie den Versuch, Generika-Hersteller in eine minderwertige Ecke zu stellen.“ Auch der nachstoßende Wettbewerb in Form von Generika habe seine Berechtigung. „Aber das darf nicht so weit gehen, daß man die Innovationsfähigkeit der Industrie, von der letztlich auch der Generika-Hersteller lebt, so unterminiert, daß diese Industrie nicht mehr lebensfähig ist.“

Zur Diskussion um die Aufhebung des Substitutionsverbots, zur Frage also, wie weit der Apotheker Verantwortung übernehmen kann bei der Auswahl von Arzneimitteln, verwies Vogel auf das Beispiel Großbritannien. Dort diskutiere man zur Zeit die Möglichkeit, dem Apotheker mehr Verantwortung bei der Arzneimittelauswahl zu übertragen. „Die extreme Konsequenz bedeutet, daß sich der Arzt auf die Diagnostik beschränkt und der Apotheker die Therapie übernimmt.“

Vorwurf gegen Düsseldorf

Nordrhein-Westfalen beschäftigt zu wenig Schwerbehinderte

WILM HERLYN, Düsseldorf

Auf heftige Kritik der CDU-Landtagsfraktion in Düsseldorf ist die Tatsache gestoßen, daß das Land Nordrhein-Westfalen – entgegen dem im Haushaltsplanungsentwurf enthaltenen Ansatz – eine sechsmal höhere Ausgleichsabgabe nach Paragraph 8 des Schwerbehindertengesetzes in diesem Jahr zahlen muß. Aufgrund von Fragen des Finanzexperten Hartmut Schauerte mußte Finanzminister Diether Posser (SPD) in der jüngsten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses zugeben, daß Zahlungsetatansätze für zu wenig beschäftigte Schwerbehinderte sowohl 1985 als auch 1986 falsch waren. In beiden Fällen hatte Posser als Ausgleichsabgabe jeweils 400 000 Mark ausgewiesen.

Posser mußte nun eingestehen, daß 1985 für das zurückliegende Jahr 703 838 Mark gezahlt werden mußten. Nach seinem bisherigen Erkenntnisstand seien für 1986 nicht nur – wie ausgewiesen – 400 000 Mark, sondern sogar mehr als 2,5 Millionen Mark, also mehr als das Sechsfache, zu zahlen.

Nach Paragraph 8 des Schwerbehindertengesetzes haben Arbeitgeber, solange sie die vorgeschriebene Zahl Schwerbehinderter, nämlich sechs Prozent der Beschäftigten, nicht anstellen, für jeden nicht besetzten Pflichtplatz monatlich eine Ausgleichsabgabe in Höhe von 100 Mark je Monat und Pflichtplatz zu entrichten.

Nordrhein-Westfalen beschäftigt nach diesem neuesten Stand etwa 1500 Schwerbehinderte weniger als bisher bekannt. Dazu erklärte Schauerte gegenüber der WELT: „Jeder kann sich jetzt einen Reim darauf machen, inwieweit sozialpolitischer Anspruch und sozialpolitische Wirklichkeit der SPD-Landesregierung auseinanderklaffen.“

Politische Tricks und Taktik sind im Maghreb zu Hause

Von ACHIM REMDE

Ende Januar traf der algerische Präsident Chadli Benjedid mit dem libyschen Revolutionsführer Khadhafi im Süden Algeriens in der kleinen Wüstenoase In Amenas zusammen. Das Treffen erregte Aufsehen. Nachher stellten die – staatlichen – Medien der beiden Länder das Ergebnis der Zusammenkunft allerdings unterschiedlich dar: Die algerische Presseagentur berichtete, die beiden Führer hätten das Recht der Bewohner der Westsahara auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit bekräftigt, die libysche unterstrich, Algerien unterstütze Libyen uneingeschränkt gegenüber „den wiederholten Provokationen der USA".

Die beiden Prinzipien politischen Handelns, nämlich erstens, andere für die eigenen Ziele zu benutzen, und zweitens, gegeneinander auszuspielen zu suchen, sind im westlichen Nordafrika – dem Maghreb – besonders stark ausgeprägt. Für die kleineren Maghreb-Staaten Tunesien und Mauretanien ist vor allem das zweite überlebensnotwendig, für die beiden Maghreb-Kernländer Marokko und Algerien sind sie wichtig, um zu verhindern, daß der andere übermächtig wird. Basis der intensiven Maghreb-Diplomatie ist die Rivalität zwischen Marokko und Algerien.

Beide Länder sind politisch ungefähr gleich stark, mit rund 20 Millionen Menschen auch gleich bevölkerungsreich. Algerien, von den Franzosen praktisch erst geschaffen, wurde von diesen auf Kosten des historischen Königreichs Marokko vergrößert und hat – im Gegensatz zu Marokko – reiche Erdöl- und Erdgasvorkommen, ist jedoch mit seiner Industrialisierungspolitik gescheitert und muß den weitaus größten Teil seines Nahrungsmittelbedarfs einführen. Im Gegensatz zu Algerien hat Marokko eine blühende Landwirtschaft und ein hochentwickeltes Handwerk.

Die Rivalität zwischen den beiden Ländern konzentriert sich auf den Streit um die Westsahara, seit sich Mitte der siebziger Jahre die spanische Kolonialmacht von dort zurückzog. Marokko hat seitdem den größten Teil der Westsahara seinem Staatsgebiet einverleibt. Algerien, das dort einen Satellitenstaat sehen möchte, unterstützt die Befreiungsbewegung Polisario, die ihre Basen auf algerischem Gebiet hat, aber eine unabhängige Westsahara-Republik proklamierte, die inzwischen von etwa siebzig, meist afrikanischen, Staaten anerkannt worden ist.

Vollends verkompliziert wird die maghrebinische Szenerie durch die Politik Libyens, das die Polisario ebenfalls unterstützt hat, bis es im August 1984 einen Staatenbund mit Marokko einging, der als Gegengewicht zu einer Allianz zwischen Algerien, Tunesien und Mauretanien dienen sollte. Vor dem Hintergrund des Konflikts zwischen Libyen und den USA ist Libyen jedoch nunmehr an algerischer Unterstützung interessiert. Wird es dafür den politischen Preis in Form eines Einschwenkens auf die algerische Position in der Westsahara-Frage zahlen? Marokko, das das Treffen von In Amenas nicht kommentierte, würde sicherlich reagieren.

Wie die Bundesrepublik Deutschland, hält sich das Ausland überwiegend aus der Westsahara-Frage heraus, indem es strikte Neutralität wahrt. Nicht einmal die Sowjetunion hat die Westsahara-Republik der Polisario anerkannt, andererseits aber auch nicht die marokkanische Souveränität über die Region.

Daran wird sich höchstwahrscheinlich auch Außenminister Genscher bei seinem Besuch in Marokko halten. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß die Polisario sich mögliche Sympathien in der Bundesrepublik mit dem Abschuß der deutschen Dornier-Maschine im Februar 1985 verscherzt hat. Der Tod der deutschen Forscher war durch nichts zu rechtfertigen.

Im übrigen ist beteiligten Diplomaten klar, daß Marokko die Westsahara, die es zum Teil in blühendes Kulturland verwandelt hat und mit der es historische Bande verbinden, nicht gewillt ist aufzugeben. Man ist sich einig, daß die Bevölkerung der Region in einem Referendum selbst über ihre Zugehörigkeit entscheiden soll, und man kann mit Fug und Recht davon ausgehen, daß sie für Marokko votieren wird. Aber der Teufel steckt hier im Detail. Wer, wie, wann und wo abstimmen soll, darüber ist keine Einigung in Sicht.

Sowohl Marokko als auch Tunesien sind vom Beitritt Spaniens und Portugals zur EG betroffen, weil sie dadurch ihren wichtigsten Absatzmarkt für Agrarprodukte gefährdet sehen. Mit diesen Fragen wird der Besucher aus Bonn konfrontiert werden, zumal die Industriestaaten der Dritten Welt immer wieder die Vorzüge des freien Handels predigen, die EG aber die Grenzen für Agrarprodukte außerhalb der Gemeinschaft ziemlich dicht hält.

Im Zentrum der Gespräche werden Libyen und das Nahostproblem stehen. Sowohl Marokko als auch Tunesien gelten traditionell als Verbündete des Westens. Sie haben immer einen mäßigenden Einfluß im Nahen Osten ausgeübt. Das kann man von den riesigen Flächenstaaten Libyen und Algerien kaum behaupten.

WELT-Serie: Philippinen nach der Wahl



Der Jubel von Tausenden von Filipinos ist Corazon Aquino sicher, wenn sie sagt: Wir lassen uns den Sieg nicht nehmen FOTO: DPA

Der Volkszorn gegen Marcos kann leicht in Gewalt umschlagen

JOCHEN HEHN, Manila

„Nach Corys Sieg wird es Freudentänze geben", hatte Rene Saguisag, der Sprecher der Oppositionsparteien, wenige Stunden nach Schließung der Wahllokale im Brustton der Überzeugung verkündet. Heute, sechs Tage später, steht der Sieger der philippinischen Präsidentenwahl noch immer nicht fest – doch sieht es jetzt eher so aus, daß statt der Freudentänze eine Welle der Gewalt die Straßen von Manila überfluten wird.

Eine Vorahnung davon lastete auf dem Plaza Miranda im Zentrum Manilas, wo über 3000 Anhänger der militanten nationalistischen Organisation Bayan sich im Schatten der Quiapo-Kirche niederließen und zur offenen Rebellion verschworen, falls „FM", wie Präsident Ferdinand Marcos auf Spruchbändern in Kurzform erscheint, sich durch die Nationalversammlung zum Sieger der Wahlen erklären ließe.

Den zum Teil vermummten, Spruchbänder tragenden Demonstranten machte Bayan-Generalsekretär Lean Alejandro unmißverständlich klar, daß es „Widerstand landesweit und in jeder Form" geben müsse, um die Regierung Marcos und ihre „US-imperialistischen Komplizen" zu Fall zu bringen.

Obwohl Bayan, die sich nach eigenen Angaben auf eineinhalb Millionen Mitglieder stützen kann, die Präsidentschaftswahl boykottiert hatte, gibt es für sie dennoch genügend handfeste Gründe, am Wahlverlauf Kritik zu üben und gegen Marcos mobil zu machen.

Die Kommunisten rechnen jetzt mit Zulauf

„Wir boykottieren die Wahl, um der Mehrheit des Volkes die Augen zu öffnen", wirft ein Bayan-Aktivist ein. Jetzt sei nämlich der Beweis erbracht, daß man mit demokratischen, ehrlichen Wahlen gegen einen korrupten Diktator nichts ausrichten könne.

Bei Bayan glaubt man kaum mehr an einen Sieg Cory Aquinos und ist – ebenso wie übrigens auch die kommunistische Untergrundbewegung – davon überzeugt, bald regen Zulauf zu bekommen von der gemäßigten Oppositionspartei Unido wie auch von den Tausenden von Freiwilligen der „Nationalen Bewegung für freie Wahlen" (Namfrel), die in einer verzweifelten Aktion versuchten, die Wählerstimmen vor Manipulationen zu schützen und dabei Leib und Leben riskiert hatten.

Auch im Hauptquartier der Opposition, das sich im Stadtteil Makati befindet, ist man längst nicht mehr davon überzeugt, daß der Volkszorn gegen Marcos sich nicht in einer gewaltigen Eruption entladen könnte.

Nach dem Mord an Senator Benigno Aquino vor zweieinhalb Jahren schien es schon einmal so weit zu sein. Eine Welle von Demonstrationen überschwemmte das Land. Doch Marcos konnte die Gefahr, von dem Sog mitgerissen zu werden, mit geschickten Schachzügen noch einmal abwenden. Diesmal jedoch, warnt Aquilino Pimentel, ein kämpferischer Oppositionspolitiker mit Sitz in der Nationalversammlung, „wird Marcos das Blut der empörten Massen an den Händen kleben", falls er Cory Aquino tatsächlich um ihren verdienten Sieg bringen sollte.

Etwas weiter südlich vom Plaza Miranda, der vorher Treffpunkt der militanten Bayan-Anhänger gewesen war, hält Cory Aquino eine Massenveranstaltung ab. „Cory, Cory, Cory" skandiert es vieltausendstimmig.

Mit einer Handbewegung gebietet sie Schweigen. Cory Aquino dankt für die Hilfe, für die vielen Opfer und macht Mut. Die Bewegungen sind sparsam, die Worte einfach gesetzt, aber eingehend. Keine großartigen Gesten, wie man sie von Ferdinand Marcos gewöhnt ist. Trotzdem springt der Funke über, wenn Cory um eine Nuance ihre Stimme hebt und versichert: „Wir werden uns den Sieg nicht stehlen lassen. Unser Volk erlaubt das nicht. Ich erlaube es nicht. Unsere wiedererstarkte Nation wird das niemals zulassen."

Cory überzeugt die Massen und lockt sie an, weil sie glaubwürdig wirkt. Das hat sich auch während der strapaziösen Wahlkampagne gezeigt, als die Bewohner in den Provinzen Tagesmärsche und Schwierigkeiten auf sich nahmen, nur um sie sprechen zu sehen. Keine Sicherheitstruppe eilte ihr voraus, um die Blumentöpfe, die als Schmuck auf das Podium mit dem Mikrophon gestellt worden waren, umzustülpen und auf versteckte Sprengsätze zu untersuchen.

Abfällige Bemerkung empörte viele Frauen

Es ist nicht verwunderlich, daß Frauen bei den Massenaufmärschen in der Mehrheit sind. Die abfällige Bemerkung von Ferdinand Marcos zu Beginn des Wahlkampfes, er empfinde es als peinlich und unter seiner Würde, gegen eine Frau antreten zu müssen, hat vielen Müttern, Frauen und Mädchen die Augen geöffnet.

Mehr als 300 000 Filipinas fristen, für Jahre von ihren Familien getrennt, ihr Dasein im Ausland, meist in entwürdigenden Dienstverhältnissen – und dies, weil viele von ihnen trotz guter Schulbildung in ihrer Heimat keine ausreichend bezahlte Arbeit finden können. Noch mehr junge Frauen und Mädchen sind gezwungen, sich aus purer Not Touristen aus aller Welt als Prostituierte anzudienen. Cory Aquino ist für diese Gedemütigten mehr als eine Hausfrau, die den Sprung zur charismatischen Politikerin geschafft hat, sie ist für sie Hoffnung auf ein Leben in Würde.

Neben Cory Aquino verblaßt auf den Kundgebungen ihr politischer Partner Salvator „Doy" Laurel, der für das Amt des Vize-Präsidenten kandidiert, fast zum Statisten. Laurel kontrolliert mit der Unido den stärksten Block innerhalb der Opposition und hat sich erst in letzter Minute dazu durchringen können, nicht selbst als Kandidat für das höchste Präsidentenamt anzutreten, sondern der populäreren Cory Aquino den Vortritt zu lassen.

Die Kirche unterstützt den zivilen Ungehorsam

Ein großer Teil des Vertrauenskapitals, den Cory Aquino im Volk besitzt, basiert nicht zuletzt auf der wohlwollenden Einstellung der philippinischen katholischen Kirche zur Opposition. Manilas Erzbischof Jaime Kardinal Sin scheute sich nicht, Marcos von der Kanzel herab vor Wahlbetrug zu warnen und ihn jetzt öffentlich für die vielen Fälle von Manipulationen und Repressionen anzuprangern. Sin ging sogar so weit, jeder Art von Protest-Aktion und zivilem Ungehorsam seinen Segen zu geben, vorausgesetzt, daß keine Gewalt im Spiele ist.

Der Grat, auf dem Kirche und Opposition hier wandeln, ist – wie sie offenbar selbst erkannt haben – sehr schmal. Im philippinischen Volk schlummern explosive Kräfte, die, einmal außer Kontrolle geraten, zerstörerische Wirkung haben können. Ramon Mitra, ein enger Berater Cory Aquinos, vergleicht seine Landsleute mit dem Wasserbüffel, der träge seine Bahnen durch die Reisfelder zieht: „Man spannt ihn vor den Pflug und treibt mit der Peitsche an. Wehe aber, wenn er einmal rot sieht. Dann wütet er wie ein Berserker."

Marcos hat das langmütige philippinische Volk ein Gutteil seiner 20 Jahre lang dauernden Herrschaft wie einen Wasserbüffel traktiert. Jeden Augenblick kann er von ihm zertreten werden.

Morgen: Auftrieb für Kommunisten

Mitterrands Freunde legen die Hand auf Frankreichs Privat-Fernsehen

Von C. GRAF SCHWERIN

Frankreichs Privatfernsehen kam mit den Sozialisten. Gegen den eigenen Willen brachen sie das Monopol des Staates, ein unantastbares Privileg der bürgerlichen Regierungen. Die Installation 1980 eines nicht genehmigten Partei-Rundfunksenders durch die Sozialisten, der sogleich von der Polizei beschlagnahmt wurde, ließ nach der politischen Wende 1981 hunderte von privaten Rundfunksendern im Vertrauen auf die zukünftige Abschaffung des Staatsmonopols entstehen. Das Radiomachen wurde zu einer intellektuellen Mode in Frankreich. Erst die Schaffung eines neuen Rundfunkgesetzes 1982 und die Einsetzung eines Rates von neun „Weisen", die „Haute Autorité de la Communication Audovisuelle", der Streitfragen zwischen den Parteien im Fernsehen regeln soll, führte zum Ende dieser Anarchie. Aber der Weg zum privaten und kommerziellen Rundfunk- und Fernsehwesen war geöffnet.

Das erste private Fernsehprogramm in Frankreich. „Canal Plus", das von seinen Abonnenten nur mit einem Zusatzgerät empfangen werden kann, wurde mehrheitlich von der vom Staat kontrollierten Agentur Havas gegründet. Ihr Direktor. André Rousselet. erster Generalsekretär Mitterrands im Elysée. ist ein Freund des Staatspräsidenten. Die ungewohnte Form des Abonnements, anfänglich gravierende technische Mängel. eine Programmierung. die den Sender als eine schlechte Kopie des nicht sonderlich attraktiven staatlichen Fernsehens erscheinen ließ. führten anfänglich zu einem finanziellen Fehlschlag. Statt der erwarteten 3000 Abonnenten täglich meldeten sich nur 3000 in der Woche. Fünf Monate nach der Eröffnung, im März vergangenen Jahres. mußte Rousselet das Scheitern in einem Brief an die Regierung mit einem voraussichtlichen Defizit von 800 Millionen Franc im laufenden Jahr eingestehen.

„Canal Plus" erlangte die Erlaubnis, Werbesendungen auszustrahlen, die dem festgesetzen Rahmen der Werbung im staatlichen Fernsehen entsprechen. Gleichzeitig änderte der Sender sein Programm mit zwei Schwerpunkten: Film und Sport. Der Anteil der Spielfilme im Programm wuchs von 30 auf 50 Prozent. Im Juli 1985 setzte der Erfolg ein: bis zu 7000 neue Abonnenten täglich. Das ursprüngliche Ziel von 700 000 Abonnenten Ende 1985 wurde um 100 000 überschritten; zusammen mit den neuen Werbeeinnahmen liegt die Gewinnschwelle des Senders bei 670 000 Abonnenten. In 14 Monaten hatte „Canal Plus" erreicht, wozu das amerikanische bezahlte Fernsehen Home Box Office sechs Jahre brauchte. Um das entstandene Defizit auszugleichen wurde das Grundkapital durch private Anleger erhöht, der Anteil des Staates (Havas) verringerte sich.

Im November vergangenen Jahres erteilte Mitterrand persönlich über alle Einwände seiner Minister, der Sozialistischen Partei aber auch der „Haute Autorité" hinweg, die „definitive" Konzession für einen fünften Fernsehsender an ein privates Konsortium, dessen Anteile zu 60 Prozent in den Händen französischer Geschäftsleute liegen und zu 40 Prozent dem italienischen Fernsehgiganten Silvio Berlusconi gehören. Mitterrands Parforcetour führte sogleich, und nicht nur im Lager der Opposition, zu Verdächtigungen politischer Vorzugsbehandlung.

Die in der Konzession enthaltenen Gebührenermäßigungen waren so groß, daß die Oppositionsparteien vermuten, Mitterrand habe den Sender mit dem politischen Ziel gegründet. daß die Sozialisten nach verlorenen Wahlen über eine eigene Fernsehstation verfügen. Und in der Tat soll der neue Sender an die öffentliche Sendeanstalt TFD einen Sondertarif von nur 51,8 Millionen Franc in diesem Jahr errichten. gegenüber 1 513,6 Millionen (TF 1). 519,5 Millionen (Antenne 2) und 455 Millionen (FR 3). Hinzu kommt die Zusammensetzung des Konsortiums.

Der Urheber der neuen Fernsehgesellschaft war einer der engsten Vertrauten des Staatspräsidenten, der im vergangenen Oktober verstorbene langjährige Generaldirektor des Konzerns Schlumberger. Jean Riboud, der Mitterrand 20 Jahre hindurch in Wirtschafts- und Finanzfragen beriet. Die beiden französischen Partner der Gesellschaft sind heute der Sohn Ribouds, Christophe, Direktor des Meinungsforschungsinsituts Ifop. und Jerôme Seydoux, ein Teilhaber des Schlumberger Konzerns und Chef der „Chargeurs Réunis". zu denen auch die Fluglinie UTA gehört. Er verfügt über eines der größten Vermögen im Lande. ein Unternehmer, der sich seit 1974, dem Jahr des gemeinsamen Programms von Sozialisten und Kommunisten, für eine Regierung Mitterrand ausgesprochen hatte. Jean Riboud hatte die entscheidenden Verhandlungen mit Berlusconi geführt, dem Mitterrand während des Industrie-Gipfels Ende Juni 1985 in Mailand von Italiens sozialistischem Ministerpräsidenten Bettino Craxi, ein Schulfreund des TV-Zaren, vorgestellt wurde.

Zur Opposition der Politiker und der Haute Autorité, die von Mitterrand als Quantité négligeable behandelt wurde, da sie nach seinen Worten über keine Entscheidungsbefugnis verfüge, sondern nur eine beratende Funktion ohne bindende Verpflichtung für die Regierung ausübe, fand sich die Filmindustrie (BLIC). Denn dem neuen Sender wurde in seinem Vertrag von der Regierung zugestanden, daß er neue Spielfilme statt nach drei Jahren, wie die anderen Sender, schon nach zwei Jahren senden dürfe. Auch die Quotavorschrift, das von den gesendeten Kinofilmen 50 Prozent französischer Produktion sein müssen, soll nicht gelten. „France-5" wurde die Grenze von 25 Prozent zugestanden.

Wichtigster Einwand gegen den Konzessionsvertrag ist jedoch, daß dem neuen Sender gestattet wird, was den anderen vier Stationen strikt untersagt ist: die Unterbrechungswerbung. Nach amerikanischem Muster darf der neue Sender einen 90-Minuten-Film bis zu sechsmal durch Spoteinblendungen unterbrechen.

Natürlich meldeten sich hier die Puristen zu Wort, die mit ästhetischen und moralischen Einwänden verbrämen, was sie ökonomische befürchten. Das böse Wort vom „Spaghetti-Fernsehen" fiel, da Berlusconi unterstellt wird, er ziehe den amerikanischen dem europäischen Film vor. Gegen ihn wird der Vorwurf erhoben. er hätte den italienischen Film zerstört, da auf Grund seines Fernsehens die Zuschauerquoten in den Filmtheatern radikal zurückgegangenen seien. Andere Darstellungen in der Fachpresse behaupten hingegen, daß der Schwund der italienischen Filmtheater durch seine Fernsehkette vielleicht beschleunigt wurde, daß er aber durch seine Aufträge der italienischen Filmindustrie finanziell geholfen habe.

Obwohl am 20. Februar die erste Sendung ausgestrahlt werden soll, scheint das letzte Wort noch nicht gesprochen. Die politische Opposition hat einen Rekurs beim Staatsrat eingereicht und der Pariser Bürgermeister Chirac versucht durch zahlreiche Reperaturmanöver die Installationen der nötigen zusätzlichen Sendeanlagen auf dem Eiffelturm, dessen Eigentümer die Stadt ist, zu verzögern – bis nach den Wahlen. Denn die bürgerlichen Parteien sind wild entschlossen dem neuen Sender die Konzession wieder zu entziehen, wenn sie an die Regierung kommen.



Silvio Berlusconi, Italiens Fernsehgigant in Frankreich FOTO. ZOLTAN NAGY, ROM

Jerôme Seydoux, bringt Schlumberger ins Spiel FOTO: AVENTURIES/STUDIO X

Israels Marine bringt türkisches Schiff auf

DW. Tel Aviv

Ein Patrouillenboot der israelischen Marine hat vor der Küste des von Israel besetzten Gazastreifens ein türkisches Schiff beschossen, nachdem dieses mehreren Aufforderungen, seine Fahrt zu stoppen, nicht gefolgt war. Wie die Befehlszentrale der israelischen Streitkräfte mitteilte, stoppte das Schiff nach der Beschießung seine Fahrt. An Bord hätten Marinesoldaten den Kapitän tot aufgefunden. Das türkische Schiff sei wegen des Verdachts eines Guerillaangriffs angehalten worden. Bei einer Autopsie der Leiche des Kapitäns wurde eine Kugel entdeckt. Die Besatzung, acht Türken und ein Palästinenser, wurde festgenommen.

Warschau gibt Signale für Papst-Besuch

KNA, Warschau

Ein dritter Papstbesuch in Polen ist nach Auskunft von Regierungssprecher Jerzy Urban möglich. Auf die Frage, ob eine solche Reise für 1987 denkbar sei, sagte Urban, „wenn der Heilige Stuhl darüber offizielle Gespräche einleitet, wird die polnische Seite mit der ihr eigenen Gastfreundschaft an diesen Gesprächen teilnehmen". Der Papst könnte Polen aus Anlaß des Eucharistischen Kongresses, der im Juni 1987 in Warschau stattfinden soll, besuchen.

Neues Hilfsabkommen mit Bangladesch

dpa, Dhaka

Der Bundesminister für wirtschaftliche Entwicklung, Jürgen Warnke, hat gestern in Dhaka ein neues Hilfsabkommen mit Bangladesch in Höhe von 60 Millionen Mark unterzeichnet. Das Geld ist für die zweite Ausbaustufe des Kraftwerks Ashuganj nördlich von Dhaka bestimmt, zu dem die Bundesrepublik Deutschland insgesamt 320 Millionen Mark beigesteuert hat. Bundespräsident Richard von Weizsäcker besichtigte am dritten Tag seines Staatsbesuchs ein mit deutscher Hilfe in der Nähe Dhakas gefördertes Projekt. Durch Bewässerungsmaßnahmen auf 7500 Hektar soll eine Reis- und Weizenernte mehr pro Jahr gewonnen werden.

Ansatz zu Reformen in Südafrika

DW. Frankfurt

Eine „konstruktivere Haltung" der deutschen Öffentlichkeit gegenüber den Reformbestrebungen in Südafrika hat eine Delegation der privaten Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) verlangt. Nach Rückkehr aus Südafrika sagten die Delegationsmitglieder: „In Südafrika sind ernsthafte Schritte eingeleitet, die Rassentrennung abzuschaffen. Dennoch ist die Apartheid noch nicht überwunden." Um den Prozeß der Gleichstellung der Schwarzen in Südafrika zu beschleunigen, sind nach Ansicht der Kommission, die vom früheren Generalbundesanwalt Ludwig Markus Martin geleitet wurde, weder eine „ideologisch verbrämte Verurteilung" noch ein Wirtschaftsboykott hilfreich.

Südafrikas Heimatländer stehen auf historisch gewachsenem Boden

Das Konzept der Homelands hat viele Vorteile/Möglichkeiten zur Überwindung der Apartheid

Von WERNER LACHMANN

Die Situation in Südafrika erfordert weniger Reden und mehr Nachdenken. Zum Beispiel über die sogenannten Homelands.

Den in die Unabhängigkeit entlassenen Staaten Bophuthatswana, Ciskei, Transkei und Venda wird die internationale Anerkennung versagt. Diese Länder gelten als Paradebeispiel der „großen Apartheid". Die Vereinten Nationen, die westlichen Regierungen und auch die Kirchen lehnen das Konzept der Heimatländer ab, weil ihre Selbständigkeit ihnen nur Nachteile bringen soll. Es wäre aber zu überlegen, ob mit Hilfe der Anerkennung der in die Unabhängigkeit entlassenen Heimatländer der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Südafrika – und insbesondere auch der Bantustämme – nicht besser gedient ist, und ob damit nicht langfristig die Apartheid überwunden werden kann.

Es ist mittlerweile hinreichend bekannt, daß die afrikanische Doktrin der Unantastbarkeit der kolonialen Grenzen zu großen innenpolitischen Problemen führt, da diese Staaten keine homogene Bevölkerung aufweisen. In ihren Grenzen wohnen oft mehrere Nationen (gleich der alten Habsburger Monarchie) zusammen. Diese Völker sind kulturell und von der Sprache oft stärker unterschieden als Norweger von Italienern. Die Möglichkeit, Nationalgrenzen als Staatsgrenzen zu haben, hilft einer konfliktfreieren Entwicklung. Die lähmenden Stammesauseinandersetzungen, die überall in Afrika beobachtet werden, können durch eine Homogenisierung der Bevölkerung reduziert werden. Man muß sich nur die innenpolitischen Probleme eines Staates vorstellen, der Teile Frankreichs. Deutschlands, Italiens und Polens umfassen würde.

Die Schaffung der Heimatländer dagegen erlaubt eine Absicherung der Demokratisierung. Demokratie bedeutet in Afrika oft die Unterdrükkung der Minderheit durch die Mehrheit. Parteien existieren oft nur nach ethnischen Gesichtspunkten. Das größere Volk unterdrückt die kleineren Stämme. Das Entstehen stammesübergreifender Parteien wird erheblich erschwert. Selbst eine Demokratie wie Kenia leidet unter den Stammeskonflikten. Viele politische Auseinandersetzungen arten in Stammeskriege aus. In den Heimatländern ist dies anders: Hier entstanden ethnisch-neutrale Parteien, die einen Demokratisierungsprozeß erleichtern.

Zweierlei Maß für die Anerkennung

Schwarzen Völkern die Unabhängigkeit zu gewähren. war bisher nicht verwerflich. Der neutrale Betrachter der Szene fragt sich, wieso dies im Falle Südafrikas ein Verbrechen ist. Aus dem größeren Verband des britischen Südafrika sind die 1910 nicht zur Union geschlagenen Gebiete Betschuanaland (heutiges Botswana), Basuto-Land (Lesotho) und Swaziland Mitte der sechziger Jahre in die Unabhängigkeit entlassen worden. Wären diese Nationen 1910 ebenfalls der Union eingegliedert worden (was das Ziel Cecil Rhodes war), würden sie sich heute auch nicht der international anerkannten Unabhängigkeit erfreuen. Was spricht gegen eine Unabhängigkeit benachbarter Nationen? Wenn die Unabhängigkeit des benachbarten Botswana anerkannt wird, warum nicht auch die der Transkei?

1910 wurden von den Engländern neun Territorien schwarzer Nationen der südafrikanischen Nation einverleibt. 1913 wurden 13 Prozent der Fläche Südafrikas als Eingeborenen-Reservate zum Dauereigentum für die Bantu erklärt. Sechs Jahrzehnte später durften diese Staaten nun als Nationen wiedererstehen. Die Heimatländer entstehen folglich auf historisch gewachsenem Boden! Aus diesem Grunde gibt es auch keine Heimatländer für Asiaten und Mischlinge, die nun – folgerichtig – die Macht mit den Weißen im Rest-Südafrika teilen. Ansätze sind mit der neuen Verfassung gemacht worden. Es ist schade, daß die Kritik an Südafrika auf diese historischen Gegebenheiten nicht eingeht.

Gute Voraussetzungen für die Entwicklung

Es wird oft kritisiert, daß die Heimatländer agrarisch ausgerichtet seien. Es wird heute mehr und mehr anerkannt, daß eine wirtschaftliche Entwicklung nur auf dem Boden einer florierenden Landwirtschaft erreichbar ist. So sind die Heimatländer mit Südafrika und Namibia die letzten Agrarexporteure Afrikas. Ein Aufbau der ländlichen Infrastruktur fördert die Bildung ländlicher Eliten, die dann den Entwicklungsprozeß tragen können. In den meisten anderen afrikanischen Ländern herrschen die städtischen Eliten, die einen westlichen Weg der Entwicklung bevorzugen, der bekanntlich in Afrika in die Entwicklungssackgasse führte. In den Heimatländern haben die ländlichen Eliten eine Chance. Die Voraussetzungen für eine sinnvolle Entwicklung sind damit in den Heimatländer erheblich besser als in den anderen Staaten Afrikas.

Es wird oft behauptet, daß die Heimatländer wirtschaftlich nicht überleben können. Die ungleiche Verteilung des Landes, daß die knapp 20 Prozent Weißen mehr als 80 Prozent Südafrikas für sich beanspruchen, wird kritisiert. Manchmal erklingt der Vorwurf, daß die Heimatländer übervölkert seien. Diese Vorwürfe stimmen nicht. Die Bevölkerungsdichte ist in den Heimatländern niedriger als in anderen Staaten Afrikas (beispielsweise Nigeria). In der Transkei wohnen 55 Einwohner auf 1 km^2, in Venda 62. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte von 46 Personen pro km^2 in allen Autonomstaaten Südafrikas ist immerhin erheblich niedriger als die Frankreichs (98), die der Bundesrepublik (247) oder gar der Niederlande (344). Es sollte auch erwähnt werden, daß kleinere homogene Einheiten eine Planung und Verwaltung und damit einen Entwicklungsprozeß erleichtern. Einige Heimatländer sind immerhin so groß wie die Schweiz.

Auch die Angaben zur Größe und Fruchtbarkeit des Landes sind nicht immer korrekt. Die vier unabhängigen Bantu-Staaten umfassen 15 Prozent der Bevölkerung und acht Prozent der Fläche. Von den gut 100 000 km^2 Südafrikas, die im Regengürtel liegen und demzufolge ausreichende Niederschläge haben, liegen 50 Prozent in den autonomen Bantu-Regionen. Dies ist historisch verständlich, da die Ngumi-, Schona- und Tsonga-Völker auf ihrem Zug in den Süden die regenreichen Gebiete bevorzugten. Der einfache statistische Vergleich hinkt, weil ein großer Teil Afrikas aus Wüste und Steppe besteht, in denen sich die Schwarzen nicht angesiedelt hatten und die demzufolge von den Weißen erschlossen wurden und nun bei der Aufteilung die Statistik aufblähen. Bophuthatswana und Venda haben außerdem reiche Minerallager. In Bophuthatswana befinden sich sogar die größten Platinvorkommen der Welt; ebenso liegen dort reiche Chrom-, Mangan- und Vanadiumvorräte.

Zehn Prozent des südafrikanischen Haushaltes gehen in die Heimatländer. Natürlich entsteht dadurch eine Abhängigkeit. Nur, diese Abhängigkeit existiert in andern Staaten Afrikas ebenso. Tansania, Sudan, Tschad oder Äthiopien würden ohne Entwicklungshilfe nicht überleben. Keiner würde ihnen, und denken wir erst einmal an Kuba, die internationale Anerkennung deshalb verweigern.

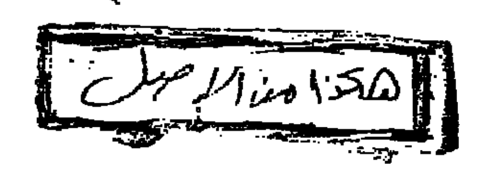
Ist die Föderation mit Südafrika nur Utopie?

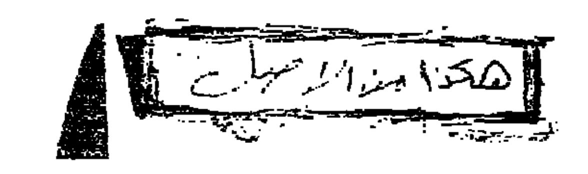
Das Staatsgebiet der Heimatländer ist teilweise zersplittert und nicht zusammenhängend. Dies gilt insbesondere für Bophuthatswana. Die Chiefs hatten den landhungrigen Weißen früher ihr Land verkauft. Die Regierung Südafrikas bemüht sich nun, Farmen aufzukaufen, um sie den Heimatländern zuzuschlagen. Wegen der hohen Kosten und der angespannten Budgetlage geht dieser Prozeß langsam voran. Die Regierung Südafrikas ist jedoch in der letzten Zeit dazu übergegangen, Land, das im Besitz der Weißen ist, ebenfalls den Heimatländern zuzuordnen. So ist die Stadt Mafeking 1980 dem Staat Bophuthatswana zugeschlagen worden.

Ist es wirklich ein utopischer Gedanke, wenn man den Völkern der Heimatländer mit sinnvoller westlicher Entwicklungshilfe und der politischen Anerkennung zu einem gesunden Nationalverständnis verhilft; wäre es dann diesen selbständigen Staaten nicht möglich, später mit der Republik Südafrika eine Föderation zu bilden, so daß langfristig auch die „große Apartheid" überwunden werden kann?

Es wäre auch auf die europäische Entwicklung hinzuweisen. Auch bei uns haben sich zuerst Nationalstaaten gegründet. Als dieser Prozeß abgeschlossen war, konnte es zu einer Bewegung, zu einem größeren Europa kommen. Wir sind noch weit von einer europäischen Föderation entfernt. Was bei uns so schwierig ist, kann in Südafrika von uns nicht als einfach hingestellt werden.

Professor W. Lachmann ist Experte für internationale staats- und wirtschaftswissenschaftliche Vergleiche. Er lehrt an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz.





Die Fernost-Tournee der Swissair.

Pergamentfiguren in der Art des Wayang Kulit (indonesisches Schattenspiel).

Die Gala-Vorstellungen der Swissair finden täglich auf allen Nonstop- und Direktflügen von der Schweiz aus in den Fernen Osten statt: nach Bangkok, Beijing, Bombay, Colombo, Hongkong, Jakarta, Karachi, Manila, Seoul (ab 30. März), Singapur und Tokio. Die jeweilige Spieldauer hängt davon ab, ob Sie schon in der Schweiz oder erst im Fernen Osten in der First Class, Business Class oder Economy Class Platz nehmen. So oder so ist es nicht erstaunlich, dass im Wayang Kulit immer wieder neue Motive auftauchen.

swissair

Das aktuelle Fachbuch

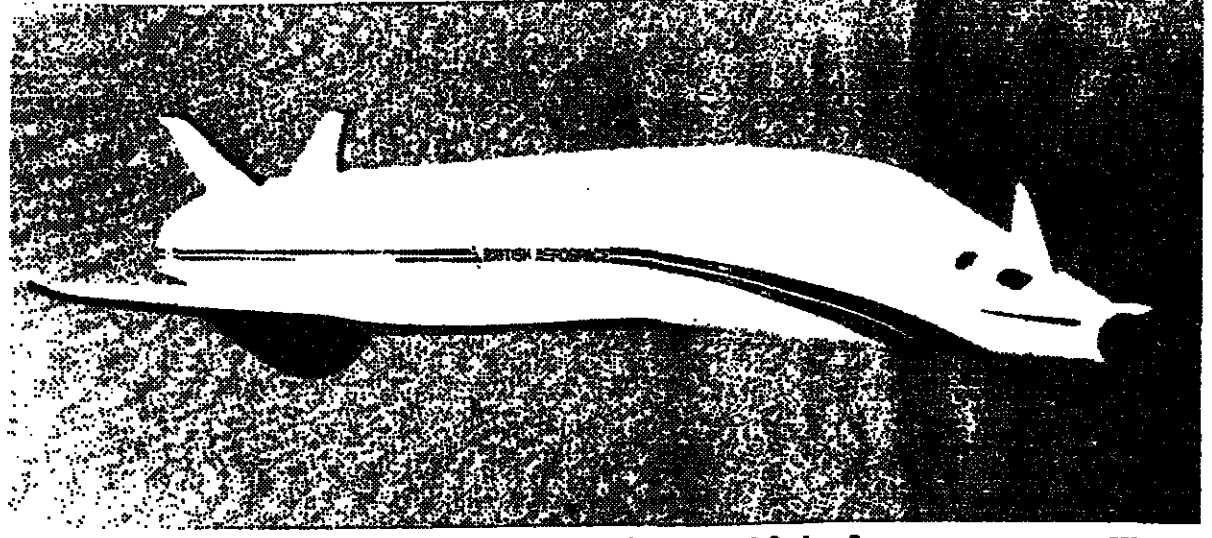
Die Geschichte der Gentechnik

Heute ist oft von „gentechnischen Verfahren" die Rede, wenn beispielsweise über die Entwicklung neuer Impfstoffe, über Forschungen an der Erbsubstanz oder genetische Manipulationen an Organismen berichtet wird. Dieser simple Begriff umfaßt jedoch ein schier unüberschaubares Feld von Entdeckungen und Verfahren, die in den letzen 20 Jahren weite Teile der Biologie und Medizin revolutioniert haben. Im Mittelpunkt dieser Entwicklung steht die Aufdeckung der Struktur der Erbsubstanz, der Desoxyribonukleinsäure (DNS), ihrer Steuerung und Kontrolle im Organismus, sowie die Entwicklung von Verfahren, um sie zu verändern und zu vervielfältigen sowie zwischen Organismen auszutauschen.

Ein umfassenden Überblick über das Gebiet geben jetzt der Nobelpreisträger James Watson und seine Kollegen John Tooze und David Kurtz. Sie zeichnen dabei die historische Entwicklung des Gebietes nach, beginnend mit der Aufklärung der DNS-Struktur und des genetischen Codes (an der Watson führend beteiligt war). Stichworte wie Genregulation und -expression, Krebsgene oder Tumorviren werden ebenso ausführlich erklärt wie die neuartigen Einsatzgebiete der Gentechnik in der Biologie und Medizin.

Dabei ist ein Buch herausgekommen, das keine Frage offen läßt. Es zeigt aber auch deutlich, daß dieses Gebiet zu den komplexesten und umfangreichsten der Biologie gehört. Wer hier also einfache Erklärungen sucht, wird eher enttäuscht sein. Dies ist ein Lehrbuch, mit dessen Wissen sich ein Biologiestudent nicht vor einer Prüfung zu fürchten braucht. Dennoch ist es auch als Nachschlagewerk für diejenigen nützlich, die sich mit vereinfachenden Darstellungen der Gentechnologie nicht zufrieden geben wollen oder können. Dies wird erleichtert durch klare und leicht verständliche Graphiken, einen umfangreichen Index sowie ausführliche Hinweise auf ein- und weiterführende Literatur. Kü.

„Rekombinierte DNA – eine Einführung", von J. Watson, J. Tooze und D. Kurtz, Spektrum der Wissenschaft Verlagsgesellschaft, 224 S., 42,80 DM.


Mit „Hotol" in 76 Minuten von London nach Sydney? FOTO: DPA

Weltraum-Jet mit Raketenmotor

Die britische Luftfahrtindustrie prüft Pläne für ein neues Überschall-Passagierflugzeug

Von WILHELM FURLER

Mit 20- bis 25facher Schallgeschwindigkeit jagt das Weltraum-Flugzeug „Hotol" von London nach Sydney. Flugzeit zwischen Start und Landung: etwas mehr als eine Stunde. Spätestens seit der „State of the Union"-Rede von US-Präsident Reagan, in welcher er der Welt die Vision von einem Himmels-„Orient-Express" mit Passagierflügen zwischen Dallas und Tokio in weniger als zwei Stunden als eine realistische Perspektive für das Ende der neunziger Jahre vorzeichnete, ist das Selbstwertgefühl der britischen Luft- und Raumfahrtindustrie mächtig gewachsen. Denn sie ist überzeugt, für die Entwicklung eines solchen Raketenflugzeuges nicht nur bestens gerüstet zu sein, sondern auch gegenüber der amerikanischen Konkurrenz die Nase vorne zu haben.

Studien sollen zeigen, ob das Konzept realisierbar ist

Das „Hotol"-Projekt, das von British Aerospace gemeinsam mit dem Triebwerke-Hersteller Rolls-Royce in Angriff genommen wurde, hat unmittelbar nach dem Reagan-Hinweis auf den „Orient Express" von der britischen Regierung Unterstützung erhalten. Zehn Millionen Mark wird London über das nationale britische Weltraum-Komitee zur Verfügung stellen; damit sollen zunächst einmal Studien finanziert werden, um herauszufinden, ob das Konzept auch wirklich realisierbar ist.

Doch schon jetzt ist der Chairman von British Aerospace voller Optimismus: „Wir haben gemeinsam mit den Franzosen als einzige ein zuverlässiges Überschall-Passagierflugzeug entwickelt, das noch für mindestens weitere zehn Jahre erfolgreich und gewinnbringend seinen Dienst versehen wird. Warum sollten wir und Rolls-Royce mit unserem einmaligen Know-how nicht in der Lage sein, ohne die Amerikaner die Concorde-Nachfolge für Flugreisen mit vielfacher Überschallgeschwindigkeit anzubieten?"

Ein Holz- und Kunststoffmodell von „Hotol" (Horizontal take-off and landing) wurde bereits auf den Luftfahrtschauen in Farnborough und Paris gezeigt. Es erinnert denn auch unverkennbar an die Concorde – jedoch mit zwei angewinkelten Heckflossen statt einer, und mit drei zusätzlichen Stabilisierungsflossen an der nach unten gezogenen Nase.

Eigentlich wurde „Hotol" von British Aerospace als Space-Shuttle für unbemannte Weltraumflüge skizziert, um Satelliten in ihre Umlaufbahn zu bringen und um im Pendelverkehr zwischen Raumfahrtstation und Erde eingesetzt zu werden. Der große Vorteil eines solchen transatmosphärischen Fluggerätes, so behaupten seine Designer, wären die geringen Betriebskosten und seine Vielseitigkeit. Es ist, wie die Modellbezeichnung schon sagt, auf horizontale Starts und Landungen ausgelegt, und könnte damit praktisch von jedem größeren Flughafen aus abfliegen und wenig später die Erdatmosphäre verlassen.

Der eigentliche Schlüssel für die Leistungsfähigkeit wie auch für einen um ein Vielfaches kostengünstigeren Einsatz verglichen mit dem amerikanischen Space Shuttle oder den europäischen Ariane-Raketen liegt im besonderen Raketenantrieb mit Doppelfunktion. Dieses neuartige Antriebssystem wird nicht nur von den amerikanischen Triebwerksherstellern erforscht und entwickelt, sondern auch von Rolls-Royce.

Für die erste Flugphase vom horizontalen Start und den Flug durch die dichtere Atmosphäre saugt das Triebwerk Sauerstoff an und verbrennt diesen mit dem an Bord mitgeführten Wasserstoff. Erst dann setzt der reine Raketenmotor ein und beschleunigt das Gerät auf eine Geschwindigkeit von Mach 20 bis 25.

Keine Angabe über die Entwicklungskosten

Die leichtere Bauweise, die wesentliche Gewichts- und Raumeinsparung durch den Fortfall erheblicher Mengen mitgeführten Sauerstoffs, der im Vergleich zu Raketenstarts sehr einfache Startvorgang (wie bei herkömmlichen Flugzeugen) sowie die vielfältige Einsetzbarkeit (nicht zuletzt auch im Hinblick auf das amerikanische SDI-Programm) lassen die britischen Planer einen gesunden Optimismus ausstrahlen.

Doch angesprochen auf die mögliche Höhe der Entwicklungskosten, die das „Hotol"-Projekt verschlingen würde, will niemand so recht mit der Sprache heraus. Kein Wunder, wo doch schon das Concorde-Projekt vier Milliarden Mark verschlungen hat. Und das war vor nahezu 20 Jahren.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Couragierte Äußerung

Der WELT und ihrem Wiener Korrespondenten ist für die couragierte Äußerung anläßlich der skandalösen Vorgänge um die Entfernung der Gedenktafel, auf der auch der Name des späteren Generalobersten Löhr eingraviert war, herzlichst zu danken.

Es ist traurig, daß man solche Beweise von Zivilcourage mehr im Ausland als in Österreich selbst findet, wo der größte Teil der veröffentlichten Meinung vor dem „linken" Zeitgeist und der Hetze aus Belgrad in die Knie ging. Es wäre nicht Österreich, wenn nicht auch die Entfernung der Tafel mit gewissermaßen baupolizeilichen Argumenten begründet worden wäre, da auch zu einer klaren Meinungsäußerung in der von der österreichisch-jugoslawischen linken Einheitsfront gewünschten Richtung der Mut fehlte.

Das Phänomen reicht leider tiefer. Was wir derzeit – nur in Österreich? – erleben, ist offenbar eine „zweite Entnazifizierung", geradezu eine Neuauflage des Nürnberger Prozesses. Nur sind die selbsternannten „Richter" diesmal von jeder Kenntnis der Vorgänge unbeleckt und verlassen sich ausschließlich auf manipulierte Zeugnisse.

Dem Generalobersten Löhr kann jeder, der unter ihm gedient hat, nur attestieren, daß er auch in der Uniform eines deutschen Generals nie die ihm in der K.-u.-k.-Armee anerzogene Korrektheit und Fairneß vermissen ließ. Daß er freiwillig den Weg in den sicheren Tod antrat, spricht für ihn ebenso wie die aktenmäßig belegbare Haltung, als ihm der Befehl zum Luftangriff auf Belgrad erteilt wurde. Auch in den Armeen der Siegermächte wurden Befehle für in ihren Auswirkungen oft viel verheerendere Angriffe selbstverständlich befolgt. Aber junge „Richter" messen – zum Unterschied von den Kriegsteilnehmern auch bei den Siegermächten – mit zweierlei Maß.

Professor Herbert Krejci, Generalsekretär der Vereinigung österreichischer Industrieller, Wien

Gerechtigkeit für Heß

Sehr geehrte Damen und Herren,

viele Jahre hat Frau Schtscharanski für die Freilassung ihres Mannes aus sowjetischer Haft gekämpft. Bei dieser Gelegenheit glaube ich, es wäre an der Zeit, daß sich die deutsche Öffentlichkeit erneut mit dem Schicksal von Rudolf Heß befaßt, auch wenn mir natürlich jeder Vergleich mit dem Schicksal des jüdischen Regimekritikers fernliegt.

Warum ich glaube, daß es Zeit wird, Rudolf Heß endlich freizulassen, möchte ich folgenderweise begründen:

Ich habe selbst viereinhalb Jahre in einem sowjetischen Konzentrationslager mit meinen Kameraden Sklavenarbeit geleistet. Es war eine lange und schwere Zeit. Aber sie ist nicht zu vergleichen mit dem Schicksal von Heß, der, wie es heißt, wegen Verbrechens gegen den Frieden schon seit 45 Jahren eingesperrt ist. Der Häftling ist jetzt ein Greis von fast 92 Jahren.

Ich finde es beschämend, daß es der Bundesregierung, trotz zur Schau getragener Suveränität und Humanität nicht gelingen will, Heß aus alliierter Haft freizubekommen. Er wird in Spandau unter unmenschlichen Bedingungen gefangen gehalten.

Über seinen Friedensflug nach England darf er weder mit seiner Familie noch mit seinem Anwalt, dem ehemaligen bayerischen Staatsminister Dr. Alfred Seidl sprechen. Bei dieser Sachlage fragt man sich, was der Welt verborgen bleiben soll. Erst im Jahr 2016 sollen die „streng geheimen Dokumente über den Fall Heß" veröffentlicht werden.

Geht aus den Unterlagen vielleicht zu deutlich hervor, daß Heß und die damalige Reichsregierung 1941 den Krieg beenden wollten, ihre damaligen Verhandlungspartner aber nicht am Frieden interessiert waren?

Hess, so glaube ich, will keine Gnade, sondern Gerechtigkeit.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Walter Monar, Wachtberg-Pech

Dünne Lohntüten

„Arbeitsplatz-Besitzer": WELT vom 6. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

die von Ihnen kritisierten Warnstreiks der ÖTV werden doch vor allem von solchen Beschäftigten im öffentlichen Dienst durchgeführt (z. B. Straßenbahnführer, Müllarbeiter etc.), deren Lohntüten in der Regel nicht in dem Maße gefüllt sind, wie dies oft dargestellt wird. Die Forderung zumindest nach Ausgleich des Kaufkraftverlustes ist berechtigt.

Andererseits sind sich die wirklich besser besoldeten Beamten und Angestellten bis in die höchsten Etagen (in der Mehrzahl nicht Gewerkschaftsmitglieder und zum großen Teil auch CDU-Mitglieder und -Funktionäre) nicht zu schade, die von den Gewerkschaften – und hier vor allem den Arbeitern und Angestellten niederer Lohngruppen – „erkämpften" Besoldungserhöhungen dankend anzunehmen. Vor allem im Bereich der oberen und gehobenen Besoldungs- und Vergütungsgruppen wird der „große Schluck aus der Pulle" genommen. Hier könnte eine Einsparung viel effektiver zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte beitragen.

Eine Gewerkschaft, die die Interessen aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst vertreten will, müßte dies ebenso berücksichtigen wie die öffentlichen Arbeitgeber.

Mit freundlichem Gruß
Walter Dittmar, Waghäusel

„Denkzettel?"

Sehr geehrte Damen und Herren,

immer wieder treffe ich auf die Anregung, bei der nächsten Bundestagswahl durch „alternative" Wahl (Zentrum, u. ä.) der CDU „eins draufzugeben" für zu wenig „Wende", vor allem in puncto Abtreibungsfrage.

Doch was erreicht man nun mit diesem „Denkzettel" an die CDU? Vorausschicken muß ich, daß er überhaupt falsch adressiert ist, denn nicht die CDU hat den Paragraphen 218 so geändert, sondern die SPD/FDP. Der Denkzettel muß also diesen beiden Parteien aufgebrannt werden.

Man darf nicht vergessen: Um in den Bundestag zu kommen, braucht eine Partei fünf Prozent der abgegebenen Stimmen oder drei direkt gewählte Abgeordnete. Und wie schwer das zu erreichen ist, davon könnten andere Splitterparteien nach jeder bisherigen Wahl ein Liedchen singen. Mit 4,9 Prozent ist man geschlagen, die SPD kann mit einer anderen Partei (Grüne, FDP) die Regierung bilden. Für den Paragraphen 218 ist nichts gewonnen, dem ungeborenen Leben ist nicht gedient.

Der „Wende" zugunsten des ungeborenen Lebens nützt also kein „Denkzettel" an die CDU. Man muß doch sehen, daß derzeit nur die FDP eine Änderung des Paragraphen verhindert.

Für die nächste Wahl kann das also nur heißen: Weg von den Splitterparteien!

Mit freundlichem Gruß
Hermann Waschl, Ensdorf

Bonner Opportunismus

„Auf gleicher Ebene": WELT vom 5. Februar

Sehr geehrter Herr Kremp,

wenn doch unsere Landsleute in Mitteldeutschland Ihre großartigen Beiträge lesen könnten, dann würden sie wieder Hoffnung und Mut schöpfen. Leider hören und erleben unsere Landsleute aus den Medien nur den Opportunismus unserer Bundesregierung und verzweifeln daran. Als politischer Häftling der „DDR", der vor neun Jahren ausgekauft wurde, erfahre ich ständig, wie fast 50jährige aus Verzweiflung über die politischen Verhältnisse in der „DDR" einen Ausreiseantrag stellen. Sie stellen den Ausreiseantrag trotz genauer Informationen über die großen Schwierigkeiten, die sie hier erwarten.

Aber der geistig, politische Terror in der „DDR" ist größer als je zuvor. Unerträglich, daß unsere christlich-liberale Regierung die Verantwortlichen für diesen Terror (Sindermann und möglichst auch Honecker) in Glanz und Gloria hier empfängt.

Mit freundlichem Gruß
Dieter Greve, Lahstedt 4

Wort des Tages

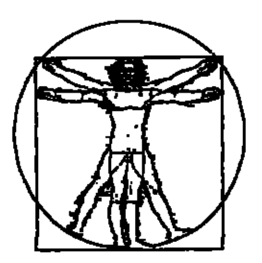
„Wer der Jugend vorangehen will, muß gerade Wege gehen."

Jean Cocteau, französischer Autor, Maler, Regisseur und Choreograph (1889–1963)

NOTIZEN

Medizinertest

Dortmund (dpa) – Für die rund 60 000 Bewerber um einen medizinischen Studienplatz im Rahmen eines Erststudiums sind gestern die Einladungen zum neuen verbindlichen Pflicht-Test versandt worden. Wie die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) in Dortmund berichtete, müssen sich die Medizin-Interessenten dem fünfstündigen Test am 19. Februar in einer von insgesamt 800 Testabnahmestellen in 226 Orten der Bundesrepublik unterziehen. Ohne diesen Test ist eine Bewerbung für ein Medizin-Studium vom Wintersemester



1986/87 an nicht mehr möglich. Ausnahmen davon gelten den Angaben zufolge dann nur noch für Ausländer und Zweitstudienbewerber.

Elefantensprache

New York (AFP) – Elefanten verständigen sich offenbar mit Infraschallauten sehr geringer Schwingungszahl, die für das menschliche Ohr unhörbar sind. Dies berichtete jetzt die Zoologin Katherine Payne in einem Interview der „New York Times". Die Laute würden vermutlich durch eine Membran an der Ansatzstelle des Rüssels erzeugt. Mit Hilfe dieser „Sprache" könnte sich eine in einem Wald weit verstreute Herde verständigen und Kontakt halten.

Kunststoff statt Gips

Bochum (idr) – Eine Kunststoffmanschette, die an Stelle des herkömmlichen Gipsverbandes bei bestimmten Bruchverletzungen Vorteile bringt, erproben zur Zeit Chirurgen der Bochumer Universitätsklinik. Die Manschette läßt dem Patienten erheblich mehr Bewegungsfreiheit. Bisher übliche Begleiterscheinungen wie Gelenksteife und Muskelschwund werden reduziert. Bei vielen Bruchverletzungen kann jetzt auch die Verweildauer im Krankenhaus verringert werden.

Der Stadtwald als Versuchsobjekt

Gezielte Stichproben objektivieren die Ergebnisse großflächiger Schadenserhebungen

Von D. GURATZSCH

Eine Bestandsaufnahme der Waldschäden in bisher nicht erreichter Genauigkeit ist jetzt im Offenbacher Stadtwald erprobt worden. Nach Meinung des Leiters des Liegenschaftsamtes der Stadt, Walter Schneider, hat sie „das bisher objektivste, wahrheitsgerechteste Ergebnis" erbracht, das jemals bei einer Waldschadenserhebung in der Bundesrepublik erzielt worden ist. Der entscheidende Befund: Die Fachleute sehen bestätigt, daß die Ergebnisse der bisherigen großflächigen Waldschadenserhebungen ein ziemlich objektives Bild vom tatsächlichen Zustand der Wälder vermitteln.

Bei diesen Erhebungen im Auftrag der Bundesregierung war ein Raster von vier mal vier Kilometern angewandt worden. Dabei beurteilten die Forstleute nach einer in allen Bundesländern einheitlichen Methode den Zustand der Bäume vom Boden aus. An jedem Kreuzungspunkt des Rasters wurden rund 24 Bäume einzeln bewertet. Das Ergebnis wurde sodann auf den Gesamtwaldbestand hochgerechnet. Bei dem relativ grobmaschigen Raster ergaben sich Befunde, die naturgemäß nicht für jedes einzelne Waldgebiet im Untersuchungsraum repräsentativ sein konnten.

Im Offenbacher Stadtwald wurde das Maschennetz nun auf ein 25-Meter-Raster verkleinert. Um die Ergebnisse zusätzlich zu objektivieren, arbeiteten die Forstleute mit Infrarot-Luftaufnahmen, die vom Flugzeug aus aufgenommen wurden. Die Ergebnisse der Falschfarbenanalyse wurden dann mit Computerhilfe zu einer Landkarte verarbeitet. Nach Überzeugung von Forstrat Christoph Schulze konnte dabei die Fehlerquote gegenüber den Untersuchungen vom Boden aus von fünf auf nur noch ein Prozent gedrückt werden.

Nach den Ergebnissen sind 57 Prozent des nur 1300 Hektar großen Offenbacher Stadtwaldes gesund – für die rund 20 000 analysierten Bäume ein teils sogar günstigerer Befund, als er für die hessischen Wälder im Landesdurchschnitt gewonnen wurde. In den Schadensklassen eins bis drei lagen die Werte mit 0,2 bis 42 Prozent über den Durchschnittswerten im Ballungsgebeit Rhein-Main.

Deutliche Schadenshäufungen zeigten sich an den Waldrändern und entlang der Autobahn Frankfurt–Würzburg. Dagegen konnten keine Spuren des Luftverkehrs vom Rhein-Main-Flughafen ausgemacht werden.

Dennoch hält es Forstrat Schulze noch für zu früh, von den neuen Werten auf die Zuverlässigkeit der großflächigen Beobachtungen vom Boden aus zurückzuschließen. Das werde erst möglich sein, wenn im Sommer auch die Ergebnisse für den Frankfurter Stadtwald vorliegen würden.

Außerdem können nach Ansicht von Schulze die Untersuchungen aus der Luft ohnehin nur Aufschlüsse über den Entnadelungsgrad erbringen. Dagegen ermögliche die Analyse vom Boden aus, in die Bewertung zusätzliche Informationen einfließen zu lassen (etwa über Stamm, Knospen, Früchte), ganz unabhängig davon, wie die Krone des Baumes aussieht. „Ohne zusätzliche Untersuchungen am Boden", so Schulze, „könnten die Luftaufnahmen gar nicht ausgewertet werden."

Finanziert wurde das 50 000 Mark teure Offenbacher Projekt aus dem Stadtsäckel. Zusätzlich ließ das Forschungsteam von Manfred Schramm (Institut für Planungsdaten der Universität Frankfurt) auch Bundesmittel aus Forschungsaufträgen einfließen.

Sprudelnde Energiequelle

Wassermühlen sollen mehr umweltfreundlichen Strom liefern

Von HEINZ HILDEBRANDT

Der Anteil der Wasserkraft an der Stromerzeugung beträgt in der Bundesrepublik Deutschland fünf Prozent. Nicht zu unterschätzen sind dabei – neben den etwa 3400 kleinen und großen Wasserkraftwerken – die rund 2800 privaten Klein-Wasserwerke, darunter auch die romantischen „Mühlen am rauschenden Bach", die Strom ins Netz der öffentlichen Versorgung einspeisen.

Doch nicht wenige der noch rund 35 000 Mühlen im Bundesgebiet ließen sich ebenfalls reaktivieren und könnten nach entsprechendem Ausbau umweltfreundlichen Strom liefern. So schätzt die Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe, daß allein in ihrer Region Wasserkraftkapazitäten von mindestens 290 Megawatt brachliegen. Das ist immerhin soviel wie die Leistung, die ein mittelgroßes Kohlekraftwerk erbringt.

Von Wassermühlen erzeugter Strom kann über den Eigenbedarf hinaus jederzeit an die Energieunternehmen abgegeben werden. Der Anreiz dazu ist allerdings derzeit nicht sehr groß, denn die Elektrizitätskonzerne zahlen gegenwärtig den Kleinanbietern im Durchschnitt nur sechs Pfennig pro Kilowatt-Stunde Strom, während ihre eigenen Erzeugungskosten bei etwa zehn Pfennig liegen. Die privaten Anbieter appellieren daher auch an den Gesetzgeber, hier für wettbewerbsgerechte energiepolitischen Voraussetzungen zu sorgen.

Staatliche Unterstützung gibt es jedoch bei der Reaktivierung stillgelegter Wassermühlen. Der Bund erstattet dabei nach dem Investitionszulagegesetz 7,5 Prozent der aufgewandten Mittel, die vor Baubeginn beim zuständigen Finanzamt beantragt werden müssen.

Das Land Nordrhein-Westfalen fördert darüber hinaus auch den Anschluß an das öffentliche Netz, nicht jedoch die Renovierung der Mühle. Hierfür stehen jedoch zusätzliche Mittel bereit, wenn es sich um ein anerkanntes Baudenkmal handelt.


Bei der Reaktivierung stillgelegter Wassermühlen kann man mit staatlicher Unterstützung rechnen FOTO: MANFRED VOLLMER

Personalien

GEBURTSTAG

Josef Rommerskirchen, ehemaliger Jugendführer und CDU-Parlamentarier, vollendet am 16. Februar in Wachtberg-Niederbachem bei Bonn sein 70. Lebensjahr. Der gebürtige Mönchengladbacher und Reserveoffizier der Wehrmacht war nach Rückkehr aus französischer Kriegsgefangenschaft von 1947–1952 erster Bundesführer des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend, und von 1949–1952 zugleich Vorsitzender des Bundesjugendringes. Auf seine Initiative hin fand vom 3.–5. November 1947 in Altenberg bei Köln das letzte gesamtdeutsche Jugendtreffen statt, das an Differenzen mit westdeutschen Jugendverbänden und der von **Erich Honecker** repräsentierten ostdeutschen FDJ scheiterte. 1952 wurde Rommerskirchen Referatsleiter der Bundeszentrale für Heimatdienst. Am 12. 12. 1960 kam er als „Nachrücker" erstmals in den Deutschen Bundestag, von 1961–1976 vertrat er den Wahlkreis Neuss-Grevenbroich. Lange Jahre saß er als CDU/CSU-Mann im Verteidigungsausschuß. Bei der Bundeswehr hatte er es als Reservist bis zum Oberst gebracht. Von 1977 bis 1981 war er Direktor in der Bundeszentrale für politische Bildung. Zur Zeit ist er ehrenamtlicher Vorstandsvorsitzender der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus.

ERNENNUNG

Peter Schoenwaldt, zuletzt Kulturreferent an der deutschen Botschaft in Wien, geht als Generalkonsul nach Lyon. Schon in früheren Jahren war der Diplomat in Frankreich auf Posten, als Stellvertreter des Generalkonsuls in Marseille. Danach ging er an die Kulturabteilung der deutschen Botschaft in London. Im Auswärtigen Amt hatte er sich seinerzeit mit großer Energie für den Aufbau des „Juniorenkreises" des AA eingesetzt. Unter seiner Regie baute der Kreis internationale Kontakte zu allen jüngeren Diplomaten in den Bonner Auslandsbotschaften auf. Inzwischen ist diese seinerzeit sehr bedeutende Institution, die den Jüngeren einen wichtigen Sprung auf das diplomatische Parkett verschaffte, fast „eingeschlafen". In Expertenkreisen holte sich Peter Schoenwaldt einen besonderen Namen als hervorragender Kenner **Alexander von Humboldts**.

AUSWÄRTIGES AMT

Dr. **Volker Stanzel**, bisher Geschäftsträger an der deutschen Botschaft in Aden, Südjemen, ist nach den Kriegswirren zunächst nach Bonn zurückbeordert worden. Stanzel hatte wie viele andere ausländische Diplomaten seine Familie, Frau und zwei Kinder, mit einem sowjetischen Schiff nach Dschibuti ausreisen lassen und war später auf der „Britannia" in Sicherheit gebracht worden. Zur Zeit ist die deutsche Botschaft in Aden unbesetzt. Das Bonner Auswärtige Amt bekam die Nachricht, das Botschaftsgebäude sei von diversen „Treffern" beschädigt worden. Zuständig als Botschafter für Aden ist **Peter Metzger**, der jedoch seinen Dienstsitz in Sanaa, Nordjemen, hat und außerdem neben Aden als Botschafter in Dschibuti akkreditiert ist. In Kürze werde man einen Diplomaten nach Aden schicken, hieß es jetzt im Auswärtigen Amt, der zunächst einmal den Zustand der Gebäude prüfen müsse. Die Botschaft ist möglicherweise geplündert worden, heißt es in Bonn.

GRENZSCHUTZ

Ulrich K. Wegener, Kommandeur des Grenzschutzkommandos West, hat dem „Weißen Ring", der von XY-Fahnder **Eduard Zimmermann** gegründet wurde und Opfer von Gewaltkriminalität unterstützt, einen Scheck in Höhe von 1626,50 Mark übergeben. Wegener gehört seit Jahren selbst zu den Mitgliedern des Weißen Ringes. Kommandeur Wegener, der seinerzeit die entführte Lufthansamaschine „Landshut" in Mogadischu mit der GSG 9 aus den Händen von Terroristen befreite, kümmert sich bis heute persönlich um ehemalige Opfer dieser Entführung.

VERANSTALTUNG

Prominente Gäste hatte der Internationale Club von Hannover bei seinen Abschlußveranstaltungen zum 20jährigen Bestehen. Letzter Gastredner einer langen Reihe von Veranstaltungen war Professor Dr. **Hermann Görgen** aus Bonn, Präsident der Deutsch-Brasilianischen Gesellschaft und einer der bekanntesten Lateinamerika-Experten in der Bundesrepublik. **Carl Doehring**, Präsident des Internationalen Clubs, begrüßte den Rektor der Medizinischen Hochschule von Hannover, Professor Dr. **Klaus Alexander**, und den Kommandeur der Ersten Panzerdivision, Generalmajor **Helge Hansen**. Der Internationale Club hat sich seit Bestehen im besonderen auch für Kontakte zwischen Bundesbürgern und den in der Bundesrepublik stationierten alliierten Soldaten eingesetzt.

SPORT-NACHRICHTEN

England: Manipulation

London (dpa) – Die englische Presse unterstellt dem Europäischen Fußball-Verband (UEFA) Manipulation bei der Auslosung (am Freitag in Frankfurt) der Qualifikationsgruppen für die Endrunde der Europameisterschaft 1988 in Deutschland. Da England mit den kontinentalen Nachbarn in einem Topf ist, sei gewährleistet, daß die gefürchteten britischen Fans ihr Team auch nicht zu den Spielen ins benachbarte Ausland begleiten müssen.

Burdenski verlängerte

Bremen (dpa) – Der frühere Nationaltorwart Dieter Burdenski (35) hat seinen Vertrag beim Bundesliga-Tabellenführer Werder Bremen um ein Jahr bis zum 30. Juni 1987 verlängert. Burdenski soll für dieses Jahr rund 250 000 Mark erhalten.

Renntag in Neuss abgesagt

Neuss (dpa) – Der für Samstag (15. Februar) vorgesehene Galopp-Renntag in Neuss mußte abgesagt werden. Das winterliche Wetter hat das Geläuf unbrauchbar gemacht. Nächster Termin ist der 16. März.

Düsseldorf bewirbt sich

Düsseldorf (dpa) – Düsseldorf bewirbt sich als fünfte deutsche Stadt um die Ausrichtung der Leichtathletik-Weltmeisterschaften 1991. Vor Düsseldorf hatten sich München, Gelsenkirchen, Berlin und Bremen beworben.

CSSR erhielt Zuschlag

Basel (sid) – Die Handball-Weltmeisterschaft der Männer wird 1990 in der CSSR stattfinden. Diese Entscheidung fällte der Kongreß des Internationalen Handball-Verbandes (IHF).

Everton setzte sich ab

Liverpool (dpa) – Durch ein 4:0 über Manchester City setzte sich der FC Everton von den Verfolgern in der ersten englischen Fußball-Liga ab. Everton führt mit 59 Punkten vor Manchester United (56), Liverpool (54) und Chelsea (54).

RADSPORT / Drei junge deutsche Profis stehen bei ausländischen Mannschaften hoch im Kurs

Peter Hilse, ein neuer Stern. Sein spanischer Chef rief die Mutter an und lobte „Don Pedros" Arbeit

KLAUS BLUME, Bonn

Sechs Sekunden hatten ihm gefehlt, um eine ganz persönliche Scharte auszuwetzen. Sechs Sekunden Rückstand hatte der Freiburger Radprofi Peter Hilse bei der „Ruta del Sol" in Andalusien hinter dem siegenden Holländer Steven Rooks – und der hatte 1983 immerhin schon den schweren belgischen Eintagsklassiker Lüttich–Bastogne–Lüttich gewonnen. Zweiter war Hilse hinter ihm geworden, dabei hätte er so gern mit seinem Freund Rolf Gölz aus Bad Schussenried gleichgezogen. Dem war nämlich im Jahr davor auf der „Ruta del Sol" in seinem ersten Profi-Rennen der erste Sieg gelungen.

Erster Gölz, Zweiter Hilse – der junge Mann aus Freiburg strampelt demnach noch immer seinem ganz persönlichem Phantom Rolf Gölz hinterher. Als Amateure haben sich die beiden schon bei jedem Rennen beharkt, und das gleich zu Beginn ihrer Karriere in der deutschen Junioren-Nationalmannschaft. Wenn es irgendwie ging, haben sie dann anschließend gemeinsam trainiert.

Doch im letzten Jahr trennten sich ihre Wege. Gölz unterschrieb einen Profi-Vertrag beim renommierten italienischen Team Del Tongo (Kapitän: Giuseppe Saronni), während Hilse durch Vermittlung des Trierer Raimund Dietzen bei der spanischen Teka-Mannschaft als Berufsfahrer unterkam. Hilse freute sich damals schon darauf, bei der „Ruta del Sol" gegen seinen Freund Rolf Gölz anzutreten, da stellte Teka ihn für dieses Rennen nicht auf. Am Straßenrand erlebte er dann die Triumphfahrt seines Freundes. Zwölf Monate später wollte er es ihm endlich gleichtun, doch sechs Sekunden fehlten ihm zum Sieg...

Deutsche Radprofis in ausländischen Diensten: Rolf Gölz, nun im zweiten Jahr Berufsfahrer, hat diesmal als schwerste Aufgabe den Giro d'Italia vor sich, was für den Schwaben wirklich eine Prüfung besonderer Art werden kann. Wenn nämlich seinem italienischen Kapitän Saronni wieder mal die Nerven durchgehen sollten, wenn im Team dann alles drunter und drüber geht, soll Rolf Gölz für die Richtung sorgen – als Saronni-Ersatz. So hat es die Teamleitung beschlossen.

Peter Hilse wiederum wartet darauf, bei der Tour de France eingesetzt zu werden, dem schwersten Etappenrennen der Welt – als Assistent seines deutschen Kapitäns Raimund Dietzen, der es als Radrennfahrer durch seine vorderen Plätze in der Spanien-Rundfahrt im Ausland zu hohem Ansehen gebracht hat. Der 24jährige Essener Ralf Hofeditz wiederum erhielt dieser Tage sogar einen Vertrag bei der französischen Mannschaft „System U", und die wird immerhin von einem der ganz großen Top-Stars des internationalen Radsports angeführt, von dem zweimaligen Tour-Sieger Laurent Fignon aus Paris.

Gölz, Hilse, Hofeditz – drei junge deutsche Radrennfahrer, die mit viel Sorgfalt im Ausland ihre Karriere aufbauen. Als Hilse bei der „Ruta del Sol" in der letzten Woche gleich zwei Etappen gewonnen hatte, übrigens die ersten in seiner noch kurzen Profi-Laufbahn, rief ein Teka-Manager ganz begeistert bei seiner Mutter in Freiburg an. Ihr Sohn hätte sich bei den Direktübertragungen im spanischen Fernsehen ganz großartig gemacht, die Firma sei hochzufrieden. Der junge „Don Pedro", so der Manager, trete nicht nur kräftig, sondern auch noch elegant in die Pedalen.

Ralf Hofeditz, der im letzten Jahr noch beim französischen Gribaldy-Team fuhr und in letzter Minute aus dem Tour-Aufgebot ausgebootet wurde, weil dann der in Zürich lebende und in Frankreich weithin unbekannte französische Meister Jean-Claude Leclerque an seiner Stelle hinterherfahren durfte, ist bei „System U" in ein Team geraten, bei dem es freilich stets gilt, Härte zu zeigen. Denn Fignon, Ex-Weltmeister Alain Bondue und Marc Madiot, der 1985 Sieger des Klassikers Paris–Roubaix wurde, sind allesamt Rennfahrer der allerersten Garnitur.

Als Hofeditz nun beim Vorbereitungsrennen im südfranzösischen Besseges stürzte und sich dabei die Rippen prellte, war das angesichts der Ansammlung von Stars in seiner Mannschaft noch lange kein Grund, die Verletzung in Ruhe auskurieren zu können. Er reiste statt dessen nach Dortmund und wurde hinter dem Schweizer Weltmeister Urs Freuler in einem Bahn-Omnium Dritter. Für den Mann mit der Schuhgröße 48, der sowohl bei den Rennschuhen als auch bei den Pedalhaken stets teure Sonderanfertigungen braucht, war das eine bemerkenswerte Leistung, denn er bekam mit seinen geprellten Rippen fast keine Luft. Sein Teamchef Cyrille Guimard, jener Mann, der einst den großen Bernard Hinault entdeckte und zum Radsport-Ruhm führte, sagte dazu nur: „Gute Arbeit".

Und die anderen deutschen Profis? Gregor Braun hat ein Angebot vom Gölz-Team Del Tongo erhalten. Thurau und Kristen wiederum hoffen auf ein sogenanntes „German Professional Team", das der Verband gründen will und für das Geldgeber gesucht werden. Ex-Weltmeister Rudi Altig soll als Teamchef der darin vereinten arbeitslosen deutschen Profis fungieren.

TENNIS

Zwergenaufstand: Popp übt Kritik an Boris Becker

dpa, Boca West

Deutschland und der Davis-Cup – dafür stand hierzulande doch nur der Name Boris Becker. Die anderen waren nur Randfiguren, die halt zur Mannschaft gehören. Sechs Wochen nach dem Finale in München und vier Wochen vor der ersten Runde 1986 in Mexico City aber proben die Zwerge den Aufstand. Zum Wortführer hat sich der Frankfurter Wolfgang Popp (130. der Weltrangliste) aufgeschwungen, beflügelt durch seinen Sieg über den Amerikaner Scott Davis (20.) beim Turnier in Boca West (Florida).

Der Streitpunkt der Diskussion ist und bleibt die Besetzung des Doppels. Zum ersten Mal wagte es jetzt ein deutscher Spieler, den Wimbledonsieger anzugreifen. Wolfgang Popp: „Man muß doch die Dinge mal beim Namen nennen: Boris ist auch nicht gerade der Supertechniker im Doppel. Ich weiß, das klingt vielleicht blöd, wenn ich jetzt etwas ausgerechnet an ihm kritisiere. Aber sein Return und sein Volley sind immer noch nur Durchschnitt. Wenn der nicht einen so starken Aufschlag hätte! Ich glaube, zur Zeit ist das Problem, daß keiner allzu gerne mit ihm Doppel spielen will. Das ist nämlich ein undankbarer Job. Gewinnt das Doppel, sagen alle, nur wegen Boris. Verliert es, dann war mit Sicherheit immer der andere schuld. Deshalb sehe ich auch ernsthafte Schwierigkeiten, was den früher immer so tollen Teamgeist angeht."

Popp geht in seiner Kritik noch weiter. Über die Gruppe Tiriac, Bosch und Becker sagt er: „Ich habe es schon in München gesehen, als nur noch Bosch und Tiriac in die Kabine von Boris durften. Nicht mal der Teamkapitän Bungert oder Trainer Pilic. Wo gibt's denn so etwas? Das dokumentiert, was los ist. Die sind doch nur an den zwei Einzeln von Boris interessiert. Das sind eiskalte Profis. Und das alles trifft jetzt voll auf ein bisher intaktes Team."

Auch der Deutsche Tennis-Verband (DTB) bekommt sein Fett ab. Popp: „Die haben den Faden zum Normalen verloren. Unser Masseur Helmut Krammer hat nach dem Davis-Cup fast geheult, weil er vom Verband bei der Feier vergessen wurde. Da fehlt es am Stil. Aber wenn ich jetzt was sage, wird einmal kurz gehustet. Das juckt die doch gar nicht."

ZAHLEN

TENNIS

Turnier in Boca West (Florida), erste Runde, Herren: Van Patten (USA) – Lavalle (Mexiko) 7:6, 6:3, Acuna (Chile) – Annacone (USA) 6:3, 4:6, 7:6, Anger (USA) – Maciel (Mexiko) 7:6, 6:1, Lendl (CSSR) – Sadri (USA) 6:2, 3:6, 7:6, Schapers (Holland) – Kriek (USA) 7:6, 4:6, 7:5, Curren (USA) – Wostenholme (Kanada) 6:4, 6:2, Noah (Frankreich) – Berger (USA) 4:6, 6:1, 6:3. – Damen: Bassett (Kanada) – Kijimuta (Japan) 7:5, 6:3, Gomer (England) – Porwick (Deutschland) 6:7, 6:3, 6:1, Evert-Lloyd – Sloane (beide USA) 6:4, 6:4.

SKI ALPIN

Deutsche Meisterschaften in Todtnau, Abfahrt, Damen: 1. Mösenlechner (Inzell) 1:23,82, 2. Kiehl (München) 1:24,68, 3. Wiesler (Staufen) 1:24,75, 4. Gerg (Lenggries) 1:24,87, 5. Meier (Rottach-Egern) 1:25,35, 6. Dedler (Kempten) 1:25,44. – Herren: 1. Wasmeier (Schliersee) 1:19,67, 2. H. Renoth (Berchtesgaden) 1:21,18, 3. Wildgruber (Oberaudorf) 1:21,43, 4. P. Renoth (Berchtesgaden) 1:21,51.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 2 474 955,80 Mark, 2: 154 684,70, 3: 7479,70, 4: 159,20, 5: 11,10. – Toto: 1: 2390,10, 2: 92,30, 3: 9,00. – „6 aus 45": 1: unbesetzt, Jackpot: 235 412,10, 2: 156 798,10, 3: 3496,20, 4: 49,90, 5: 5,10. – **Rennquintett, Rennen A**: 1: 200,90, 2: 28,70. – **Rennen B**: 1: 165,40, 2: 44,30. (Ohne Gewähr)

SKI ALPIN

Wasmeiers erster Abfahrt-Titel

sid, Todtnau

Selbst ein Weltmeister kann noch eine Premiere feiern. Markus Wasmeier, der vor knapp einem Jahr den WM-Titel im Riesenslalom gewann, verlängerte die Liste seiner Erfolge bei den Deutschen Alpinen Ski-Meisterschaften um den Titel in der Abfahrt. In Todtnau im Schwarzwald zeigte Wasmeier mit einem Vorsprung von 1,51 Sekunden auf Herbert Renoth (Berchtesgaden) in 1:19,67 Minuten der Konkurrenz deutlich die Grenzen auf. Bei den Damen holte sich Regina Mösenlechner (Inzell) den Titel.

„Ich steh zur Zeit super auf dem Ski, da kann kommen, was will", erklärte Wasmeier, dem die technisch schwierige Piste am Silberberg mit den vielen Kurven als Riesenslalom-Spezialisten sicherlich entgegenkam. „Der Titel bedeutet mir sehr viel, weil ich bisher nur als Schüler deutscher Meister im Riesenslalom war. Und das ist schon ewig her", meinte der Bundeswehrsoldat.

STAND●PUNKT / *Der Weg zu offenen und kostenlosen Spielen*

Mit der in Lausanne offensichtlich beschlossenen und halbamtlich verkündeten Professionalisierung und Kommerzialisierung der Olympischen Spiele ist die olympische Eingliederung in die materialistische Welt vollzogen. Im Spitzensport sind die Geldmacher am Werk. Und der Weg, den sie begehen, wird immer deutlicher: hin zu den offenen und für die Teilnehmer kostenlosen Spielen.

In einer jetzt vom Kanadier Richard W. Pound vorgelegten Ausarbeitung ist festgeschrieben, daß es bereits ab 1988 Startgelder gibt: pro Mannschaft ein Minimum von 10 000 Dollar und zusätzlich 300 Dollar für jeden aufgebotenen Athleten. Für 1988 stehen bisher rund fünf Millionen Dollar zur Verfügung. Diese Startgelder sind das erste greifbare Resultat des 1983 initiierten und im Mai 1985 abgeschlossenen Verwertungs- und Vermarktungsvertrages zwischen dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) und der ISL-Marketing-Gesellschaft, die in Luzern sitzt und zu 51 Prozent dem deutschen Sportartikelhersteller Horst Dassler (Adidas) gehört. Das Startgeld-Programm ist vor allem für die ärmeren Nationalen Olympischen Komitees interessant.

In diesem Zusammenhang fallen dem Beobachter zwei im englischen Sprachgebrauch hinreißende Formulierungen ein, die im Deutschen bei weitem nicht so schlagkräftig wirken: „All comes down to money" (alles läuft aufs Geld hinaus) und „If you can't beat him, join him" (jemanden, den du nicht schlagen kannst, mußt du umarmen).

Tatsächlich läuft in der internationalen olympischen Bewegung alles auf das liebe Geld hinaus, nachdem die olympische Ideologie an der Weltpolitik gescheitert ist, wie die Boykottspiele von Montreal 1976, Moskau 1980 und Los Angeles 1984 beweisen.

Auf die Frage, was Pierre de Coubertin und Avery Brundage heute tun würden, gibt es keine Antwort, sie haben 1976, 1980 und 1984 nicht erlebt. Werbung und Fernsehen, mit dem sich nach dem amerikanischen Medienphilosophen Neil Postman „die Gesellschaft zu Tode amüsiert", hatten für sie noch eine andere Dimension. Inhalt und Darstellung der Olympischen Spiele haben sich nach 1972 von Grund auf verändert. Der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees, Juan Antonio Samaranch, erschien 1980 synchron mit den geistigen Wandlungen der olympischen Welt und steht nun, obwohl nur ein Mitläufer, als Vorreiter an der Spitze des Leistungssports.

Um es in aller Deutlichkeit (aber auch in allen Ehren) zu formulieren: Wer ja zu den Olympischen Spielen sagt, muß Geld nehmen. KAS

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke Bonn, Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber (beurlaubt); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17.
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

„Gnade vor Recht“ für die Ausgetauschten

AP, Bonn

Weniger spektakulär als der Gefangenenaustausch an der Glienicker Brücke in Berlin waren die geheimen Vorbereitungen der Justizbehörden in der Bundesrepublik Deutschland, durch die der *Austausch überhaupt* erst möglich wurde. Die in der Bundesrepublik Inhaftierten mußten vorher erst begnadigt werden. Das heißt, der Staat mußte auf seinen Strafanspruch gegen die Agenten verzichten – „aus überwiegendem öffentlichem Interesse“, wie es in der Strafprozeßordnung (StPO) heißt.

Bereits in der vergangenen Woche hatte der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht in seiner Eigenschaft als Bundesratspräsident die drei Gnadenerweise für den „DDR“-Spion Detlef Scharfenort, den sowjetischen Computeragenten Jewgenij Semljakow und die polnischen Geheimdienstmann Jerzy Kaczmarek unterzeichnet. Albrecht vertritt den zur Zeit in Asien weilenden Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker.

Der Bundespräsident, so sieht es Artikel 66 des Grundgesetzes vor, „übt im Einzelfalle für den Bund das Begnadigungsrecht“ aus. Deutlicher steht es im Paragraphen 452 der Strafprozeßordnung. Danach steht das Begnadigungsrecht dem Bund in allen Rechtssachen zu, in denen „im ersten Rechtszug in Ausübung von Gerichtsbarkeit des Bundes entschieden worden ist“. Das betrifft in der Regel die Staatsschutzfälle, in denen Generalbundesanwalt Kurt Rebmann als Ermittler und als Ankläger vor der Staatsschutzkammer eines Oberlandesgerichts tätig wurde. In Fällen, die *Rebmann an die Generalstaatsanwaltschaften der Länder abgibt, verfügen die Ministerpräsidenten über das Gnadenrecht.*

Die dritte und endgültige Kompetenzregelung liegt in der „Anordnung des Bundespräsidenten über die Ausübung des Begnadigungsrechts des Bundes“ vom 3. November 1970. Als Gnadenerweise sind unter anderem „Erlaß oder Milderung“ einer Strafe genannt.

„Ein Gnadenerweis“, so erläuterte Kurt Kemper, Referent im Bundesjustizministerium, „wird nicht begründet und ist nicht anfechtbar“. Er sei ein Akt *außerhalb* des Rechts – gewissermaßen im Sinne von „Gnade vor Recht“ – wobei allerdings rechtsstaatliche Grundsätze zu beachten sind.

„Wir ließen ihn reden, damit die Spannung wich“

RUDOLF ZEWELL, Frankfurt

Selbst der Defekt an der Bremsleitung des Flugzeuges, mit dem der sowjetische Bürgerrechtler Anatoli Schtscharanski nach seiner Freilassung von Berlin nach Frankfurt fliegen sollte, konnte der freudigen Stimmung innerhalb der kleinen Reisegruppe nichts anhaben. Der Pilot hatte den Fehler noch rechtzeitig bemerkt, so daß die Maschine und die Reise in einem anderen Flugzeug angetreten wurde. Schtscharanski war so sehr von den Eindrücken der vorherigen Stunden eingenommen, daß es niemand in den Sinn kam, ihn jetzt *schon nach seinen Zukunftsplänen in Israel zu fragen.*

Ludwig Rehlinger, Staatssekretär im innerdeutschen Ministerium, der den 37jährigen am Morgen zusammen mit dem amerikanischen Botschafter in Bonn, Richard Burt, auf der Glienicker Brücke in die Freiheit geführt hatte, beschreibt die Atmosphäre im Flugzeug: „Er war so erfüllt von den Erlebnissen der vergangenen Tage, daß wir, Burt und ich, ihn verständlicherweise nicht gefragt *haben. Wir haben ihn reden lassen,* sich ausreden lassen, damit die Spannung etwas von ihm wich.“

Zur gleichen Zeit an einem anderem Schauplatz: Auf dem Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt harrten rund 50 Journalisten umlagert von Technikern und Kameraleuten der Fernsehanstalten der Ankunft sowohl Schtscharanskis als auch dessen Frau Avital. Im eisigen Wind erlebten die Reporter auf der Besucherterrasse die Landung des aus Israel kommenden „Business-Jet Westwind WW 23“.

Avital wurde sofort in die VIP-Lounge geführt

Ihm entstieg eine hübsche Frau, in dunkler Jacke und mit einem hinter dem Haarschopf zusammengebundenen Kopftuch. Doch der Anblick Avital Schtscharanskis war für die Journalisten nur von kurzer Dauer. Sie wurde sogleich in die VIP-Lounge im Transitbereich B 40 geführt.

Beamte des Bundesgrenzschutzes in ihren Kampfanzügen und Polizisten mit Maschinenpistolen bewaffnet riegelten die Zugänge zu diesem Bereich ab. Die mitgeführten Hunde gaben jedem zu verstehen, daß sie ein Vordringen in die Nähe von Frau Schtscharanski verhindern würden. Sicherheit ging vor. Die Kontrollen wurden so streng ausgelegt, daß sogar Leute, die nur Blumen abgeben wollten, ohne Kommentar zurückgewiesen wurden.

Kurz vor 13 Uhr schließlich setzte die *Airforce-Maschine aus* Berlin mit Anatoli Schtscharanski an Bord im militärischen Bereich des Frankfurter Flughafens auf. Der amerikanische Konsul begrüßte den freigelassenen Bürgerrechtler auf dem Rollfeld. Danach ging es mit dem Auto weiter zur VIP-Lounge, die im zivilen Bereich des Flughafens liegt.

Das Wiedersehen fand unter vier Augen statt

Nach dem Empfang durch Israels Botschafter in Bonn, Itzhak Ben Ari, wurde Schtscharanski in ein Zimmer geführt, wo er seine Frau erstmals nach zwölf Jahren wieder in die Arme schließen durfte. Keine Reporter und keine Offiziellen sollten zugegen sein, das Wiedersehen fand unter vier Augen statt.

Mit schlichten, zu Herzen gehenden Worten bedankte sich Avital Schtscharanski anschließend bei Richard Burt und Ludwig Rehlinger. Nach jahrelangem Kampf hatte sie endlich ihr Ziel erreicht. Unermüdlich war sie für die Freilassung ihres Mannes eingetreten, nie hatte sie daran gezweifelt, ihn eines Tages wiederzusehen. Ihr „nächstes Jahr in Jerusalem“ war für sie mehr als ein frommer Gruß.

Um 14.23 Uhr schließlich hob die zweistrahlige israelische Maschine mit dem Ehepaar Schtscharanski von der Startbahn in Frankfurt ab, *einem triumphalen Empfang* in Tel Aviv *entgegenfliegend.*

Ludwig Rehlinger sagte nach dem reibungslosen Ablauf des Gefangenen-Austausches auf deutschem Boden bescheiden: „Die Bundesregierung hat in dieser Angelegenheit sich mit allem Nachdruck engagiert und das Mögliche getan, um die Sache zu einem guten Ende zu bringen.“ Mit einem Gefühl der Zufriedenheit konnte er auch leicht die Kritik abwehren, man habe Bürgerrechtler gegen Agenten aufgerechnet. „Wenn dies der einzige Weg ist, um einen solch aufrechten Mann wie Schtscharanski herauszuholen, so vergebe ich mir nichts dabei“, sagte Rehlinger.

Peres würdigt die Rolle des Kanzlers bei der Freilassung Schtscharanskis

Israels Ministerpräsident bedankte sich in einem Telefongespräch bei Helmut Kohl

DW. Jerusalem

Bundeskanzler Helmut Kohl hat offensichtlich einen „entscheidenden Beitrag“ zu der Freilassung Anatoli Schtscharanskis geleistet. Die Rolle Kohls wurde *in einem Telefongespräch* deutlich, das der israelische Ministerpräsident Shimon Peres zusammen mit dem Ehepaar Schtscharanski noch am Flughafen mit dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan in Washington führte, um ihm für seine Hilfe zu danken. Anscheinend auf eine Bemerkung Reagans erwiderte Peres: „Jawohl *Herr Präsident, ich weiß, welch große Rolle Bundeskanzler Kohl bei den* Bemühungen um die Freilassung gespielt hat und ich werde ihm selbstverständlich den Dank des israelischen Volkes übermitteln.“

Der israelische Ministerpräsident hat nach Angaben von Radio Jerusalem noch am Dienstagabend in Bonn angerufen, um sich bei Helmut Kohl „für seine Bemühungen und die Rolle zu bedanken, die der Bundeskanzler bei der Befreiung des jüdischen Regimekritikers Antoli Schtscharanski aus der Sowjetunion gespielt“ habe. In dem Gespräch, so der Rundfunk, habe Kohl dem israelischen Premier versprochen, sich auch weiterhin für die Freilassung jüdischer Dissidenten aus der Sowjetunion zu bemühen.

Regierungssprecher Friedhelm Ost erklärte gestern in Bonn auf die Frage nach dem Beitrag Kohls, der Kanzler habe sich seit vielen Monaten für die Ausreise des Bürgerrechtlers eingesetzt. Unter anderem habe er Gespräche mit dem amerikanischen Präsidenten und Peres geführt und viele Briefe geschrieben. Weiter sagte Ost, Helmut Kohl habe sich im Kabinett „befriedigt“ über die Freilassung Schtscharanskis und „erfreut“ über den Anruf von Peres gezeigt.

Der Kanzler, so Ost, bedauere jedoch, daß der sowjetische Bürgerrechtler zusammen mit ausgetauschten Spionen über die Grenze gekommen sei. Kohl habe daran erinnert, daß Schtscharanski nicht der einzige politische Häftling in der Sowjetunion sei. Man dürfe auch die anderen, unter Verfolgung leidenden Bürgerrechtler nicht vergessen.

Präsident Reagan hatte in seiner Pressekonferenz in der Nacht zu gestern erklärt, Schtscharanskis Freilassung habe ihn sehr ermutigt. Er wies in diesem Zusammenhang auch darauf hin, daß er beim Gipfeltreffen mit dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow im November vergangenen Jahres in Genf eingehend über die Frage der Menschenrechte gesprochen habe. Reagan brachte die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Ausreise von Antoli Schtscharanski nach Israel erst ein Anfang gewesen sei.

In Israel besteht allerdings wenig Hoffnung, daß es eine Kursänderung in der Politik Moskaus gegenüber sowjetischen Juden gibt. Peres und Au*ßenminister Yitzhak Shamir* äußer*ten die Ansicht*, daß die Ausreise des sowjetischen Bürgerrechtlers ein „isoliertes Ereignis“ im *Rahmen* der Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Supermächten darstelle.

Die amerikanische Regierung hat gestern noch einmal der sowjetischen Darstellung widersprochen, daß Schtscharanski für die USA spioniert habe. Der Sprecher des US-Außenministeriums, Bernard Kalb, erklärte, man habe deutlich gesagt, daß die Umstände der Freilassung in keiner Weise den Vorwurf der Sowjets stützten, Schtscharanski sei ein Agent.

In Israel heißt Anatoli jetzt Nathan

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

„Gelobt seist du, o Ewiger, der du Gefangene von ihren Fesseln befreist.“ Mit diesem zwei Jahrtausende alten Segensspruch aus der *jüdischen* Liturgie *reagierte Staatspräsident Chaim Herzog, als* ihm ein Adjutant *während einer Regierungs-Sitzung zuflüsterte, daß Anatoli* Schtscharanski soeben *die Glienicker* Brücke in Berlin überquert habe.

Gleich darauf gab Herzog ein Kommuniqué heraus, in dem es hieß: „Anatoli Schtscharanski ist ein Vorbild und Symbol geworden. Seine Tapferkeit haben unseren Brüdern und Schwestern in der Sowjetunion Mut eingeflößt ... Sei willkommen in der Heimat, Anatoli. Mögen dir viele andere folgen!“ Herzog hatte die Gedanken ausgesprochen, die viele Israelis im Herzen trugen.

Das Glück sprach ihm geradezu aus dem Gesicht, als Anatoli Schtscharanski freudestrahlend auf dem Ben-Gurion-Flughafen bei Tel Aviv dem kleinen „Westwind“-Flug*zeug entstieg*, das ihn mit seiner Frau Avital und einer kleinen Gruppe *israelischer Begleiter aus Frankfurt* gebracht hatte.

Schtscharanski fiel dem wartenden Ministerpräsidenten Shimon Peres in die Arme. Eine gute halbe Minute umarmten sich Peres und sein neuester Staatsbürger zur Begrüßung. Dann wies Avital auf Außenminister Yitzhak Shamir und stellte ihn ihrem Mann vor, der keinen Augenblick *zögerte* und ihn ebenfalls *umarmte.*

„Wir sind alle so ergriffen wie Sie“, sagte Peres zu Anatoli. „Wie fühlen Sie sich?“ Anatoli antwortete in fließendem Hebräisch, das er sich in neun Jahren Haft aus geschmuggelten Lehrbüchern beigebracht hatte „Ich freue mich, daß ich jetzt im Lande bin“.

Anatoli trug eine neue, hellbraune Windjacke, Avital ein neues dunkelbraunes Kleid. Ihr übliches graues Kopftuch hatte sie gegen ein neues geblümtes eingetauscht.

Der Umarmungen, Küsse und Händedrücke wollten kein Ende nehmen. *Die Hälfte der Regierungsmitglieder* war am Flughafen erschienen, ebenso wie einige ehemalige Mithäftlinge Schtscharanskis. Der israelische Oberrabiner Schapira sprach einen sehr selten – außer im Gebet – gebrauchten Segensspruch über Anatoli: „Gelobt seist du, o Gott, der du die Toten auferstehen läßt!“

Der Aufwand der Regierung für Anatolis Ankunft in Israel überstieg alles bisherige. Nicht nur ein Sonderflugzeug hatte man nach Frankfurt entsandt, am Flughafen in Tel Aviv war auch ein Staatsempfang vorbereitet worden. Zahlreiche Busse wurden eingesetzt, damit jeder der nur wollte, zum Flugplatz fahren und Anatoli begrüßen konnte.

Nach seiner Ankunft erhielt Schtscharanski auch die israelischen Einwanderungsdokumente und nahm den hebräischen Namen Nathan an. (SAD)

Wie Gorbatschow Kennedy eine Lektion erteilte

wth. Washington

Senator Edward Kennedys außenpolitische Missionen scheinen unter keinem guten Stern zu stehen. Nachdem seine Reisen nach Südafrika und nach Chile im Sande stecken geblieben sind, scheint auch sein jüngster Trip nach Moskau, wo ihn Generalsekretär Michail Gorbatschow zu einem zweistündigen Gespräch empfing, nicht so positiv und reibungslos verlaufen zu sein, wie zunächst suggeriert wurde.

Mitarbeiter aus der Umgebung Kennedys bezeichneten das Treffen zwischen *den beiden* als „zuweilen eiskalt“. *Der Senator habe in diesen zwei Stunden, so heißt es,* jenen Charme vermißt, der Gorbatschow nach seinen Besuchen in London, Paris und Genf im vergangenen Jahr nachgesagt wurde. Die Bilanz Kennedys nach dem zweistündigen Gespräch mit Gorbatschow: „Dieser Mann ist noch härter als Breschnew“.

Anlaß zu dieser Einschätzung gab vor allem die Diskussion über die Menschenrechte. Nachdem Gorbatschow Kennedy die Emigration von 25 jüdischen Dissidenten aus der UdSSR gewährt hatte, begann der sowjetische Regierungschef eine halbstündige Lektion über angebliche amerikanische Menschenrechtsverletzungen. Kennedy hörte dieser fast wortlos zu und entschied schließlich, sich nicht mit Gorbatschow auf einen Streit einzulassen und seine Vorwür*fe zurückzuweisen.* Er habe es, so sagten seine Mitarbeiter, für nutzlos und möglicherweise und kontraproduktiv gehalten.

Kennedys Eindruck stimmt überein mit Berichten vom letzten Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz und des damaligen Sicherheitsberaters Mc Farlane zur Vorbereitung des Genfer Gipfels im Kreml. Auch damals klagten die amerikani*schen Gäste* über den *scharfen* aggressiven Ton Gorbatschows und den erstaunlichen Mangel an Informationen über die USA. Im Unterschied zu Kennedy entschloß sich Schultz seinerzeit jedoch, mit gleicher Münze zurückzuzahlen.

Zu den 25 Ausreisegenehmigungen für sogenannte „Refuseniks“, die Kennedy aus Moskau mitbrachte, erklärte das State Department, es handele sich dabei um sieben Familien. Drei dieser Familien hätten zehn Jahre vergebens um die Auswanderung nachgesucht.

Wörner schlägt ein neues Verteidigungssystem vor

Europäer sollen auf sowjetische Raketenbedrohung antworten

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die nicht mehr zu übersehenden sowjetischen Bemühungen, die Angriffsfähigkeiten gegenüber der NATO in Europa weiter auszubauen, haben Verteidigungsminister Manfred Wörner zu einem spektakulären Schritt veranlaßt. In einem Beitrag für die jüngste Ausgabe der amerikanischen Fachzeitschrift „Strategic Review“ hat sich Wörner für die schnelle Entwicklung eines europäischen nichtatomaren Verteidigungssystems gegen Raketen ausgesprochen. Das Verteidigungssystem soll die Bedrohung durch sowjetische Mittel- und Kurzstreckenraketen mit konventionellen Sprengköpfen neutralisieren.

Verteidigungsminister Wörner hatte bereits auf der letzten Tagung der NATO-Verteidigungsminister in Brüssel die Forderung nach Entwicklung eines derartigen Verteidigungssystems in Europa vorgetragen. Die Notwendigkeit, daß die NATO auf diese Art einer neuen Qualität sowjetischer Rüstung antwortet, ist von den Experten erst in jüngster Zeit in ihrer ganzen Bedeutung erkannt worden. Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Altenburg, sieht für das nächste Jahrzehnt voraus, „daß die Sowjetunion in der Lage ist, Raketen bestimmter Reichweite und Cruise Missiles nicht nur mit nuklearen, sondern auch mit konventionellen und chemischen Sprengköpfen auszustatten“. Wörner kommt deshalb zu dem Schluß, die Sowjetunion habe ihre Rüstung immer darauf auszurichten versucht, „einen Konflikt in Europa unter Einssatz konventioneller Streitkräfte siegreich zu entscheiden“. Mit Blick auf die sowjetischen Raketensysteme der Typen SS 21, SS 22 und SS 23 stellt der Verteidigungsminister eine „deutlich gesteigerte Zielgenauigkeit“ gegenüber den Vorgängermodellen fest und sagt: „Sie können wirkungsvoller als ihre Vorgänger mit konventionellen Gefechtsköpfen eingesetzt werden.“ Damit könnte die UdSSR ohne ihre Nuklearwaffen allein mit konventionell bestückten Raketen wichtige NATO-Verteidigungsanlagen wie Flugplätze, nukleare Einsatzmittel und Sonderwaffenlager, Radar- und Waffensysteme der Luftverteidigung, aber auch Häfen und Anlagen für die Aufnahme von überseeischen Verstärkungskräften, Waffen- und Munitionslager sowie Kommando- und Führungszentralen aussschalten. Dies würde der Sowjetunion erlauben, die „nukleare Schwelle“ zu unterlaufen, und brächte die NATO in die Zwangslage, schon bereits zu Beginn eines Krieges Atomwaffen einsetzen zu müssen.

Das europäische Verteidigungssystem gegen konventionell bestückte Sowjet-Raketen müsse unabhängig von SDI aufgebaut werden, meinte Wörner. Es sei vor allem eine europäische Aufgabe, die aber auch die USA einschließen müsse. Auffällig ist, daß der Minister in diesem Zusammenhang die von anderer Seite in Bonn früher geäußerte Formel eines „Europäischen Verteidigungsinitiative“ (EVI) vermeidet, weil sie die Verbindung zu SDI suggeriert. Er sagt, das von ihm geforderte System müsse in einer Vielzahl kleiner Schritte aufgebaut werden. Es werde auf jeden Fall nicht im Weltraum stationiert sein.

Bundeswehr-Verband für Soldatinnen

dpa, Bonn

Der Deutsche Bundeswehr-Verband hat sich für die Aufnahme von Frauen in die Bundeswehr auf freiwilliger Basis ausgesprochen. Die Frauen sollten dabei die gleichen Aufstiegschancen wie die männlichen Angehörigen der Streitkräfte haben, erklärte ein Sprecher des Verbandes. Sie dürften aber nicht für eine „Lückenbüßerrolle“ im Hinblick auf den bevorstehenden Personalmangel bei der Armee in Frage kommen. Bereits vor vielen Jahren hatte sich der Verband für Gleichberechtigung und Chancengleichheit der Frauen bei der Bundeswehr eingesetzt.

„Jugend arbeitet für den Frieden“

AP, Bonn

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, hat der Schlesischen Jugend bei der Schaffung einer europäischen Friedensordnung einen klaren Blick für die Aufgaben der Gegenwart in die Zukunft bescheinigt. In einem Grußwort zum 35jährigen Bestehen dieser Organisation erklärte der Minister: „Niemand als sie kann sich glaubwürdiger zu dem Ziel bekennen, zusammen mit der polnischen Jugend für eine gesamteuropäische Friedensordnung zu arbeiten, die auf gegenseitiger Achtung und Toleranz, auf Freiheit und Menschenrechte gegründet sein muß.“

Qualifizierte Lehrlinge sind wieder gefragt

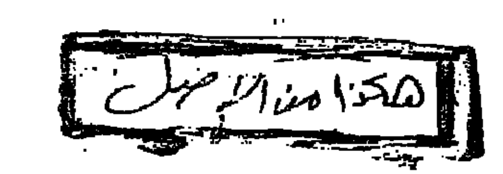
PETER PHILIPPS, Bonn

Die Wirtschaft beginnt für die Ausbildung ihres Nachwuchses die Weichen neu zu stellen: Der „Lehrlingsberg“ wird sich in den kommenden Jahren vorhersehbar abflachen, so daß nach den Fragen der Quantität in der Berufsausbildung stärker wieder die Qualität in den Vordergrund rükken wird. In einem Positionspapier des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) sind bereits erste Pflöcke hierfür eingeschlagen worden.

Dabei werden die staatlichen Stellen unmißverständlich gemahnt, nicht durch bürokratische Gängelung oder allzustarke politische Rücksichtnahmen und Konsens-Streben die notwendigen Qualitäts-Verbesserungen im dualen System zu behindern: Ein „Konsens“ aller Beteiligten sei mit Sicherheit „nicht erforderlich, um zu sachlich richtigen Entscheidungen zu kommen“. Vor allem das Bundeswirtschaftsministerium wird gerügt, weil „in der Anleitung für die zeitliche und sachliche Gliederung der Ausbildung in einem kaufmännischen Beruf“ etwa Forderungen enthalten seien, „die an den Verhältnissen in der Praxis *so völlig vorbeigehen*, daß sie nicht verwirklicht“ werden könnten. Ähnlich verhalte es sich bei der Gewichtung der Prüfungsfächer: Für „praktische Übungen im Rahmen der Abschlußprüfung“ beispielsweise lasse sich „die sachliche Notwendigkeit nicht bestreiten. Dennoch kommt es nicht zu einer Entscheidung des verordnungsgebenden Ministers“.

Insgesamt, so die Klage der Wirtschaft, werde „eine Modernisierung von Ausbildungsordnungen“ unter anderem aus Rücksicht auf gewerkschaftliche Forderungen verhindert, „auf die die Praxis wartet“. Die Forderung an die Bundesregierung ist eindeutig: Es muß endlich gehandelt werden. „Das Verhältnis von Konsensprinzip und Wahrnehmung der politischen Verantwortung bedarf dringend einer Klärung.“

Der Kritik und der Forderung nach einer Qualitäts-Steigerung stellen die Autoren des DIHT-Papiers eine eindrucksvolle Bilanz eigener Leistung gegenüber: „Einen erneuten Lehrstellen-Nachkriegsrekord haben die Unternehmen im Ausbildungsbereich der Industrie- und Handelskammern im Jahre 1985 aufgestellt. Bis zum 30. 9. wurden rund 349 500 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen gegenüber 343 100 im Vorjahr. Das bedeutet, daß die IHK-Betriebe die Zahl der neuen Ausbildungsverträge um mehr als 110 000 oder 47,5 Prozent seit 1976 erhöht haben.“



Gute Nachricht

Mk. – Auf den ersten Blick hat sich die Brüsseler Kommission mit ihrem diesjährigen Agrarpreisvorschlag, der im Kern auf ein Einfrieren der nominalen staatlichen Stützpreise hinausläuft, zwischen alle Stühle gesetzt. Jedenfalls haben sich die Landwirtschaftsministerien der Mitgliedsländer äußerst reserviert gezeigt. Es gibt aber auch Beifall. So spricht die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) von einer guten Nachricht.

Allerdings fürchtet die AgV, die Landwirtschaftsminister könnten die Vorschläge wieder „verschlimmbessern", so daß der Kosten- und Preisanstieg in diesem Bereich ebenso wenig gebremst würde wie der Anstieg der Überschüsse. Nun, sehr wahrscheinlich ist dies nicht. Zwar haben alle Mitgliedsländer an den Preisvorstellungen einiges auszusetzen. Aber die Betroffenheit scheint verhältnismäßig gleich verteilt zu sein. Überdies lassen sich die kritischen Stimmen kaum auf einen Nenner bringen. Was die einen loben, wird von den anderen getadelt. Wenn die Minister den Vorschlag der Kommission aus den Angeln heben wollen, dann müssen sie sich auf eine gemeinsame Linie verständigen.

Früher war dies leicht. Damals konnte einfach draufgesattelt werden. Jetzt sind die Kassen leer. Daher verlagert sich das Gerangel jetzt verstärkt auf zusätzliche Hilfen abseits der Preispolitik, finanziert von der EG oder national. Diese Zuschüsse haben immerhin den Vorteil, daß sie voll bei den Bauern ankommen.

Besserung

J. G. – Die Börsenhausse, in der notabene die Horten-Aktie erstmals seit gut anderthalb Jahrzehnten ihren einstigen Emissionskurs erstmals wieder übersteigt, signalisiert auch generell für die Aktien der deutschen Warenhauskonzerne hoffnungsvolle Erwartungen des Anlegerpublikums. Erwartungen, deren Kurskonsequenz den Konzernvorständen nicht sonderlich lieb sein mag. Auf niedrigerem und auch vor Absturzgefahren sichererem Kursniveau hätten sie es im kommenden Sommer leichter, die zweifellos noch mageren Bilanzen aus dem letzten Jahr ihren Aktionären zu präsentieren. An jenen Zahlen gemessen, das deutet nun auch der Branchenführer Karstadt an, hat die Warenhaus-Aktienhausse keine Berechtigung. Aus gleicher Quelle aber wird für die beiden letzten Monate des alten Jahres ein umsatz- und ertragswirksamer Umschwung der Konsumentenstimmung gemeldet. Der hält im neuen Jahr offensichtlich an. Auch die Hoffnung hat also ihr Recht – auch wenn die Warenhaus-Vorstände nach einem Jahrzehnt der Flaute dem neuen Glück noch nicht trauen.

Bausparen im Gedränge

Von WERNER NEITZEL

Während sich der Wohnungsneubau auf einem ausgeprägten Schrumpfkurs befindet, tobt auf dem Gebiet der Baufinanzierung der Wettbewerb immer heftiger. Längst sind die traditionell in diesem Metier tätigen Institute wie Hypothekenbanken, Bausparkassen, Sparkassen oder Lebensversicherungen nicht mehr unter sich. So haben sich die Banken mit entsprechenden Programmen inzwischen einen beachtlichen Brokken jenes „Kuchens" gesichert.

Und es kämpfen nicht nur die verschiedenen Institutsgruppen um Marktanteile. Auch innerhalb der Gruppen gibt es ein zunehmendes Gedränge. Auffallend hitzig geht es bei den Bausparkassen zu, die nach wie vor ihre Domäne im nachrangig abzusichernden Darlehensbereich zu festem und relativ niedrigem Zins sehen. Hier ist ein regelrechter Verdrängungswettbewerb in Gang gekommen. Äußeres Merkmal ist die Flut an Bauspartarifen, die es schon längst an Übersichtlichkeit fehlen lassen. Jede Kasse versucht auf ihre Art, dem Bausparinteressenten zu suggerieren, für seinen speziellen Fall den passenden Tarif parat zu haben.

Dies glaubhaft zu machen tun sich die Bausparkassen recht schwer. Denn begünstigt von dem niedrigen allgemeinen Zinsniveau, fällt es beispielsweise den Banken leicht, attraktive Baufinanzierungsprogramme zu offerieren und den Bausparkassen zumindest in der derzeitigen Situation „Wasser abzugraben".

Den Bausparkassen bleibt da freilich immer noch das Argument, daß sich die heutigen zinsgünstigen Zeiten auch wieder einmal ändern könnten. Dann käme an das Bauspardarlehen kein anderes Angebot mehr heran. Wie gut sich mit dieser These leben läßt, zeigt die Tatsache auf, daß das Bausparneugeschäft weiterhin auf erstaunlich hohen Touren läuft. Im abgelaufenen Jahr 1985 dürften die über 30 deutschen Bausparkassen Neuverträge im Volumen von 75 bis 80 Milliarden Mark Bausparsumme abgeschlossen und damit das Vorjahr leicht übertroffen haben. Auch der für die Zuteilung wichtige Geldeingang zeigt relativ stabile Tendenz. Hier gleicht der steigende Eingang an Tilgungsleistungen die sinkenden Sparzahlungen sowie die zusammengeschmolzenen Gutschriften an Wohnungsbauprämien aus.

Insofern beginnen sich jetzt auch die Zuteilungsfristen der Standardtarife auf dem erreichten höheren Niveau einzupendeln. Wenn also das so deutlich abgesackte Neubauvolumen keine nachhaltigen Spuren im Bauspargeschäft hinterlassen hat, dann ist dies auf eine immer stärkere Umorientierung der Bundesbürger beim Einstieg in „eigene vier Wände", nach wie vor der große Wunschtraum, zurückzuführen. Die Gebraucht-Immobilie ist zum neuen „Renner" geworden.

Überdies nehmen beim Einsatz von Bausparverträgen Maßnahmen zur Modernisierung einen breiteren Raum ein. Kommt hinzu, daß auch die Ablösung von Hypotheken als Verwendungszweck eine gewisse Rolle spielt. All das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der Bausparbranche der Kampf um Marktanteile immer heißer wird. Erkennbar wird dies im Wettlauf um das Neugeschäft.

Dabei zeichnet sich ab, daß die privaten Bausparinstitute etwas besser abschnitten als die zur Sparkassen-Organisation gehörenden Landesbausparkassen. Erstere scheinen sich im Hinblick auf eine flexiblere Ausgestaltung ihrer Tarifpalette leichter zu tun. Branchenkenner gehen im übrigen davon aus, daß die Zeit der Gründung neuer Bausparkassen vorbei ist. Hatten in den zurückliegenden Jahren einige Versicherungsgruppen das Bauspargeschäft entdeckt und ein Institut neu gegründet oder sich ein bestehendes einverleibt, so geht der Zug heute eher in Richtung Konzentration.

So hat die Bausparkasse Wüstenrot, die zu den Großen der Branche zählt, unlängst die Kölner Bausparkasse Heimbau übernommen. Ferner gelangte die Volksfürsorge Bausparkasse in den Einzugbereich der BHW-Gruppe: Dieser Prozeß der Auslese und Neuorientierung dürfte noch weitergehen, zumal es immer aufwendiger wird, für das Bauspargeschäft einen eigenen Außendienst effektiv genug einzusetzen. Und für den Bausparer bleibt letztlich wichtig, daß er eine sach- und fachgerechte Beratung erhält und sich auf Angebot und Solidität seiner Bausparkasse verlassen kann.

BERLIN / Ein ehrgeiziges Programm soll das Wachstum im vierten Jahr sichern

Wirtschaftssenator Elmar Pieroth legt für 1985 eine gute Bilanz vor

ERWIN SCHNEIDER, **Berlin**

Mit einer guten Bilanz für 1985 und weiterem Optimismus für das laufende Jahr präsentiert sich die Berliner Wirtschaft. Wirtschaftssenator Elmar Pieroth sieht den Aufschwung im nun vierten Jahr als gesichert an und rechnet für 1986 mit einem Wachstum, das zumindest in der gleichen Höhe wie auch in der Bundesrepublik liegt – also mit 2,5 bis drei Prozent. Diese Erwartung wird durch eine Konjunkturumfrage der Berliner Industrie- und Handelskammer unterstützt.

Von den negativen Schlagzeilen, die Berlin wegen der Korruptionsfälle derzeit liefert, erwartet Pieroth keine Auswirkungen auf das wirtschaftspolitische Klima, erklärte er in einem Gespräch. Die Stadt präsentiere sich mit einer soliden wirtschaftlichen Grundlage und könne in manchen Bereichen, wie bei der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, beim Bruttoinlandsprodukt oder in der Entwicklung des Exports und der Investitionen, bessere Ergebnisse als das übrige Bundesgebiet vorweisen.

Auch wenn die Arbeitslosenzahl – im Januar bei knapp 90 000 – die Grenze von 100 000 im letzten Jahr, wie vielfach vorausgesagt worden war, nicht überschritten hat, bleibt der Arbeitsmarkt doch die größte Sorge. Der Wirtschaftssenator hofft, dieses Problem in spätestens drei Jahren weitgehend gelöst zu haben. Nachdem 1985 rund 13 000 Arbeitsplätze neu geschaffen wurden, sollen es in diesem Jahr noch einmal 10 000 sein. Dabei ist zu berücksichtigen, daß 1985 fast 15 000 mehr Bürger nach Berlin kamen als auswanderten.

Der Senat hat nun für 1986 ein ehrgeiziges Programm vorbereitet, das die Schwerpunkte bei der Qualifizierung der Arbeitskräfte, beim Aufbau einer Umweltschutz-Industrie und bei der Erschließung neuer Dienstleistungsfelder setzt. Zentrales Ziel der Berliner Wirtschaftspolitik bleibe, wettbewerbsfähige Dauerarbeitsplätze zu schaffen, erklärte Pieroth.

Die hohe Zahl der wenig qualifizierten Dauerarbeitslosen – etwa 68 Prozent sind ohne abgeschlossene Berufsausbildung, im Bundesdurchschnitt sind es knapp 50 Prozent – müsse vorrangig verringert werden. Pieroth will einen Motivationsschub bieten, damit umfangreiche Weiterbildungsmaßnahmen genutzt werden. Der Senat will die finanziellen Hilfen deshalb verstärken. Zusätzlich zu den Umschulungsgeldern, die die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg gewährt, sollen an die Betriebe Prämien von 1000 Mark, in Sonderfällen sogar bis 2000 Mark gezahlt werden.

Auch bei der Berliner Industrie- und Handelskammer ist man für das Jahr 1986 zuversichtlich. IHK-Präsident Horst Kramp erwartet, daß sich die positive konjunkturelle Tendenz 1986 im Gleichschritt mit der Entwicklung in der Bundesrepublik fortsetzen werde. Auf mehrere Säulen stützt sich seine Hoffnung: ein prognostiziertes Wirtschaftswachstum von real drei Prozent, ein weiteres Plus beim Export, anhaltende Expansion der inländischen Nachfrage bei Investitionen und beim privaten Verbrauch sowie Preisstabilität.

Das gute Konjunkturklima mit Expansionskurs wird nicht mehr nur von der Berliner Industrie bestimmt, hat die IHK in ihrer vierteljährlichen Konjunkturumfrage bei Unternehmen von Industrie und Handel festgestellt. Auch im Groß- und Einzelhandel macht danach der Erholungsprozeß weitere Fortschritte.

Ein Viertel der befragten Unternehmen erwartet für das kommende Halbjahr eine fortdauernde Besserung der Situation, knapp zwei Drittel rechnet mit einem gleichbleibenden Konjunkturverlauf. Rund 75 Prozent setzt auf eine steigende Auslandsnachfrage. Die aktuelle Lage wird von 54 Prozent, im Herbst waren es 51 Prozent, der Industrieunternehmen als gut bezeichnet.

Dementsprechend bleibt die Investitionsneigung in diesem Jahr „außerordentlich kräftig und anhaltend rege". 42 Prozent werden ihre Investitionen in 1986 noch steigern und nur bei fünf Prozent sollen sie geringer als im Vorjahr ausfallen. Dies wirkt sich auch in der Personalplanung aus: 22 Prozent wollen ihre Beschäftigungszahl aufstocken, 16 Prozent wollen jedoch noch reduzieren.

CONSTRUCTA-ERÖFFNUNG

Herion: Die Lage am Bau ist nach wie vor schlecht

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Im Gegensatz zur Bundesregierung rechnet die Bauwirtschaft 1986 noch nicht mit einer durchgreifenden Besserung. Bei der Eröffnung der Internationalen Bau-Fachmesse Constructa in Hannover wiedersprach gestern der Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Günther Herion, nachdrücklich der optimistischeren Einschätzung von Bundesbauminister Oscar Schneider, der für die Branche seit Mitte 1985 „Zeichen der Erholung" erkennt. An der Messe, die bis zum 19. Februar dauert, beteiligen sich über 1700 Aussteller, darunter 350 aus dem Ausland.

Der Minister räumte zwar ein, daß der massive Rückgang der Bauproduktion im vergangenen Jahr den Arbeitsmarkt und die Investitionstätigkeit in der Bundesrepublik belastet habe. Die Behauptung, der gesamtwirtschaftliche Aufschwung gehe völlig an der Bauwirtschaft vorbei, treffe aber nicht zu. Der positive Verlauf der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe sei unverkennbar. Schneider: „Es besteht kein Zweifel, daß die Bauwirtschaft ihren konjunkturellen Tiefpunkt überwunden hat." Er rechne mit einer Zunahme der Bauproduktion um mindestens ein Prozent im Jahresdurchschnitt 1986.

Demgegenüber bezeichnete Herion die Lage am Bau als „nach wie vor schlecht". Die deutsche Bauwirtschaft habe ihr Konjunkturtief noch längst nicht überwunden. Der Rückgang der Bauproduktion im Bauhauptgewerbe um elf Prozent im Jahre 1985 spreche für sich. Auch der Auftragseingang rechtfertige keinen Optimismus. Zwar hätten im Wirtschaftsbau und im öffentlichen Bau die Aufträge zugenommen. Die Verluste im Wohnungsbau (minus 22 Prozent) konnten jedoch nicht ausgeglichen werden.

Alles in allem rechnet Herion für 1986 „mit einer Stabilisierung des Bauvolumens auf dem letztjährigen Niveau". Die gewerblichen und die öffentlichen Bauinvestitionen werden nach seinen Worten um etwa vier Prozent zunehmen. Dies könne ausreichen, um den auch für 1986 erwarteten Rückgang im Wohnungsbau (etwa fünf Prozent) aufzufangen.

Herion warnte die Bauunternehmen davor, angesichts der positiven gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten weniger wachsam zu sein: „Wir kommen jetzt in die letzte und gefährlichste Phase der Baurezession. Wir müssen nun die negativen Baustellenergebnisse in unseren Bilanzen offenlegen."

Unterschiedlich bewerteten Schneider und Herion auch die Auswirkungen des von der Bundesregierung beschlossenen Städtebauförderungsprogramms. Während der Minister von der Verdreifachung der Bundesmittel (1986 und 1987 stehen jeweils 2,3 Mrd. DM öffentlicher Mittel zur Verfügung) deutliche Impulse erwartet, beklagte Herion den Rückzug des Bundes aus der Stadtebauförderung ab 1988.

AUF EIN WORT

„Der erfreuliche Rückgang der schweren Autounfälle ist eindeutig darauf zurückzuführen, daß immer mehr Kraftfahrer den Sicherheitsgurt anlegen – eine Entwicklung, die von den Autoversicherern maßgeblich vorangetrieben wurde. Zeitweilig wurden wir dafür zum Buhmann abgestempelt. Jetzt wollen natürlich alle am Erfolg beteiligt sein, Automobilclubs und Politiker vorneweg."

Dr. Wolfgang Schieren, Vorstandsvorsitzender der Allianz AG Holding, München FOTO: JUPP DARCHINGER

Rekordüberschuß erwartet

AP, **Bonn**

Einen Rekordüberschuß im Außenhandel der Bundesrepublik in Höhe von rund 80 Mrd. DM erwartet der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken für 1986. Der Verband betonte, die Ausfuhren würden voraussichtlich um rund 6,5 Prozent zunehmen, die Einfuhren um etwa 5,5 bis sechs Prozent. Die günstigen Aussichten seien Ergebnis der in den letzten Jahren ständig verbesserten Wettbewerbssituation der deutschen Wirtschaft. Die Basis für die Exporterfolge bildeten die attraktive Angebotspalette sowie die hohe Preis- und Kostenstabilität in der Bundesrepublik.

LEIPZIGER MESSE

Chancen der Aussteller werden günstig beurteilt

Mk. **Bonn**

Die Geschäftsaussichten für die rund 800 Aussteller aus der Bundesrepublik, die sich an der diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse beteiligen, werden ähnlich günstig beurteilt wie vor einem Jahr. Nach einer Ausarbeitung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung gelte dies vor allem für die Hersteller von Investitionsgütern. Dabei werden jenen die größten Chancen eingeräumt, die Problemlösungen anbieten wie zum Beispiel die Rationalisierung und Modernisierung vorhandener Anlagen mit begrenzten Mitteln. Allerdings müßten sie sich auf die Forderung nach weitgehender Finanzierung und nach Gegengeschäften einstellen.

Für die „DDR" ist die Leipziger Frühjahrsmesse, die vom 16. bis 22. März stattfindet und an der rund 9000 Aussteller teilnehmen, die größte außenwirtschaftliche Veranstaltung. Dabei steht der Verkauf von „DDR"-Produkten im Vordergrund. Daher stoßen gerade Einkäufer auf großes Interesse. Aus dem Umstand, daß die „DDR" ihren Außenhandelsumsatz in diesem Jahr um fünf Prozent steigern will, nachdem im vergangenen Jahr nur ein Plus von 3,5 Prozent registriert wurde, und aus der Situation im innerdeutschen Handel schließen die Verfasser auf einen Spielraum für eine maßvolle Ausweitung der Ver- und Einkäufe.

Thematischer Schwerpunkt der Universalmesse sind Fragen der material- und arbeitszeitsparenden Techniken des Maschinenbaus. Zu diesem Problemkreis finden während der Messe mehr als 200 Fachvorträge statt. Denn die Intensivierung des Wirtschaftsprozesses steht als Ziel im diesjährigen Plan obenan.

HANDEL

DIHT: Dirigismus bringt keine Lösung der Probleme

hg. **Bonn**

„Das Problem ‚Konzentration im Einzelhandel' ist durch spektakuläre Maßnahmen nicht zu lösen." In einem Positionspapier beschwört der Deutsche Industrie- und Handelstag gleichwohl die Gefahr, „daß es zu einer Verkrustung des Wettbewerbs kommen kann". Er widerspricht damit der Monopolkommission, die die Existenz marktbeherrschender Stellungen in diesem Bereich verneint hatte.

Als „Hauptproblem" nennt der DIHT die „über geballte Einkaufsvolumina erzielten besonderen Einkaufskonditionen", Grundlage der Preispolitik großer Handelsgruppen. Harte dirigistische Eingriffe, wie sie von verschiedenen Seiten gefordert werden – etwa ein Verbot des Verkaufs unter dem Einkaufspreis oder ein Verbot der Rabattspreizung – sind nach Auffassung des DIHT gesamtwirtschaftlich nicht zu vertreten „und liegen auf die Dauer auch nicht im Interesse des Handels".

Auch das Baurecht sei als Instrument der Mittelstandspolitik ungeeignet, heißt es weiter. Damit wendet der DIHT sich gegen Pläne auch aus dem Bauministerium, das Baugesetzbuch um eine „Mittelstandsklausel" anzureichern, die die Ansiedlung von Verbrauchermärkten mit den meist dagegenlaufenden Interessen der mittelständischen Konkurrenten in Einklang bringen soll. Das sei eine verkappte Bedürfnisprüfung, „die unserem System zuwider ist".

Chancen für eine Abfederung des Strukturwandels im Handel sieht der DIHT vor allem in einer strikteren Anwendung des Kartellrechts, in den Selbsthilfebemühungen der Branche und auch in einer intensiveren Nutzung der Ausnahmeregelungen des Ladenschlußgesetzes.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Steigerung des privaten Verbrauchs erwartet

Berlin (ews.) – Für das erste Quartal 1986 rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) mit einer deutlichen Steigerung des realen privaten Verbrauchs. Bei der Investitionstätigkeit wird eine Verlangsamung des Expansionstempos erwartet. Beim Außenhandel wird gegenüber dem letzten Quartal 1985 wieder eine Trendwende erwartet. Nun sollen die Warenexporte wieder kräftiger expandieren, während die Importe, etwas schwächer ausgeweitet werden sollen.

Bierausstoß erhöht

Wiesbaden (dpa/VWD) – Der Bierausstoß der Brauereien im Bundesgebiet hat sich im vergangenen Jahr mit 93,3 Mill. Hektolitern im Vergleich zu 1984 um 0,8 Prozent erhöht. Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes hatten nur das Saarland und Baden-Württemberg (1,5 und 0,9 Prozent) Einbußen zu verzeichnen. Alle anderen Länder meldeten Steigerungsraten zwischen 0,4 Prozent (Nordrhein-Westfalen) und 3,5 Prozent (Schleswig-Holstein). Mit einem Anteil von 29,1 Prozent am Gesamtausstoß standen die Brauereien in Nordrhein-Westfalen an der Spitze, vor denen in Bayern mit 27,6 Prozent.

Ölimportsteuer?

Bonn (AP) – Die SPD-Bundestagsfraktion steht der Einführung einer Ölimportsteuer aufgeschlossen gegenüber. Ihr Obmann im Finanzausschuß des Bundestages, Dieter Spöri, meinte, damit solle ein weiterer Ölpreisverfall gestoppt und das Energiesparbewußtsein erhalten werden. Der Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums, Volker Franzen, betonte, die Äußerungen Spöris bestätigten, daß die SPD weiterhin eine „Steuererhöhungspartei" sei. Ihr falle angesichts der Ölpreisentwicklung nichts anderes ein als wieder den Staat ins Spiel zu bringen.

Neue Liquidität

Frankfurt (VWD) – Die Deutsche Bundesbank gewährt der Kreditwirtschaft eine neue Liquiditätshilfe in Höhe von 5,8 Mrd. DM in Form von Wertpapierpensionsgeschäften mit einer Laufzeit von 27 Tagen zum Zins von 4,5 Prozent. Wie die Deutsche Bundesbank weiter mitteilte, gingen bei der Ausschreibung dieses „Mengentenders" zum Festzins von 4,5 Prozent insgesamt 10,6 Mrd. DM Gebote ein, von denen die genannten 5,8 Mrd. DM zugeteilt wurden.

Portefeuille überprüft

Berlin (ews.) – Im Beteiligungsbericht des Landes Berlin unterstreicht Finanzsenator Günter Rexrodt, daß der Senat mehr und mehr überprüfen wolle, wo und in welchem Umfang das staatliche Engagement bei den 66 unmittelbaren und 29 mittelbaren Beteiligungen an Wirtschaftsunternehmen in Höhe von rund 1,7 Mrd. DM noch sinnvoll und notwendig sei. Bei der Berliner Bank, der Anteil wurde in den letzten Jahren von 100 auf 74 Prozent zurückgeschraubt, sei im Zuge einer Kapitalerhöhung eine weitere Verringerung denkbar, wenn die Ertragskraft das Institut für den Kapitalmarkt interessant werden läßt.

Optionsanleihe

Frankfurt (DW) – Die Deutsche Bank wird eine Optionsanleihe ihrer Tochtergesellschaft auf den Niederländischen Antillen anbieten. Die Optionsanleihe über 710 Mill. DM ist mit einem Zinssatz von 6¼ Prozent und einer Laufzeit von zehn Jahren ausgestattet. Die Schuldverschreibungen sollen zum Kurs von 120 Prozent begeben werden.

Flexibilität gefordert

Oberhausen (dpa/VWD) – Die wirtschaftliche Strukturkrise des Ruhrgebiets ist nach Ansicht des Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Paul Schnitker, nur mit der Flexibilität und der „hohen technischen Innovationsfähigkeit" des Handwerks zu bewältigen. Vor dem „Handwerksforum Ruhr" wies Schnitker auf die Zahl von 300 000 Beschäftigten in den 30 000 Handwerksbetrieben des Reviers hin. Das seien mehr als doppelt soviel wie im Steinkohlenbergbau.

PERU

Der IWF mahnt Zahlungen an

Sbt. **Washington**

Eine Warnung hat das Direktorium des Internationalen Währungsfonds (IWF), wie in Washington durchsickerte, Präsident Alan Garcia in Lima ins Haus geschickt. Danach verliert Peru das Recht, Kredite zu ziehen, wenn nicht bis Mitte April überfällige Zahlungen in Höhe von 75 Mill. Dollar eingegangen sind. Aufgelaufen sind die Rückstände seit September. Ihre Bezugsberechtigung verloren haben zuletzt Sudan und Liberia. Mit Khartum verhandelt der IWF bereits über ein neues Sanierungsprogramm.

Die Aktion der Exekutivdirektoren gegenüber Peru ist harscher ausgefallen als erwartet. Unter normalen Umständen wäre ein weiterer Überprüfungstermin in 90 Tagen angesetzt worden. Aber offensichtlich sollte Garcia, seit Juli im Amt, auf die Pflichten eines Mitgliedstaates hingewiesen werden. Er hat mehrfach erklärt, das südamerikanische Land werde für den Schuldendienst nur zehn Prozent der Exporterlöse – etwa 3 Mrd. Dollar jährlich – verwenden, wobei die multilateralen Organisationen zuletzt bezahlt würden.

Bisher soll sich Garcia auch geweigert haben, mit dem Fonds ein neues Kreditabkommen, das wirtschaftspolitische Auflagen enthalten würde, auszuhandeln. Perus Auslandsschulden addieren sich auf 14 Mrd. Dollar, wovon etwa 700 Mill. Dollar auf den IWF entfallen. Bei den Privatbanken steht Lima mit rund 6 Mrd. Dollar in der Kreide; ihnen gegenüber werden die Zins- und Tilgungsrückstände auf 2,2 Mrd. Dollar veranschlagt. Andererseits werden Perus Währungsreserven auf 1,5 Mrd. Dollar geschätzt.

IM BLICKPUNKT / Der Holländer Hermanus Koning hat die eineinhalb Jahre an der Grundig-Spitze genutzt

Das Großreinemachen zeigt bereits erste Erfolge

Hermanus Koning, seit knapp zwei Jahren Vorstandschef der Grundig AG in Fürth, fühlt wieder festeren Boden unter den Füßen: „Zwei Drittel der Sanierung haben wir hinter uns gebracht". Seine Pläne, die vor eineinhalb Jahren – angesichts eines Verlusts von 286 Mill. DM im Geschäftsjahr 1983/84 (31.3.) – noch recht mutig erschienen, will er jedenfalls eisern einhalten: „Ende dieses Jahres werden wir wieder schwarze Zahlen schreiben".

Der Holländer Koning, sozusagen die Personifizierung jener „industriellen Führung", die Philips bei Grundig 1984 nach unendlichem Hin und Her übernommen hatte, hat die kurze Zeit in Fürth wirklich genutzt. Ohne großes Aufsehen und im ständigen Dialog mit den Personalvertretungen fand ein umfangreiches Großreinemachen statt. Heute präsentiert sich Grundig mit einer völlig neuen Konzernstruktur.

Das betont kleine Team, das Max Grundigs Nachfolger im Chef-Sessel aus der deutschen Philips-Zentrale in Hamburg mitgebracht hatte, hatte die Probleme der Unterhaltungselektronik-Gruppe rasch erkannt: zu geringe Produktivität, eine an vielen Stellen zu große Fertigungstiefe und ein Verwaltungsaufwand, wie ihn Koning „selbst bei Philips nicht erlebt" hatte.

Das Fazit der Analyse war: „Wir hatten zu viele Fabriken und stellten einige Vorprodukte zu teuer her". Mit den Konsequenzen wurde nicht lange gefackelt. Besonders einschneidend fielen die Maßnahmen im Farbfernsehgeräte-Bereich aus. Sowohl in Italien als auch in Portugal werden keine Fern- sehgeräte mehr gefertigt, die Produktion in Spanien wurde deutlich reduziert, und nur das französische Werk läuft – wie Spanien mit geringerer Produktionstiefe – weiter. Damit wurde die Fernsehgeräteproduktion von derzeit etwa 1,5 Millionen Stück pro Jahr im wesentlichen auf die beiden Werke Nürnberg-Langwasser und Wien konzentriert.

„Diese Konzentration sorgt dafür, daß wir in den verbliebenen Fabriken den Auslastungsgrad erreichen, den moderne Anlagen benötigen", unterstreicht Koning. Die Erfolge der vielfältigen Straffungsmaßnahmen lassen sich bereits an der Produktivität ablesen: 1984 noch bei – im Branchendurchschnitt kümmerlichen – 120 000 Mark, stieg der Pro-Kopf-Umsatz inzwischen um mehr als ein Viertel auf über 150 000 Mark. Zusätzliche Auslastung soll künftig ein Kooperationsvertrag mit der Bosch-Tochter Blaupunkt bringen. Danach wird Grundig in eineinhalb bis zwei Jahren die gesamte Farbfernsehgeräte-Produktion für Blaupunkt und den heutigen Blaupunkt-Abnehmer Siemens übernehmen, während Blaupunkt für Grundig die (heute profitable) Autoradio-Palette fertigen wird (derzeit etwa eine halbe Million Stück im Jahr).

Hermanus Koning
ZEICHNUNG: BÖHLE

Grundig erwartet aus diesem Tauschgeschäft ein jährliches Mehrvolumen von etwa 600 000 Farbgeräten, *so daß man einschließlich der* Bausätze (die in Länder mit eigenen Montagebetrieben wie China oder die Türkei geliefert werden) in die Nähe von drei Millionen Geräten pro Jahr kommen wird. Zum Vergleich: Der deutsche Markt hat 1985 insgesamt nur knapp 2,7 Millionen Farbfernsehgeräte aufgenommen.

Auch der Kooperations-Partner will natürlich in den Genuß der höheren Produktionsmengen kommen. Doch: „Wir hätten den Vertrag sicherlich nicht gemacht, wenn wir dabei verlieren würden". Und die Führungsposition im europäischen Farbfernseh-Markt wird damit noch ausgebaut.

Kooperativ geht es auch im innerbetrieblichen Verhältnis zur Belegschaft zu. Der ehemalige Rotterdamer Profi-Fußballer Koning bemüht sich auch hier um sportliche Fairneß: „Man muß miteinander im Dialog bleiben und immer erklären, warum man etwas tun muß, aber auch, was daraus werden kann". Überdies hat sich Grundig unter neuer Führung darum bemüht, alle Schließungen glimpflich über die Bühne gehen zu lassen. Mit der Übernahme in andere *Werke und besonderen Zugeständ*nissen an Werkskäufer, die auch Teile der Belegschaft halten wollten, wurde der Betriebsfrieden gewahrt. Dafür wurden runde 20 Millionen Mark über die „Pflichtübung" der Sozialpläne hinaus aufgewandt. Das letzte Drittel der Sanierung steht aber noch aus. Es besteht unter anderem in den „Feinarbeiten der Konzentration", darin, dem Konzern das Korsett eines Logistik-Systems einzuziehen.

Bei seinen fränkischen Mitarbeitern hat Koning einen Stein im Brett: Kompromißlos gelang es ihm, seinen Mutterkonzern aus dem Fürther Unternehmen herauszuhalten. Dem Führungskräfte-Tourismus aus dem holländischen Eindhoven hatte er vom ersten Tag an einen Riegel vorgeschoben.

Auf den Einsatz bei Grundig war Koning vorbereitet. Bereits 1978, als Philips den Fuß zum ersten Mal in Grundigs Tür gestellt hatte, war ihm dieser Posten in Aussicht gestellt worden. Bis zur Übernahme dauerte es dann doch noch etwas – Koning hatte noch Zeit, erst einmal den deutschen Philips-Konzern unter dem Dach der Hamburger Alldephi auf Vordermann zu bringen.

Inzwischen ist er aber als reinrassiger Grundig-Mann akzeptiert. Auch der Markt hat die neue, klare Linie bereits honoriert: „Die letzten fünf *Monate* waren sehr gut für Grundig. Wir haben unseren alten, guten Ruf zurückgewonnen", freut sich Koning.

JOACHIM WEBER

FILMWIRTSCHAFT / Die Sorgen nehmen wieder zu

Besucherschwund in den Kinos

ERWIN SCHNEIDER, Berlin

Eine unterschiedliche Entwicklung nimmt die deutsche Filmwirtschaft. Während sich die Probleme der Filmtheater durch die Konkurrenz von Fernsehen und Video weiter verschärfen werden, können sich die Hersteller und Verleiher auf diese Änderung der Absatzstruktur, die nicht unbedingt eine Verringerung des Absatzvolumens nach sich ziehen muß, besser einstellen. Das stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, in einer Studie „Zur Entwicklung der Filmwirtschaft in der Bundesrepublik" fest, die zur Eröffnung der 36. Internationalen Filmfestspiele in Berlin (14. bis 25. Februar) veröffentlicht wurde.

Für die Kinos war das letzte Jahr ein schwarzes: Mit 102 Millionen Besuchern (neun Prozent weniger als im Vorjahr) wurde der niedrigste Stand seit Ende des Zweiten Weltkrieges erreicht. Dabei zogen die sieben erfolgreichsten Filme – darunter „Otto – Der Film", „James Bond", „Rambo" und „Amadeus" – mehr als ein Viertel der Besucher an, so die DIW-Studie weiter. Seit 1960 sinkt die Zahl der Kinogänger von über 500 Millionen kontinuierlich. Zwar kam Ende der 70er Jahre wieder etwas Hoffnung auf, als sich die Zahl bei rund 120 Millionen stabilisierte, aber schon 1981 zeigte die Kurve wieder nach unten.

Nicht ganz so drastisch verlief die Einnahmeentwicklung. Vom Umsatzrekord des Jahres 1981 mit 1,01 Mrd. DM bei 1243 Unternehmen und 15 209 Beschäftigten hat man sich bis 1985 zwar wieder mit einem Umsatz von nur noch 775 Mill. DM deutlich entfernt. Doch liegt der Umsatz wegen der Erhöhung der Eintrittspreise klar über dem Stand der 60er und frühen 70er Jahre.

Uneinheitlich war die Entwicklung der Zahl der Filmtheater und Sitzplätze. Trotz steigender Zahl der Filmtheater von 1977 mit 3072 bis 1984 mit 3611 Kinos, verringerte sich das Sitzplatzangebot ständig auf nun weit unter eine Million. Die durchschnittlich 217 Sitzplätze je Filmtheater waren dazu nur zu 15 bis 20 Prozent je Vorstellung ausgelastet.

Mit dieser Entwicklung liegen die deutschen Kinos im internationalen Trend, schreibt das DIW weiter. Die Ausnahme bildet nur die USA. Dort stieg die Zahl der Besucher von 1965 bis 1983 um 16 Prozent und die Zahl der Kinos um 48 Prozent.

Vom gesamten Markt der Filmwirtschaft in der Bundesrepublik, der 1983 ein Umsatz-Volumen von gut 3 Mrd. DM bei 2051 Unternehmen und knapp 22 000 Mitarbeitern erreichte, hält die Filmherstellung einen Umsatz von gut 836 Mill. DM bei 815 Unternehmen und 3000 Beschäftigten. Auf den Filmverleih und -vertrieb entfielen 881 Mill. DM Umsatz bei 185 Unternehmen und 1600 Beschäftigten. Filmtechnische Betriebe erzielten einen Umsatz von 340 Mill. DM. Diese Sparten der Filmwirtschaft wiesen seit Beginn der 70er Jahre eine stetige Aufwärtsentwicklung auf, der Umsatz des gesamten Marktes hat sich von 1973 bis 1983 von 1,4 Mrd. DM mehr als verdoppelt.

Als Fazit stellt das DIW fest, daß die „gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Filmwirtschaft zwar nach wie vor gering" sei, doch leiste sie einen „wesentlichen kulturellen Beitrag."

Ladenschlußgesetz nicht verabschiedet

fu. **London**

Das von der Regierung Thatcher eingebrachte Gesetz zur Aufhebung der Ladenschlußzeiten, womit Geschäfte und Kaufhäuser künftig auch an Sonn- und Feiertagen geöffnet sein können, ist bei seiner zweiten Lesung im Oberhaus mit einer Stimme (121 zu 120 Stimmen) zunächst einmal abgeblockt worden. Der ehemalige konservative Premierminister Macmillan und heutige Earl of Stockton gab mit seiner Stimme den Ausschlag für die Abstimmungsniederlage der Regierung.

Die knappe Mehrheit im House of Lords fordert einen Zusatz zum Ladenschlußgesetz, in dem den Verkäufern die bislang geltenden Rechte auch nach der Freigabe des Sonntagshandels garantiert werden. Bislang haben sie das Recht, die Aufforderung zu mehr als zweimaliger Sonntagsarbeit innerhalb eines Monats zu verweigern. Außerdem können sie für jeden Sonntagsdienst die gleiche Arbeitszeit an einem der folgenden Tage der gleichen Woche freinehmen.

Die Regierung war nur bereit, diese Rechte für die nächsten zwei Jahre den bis zu 18jährigen zuzugestehen. Ansonsten vertritt sie die Ansicht, daß derartige Regelungen nicht Sache eines Gesetzes, sondern ausschließlich Sache der Tarifparteien zu sein hätten. Die Regierung muß sich jetzt entscheiden, ob sie zu Änderungen an ihrem Gesetzentwurf bereit ist, um in einer dritten Lesung die Mehrheit der Lords zu gewinnen.

EG / Die BIZ als Clearingstelle für Ecu-Operationen

Abrechnung wird erleichtert

Ha. **Brüssel**

Die Europäische Währungseinheit Ecu gewinnt immer größere Bedeutung auf den internationalen Finanzmärkten: Zum erstenmal hat jetzt eine amerikanische Regierungsagentur eine Ecu-Anleihe aufgelegt. Die Baseler Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) will künftig als Clearingstelle für Ecu-Operationen der Privatbanken fungieren.

Wie die Brüsseler Kommission gestern mitteilte, hat sie zur Finanzierung von Investitionsvorhaben der Gemeinschaft eine Vereinbarung mit dem vom US-Schatzministerium *abhängigen Federal Home Loan Banks* getroffen: Die Kommission legte auf dem internationalen Kapitalmarkt eine Anleihe über 100 Mill. US-Dollar auf, während das amerikanische Institut eine gleich hohe Ecu-Anleihe begab.

Die Europäische Gemeinschaft sichert nach der Absprache die Zinszahlung und die Tilgung der Ecu-Emission, das amerikanische Institut bedient die Dollar-Anleihe der EG. Die Operation ermöglicht es der Gemeinschaft Ecu und den Home-Loan-Banks Dollar zu besonders günstigen Bedingungen zu erhalten. Die Operation hat nach Ansicht der Kommission dem Ecu-Markt „eine neue Dimension gegeben".

Befriedigt zeigte sich die EG-Behörde auch über die vor der Unterzeichnung stehende Clearing-Vereinbarung zwischen der BIZ und der „Bankenvereinigung für die Ecu", der sieben Geschäftsbanken aus der EG angehören. Sie soll auf rund 30 *Banken ausgedehnt werden.*

Das neue multilaterale System ermöglicht es nach Ansicht der Kommission, die vielfältigen täglichen Ecu-Operationen sowie die Abrechnung zwischen den Banken zu den besten Bedingungen vorzunehmen. Dadurch werde auch die private Nutzung der Ecu als Anleihewährung erleichtert.

NACHRICHTEN AUS DEM AUSLAND

Fusion perfekt

Pittsburgh (VWD) – Die Aktionäre der Texas Oil + Gas haben der vorgeschlagenen Fusion der United States Steel Corp. mit der Texas Oil + Gas Corp. zugestimmt. Wie beide Unternehmen weiter mitteilten, haben bei einer Aktionärsversammlung der Texas Oil + Gas, auf der 83 Prozent des umlaufenden Aktienkapitals repräsentiert waren, 86 Prozent der anwesenden stimmberechtigten Aktionäre der Fusion zugestimmt. Zuvor hatten die Aktionäre der U. S. Steel die Fusion gutgeheißen. Als Folge der Fusion, die mit dem 11. Februar wirksam wird, wird die Texas Oil + Gas zu einer 100prozentigen Tochtergesellschaft der U. S. Steel.

Kodak baut Personal ab

New York (dpa/VWD) – Die Eastman Kodak Company, international führender Hersteller von Photoausrüstungen, wird in diesem Jahr ihren Personalbestand weltweit um zehn Prozent reduzieren; 1983 wurden bereits 11 000 abgebaut. Ende 1985 beschäftigte das Unternehmen 128 950 Mitarbeiter. Außerdem werden Prämienzahlungen an die Spitzenmanager gestrichen, um die Kosten noch weiter zu senken. Die Kodak AG, Stuttgart, ist allerdings zuversichtlich, daß sie nicht vom Personalabbau der Muttergesellschaft betroffen wird. Ein Sprecher des Unternehmens meinte gestern, daß die deutsche Tochter die weltweit angestrebte Schlankheitskur schon hinter sich habe.

Rote Zahlen bei TWA

New York (dpa/VWD) – Das US-*Flugunternehmen Trans World Air*lines (TWA) hat 1985 einen Verlust von 193,1 Mill. Dollar ausgewiesen. Im Vorjahr hatte das Unternehmen nach eigenen Angaben noch einen Gewinn von 29,9 Mill. Dollar gemacht. Der Umsatz erhöhte sich *leicht auf 3,73 (3,53) Mrd. Dollar.*

Hohe Zinszahlungen

Caracas (dpa/VWD) – Die lateinamerikanischen Staaten haben in den vergangenen vier Jahren 106 Mrd. Dollar an Zinsen für ihre Auslandsschulden (über 350 Mrd. Dollar) bezahlt, gab der Generalsekretär der Wirtschaftskommision für Lateinamerika (Cepal), Norberto Gonzalez, jetzt bekannt.

Konkurs angemeldet

Miami (dpa/VWD) – *Die amerikanische Fluggesellschaft „Arrow Air"*, Miami, seit dem Absturz einer DC-8 im vergangenen Dezember in Schwierigkeiten, hat Konkurs angemeldet. Die Gesellschaft beantragte nach Paragraph 11 des amerikanischen Konkursrechts, ihre Geschäfte bis zum Abschluß des Verfahrens ohne Intervention der etwa 500 Gläubiger weiterführen zu können.

Export-Hilfen

Buenos Aires (dpa/VWD) – Ab Anfang März erleichtert die argentinische Regierung die Ausfuhr für 42 Landwirtschafts- und Industrieprodukte. Das Programm zur Exportförderung soll 13 Industriesektoren betreffen; der Staat fördert es mit 47 *Mill. Austral (etwa 140 Mill. DM).* Außerdem will die Regierung in allen Provinzen des Landes Institutionen errichten, um den auf Export spezialisierten Unternehmen zur Seite zu stehen.

Pazifik-Abteilung verkauft

New York (dpa/VWD) – Die finanziell angeschlagene US-Fluggesellschaft Pan Am hat ihre gesamte Pazifik-Abteilung dem Konkurrenzunternehmen United Airlines (UA) für 715,5 Mill. Dollar (1,7 Mrd. DM) übergeben. UA übernimmt wöchentlich 74 Abflüge aus den USA, sieben Flugzeuge und 2600 Mitarbeiter und erhöht ihren Marktanteil auf den Pazifikstrecken auf 17,6 (3,4) Prozent.

Konkurrenz gewachsen

Paris (J. Sch.) – Die innerfranzösische Luftverkehrsgesellschaft Air Inter, die in den letzten Jahren vor allem auf der Strecke Paris–Lyon wegen der Konkurrenz der fast ebenso schnellen TGV-Züge schwere Umsatzrückgänge verbuchte, rechnet jetzt auch dank neuer Tarifermäßigungen mit einer gewissen Erholung. Für dieses Jahr wird ein Verkehrszuwachs von insgesamt 7 Prozent gegenüber 3,7 Prozent 1985 angestrebt. Der Umsatz der Gesellschaft hatte sich um 9,4 auf 5,7 Mrd. Franc erhöht. Als Reingewinn werden 64 (2) Mill. Franc ausgewiesen.

WESTLAND

Entscheidung für Sikorsky

fu, **London**

Die Mehrheit der Aktionäre des britischen Hubschrauberherstellers Westland hat sich für eine Beteiligung der amerikanisch-italienischen Gruppe Sikorsky-Fiat und damit gegen eine Beteiligung des europäischen Hubschrauber-Konsortiums ausgesprochen. Dies stand gestern nachmittag fest, noch bevor das eigentliche Abstimmungsergebnis bekannt wurde.

Da das europäische Konsortium (MBB, Aerospatiale, Agusta, British Aerospace und GEC) zuvor bei dem Versuch, die gestrige Abstimmung über eine Sikorsky-Beteiligung um drei Wochen zu verschieben, eine Abstimmungsniederlage im Verhältnis zwei zu eins der Aktionärsstimmen hinnehmen mußte, bestand kein Zweifel mehr am Ausgang der folgenden Beteiligungs-Entscheidung.

Die Europäer forderten eine dreiwöchige Verschiebung dieser entscheidenden Aktionärs-Abstimmung, nachdem sechs unbekannte Personen oder Gruppen während der *vergangenen Wochen insgesamt 20* Prozent der Westland-Aktien gekauft hatten. Dies wurde von einer Untersuchungskommission der Londoner Börse herausgefunden. Drei der sechs mysteriösen Aktionäre, die zum Sikorsky-Westland-Lager gerechnet werden, lassen sich von Schweizer Banken vertreten.

Dies bedeutet, daß die Kleinaktionäre nur noch *knapp* 16 Prozent der Westland-Aktien *halten. Damit* lag die Entscheidung über die Zukunft von Westland in den Händen von zwölf Großaktionären.

Entsprechend verwundert es nicht, daß das europäische Konsortium bei seinem Versuch, mit einem günstigen Angebot Kleinaktionäre zum Verkauf ihrer Aktien an das Konsortium zu bewegen, um den Europäern damit eine Aktienmehrheit zu garantieren, scheitern mußte. Für eine Mehrheit wäre der zusätzliche Kauf von 20,2 Prozent der Westland-Aktien notwendig gewesen – und nicht nur 4,26 Prozent. Der ehemalige Verteidigungsminister Heseltine, Befürworter einer europäischen Lösung, reagierte auf die Enthüllungen der Londoner Börse äußerst verärgert.

USA

Haushaltsdefizit belastet nur wenige

sbt, **Washington**

Den *riesigen* Schuldenberg, der sich in Washington aufgetürmt hat, empfinden die US-Bürger offenbar nicht als eine bedrohliche Last; obwohl er in diesem Herbst 2075 Mrd. Dollar – die Hälfte des Bruttosozialprodukts – erreichte. Nach einer Umfrage des „Wall Street Journal" und der Fernsehgesellschaft NBC halten nur 31 Prozent der Amerikaner die Haushaltsdefizite, die in den letzten Jahren mit jeweils mehr als 200 Mrd. Dollar zu Buch schlugen, für ein nationales Problem.

Die große Mehrheit fühlt sich zwar nicht ganz wohl angesichts dieser gewaltigen Zahlen. Zu schmerzhaften Eingriffen ist sie jedoch nicht bereit. So lehnen 53 Prozent eine höhere Benzinsteuer und 56 Prozent eine Aufstockung der 1981 bis 1983 um ein Viertel gesenkten Einkommensteuern ab. Allerdings würden 52 Prozent eine nationale Umsatzsteuer akzeptieren. Praktisch alle Amerikaner sind indes für eine weitere Kürzung der Bundesausgaben. Werden die Fragen aber *konkret, werfen die meisten* das Handtuch.

Zum Beispiel: Von den Befragten sind 72 Prozent gegen den automatischen Streichmechanismus, der als Teil des neuen Haushaltsausgleichsgesetzes jetzt von drei Bundesrichtern für verfassungswidrig erklärt worden ist. Sogar 86 Prozent verurteilen die Einschränkungen, die in der Gesundheitsfürsorge der Rentner geplant sind, und 69 Prozent machen Front gegen reduzierte Unterstützungsprogramme für Arme und Kleinbetriebe. Auch die Subventionen für den Massentransport sollten unangetastet bleiben. Für 51 Prozent ist der Verteidigungsetat ebenfalls tabu. 66 Prozent der Befragten wollen es dem Kongreß überlassen, wo, wann und wie Bundesprogramme zu kürzen sind; dafür plädiert auch viele republikanische Wähler.

Weit verbreitet scheint in den USA jedoch die Erkenntnis zu sein, daß „eines Tages" das Defizit beseitigt und der Schuldenberg abgetragen *werden muß. So glaubt jetzt über die* Hälfte der US-Bürger an *negative* Auswirkungen auf die persönlichen Finanzen in den nächsten Jahren.

NAMEN

Dr. **Eckhard Gottschalk** (50), bisher Sprecher der Geschäftsleitung der Bankers Trust GmbH, Frankfurt, wird am 1. April 1986 ordentliches Mitglied im Vorstand der Industriekreditbank AG – Deutsche Industriebank, Düsseldorf/Berlin.

Volker Bues (43), zuletzt Marketingleiter Unterhaltungselektronik der Blaupunkt Werke GmbH, Hildesheim, übernahm mit Wirkung vom 1. Januar 1986 die Position des Marketingdirektors der Keramag Keramische Werke AG, Ratingen. Er ist Nachfolger von **Günter Stöcker**, der in das Verlagswesen überwechselte.

FRANKREICH / Nur 29 Prozent der Ausfuhren versichert

Angst vor politischen Risiken

J. Sch. **Paris**

Die französische Außenhandelsbilanz könnte schon längst aktiv sein, wenn die mittleren und kleineren Exporteure weniger Angst vor den finanziellen und politischen Risiken ferner Länder hätten. Obwohl sie sich dagegen bei der staatlichen Exportkreditversicherung „Coface" sehr weit gehend absichern können, scheuen sie oft die Prämien und verzichten lieber auf Exportaufträge. So aber werden nur 29 Prozent aller Exporte versichert, bedauerte Coface-Präsident Henri Baquiast.

Die mit der deutschen Hermes vergleichbare Coface, die bis 1983 mehr oder weniger hohe Verluste verbucht hatte, schloß ihr Geschäftsjahr 1985 mit einem Gewinn von rund einer Milliarde Franc ab, nach plus 0,4 Milliarden Franc 1984. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die Banque de France zuvor rund neun Milliarden Franc notleidend gewordene Forderungen im Rahmen der allgemeinen Umschuldungs- und Stundungsabkommen mit den Schuldnerländern übernommen hatte.

Derart entlastet leistete die Coface im Berichtsjahr an Entschädigungszahlungen acht (8,2) Milliarden Franc. „Der Grad an Zahlungsunfähigkeit der Kundenländer hat sich damit stabilisiert", kommentierte Baquiast. Allerdings zeigten sich erhebliche geographische Verschiebungen. Während 1984 Polen, Irak und Iran an der Spitze standen, machten 1985 vor allem die lateinamerikanischen Länder mit Brasilien an der Spitze Schwierigkeiten.

Von der Coface garantiert wurden an langfristigen Großaufträgen 115 *(120) Milliarden Franc, wofür 2,8 (3)* Milliarden Franc an Prämien vereinnahmt wurden. Von früheren Forderungen wurden 6,6 (5,6) Milliarden Franc eingetrieben. Die Garantiesumme für kurzfristige Verträge erhöhte sich auf 135 (120) Mrd. Franc bei Prämien von 0,65 (0,62) Milliarden Franc und 0,52 (0,25) Mrd. Franc eingetriebener Rückstände.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bergisch Gladbach: Westaufbau GmbH; Codan-Bau GmbH, Untereschbach; **Geilenkirchen:** Bauuntern. Antenbrink G.m.b.H. u. Co. KG, Wassenberg; **Groß-Gerau:** Nachl. d. Achim Johannes Palm; Steakhaus Bär GmbH, Mörfelden-Walldorf; **Köln:** Obstland Früchtevertriebs-GmbH; **Nürnberg:** Oswald Sämann, Lauf; **Reutlingen:** Klersy & Scacht GmbH, Dental-Labor, Engstingen.

Anschlußkonkurs eröffnet: Alfeld: Schwarze Baustoffe GmbH u. Co., Limmer; Verwaltungsgesellschaft Tonindustrie Niedersachsen Jacobi GmbH, Coppengrave; Tonindustrie Niedersachsen Jacobi GmbH u. Co. Coppengrave; **Bremerhaven:** Rickmers Rhederei GmbH Rickmers Werft; **Duisburg:** Leasart Gesellschaft Galerie für Integration, Raum, Kunst und Interieur mbH, Mülheim a.d. Ruhr; **Heidelberg:** Gebr. Ditzel GmbH, Bammental; **Herford:** Waltraud Jürgens, Inh. d. Gaststätte „Am Kamin", Bad Oeynhausen; **Mayen:** Kornel Wagner Verwaltungsges. m.b.H. & Co., Andernach; Kornel Wagner GmbH, Andernach; Ferdinand Wilhelm Wagner GmbH, Andernach.

Vergleich eröffnet: Aachen: Baustoff- u. Fliesen-Centre Platten-Pütz GmbH & Co. KG, Würselen-Broichweiden.

NIGERIA / Auch 1985 wurde kein Wachstum erzielt – Größtes Problem sind die hohen Auslandsverbindlichkeiten

Geringere Öl-Einnahmen schwächen die Wirtschaft

dpa/VWD, **Lagos**

Die westafrikanische Republik Nigeria durchlebte 1985 ein weiteres *wirtschaftliches und politisches* Krisenjahr. Nur wenige Anhaltspunkte sprechen dafür, daß 1986 eine Besserung der Lage eintreten wird, schreibt die Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Köln, im Rahmen ihrer Reihe „Weltwirtschaft am Jahreswechsel". Hauptgrund für den wirtschaftlichen Rückgang sei die seit 1982 herrschende Erlös- und Absatzkrise des wichtigsten Exportprodukts Erdöl.

Geringere Einnahmen aus den Ölexporten haben danach automatisch Importbeschränkungen nach sich gezogen, die wiederum Produktionsrückgänge in der stark einfuhrabhängigen Verarbeitungsindustrie bewirkten. Dazu sei eine Krise in der Auslandsverschuldung gekommen, vor allem durch nicht beglichene kurzfristige Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben – so die Ergebnisse des Berichts – erneut zu politischer Instabilität geführt. Das erst Ende 1983 an die Macht gekommene Militärregime wurde im August 1985 durch einen neuerlichen Militärputsch gestürzt. Der neue Staatschef, General Ibrahim Badamosi Babangida, habe bisher nur wenig zu erkennen gegeben, welche Wirtschaftspolitik zukünftig verfolgt werden soll, meint die Bundesstelle.

Zu den bisherigen Maßnahmen zählen die Verkündung des wirtschaftlichen Notstands im Oktober *1985, Importverbote für* Reis und Mais, eine drastische Kürzung der Gehälter im öffentlichen Dienst sowie die Eröffnung von Devisenkonten bei nigerianischen Banken und die Unterbrechung von Außenhandelsgeschäften auf Kompensationsbasis. An der Verwirklichung nationaler Großprojekte zum Ausbau der Stahlindustrie und zur Errichtung von Raffinerien, eines petrochemischen Komplexes und einer Gasverflüssigungsanlage soll festgehalten werden, obwohl über die Finanzierung dieser Vorhaben bisher keinerlei Klarheit besteht.

Experten sind der Auffassung, daß das Bruttoinlandsprodukt auch 1985 *weiter zurückgegangen ist. Es ist seit* 1980 nicht mehr gewachsen und schrumpfte 1984 um 1,1 Prozent auf 56,7 Mrd. Naira (rund 154 Mrd. DM).

Größtes Problem ist für Nigeria die Auslandsverschuldung. Ende vergangenen Jahres schätzte der Internationale Währungsfonds (IWF) die öffentlichen Auslandsverbindlichkeiten auf 22 bis 25 Mrd. Dollar und plazierte Nigeria damit in der Schuldnerliste der Dritte-Welt-Staaten auf den sechsten Platz. Nigerias Zins- und Tilgungszahlungen wurden allein für 1985 auf 4,4 Mrd. Dollar veranschlagt, etwa 40 Prozent der erwarteten Exporterlöse. Babangida verkündete daher in seiner Neujahrsansprache 1986 einseitig eine Begrenzung für die Bedienung der Auslandsschulden auf 30 Prozent der nigerianischen Exporteinkünfte.

Im Außenhandel hat Nigeria 1985 vermutlich wieder einen Exportüberschuß erzielt, obwohl die Begrenzung der Warenimporte auf *3,15 Mrd.* Naira nicht eingehalten wurde, und Waren im Wert von wahrscheinlich mehr als fünf (1984: 7,2) Mrd. Naira (13,6 Mrd. DM) importiert wurden. Die Exportseite profitierte davon, daß die Erdölförderung 1985 voraussichtlich etwas höher war als 1984. Experten gehen davon aus, daß durchschnittlich 1,3 bis 1,4 Mill. Barrel (ein Barrel gleich 159 Liter) pro Tag gefördert wurden, aus denen Nigeria Einnahmen von rund elf bis zwölf Mrd. Dollar erwirtschaftet haben dürfte.

NG BANK / Gute Zuwächse im Einlagengeschäft

Langfristige Kredite gefragt

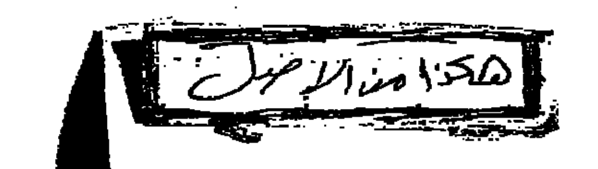
dos, **Hannover**

Zufriedenstellende Zuwächse im Einlagengeschäft und eine nur mäßige Entwicklung auf der Kreditseite kennzeichneten das Geschäft der Norddeutschen Genossenschaftsbank AG, Hannover, 1985. Nach vorläufigen Angaben des Instituts haben die 621 mit der NG Bank zusammenarbeitenden Kreditgenossenschaften ihre Einlagenbestände gegenüber dem Vorjahr um 4,3 Prozent auf rund 41,7 Mrd. DM ausgeweitet. Die Forderungen nahmen nur um 0,1 Prozent auf 32,4 Mrd. DM zu.

Bei den Ausleihungen beobachtet die NG Bank deutliche Umschichtungen vom kurz- in den langfristigen Bereich. Während die Kredite mit Laufzeiten bis zu vier Jahren sich um 5,7 Prozent auf 13,2 Mrd. DM reduzierten, stiegen die langfristigen Forderungen um 5,1 Prozent auf 18,5 Mrd. DM. Daran zeige sich, daß die Kreditnehmer im wesentlichen nicht mit einem weiteren Zinsrückgang rechneten.

Die als Zentralbank für die norddeutschen Kreditgenossenschaften fungierende NG Bank erhielt 1985 gut 1 Mrd. DM zusätzliche Liquidität. Die Einlagen erhöhten sich um 670 Mill. DM oder 9,5 Prozent auf 7,7 Mrd. DM. Die Verbindlichkeiten der Institute gegenüber der NG Bank reduzierten sich um 340 Mill. DM oder 6,9 Prozent auf 4,6 Mrd. DM.

Das Geschäftsjahr 1985 brachte für die NG Bank eine Steigerung der Bilanzsumme um 4,1 Prozent auf 15,4 (14,8) Mrd. DM. Das Geschäftsvolumen wuchs um 3,8 Prozent und erreichte 16,6 (16) Mrd. DM. Hinter diesen Größenordnungen, schreibt der Vorstand, stehe ein Ertragspotential, mit dem auch im Berichtsjahr gute Ergebnisse erzielt werden konnten. 1984 lag der Jahresüberschuß bei 38 Mill. DM; 5,12 Prozent Dividende wurden gezahlt.



KARSTADT / Die Neckermann-Last wird leichter

Warenhausumsatz schwach

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Der „insgesamt enttäuschende" Geschäftsverlauf im warenhausrelevanten Einzelhandel habe auch die Entwicklung des Betriebsergebnisses der Karstadt AG, Essen, bestimmt. Außerdem seien „Sonderbelastungen" aus den *zukunftssichernden* Strategiemaßnahmen des Unternehmens eingetreten. Auf diesen kargen Ertragskommentar beschränkt sich der Vorstand des größten europäischen Warenhauskonzerns im ersten Rückblick auf 1985.

Den 20 000 Eigentümern von 360 Mill. DM Aktienkapital vernichtet das wohl nicht die Aussicht auf abermals konstanten Dividendensatz von 7 DM, mit dem sich Karstadt für 1984 an die Spitze der deutschen Warenhauskonzerne setzte. Denn von den Neckermann-Töchtern, die den Konzern 1984 mit (geschätzten) 90 Mill. DM Verlust belasteten, wird nun Besseres berichtet. Die NUR Touristic GmbH habe 1984/85 (31. 10.) mit 940 166 abgewickelten Reisen (plus 3 Prozent) und 1,23 Mrd. DM Umsatz (plus 9,1 Prozent) ihr Ergebnis (nach 28 Mill. DM Verlust) „erheblich verbessert". Die Neckermann Versand AG habe zwar bei 1,66 Mrd. DM Umsatz (plus 2,1 Prozent) und Senkung des Personalaufwands um sechs Prozent auf 205 Mill. DM in Folgewirkung der im zweiten Halbjahr 1984 eingetretenen Schwierigkeiten mit dem neuen Elektronik-Lagersystem nochmals einen „deutlichen" Betriebsverlust gehabt.

Im Warenhausgeschäft des Konzerns konnte die Konsumbelebung aus November/Dezember den vorherigen Umsatzschwund nur mildern: Gesamtumsatz minus 1,7 Prozent auf 8,97 Mrd. DM und flächenbereinigt minus 0,6 Prozent. Der Aufwand für die 51 679 (53 831) „Vollbeschäftigten" der AG, vor Zuführung zur Pensionsrückstellung, verharrte mit 2,01 Mrd. DM auf Vorjahresniveau.

Noch im zarten Kindheitsalter zeigt der Konzern die Umsätze seiner jüngsten Warenhaus-Ableger: Die Kundendienst-Tochter „Rat und Tat" kam auf 42,9 Mill. DM. Das Quartett der „Fachmarktgesellschaften" begann sein Leben mit 32 Filialen, 108 „Vollbeschäftigten" und vorerst nur 21,9 Mill. DM Umsatz.

AXEL SPRINGER VERLAG / Erste Hauptversammlung in Berlin – „Eine erfreuliche Bereicherung der Börse"

Die WELT soll ihre führende Rolle behalten

JAN BRECH, Berlin

Sachlich und ohne jeden Mißton verlief die erste, mit Spannung erwartete Hauptversammlung der Axel Springer Verlag AG in Berlin. Springer ist das erste deutsche Verlagsunternehmen, das an die Börse gegangen ist. Für Aktionäre wurde damit eine völlig neue Branche erschlossen. Von den neuen Aktionären füllten etwa 400 den Saal im Berliner ICC. Da von 170 Mill. DM Grundkapital des Unternehmens 26,1 Prozent bei den Erben Springers und 24,9 Prozent bei dem Verlagshaus Burda festliegen, *waren von den freien Aktionären etwa* gut 13 Prozent in Berlin vertreten.

Vor allem die Vertreter der Kleinaktionäre und der Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz bezeichneten die öffentliche Plazierung eines Teils des Springer-Kapitals als „eine erfreuliche Bereicherung der Börse". Hier sei ein gesundes, hochqualifiziertes Unternehmen zu einem günstigen Kurs einer breiten Öffentlichkeit angeboten worden.

Die Fragen und Beiträge der Aktionäre kreisten in erster Linie um die weitere Zukunft des Unternehmens hinsichtlich der Ertragskraft und der unternehmenspolitischen Strategie. Diskussionen und Auseinandersetzungen über Inhalte der Objekte und medienpolitisches Verhalten gab es nicht. Hauptversammlungen bei Springer, so erklärte ein Aktionär, sollten auch künftig „nicht Schauplatz ideologischer Auseinandersetzungen" sein.

Sechs Prozent Dividende

Die von der HV ohne Nein-Stimmen gebilligten Tagungsordnungspunkte bezogen sich lediglich auf das Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Januar bis 30. Juni 1985. Dividende wird Springer erst für das zweite Halbjahr 1985 ausschütten (die HV ist am 9. Juli 1986 ebenfalls in Berlin). Vorstandsvorsitzender Peter Tamm kündigte an, daß der Gewinn deutlich höher als im ersten Halbjahr 1985 sei und Springer wie vorgesehen sechs Prozent ausschütten werde. Alle Projekte lägen gut im Markt, die Investitionen in die Objekte zahlten sich aus und die Beteiligungen und Kooperationen erwiesen sich als richtig. Die Frage, ob das Unternehmen künftig eine ertragsorientierte Dividendenpolitik betreiben werde, bejahte Tamm.

Zur langfristigen Unternehmensstrategie erklärte Tamm, daß Schwerpunkte der Verlagspolitik die Zeitungen und Zeitschriften bleiben werden. Man müsse sich dabei darauf einstellen, neuen und anderen Leserwünschen zu begegnen. Für die einzelnen Objekte bedeute dies eine ständige Modernisierung und Weiterentwicklung. Gleichzeitig, so Tamm, gehöre es zur Strategie, neue journalistische Wege zu beschreiten, Marktnischen zu entdecken, aber auch ganz neue Märkte zu erschließen. In diesem Zusammenhang kündigte Tamm für den 24. Februar die Einführung der „Auto-Bild" (Startauflage 700 000 Stück) in Magazinformat an.

Auf die Fragen zahlreicher Aktionäre zum Ergebnis der Tageszeitung DIE WELT und deren weitere Zukunft erklärte Tamm, daß das Objekt seit Jahren positiv zum Unternehmensergebnis beitrage, und daß in die WELT neu investiert worden sei. Die Zeitung werde weiterhin eine führende Rolle im Verlag spielen.

Zu den Engagements bei den neuen Medien betonte Tamm, daß der Verlag dieses Feld nicht den anderen allein überlassen könne. Politik sei es aber, die elektronische Medienzukunft nicht allein, sondern im Verbund anzustreben. Wo es nötig und zweckmäßig sei, werde man Kooperationen und Beteiligungen eingehen. Im internationalen Vergleich seien selbst die großen Häuser der deutschen Medienbranche eher mittelständische Unternehmen.

Aus Eigenmitteln investiert

Als einen weiteren Teil der unternehmenspolitischen Strategie bezeichnete Tamm die technische Erneuerung des Unternehmens. Dabei stehe Springer nach einer weitgespannten Investitionswelle, die in den Jahren 1981 bis 1985 rund 700 Mill. DM erfordert hat, in einer Schlußphase. Die Investitionen seien voll aus Eigenmitteln finanziert worden. Auch bei den künftigen Investitionen werde Springer um jeden Preis versuchen, die finanzielle Unabhängigkeit des Hauses zu wahren.

MUSIKMESSE

Hersteller spüren wieder Aufwind

adh. Frankfurt

Auf eine „Ordermesse allegro con brio" hoffen die deutschen Musikinstrumenten-Hersteller. Hintergrund für die positive Einschätzung von Horst Link, Vorsitzender des Bundesverbandes der Deutschen Musikinstrumenten-Hersteller kurz vor Beginn der Musikmesse Frankfurt (15. bis 19. Februar): Seit der zweiten Jahreshälfte 1985 geht es auch in Sachen Musik wieder aufwärts.

Bei den rund 1200 Musikfachgeschäften sorgte dies wieder für rund *eine Mrd. DM Jahresumsatz,* nachdem zunächst mit einem weiteren Rückgang gerechnet worden war. Denn die Musikbranche sieht sich zur Zeit mit zwei strukturellen Problemen konfrontiert, wie Alfred Döll, Sprecher der Musikfachgeschäfte, festhält: Die gesunkenen Schülerzahlen reichen nicht mehr aus, die Kapazitäten in Musikschulen und bei privaten Musikerziehern zu nutzen.

Neben dieser Folge des Geburtenrückgangs hat die Elektronik zu einer „einschneidenden Zäsur" auf dem Musikmarkt geführt. Keyboards zählten auch im vergangenen Jahr zur Spitzengruppe in der Umsatzentwicklung. Dabei mischen die deutschen Hersteller aber kaum mit. Elektronische Instrumente stammen vor allem aus Importen. Hauptlieferant ist Japan mit einem Anteil von 63 Prozent. Am gesamten Inlandsmarkt, der im vergangenen Jahr um gut fünf (i. V. plus vier) Prozent schrumpfte, sind die deutschen Instrumentenhersteller mit gut 40 Prozent beteiligt.

Bei einer Eigenproduktion von 625 (602) Mill. DM (zu Erzeugerpreisen) steigerten die Hersteller ihre Ausfuhren um gut zehn Prozent auf 430 Mill. DM. Während beim Rückgang im Inlandsabsatz die Großinstrumente (Flügel, Klaviere) am stärksten verloren, *lag diese Gruppe beim Export* vorn. Wichtigstes Absatzgebiet ist mit einem Anteil von 58 Prozent Westeuropa, gefolgt von den USA (17 Prozent); noch unbefriedigend bewertet Link den sechsprozentigen Exportanteil nach Japan. Zur Messe in Frankfurt haben sich 827 (765) Aussteller aus 33 (30) Ländern angesagt, darunter 306 deutsche.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Kurzarbeit

Duisburg (dpa/VWD) – Die Mannesmann Hüttenwerke in Duisburg-Huckingen haben für 1600 Beschäftigte vom 17. Februar bis 30. März Kurzarbeit angemeldet. Nach Angaben des Unternehmens ist Kurzarbeit erforderlich, weil die Röhrenwerke aufgrund der Nachfrage nach dünnwandigen Rohren weniger Vormaterial benötigen. Die Duisburger Hüttenwerke mit einer Gesamtbelegschaft von 5600 Mitarbeitern stellen ausschließlich dieses Vormaterial (Brammen) her.

Kooperation vereinbart

Neuhausen (dpa/VWD) – Die Thyssen-M.A.N.-Aufzüge GmbH, Neuhausen/Filder bei Stuttgart und die kanadische Aufzugsgruppe Northern Elevator, Toronto, haben eine technische Zusammearbeit vereinbart, die mit einer „nennenswerten" Beteiligung von Thyssen-M.A.N.-Aufzüge an Northern Elevator verbunden ist. Northern Elevator erzielt mit 265 Mitarbeitern einen Jahresumsatz von umgerechnet etwa 48 Mill. DM. Im Geschäftsjahr 1984/85 (30. September) hatte Thyssen-Aufzüge einen Gruppenumsatz von 681,7 (595,6) Mill. DM erreicht, inzwischen aber schon eine über 50prozentige Beteiligung in der Schweiz und eine Aufzugs- und Fahrtreppen-Firma in Spanien erworben. Von den über 6900 Mitarbeitern der Thyssen-Aufzugsgruppe ist über die Hälfte im Ausland tätig.

Forschungslabor eröffnet

Paderborn (dpa) – Zur Förderung von Forschung und der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses hat sich der Computer-Hersteller Nixdorf zu einem weiteren Engagement an der Universität Paderborn entschlossen. Anläßlich der Eröffnung des gemeinsam vom Land Nordrhein-Westfalen und der Nixdorf AG gegründeten elektronischen Forschungs- und Entwicklungslabors Cadlab in der Universität Paderborn gab Firmenchef Heinz Nixdorf die „Garantie", weitere 50 Mill. DM bereitzustellen. Er knüpfte daran die Bedingung, daß das Land sie zweckgebunden mit acht Prozent verzinst. Aus den Zinsen sollen nach den Vorstellungen von Nixdorf Stellen am Lehrstuhl für Informatik finanziert werden.

Mehrheit verkauft

Berlin (VWD) – Die bundeseigene Saarbergwerke AG, Saarbrücken, hat ihre bisherige Mehrheit an der Berliner R. Stock AG zum Jahresende 1985 veräußert. Bisher hielt das Unternehmen über 99 Prozent des Kapitals von sechs Mill. DM des traditionsreichen Werkzeugmaschinen-Herstellers. Erwerber der Anteile ist nach Angaben von Stock ein nicht näher definiertes Finanzkonsortium. Die Zusammensetzung dieses Gremiums läßt sich nur aus der im Bundesanzeiger veröffentlichten Einladung zu einer außerordentlichen Hauptversammlung am 20. März vermuten. Danach sollen neben einem Vertreter der Saarbergwerke Repräsentanten der Deutschen Bank (Niederlassung Stuttgart), der Commerzbank (Niederlassung Bielefeld) und der Leiter des Werkes Berlin-Marienfelde von Daimler-Benz, Hans-Peter Keilbach, in den Aufsichtsrat berufen werden. Der bisherige Vorstandssprecher Hans Weise ist aus dem Unternehmen ausgeschieden.

GIESSEREIEN

Gute Konjunktur bringt Rückenwind

J. G. Düsseldorf

Weiteren Aufschwung nach bis 1983 vierjähriger Flaute melden die *deutschen Eisen-, Stahl- und Temper*gießereien nicht nur für 1985 mit einem abermals bei 3,3 Prozent Produktionswachstum auf 3,5 Mill. t. Diese stark mittelständisch geprägte Branche (480 Betriebe mit 76 000 Beschäftigten) rechnet „mit konjunkturellem Rückenwind" auch für 1986 mit weiterem Produktionswachstum. Im „natürlichen Wettbewerb" mit anderen Verfahren der Werkstoff-Technik habe der Guß seine Chancen der Umformtechnik bewiesen.

Der Deutsche Gießereiverband, Düsseldorf, wertet bei diesen Aussichten den 1985er Tonnenanstieg besonders hoch, weil sich der Trend zu leichteren Gußteilen fortsetze. Das erschließe den Gußprodukten auch neue Anwendungsgebiete (z. B. in der Luft- und Raumfahrt). Stütze des Mengenwachstums waren auch 1985 der Fahrzeug- und Maschinenbau, die inzwischen 70 Prozent aller Gußprodukte abnehmen. Deren Konjunkturaufschwung hat für die Gießereien auch 1985 die strukturellen Abschwächungen in Bauwirtschaft und Stahlindustrie (rückläufige Kokillennachfrage wegen Strangguß-Vormarsch) überkompensiert.

Zwischen marktstarken Vormateriallieferanten (Schrott, Koks, Strom) *und Großabnehmern ihrer Produkte,* so betont der Verband, falle den Gießereien trotz Aufschwung die Selbstbehauptung immer noch nicht leicht. Der für 1986 erwartete Kostenschub werde aus Umwelt-Auflagen „überdurchschnittlich" sein.

AACHENER RÜCK / Technische Verluste weiter hoch – „Angemessene" Dividende

Die Marktlage hat sich leicht entspannt

Py. Düsseldorf

Die Aachener Rückversicherungsgesellschaft AG, Aachen, hat im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) ebenso unter den Folgen eines durch scharfen Wettbewerb im direkten Geschäft gedrückten Ratenniveaus bei gleichzeitigem erhöhten Schadenaufwand gelitten wie andere Rückversicherer.

Wenn auch der Geschäftsbericht über das laufende Jahr 1985/86 von einer leichten Entspannung der Situation infolge Verknappung der Kapazitäten, Zurückhaltung bei der Zeichnung von Risiken und der Einstellung des Geschäfts durch Erstversicherer spricht, wird sich eine Besserung auf die direkten Versicherungsmärkte erst mit einiger zeitlicher Verzögerung einstellen.

Naturkatastrophen im Ausland und ein Anstieg der Großschäden im deutschen Feuergeschäft „lassen keine spürbare Verbesserung des versicherungstechnischen Ergebnisses zu". Gleichwohl erwartet der Vorstand für 1985/86 aufgrund der günstigen Ergebnisse im allgemeinen Geschäft „wieder eine angemessene Dividende". Sie betrug für 1984/85 aus 7,2 (6,1) Mill. DM Jahresüberschuß nach 3,6 (2,8) Mill. DM Rücklagendotierung 9 DM. Das Ergebnis je Aktie wird mit 18,44 (16,40) DM angegeben.

Im letzten Geschäftsjahr erhöhte sich das Brutto-Beitragsvolumen um 5,1 (3,8) Prozent auf 637 Mill. DM. Der Selbstbehalt stieg auf 73,1 (65,5) Prozent. Dem Prämienaufkommen standen Aufwendungen gegenüber, die 72 (69,5) Prozent der verdienten Prämie für eigene Rechnung ausmachten.

Das technische Ergebnis hat sich erneut erheblich verschlechtert: 41,4 (28) Mill. DM vor und 46 (27) Mill. DM Verlust nach Zuführung von 4,6 Mill. DM zur Schwankungsrückstellung sprechen eine deutliche Sprache, auch wenn das Nettoergebnis mit 11,5 Mill. DM „aufgrund rechnungstechnischer Umstellung" zusätzlich belastet war. Periodisch vergleichbar hätte sich das Ergebnis vor Schwankungsrückstellung de facto um 1,9 Mill. DM verschlechtert.

Das negative Resultat stammte vor allem aus der Kfz-, der Transport- und der Feuerversicherung. Den Schadenrückstellungen wurden 10 Mill. DM aus dem Ergebnis der Kapitalerträge zugeführt. Das Eigenkapital der Aachener Rück beträgt 15,3 (17) Prozent, die versicherungstechnischen Rückstellungen machen 164 (162) Prozent der Beiträge für eigene Rechnung aus.

GROSSBRITANNIEN / Die ethnischen Minderheiten werden häufig diskriminiert

Probleme mit ungelernten Ausländern

WILHELM FURLER, London

Führende Beamte im Londoner Arbeitsministerium versuchen seit einigen Wochen im Auftrag von Regierungschefin Thatcher, die Unternehmen zur Beschäftigung von mehr farbigen Mitarbeitern zu bewegen. Denn bewußt oder unbewußt wird von der britischen Wirtschaft bei der Auswahl der Beschäftigten immer noch eine Farbigen-Diskriminierung erheblichen Ausmaßes betrieben. Schätzungen des Ministeriums und der britischen Kommission für Rassengleichheit zufolge wären bis zu 100 000 farbige Jugendliche mit afrikaribischer, afrikanischer oder asiatischer Abstammung weniger arbeitslos, wenn sie weißer Abstammung wären.

Gerade in den *traditionellen* Bereichen der verarbeitenden Industrie, wo Arbeitsplätze besonders knapp geworden sind, ist eine Rassendiskriminierung sowohl durch weiße Mitarbeiter als auch durch Gewerkschaftsvertreter nicht zu übersehen. Die Gewerkschaftsführungen selbst verwahren sich allerdings ausdrücklich gegen jede Art von Rassenvorurteil und gegen Behauptungen, Farbige würden den weißen Mitarbeitern Arbeitsplätze streitig machen oder seien für die hohe Arbeitslosenquote von 14 Prozent verantwortlich.

Farbige sind selten in Gewerkschaften

Während gut ausgebildete Facharbeiter, Techniker und gutes mittleres Management in der britischen Wirtschaft ausgesprochen gesucht sind, ist *das Überangebot* an ungelernten Kräften riesig. Dies gilt für farbige Arbeitskräfte insbesondere, obwohl von der Regierung in den letzten Jahren Anstrengungen für eine Verbesserung des Lehr- und Ausbildungssystems unternommen wurden. Farbige sind zusätzlich exponiert, als sie sich sehr häufig weigern, Gewerkschaften beizutreten. Damit sind sie meist die ersten, die schutzlos ihren Arbeitsplatz verlieren oder die bei der Arbeitsplatzsuche abgedrängt werden. Es gibt allerdings auch Farbige, die erfolgreich ihren Weg gehen. Dazu zählt in erster Linie die Gruppe der Inder und Pakistani, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind oder sich im Einzelhandel eine eigene Existenz gegründet haben.

In etlichen Gegenden der großen Städte gibt es kaum noch ein Lebensmittel-, Tabak- oder Zeitungsgeschäft, das nicht von Pakistani oder Indern geführt wäre. Gleiches gilt für die kleinen Postämter, in denen nebenbei noch Gemischtwarenläden gehalten werden.

Dennoch: Die Probleme mit den ethnischen Minderheiten bestehen; vielfältiger als in anderen europäischen Ländern. Dies ist eng verbunden mit der britischen Kolonialzeit. Bis 1971 gab es praktisch keine Beschränkungen für Bewohner der Commonwealth-Länder und anderer ehemaliger Kolonialgebiete, nach Großbritannien zu kommen und hier zu leben. Die meisten der in den Commonwealth-Ländern geborenen Bewohner des Vereinigten Königreiches besitzen deshalb die britische Staatsbürgerschaft. Dem schob das Einwanderungsgesetz von 1971 einen Riegel vor, der mit dem Staatsbürgerschaftsgesetz von 1981 noch erheblich verstärkt wurde.

Jüngsten Statistiken zufolge haben von den rund drei Millionen in Großbritannien lebenden, *aber nicht da* geborenen Personen mehr als 1,5 Millionen die britische Staatsbürgerschaft. Damit dürften im Vereinigten Königreich gegenwärtig nur etwa 1,5 Millionen echte Ausländer leben. Das sind nicht einmal drei Prozent der britischen Bevölkerung, die auf rund 55 Millionen beziffert wird.

Ganz anders sieht das Bild aber aus, wenn nach der Herkunft unterschieden wird. So sind immerhin 1,4 Millionen Einwohner in Regionen des Neuen Commonwealth geboren, also im wesentlichen Indien, Pakistan, Karibik, Afrika, Fernost, während nur 125 000 Personen, zu 98 Prozent weißer Hautfarbe, aus dem Alten Commonwealth (Kanada, Australien, Neuseeland) stammen. 870 000 sind in Ländern der Europäischen Gemeinschaft geboren (darunter 544 000 Iren), 229 000 im restlichen Europa, ausgenommen der Sowjetunion. Mit 400 000 wird die Zahl der im Rest der Welt Geborenen angegeben, davon 112 000 in den USA, 75 000 in Nahost und 59 000 in Südafrika.

Auf die Frage nach ihrer ethnischen Zugehörigkeit ordnen sich neben den knapp 51 Millionen „Weißen" 807 000 Einwohner als Inder, 529 000 als „Westinder" (Karibik und Guayana), 371 000 als Pakistani, 109 000 als Afrikaner, ebensoviele als Chinesen, 93 000 als Bangladeschi und 63 000 als Araber ein. 205 000 geben an, gemischter ethnischer Zugehörigkeit zu sein und 75 000 einer anderen als der angeführten nicht-weißen Gruppen anzugehören.

Über sechzig Prozent der Ausländer sind unter 30

Während der Anteil der Altersgruppe bis zu 30 Jahren an der weißen Bevölkerung 42 Prozent beträgt, liegt er in der indischen sowie in der karibischen Gruppe bei immerhin 60 Prozent, in der afrikanischen bei 63 und in der pakistanischen gar bei 70 Prozent. Dies erklärt zusätzlich den extrem hohen Anteil arbeitsloser farbiger Jugendlicher.

Die übergroße Mehrheit der Ausländer sowie der farbigen Bevölkerung lebt in den Metropolen London, Manchester, Birmingham oder Liverpool. Während etwa in Groß-London nur elf Prozent der weißen Bevölkerung Großbritanniens lebt, lautet die Vergleichszahl für die farbige Bevölkerung 42 Prozent. London ist auch der Platz, wo immer wieder illegale Einwanderungen versucht werden. Doch diese Versuche haben die Behörden mit ihren sehr strikten Kontrollen und der extrem spärlichen Vergabe von Aufenthaltsgenehmigungen voll im Griff.

(In loser Folge beschreibt die WELT die Ausländer-Probleme in anderen EG-Ländern)

SIEMENS

Information für Siemens-Aktionäre

Siemens steigert Investitionen um 85 Prozent

Der Umsatz ist im ersten Quartal des laufenden Geschäftsjahres, also in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1985, im Inland deutlich schneller gewachsen als im Ausland. Die Zahl der Mitarbeiter konnte noch einmal leicht erhöht werden. Siemens hat die bereits im Vorjahr stark erhöhten Investitionen noch einmal verstärkt und das Ergebnis verbessert.

Auftragseingang

Der Auftragseingang blieb mit 12,7 Mrd. DM zwar insgesamt um 3% unter der Vergleichszahl des Vorjahres zurück, ohne das Kraftwerksgeschäft gingen aber 2% mehr Bestel*lungen ein. Die Kraftwerksaufträge im Vorjahr* wirkten sich vor allem im Inlandsgeschäft aus; ohne Kraftwerksgeschäft ist der Auftragseingang im Inland um rund 10% gewachsen. Im Auslandsgeschäft konnte der *Auftragseingang mit 7 (i. V. 7,1) Mrd. DM* gehalten werden. Während der Bereich Bauelemente angesichts der weltweiten Depression auf seinen Märkten einen Rückgang der Bestellungen hinnehmen mußte, erzielte der Unternehmensbereich Energie- und *Automatisierungstechnik eine zweistellige* Zuwachsrate.

in Mrd. DM	vom 1.10.84 bis 31.12.84	vom 1.10.85 bis 31.12 85	Veränderung
Auftragseingang	**13,2**	**12,7**	**– 3%**
Inlandsgeschäft	6,1	5,7	– 6%
Auslandsgeschäft	7,1	7,0	– 1%

Umsatz

Auch beim Umsatz kommt der Zuwachs vor allem aus dem Inland. Weltweit stieg der Umsatz um 9% auf 10,8 Mrd. DM. Im Inlandsgeschäft setzte Siemens mit 5,3 Mrd. DM sogar 15% mehr um. Im Auslandsgeschäft lag der Umsatz mit 5,5 Mrd. DM um 3% über dem Vorjahreswert. Der Bauelemente-Umsatz ist um 8% zurückgegangen; dagegen wurden in der Kommunikations- und Datentechnik sowie in der Medizinischen Technik zweistellige Zuwachsraten erzielt.

in Mrd. DM	vom 1.10.84 bis 31.12.84	vom 1.10 85 bis 31.12 85	Veränderung
Umsatz	**10,0**	**10,8**	**+ 9%**
Inlandsgeschaft	4,7	5,3	+15%
Auslandsgeschäft	5,3	5,5	+ 3%

Auftragsbestand

Mit 55,8 Mrd. DM war der Auftragsbestand um 3% größer als zu Beginn des Geschäftsjahres; die Vorräte erreichten 19,1 (i. V. 17,8) Mrd. DM.

in Mrd. DM	30.9.85	31.12 85	Veränderung
Auftragsbestand	**54,0**	**55,8**	**+ 3%**
Vorräte	**17,8**	**19,1**	**+ 8%**

Mitarbeiter

Nachdem schon im letzten Geschäftsjahr 20000 zusätzliche Arbeitsplätze neu geschaffen wurden, hat Siemens im ersten Quartal des laufenden Geschäftsjahres die Zahl der Mitarbeiter noch einmal um 1% auf 350000 erhöht. Im Inland werden unverändert 240000 Mitarbeiter beschäftigt, da zusätzlich im ersten Quartal 2000 weitere Arbeitsplätze besetzt wurden, gleichzeitig aber 2000 Werkstudenten stichtagsbedingt ihre Tätigkeit beendeten. Im Ausland stieg die Zahl der Mitarbeiter auf 110000; 1000 Mitarbeiter wurden zusätzlich eingestellt und *weitere 1000 mit neuen Beteiligungen vor* allem in den USA übernommen. Die durchschnittliche Mitarbeiterzahl lag mit 350000 um 6% über dem ersten Quartal des Vorjahres; der Personalaufwand erhöhte sich um 10% auf 5,1 Mrd. DM.

in Tsd.	30.9.85	31.12.85	Veränderung
Mitarbeiter	**348**	**350**	**+ 1%**
im Inland	240	240	+ 1%*
im Ausland	108	110	+ 2%

	vom 1.10.84 bis 31.12.84	vom 1.10.85 bis 31.12.85	Veränderung
Mitarbeiter im Durchschnitt in Tsd.	330	350	+ 6%
Personalaufwand in Mrd. DM	4,6	5,1	+10%

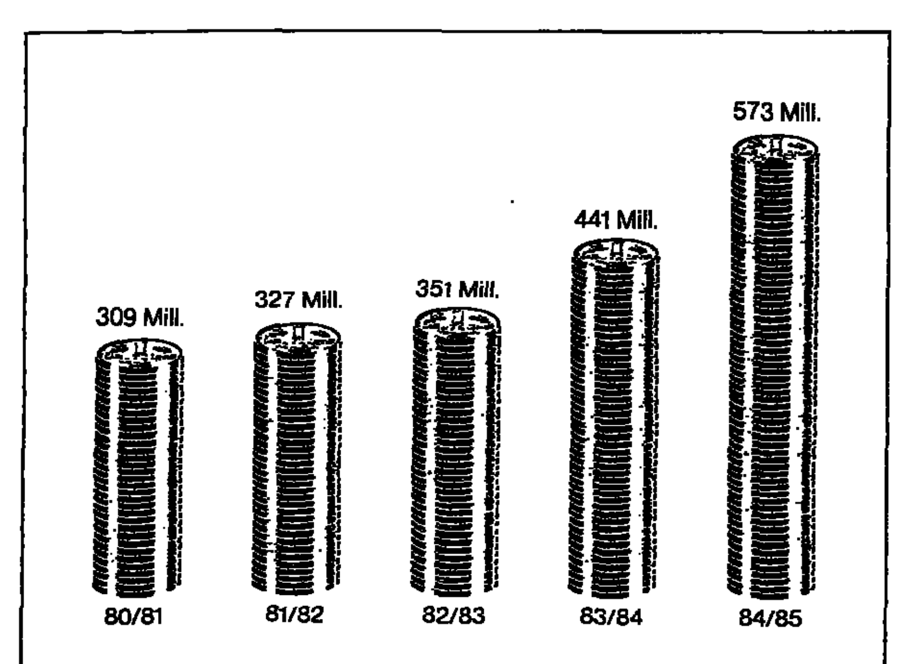
*Prozentangabe wegen stichtagsbedingten Ausscheidens von Werkstudenten vergleichbar gerechnet.

Investitionen Gewinn

Siemens hat die Investitionen erneut kräftig gesteigert: im ersten Quartal wurden mit 998 Mio. DM 85% mehr als im Vorjahr investiert. Der Schwerpunkt lag bei den Sachanlageinvestitionen im Inland. Insgesamt sollen im laufenden Geschäftsjahr etwa 6 Mrd. DM investiert werden.

Mit 298 (i. V. 242) Mio. DM Gewinn nach Steuern erzielte Siemens eine Umsatzrendite von 2,8 (i. V. 2,4) % wie im gesamten abgelaufenen Geschäftsjahr.

in Mio. DM	vom 1.10.84 bis 31.12.84	vom 1.10 85 bis 31.12.85	Veränderung
Investitionen	540	998	+85%
Gewinn nach Steuern	242	298	+23%
in % vom Umsatz	2,4	2,8	



Höchste Ausschüttung

Mit 573 Mio. DM zahlt Siemens die größte Dividendensumme, die bisher in Deutschland von einem Unternehmen an seine Aktionäre ausgeschüttet wurde. Die über 400000 Siemens-Aktionäre, darunter mehr als 140000 Mitarbeiter des Unternehmens, bekommen damit 30% mehr an Dividenden als im Vorjahr und fast doppelt so viel wie vor fünf Jahren. Aus Dividendenerhöhungen und Kurssteigerungen läßt sich für die Kapitalanlage in Siemens-Aktien in den letzten fünf Jahren – bei Wiederanlage aller Erträge – eine Durchschnittsrendite von 23% jährlich errechnen.

Bildschirmtext:
Siemens bietet unter der Seitennummer *3200012# aktuelle Informationen für Aktionäre und Geldanleger.

Siemens AG

VTG / Verbesserte Erträge bei Kesselwagen, Tanklager und im Reederei-Geschäft

Von der Chemiekonjunktur profitiert

JAN BRECH, **Hamburg**

Die VTG, Vereinigte Tanklager und Transportmittel GmbH, Hamburg, die einschließlich ihrer Beteiligungsgesellschaften innerhalb der Preussag AG den Unternehmensbereich Verkehr darstellt, hat nach Angaben von Horst Mathies, Vorsitzender der Geschäftsführung, ein deutlich besseres Ergebnis als im Vorjahr erzielt. Das betrifft alle drei Geschäftsbereiche Kesselwagen, Tanklager und Reederei. Eine Wiederho*lung des Ergebnisses in diesem Jahr* hält Mathies allerdings für nicht möglich. Vor allem bei der Reederei ist ein Rückgang aufgrund geringerer außerordentlicher Erträge zu erwarten.

Der positive Geschäftsverlauf im Berichtsjahr schlägt sich in einer Umsatzausweitung um 7,1 Prozent auf 717 Mill. DM nieder. Die VTG, die Verkehrs- und Dienstleistungen vorwiegend für die Mineralöl- und chemische Industrie anbietet, profitierte dabei von der anhaltenden Aufwärts*bewegung in der Chemie und dem* Absatzanstieg von Mineralölprodukten. Im Bereich Kesselwagen erhöhte sich der Umsatz bei guter Auslastung des Wagenparks um neun Prozent auf 254 Mill. DM. Auch die der Kesselwagen-Sparte zugeordnete Binnenschiffahrt war wesentlich besser be*schäftigt und erreichte* nach Angaben von Mathies ein gutes Ergebnis.

Im Gechäftsbereich Tanklager, in dem der Umsatz um 1,7 Prozent auf 60 Mill. DM ausgeweitet wurde, stiegen die Umschlagsleistungen aufgrund des gestiegenen Mineralölabsatzes und der aktiveren Verkaufspolitik der Raffineriegesellschaften merklich an. Die Inlandskapazitäten waren nahezu über das ganze Jahr voll ausgelastet. Entsprechendes gilt für die Comos-Tank B. V. Amsterdam und die VTG-Paktank Hamburg GmbH.

Das Umschlagvolumen der VTG-Paktank dürfte in diesem Jahr wesentlich steigen. Nach Angaben von Mathies hat die VTG einen langfristigen Auftrag zum Umschlag, zur Lagerung und zum Transport von Rohöl aus den osthannoverschen Feldern nach der Stillegung der Raffinerie Misburg erhalten. Das Volumen erreicht 500 000 Tonnen im Jahr. Dazu kommen 150 000 t aus dem Weser-Emsgebiet, die ebenfalls mit VTG-Kesselwagen zur Lagerung bei der VTG-Paktank herangeführt werden.

Das vom Geschäftsbereich Tanklager betreute Mobilbautengeschäft der französischen Tochtergesellschaft Algeco S. A., Paris, profitierte, wie Mathies erklärt, von der allgemeinen Konjunkturbelebung in Frankreich. Die Auslastung der zur Vermietung angebotenen Mobilbauten war deutlich besser, ebenso wie der Verkauf von Mobil- und Industriebauten. Algeco steuerte zum Gesamtumsatz 138 Mill. DM (plus elf Prozent) bei.

Verbesserungen, wenn auch noch nicht in ausreichendem Maße, registriert Mathies schließlich für den Geschäftsbereich Reederei. Die Flotte der 84 Versorgungsschiffe führen mit 273 Mill. DM fünf Prozent mehr Umsatz ein. Das Betriebsergebnis blieb allerdings rot. Nur außerordentliche Erträge verhalfen der VTG in dieser Sparte zu einem insgesamt positiven Ergebnis. Der Markt, so Mathies, leide unter einem Überangebot von rund 25 Prozent. Vor diesem Hinter*grund hält* er es für einen Erfolg, daß die VTG-Flotte dank erheblicher Anstrengungen bei der Modernisierung und der Verbesserung des Services mit 83 Prozent wesentlich besser als der Durchschnitt der Branche ausgelastet war.

Zur Investitionspolitik erklärt Mathies, daß die VTG, die bereits 1985 mit 102 Mill. DM 20 Prozent mehr investiert hatte, das hohe Niveau halten werde. Mit dem Schwerpunkt im Bereich Kesselwagen sind 1986 rund *110 Mill. DM* vorgesehen.

KREISSPARKASSE KÖLN / Geringere Zinsspanne

Neugliederung belastet weiter

HARALD POSNY, **Köln**

„Diesen wirtschaftlichen Blödsinn werden wir noch Jahre spüren", empörte sich einmal mehr Hans Joachim Möhle, der Vorstandsvorsitzende der Kreissparkasse Köln, einem der ganz großen Institute in der Bundesrepublik. Gemeint ist die kommunale Neugliederung des Jahres 1977, die heute noch und wohl auch für einige weitere Jahre das Ergebnis dieses Instituts beeinflußt. Die Kreissparkasse mußte seinerzeit 26 Zweigstellen mit rund 1,4 Mrd. DM Einlagen abgeben, die Zuwächse durch den Beitritt der Kreissparkasse Waldbröl mit knapp 400 Mill. DM, auch die noch umstrittenen 250 Mill. DM Einlage der Sparkasse Euskirchen reichten bei weitem nicht aus, die Refinanzierung von Krediten rentabel zu gestalten.

So schnell wie möglich will Möhle von den Refinanzierungshilfen der Stadtsparkasse Köln und der Westdeutschen Landesbank loskommen. Bis auf gut 300 (von 730) Mill. DM ist schon alles zurückgezahlt.

So wie das Ergebnis der Kreissparkasse gelitten hat, ist es nach Darstellung Möhles bei der durch Übernahme gewachsenen Stadtsparkasse Köln nicht in demselben Maße besser geworden. Für Möhle ist das Betriebsergebnis dennoch zufriedenstellend, wenn auch die Zinsspanne von 3,21 auf 3,14 Prozent fiel, eine Folge von Zinssatzsenkungen namentlich im Hypotheken- und Kommunaldarlehensgeschäft. Rentabilität hat jedoch auch die verstärkte Forcierung des S-Vermögensparens (4,5 Prozent Zinsen) gekostet.

Insgesamt flossen der Kreissparkasse 348 Mill. DM neues Sparkapital zu, gut 150 Mill. DM weniger als 1984. Im Gegensatz zu den hauseigenen Wertpapieren lag das Kontensparen mit 265 (203) Mill. DM über dem Vorjahr. Der Bilanzgewinn wird wie 1984 auch 1985 bei 15 Mill. DM liegen.

Die Bilanzsumme der Sparkasse wuchs um 4,4 (8) Prozent auf rund 9,9 Mrd. DM, das Geschäftsvolumen erreichte 10,2 Mrd. DM. Die Kundeneinlagen stiegen um 6,3 (9,4) Prozent auf 8,3 Mrd. DM, das Kreditvolumen ging infolge hoher Tilgungsrückflüsse um 2,9 Prozent auf 5,9 Mrd. DM zurück.

Gehe hat 1985 besser verdient

nl. **Stuttgart**

Die Gehe AG, Stuttgart, eines der führenden Pharma-Großhandelsunternehmen in der Bundesrepublik, hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 1985, zugleich dem 150. Jahr ihres Bestehens, den Umsatz auf über 14 Prozent auf 1,97 Mrd. DM gesteigert. Wie es in einer Mitteilung der Verwaltung weiter heißt, habe zu diesem Umsatzwachstum der Pharma-Großhandel mit etwa 5,5 Prozent beigetragen. Jeweils 4,3 Prozent des Zuwachses entfielen darüber hinaus auf die im vergangenen Jahr erworbenen Unternehmen Haniel - Interhandel GmbH, Berlin und Kaiser & Kraft GmbH, Gerlingen bei Stuttgart.

Auch zu dem gegenüber dem Vorjahr deutlich verbesserten Jahresergebnis haben die Töchter den Angaben zufolge einen wesentlichen Beitrag geleistet. Der Vorstand der Gehe AG gehe davon aus, daß für 1985 eine Dividende von 8 DM (nach 5 DM in 1984) ausgeschüttet werde. Hauptaktionär bei Gehe (40,5 Millionen DM Grundkapital) ist mit gut 75 Prozent die Franz Haniel &Cie. GmbH, Duisburg-Ruhrort.

HOLSTEIN & KAPPERT / Umsatzrückgang im Inland

Auslandsgeschäft bekommt noch stärkere Bedeutung

dos, **São Paulo**

Die mehrheitlich zur Klöckner-Werke AG gehörende Holstein und Kappert GmbH (H & K), Dortmund, Hersteller von Maschinen und Anlagen für die Getränkeindustrie, wird sich stärker noch als bisher auf das Auslandsgeschäft konzentrieren. Sprecher des Unternehmens wiesen bei einem Besuch der brasilianischen Tochtergesellschaften auf die veränderten Marktbedingungen dieses Sektors hin. Ausdruck dafür seien die Umsatzzahlen von H & K im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.).

Der konsolidierte Weltumsatz blieb im Berichtsjahr mit 418 Mill. DM gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert. Einem Rückgang im Inland um 21,6 Prozent auf 94 (120) Mill. DM standen dabei gleich hohe Zuwachsraten vor allem in Asien und in Amerika gegenüber. Diese Entwicklung werde wegen der Sättigungstendenzen in der deutschen Getränkeindustrie anhalten.

Holstein und Kappert arbeite deshalb gezielt an einer Verstärkung des Auslandsgeschäfts, wobei der Softdrinkbereich im Vordergrund steht. Darüberhinaus sei H & K bestrebt, komplette Anlagen für die Herstellung, das Abfüllen und Verpacken von Bier und Softdrinks zu liefern.

Überaus erfolgreich arbeiten die beiden H & K-Betriebe in Brasilien, Holstein und Kappert SA Industria de Maquinas in São Paulo und Metalurgica Liess SA in Porto Alegre. Selbst in den schwierigen Jahren bis Mitte 1985 wurden positive Ergebnisse erwirtschaftet. Für das laufende Geschäftsjahr wird mit einem Umsatz von rund 80 Mill. DM gerechnet.

Holzmann beteiligt sich an Scheu+Wirth

adh. **Frankfurt**

Als eine Verbreiterung der Basis des eigenen Unternehmens sieht die Philipp Holzmann AG, Frankfurt, den Erwerb einer 25prozentigen Beteiligung an der Scheu + Wirth AG, Regensburg. Holzmann übernimmt Stammaktien vom Hauptaktionär Heribert Wirth: 3,5 Mill. DM Vorzugsaktien (von 10 Mill. DM Grundkapital) waren im November 1984 breit plaziert worden, die Aktie notierte am 11. Februar in München mit 325 DM.

Scheu + Wirth ist spezialisiert auf Anlagen- und Gebäudetechnik und besonders stark auf dem Gebiet der Energieeinsparung und des Einsatzes von computergestützten Energiesystemen. Mit Niederlassungen in neun Städten und rund 700 Mitarbeitern erzielte Scheu + Wirth im vergangenen Jahr rund 100 Mill. DM Umsatz. Auch nach der Beteiligung, die noch vom Kartellamt genehmigt werden muß, soll die Selbständigkeit des Unternehmens erhalten bleiben.

CONSTRUCTA / Einzelne Bau-Sparten für 1986 mit optimistischeren Perspektiven

Fertighaushersteller erwarten Auftragsplus

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Die wirtschaftliche Situation in den verschiedenen Sparten der Bauwirtschaft wird von den Verbänden zwar weitgehend skeptisch beurteilt; dennoch sind in den einzelnen Bereichen doch recht unterschiedliche Entwicklungen sichtbar. Zu den Branchen, die sich von dem negativen Trend im Wohnungsbau nur bedingt betroffen fühlen, zählen die Fertighaus-Hersteller. Sprecher des Verbands Montagebau und Fertighäuser äußerten auf der Bau-Fachmesse Constructa in Hannover die Erwartung, daß die Auftragseingänge 1986 wieder steigen werden. Der neuerlich erwartete Rückgang im gesamten Wohnungsbau treffe vor allem die Mehrfamilienhäuser.

Umsatz-Rückgang

Die insgesamt 464 Fertighaus-Hersteller hatten in den ersten zehn Monaten 1985 – jüngere Zahlen sind noch nicht verfügbar – *einen Umsatzrückgang* auf 8,7 (i.V. 9,5) Mrd. DM hinnehmen müssen. Die Branche repräsentiere gut 20 Prozent der neugebauten Ein- und Zweifamilienhäuser, gemessen am Rauminhalt, und 12 Prozent nach der Stückzahl. Der Auftragsbestand liege bei 5,1 Monaten, die Auslastung bei 60 bis 70 Prozent. Beschäftigt werden derzeit 26 200 Mitarbeiter, gegenüber 28 000 vor Jahresfrist. Die Ertragslage wird als nicht befriedigend bezeichnet. Immerhin schreibe die Branche aber noch schwarze Zahlen.

Stahlbau zuversichtlich

Mit hohen Erwartungen geht der Stahlbau in das Jahr 1986. Hans-Jürgen Dankert, Präsident des Deutschen Stahlbau-Verbandes, rechnet mit einem kräftigen Produktionswachstum. Impulse werden vor allem vom Wirtschaftshochbau, der rund 70 Prozent der Stahlbau-Produktion aufnimmt, erwartet. Die Branche profitiere zudem von der 1986 anstehenden Abwicklung von Aufträgen für Rauchgasentschwefelungsanlagen.

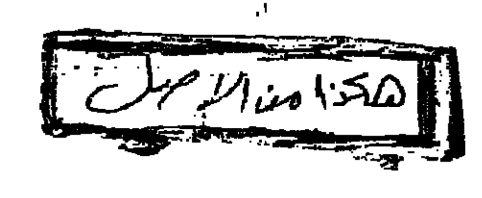
Im Jahre 1985 allerdings mußte auch der Stahlbau einen Produktionsrückgang um 4,7 Prozent auf 0,98 (1,03) Mill. Tonnen hinnehmen. Der Umsatz der 954 (986) Unternehmen verbesserte sich geringfügig auf *8,73 (8,68) Mrd DM. Die Exportquote* stieg leicht auf 13,7 (13,4) Prozent. Die Mitte 1985 einsetzende stärkere Nachfrage führte im Jahresdurchschnitt zu einer auf 76,1 (67,6) Prozent verbesserten Kapazitätsauslastung. Ende Dezember hatten die Auftragsbestände eine Reichweite von 4,4 Monaten.

Heftige Kritik äußert der Verband an den zwischen der EG und den USA vereinbarten Beschränkungsabkommen. Der „wirtschaftliche Unsinn" dieser Maßnahme zeige sich bei der Betrachtung des Volumens. Bei einer EG-Quote von 18 000 Tonnen Stahlbauteile pro Jahr entfalle auf die Bundesrepublik ein Anteil von 2000 Tonnen. Demgegenüber betrage die gesamte Stahlausfuhr der EG in die USA 1986 rund 4,2 Mill. Tonnen.

Erst 1987 wird die Bauwirtschaft die Talsohle durchschritten haben. Wie der Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Günther Herion, erklärte, sind Spekulationen um eine frühere Besserung der Situation verfehlt. Das Jahr 1986 werde erneut im Zeichen von Kapazitätsanpassungen, weiteren Entlassungen und einem neuen Rekord bei der Zahl der Insolvenzen stehen.

Schlechte Ertragslage

Die Ertragsfläche der Unternehmen ist nach den Worten Herions katastrophal. Der Eigenkapitalanteil liegt hier zwischen 3 und 3,5 Prozent. Eine Besserung der Ertragslage sei nicht in Sicht. In diesem Zusammenhang bemängelte Herion die Sozialplan-Gesetzgebung, die im Ernstfall eine stille Liquidation der Firmen verhindere und den Gang zum Konkursrichter geradezu verlange.



Bundesanleihen

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Renten gut behauptet

Das Geschäft auf dem Rentenmarkt blieb zwar schleppend, konnte aber zu leicht steigenden Notierungen abgewickelt werden. Öffentliche Anleihen lagen bis zu 0,15 Prozentpunkte höher als am Vortag. Die letzte 6¾prozentige Bundesanleihe wird nunmehr um 0,15 Prozentpunkte über ihren Emissionspreis gehandelt. Daß das Klima für Optionsanleihen guter Adressen nach wie vor ausgezeichnet ist, bewies die neue Optionsanleihe der Deutschen Bank. Der Ausgabepreis beträgt 120 Prozent, erste Kurse im außerbörslichen Handel lagen bei knapp 155 Prozent.

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Schwankungen am Aktienmarkt

Selektive Käufe sorgten für Sonderbewegungen

DW. – Der Aktienhandel, der in den letzten Tagen durch den Karneval gebremst worden war, zeigte am Mittwoch nur geringe Ansätze für eine Belebung. Nach wie vor fehlten nennenswerte Kaufaufträge aus dem Ausland. Das führte dazu, daß Standardaktien wie Siemens weiter zurückgenommen werden mußten. Inländische Anleger waren in ihrem Kaufaktivitäten wieder selektiv. Dadurch kam es zu Sonderbewegungen unter *Bevorzugung* der Versorgungswerte. Meinungskäufe waren bei den Bankaktien zu beobachten.

Bei der Großchemie kam es zwar wieder zu lebhaften Umsätzen, aber diesmal lagen die Schlußkurse in diesem Bereich nur knapp behauptet. Man sprach von Tauschoperationen. Im spekulativen Mittelpunkt standen erneut AEG-Aktien, deren Kurs sich um rund fünf DM befestigte. Die Genehmigung des Kartellamtes für die Verbindung Daimler-AEG gilt in den Augen der Börsianer als gesichert. Meinungskäufe gab es bei Kali und Salz, wo nach wie vor über die totale Eingliederung der Gesellschaft in den BASF-Bereich unter Abfindung der freien Aktionäre diskutiert wird. Dagegen sind bei der Preussag die Gerüchte über einen bevorstehenden Großaktionärswechsel verstummt. Der Kurs war hier in letzter Zeit deutlich rückläufig. Unter *Druck noch* immer Springer-Aktien, die auf den niedrigsten Stand seit der *Börseneinführung zurückgefallen* sind. Von den konsumnahen Werten setzten Hussel-Aktien ihren Höhenflug mit einem Anstieg von mehr als 10 DM fort.

Frankfurt: Agiv erhöhten um 14 DM, EVA gewannen 10 DM und Hutschenreuther 9 DM. Tucher stockten um 25 DM auf. Gehe AG verminderten um 10 DM und MAN-Roland um 29 DM.

Düsseldorf: AEG-Kabel-Rheydt und Conc. Chemie verbesserten sich um je 15 DM. Dortmunder Ritter erhöhten um 5 DM. Leffers schlossen um 8 DM fester. Nachgegeben haben Gildemeister um 4,50 DM, Isenbeck um 1,90 DM.

Hamburg: Beiersdorf lagen um 5 DM fester. HEW verbesserten sich um 1,50 DM und Reichelt um 1 DM. Hapag Lloyd gaben um 1,20 DM *nach. Holsten Brauerei stiegen* weiter um 6,70 DM.

Berlin: Bergmann gewannen 8 DM, DeTeWe 7 DM und Orenstein 5,50 DM. Schering schwächten sich um 14 DM ab. DUB-Schultheiss büßten 5,80 DM und Herlitz St. und Springer je 5 DM ein. Berliner Bank gaben um 2,20 DM nach.

München: Agrob St. stockten um 2 DM, Gehe AG um 4 DM und Leonische Draht um 13 DM auf. Patrizier verbesserten sich um *10* DM und Tucher um 8 DM. Zahnräder Renk verloren 3,50 DM und Südchemie 10 DM.

Stuttgart: *Kolbenschmidt* setzten ihre aufwärtsbewegung um 8 DM auf 285 DM fort. Hohner verteuerten sich um 12 DM. Württembergische Feuerversicherung waren um 38 DM ansteigend.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 284,59 (285,99)
WELT-Umsatzindex: 4192 (5549)
Advance-decline-Zahl 119 (94)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München

Aktien-Umsätze

Inland

		12.2.	11.2.
H	Aach M Betl. 10	2619	2620
H	Aach. M. Vers. 7	1430bG	1470bB
D	Aach. Ruck. 9	3290	3340
D	Aseag *4	340G	340G
M	Ack-Gögg. 6	153,5	158bB
H	Adca 3	183,5	184
D	Adler 9	315G	320T
F	AEG 0	311	304,5
D	AEG KABEL 9	480T	465
S	Aesculap 9	510bB	500TG
F	AGAB 5	116	115,1

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Stockholm

Singapur

Tokio

Sydney

Oslo

Wien

Toronto

Zürich

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Optionshandel

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 166,71 (166,42); Elektrowerte: 358,01 (359,25); Autowerte: 776,69 (778,15); Maschinenbau: 184,95 (184,68); Versorgungsaktien: 173,91 (170,01); Banken: 396,77 (393,10); Warenhäuser: 144,94 (143,78); Bauwirtschaft: 407,27 (404,37); Konsumgüterindustrie: 156,76 (155,90); Versicherung: 1438,29 (1439,26); Stahlpapiere: 175,05 (175,25)

Kursgewinner (Frankfurt):

Hoffmann Stärke	255,00	+30,00	+13,3%
Veith-Pirelli	400,00	+46,00	+12,9%
VEW	171,00	+17,00	+11,0%
Stuttg. Hofbräu Vz.	516,00	+36,00	+7,5%
Nord Hypo	258,00	+16,00	+6,6%
Schiess	170,00	+9,60	+5,9%
Dt. Steinzeug	315,00	+15,00	+5,0%
Schlenk	262,00	+12,00	+4,8%
Dt. Hypo Pft.	675,00	+30,00	+4,6%
Progress	225,00	+10,00	+4,6%

Kursverlierer (Frankfurt):

Gerling NA Vz.	610,00	-50,00	-7,5%
Dt. Hypobk. Hann.	331,00	-17,00	-4,8%
MAN Roland	571,00	-29,00	-4,8%
Stumpf St.	137,00	-7,00	-4,8%
Magdeburg. Feuer	945,00	-45,00	-4,5%
Allgäusa	710,00	-30,00	-4,0%
Sinner	340,00	-12,00	-3,4%
Herlitz St.	159,50	-5,50	-3,3%
Henninger Brau	143,00	-5,00	-3,3%
Hartw. Obera. St.	300,00	-10,00	-3,2%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 820,00 G, Kölitzer 1900,00 B, VAB 2900,00 T
Düsseldorf: BASF 272,00, Bayer 282,50, BHF 480,00 G, Contigas 325,00 bG, Contigummi 195,00 G, Dresdner Bk. –, IWK –, KSB –, KSB Vz. –, *Linde 620,00 bG, Metallges. 342,00 T*, Nixdorf 560,00, Rütgers 415,00 G, Salamander 290,00, Schering 538,00, VEW 162,50
Frankfurt: Adt 51,50, Allweiler St. 285,00, Allweiler Vz. 206,00 G, BASF 274,50, Bayer 282,80, BHF 490,00 G, Contigas 331,50, Contigummi 200,00, Dresdner Bk. 398,00 G, IWK 311,50, KSB 198,00 T, KSB Vz. 180,00 T, Linde 621,00, Magdeburger Feuer 800,00 B, Magdeburger Feuer NA 1420,00 B, Mainkraft 555,00 T, Metallges. 350,00 bG, Mota Meter 228,00 G, Nixdorf 569,50, Pfaff 228,00 G, Rütgers 415,00 G, Salamander 297,00, Schering 540,00, VEW 160,80, Ymos St. 184,50, Ymos Vz. 184,50
Hamburg: Doag 351,00 bG, Schering 557,00
München: BASF 271,00 bG, Bayer 281,00 bG, BHF 480,00 T, Br. Wolfk. 220,00 G, Contigas 333,00 B, Contigummi –, Dresdner Bk. 392,00 G, IWK 320,00 G, Isar-Amper 347,00 bG, Linde 625,00 bG, Metallges. 360,00 B, Nixdorf 560,00 bG, Rütgers 415,00 G, Salamander 313,00 TG, Schering 555,00 bG, Stumpf 116,00 bB, VAB 2900,00 G, VEW 160,00 bG
Bezugsrechte: Fft: BHF 11,30, Commerzbk. 0,30, Wella 61,00

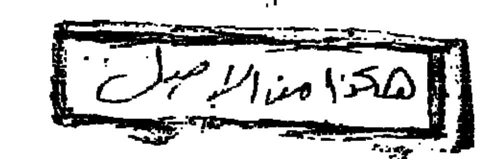
Devisenmärkte

Der US-Dollar fiel am 12. Februar auf den niedrigsten Stand *seit Januar 1983 und notierte nur noch 2,3605. Im Freiverkehr* wurden die niedrigsten Umsätze mit 2,3570 getätigt. Nach der Notiz stabilisierte sich der Kurs über 2,36. Der US-Dollar wird weiterhin mißtrauisch betrachtet, da die Fähigkeit der Administration, die Haushaltsprobleme zu lösen, zur Zeit wieder negativ beurteilt wird. Stärker gefragt war in diesem Zusammenhang der Schweizer Franken, der gegen D-Mark *auf 120,15 stieg*. Offensichtlich wurde er gegen D-Mark und Yen als zurückgeblieben eingestuft. Möglicherweise löste das Unterschreiten von 2 Schweizer Franken auch neue charttechnisch und psychologisch bedingt Verkäufe aus. Der Yen lag gut behauptet mit 1,2705. US-Dollar in: Amsterdam 2,6605; *Brüssel* 48,295; Paris 7,2405; Mailand 1607,08; Wien 16,60; *Zürich 1,9646*; ir. *Pfund/DM 3,027*; Pfund/Dollar 1,4183; Pfund/DM 3,348.

Devisen und Sorten

12.2.1986	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,3565	2,3645	2,3441	2,31	2,41
London[2]	3,341	3,355	3,283	3,28	3,43
Dublin[2]	3,020	3,034	2,941	2,94	3,09
Montreal[1]	1,6845	1,6925	1,6641	1,64	1,74
Amsterd.	84,43	84,65	88,25	87,75	89,50
Zürich	120,05	120,25	119,91	118,50	121,25
Brüssel	4,875	4,895	4,807	4,72	4,92
Paris	32,52	32,68	31,715	31,60	33,35
Kopenh.	27,08	27,22	26,895	26,25	28,00
Oslo	32,035	32,155	31,475	31,00	32,75
Stockh.**	31,575	31,735	31,19	31,00	32,75
Mailand[3]**	1,464	1,474	1,4185	1,41	1,51
Wien	14,206	14,246	14,147	14,12	14,34
Madrid**	1,585	1,593	1,553	1,53	1,65
Lissabon**	1,527	1,547	1,435	1,10	1,90
Tokio	1,269	1,272	–	1,21	1,27
Helsinki	44,52	44,72	44,03	43,25	45,25
Buen.Air.	–	–	–	–	–
Rio	–	–	–	–	3,50
Athen* **	1,601	1,655	–	0,85	0,18
Frankf.	–	–	–	0,90	1,70
Sydney*	1,6125	1,6315	–	1,71	1,80
Johannbg.*	1,092	1,126	–	1,60	1,70
Hongkong *	30,14	30,42	–	0,85	1,17
			–	28,80	34,00

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.



Warenpreise – Termine

Mit leichten Gewinnen schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kaffeenotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer gingen Kupfer und Kakao aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	11.2.	10.2.
März	333,50	326,00
Mai	292,00	289,50
Juli	269,00	269,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	270,65	271,90
Am. Durum	267,59	268,84

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
März	112,00	111,80
Mai	116,00	115,80
Juli	117,80	118,00

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
März	99,50	99,50
Mai	100,80	101,00
Juli	100,80	100,80

HAFER Chicago (c/bush)		
März	125,50	124,75
Mai	127,00	125,75
Juli	124,00	122,50

MAIS Chicago (c/bush)		
März	240,50	242,00
Mai	240,00	242,25
Juli	238,50	241,75

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
März	103,70	103,50
Mai	105,00	105,20
Juli	106,40	106,70

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	11.2.	10.2.
März	235,70	233,00
Mai	240,00	234,00
Juli	244,31	238,31

KAKAO New York ($/t)	11.2.	10.2.
März	2067	2070
Mai	2112	2115
Juli	2150	2155
Umsatz	3059	3562

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 März	5,81	5,90
Mai	6,05	6,10
Juli	6,30	6,33
Sept.	6,40	6,40
Okt.	6,55	6,58
Umsatz	185	5709

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	5,54	5,49

KAFFEE London (£/t) Robusta	11.2.	10.2.
März	2521-2525	2503-2512
Mai	2565-2568	2555-2560
Juli	2631-2635	2627-2629
Umsatz	4819	4543

KAKAO London (£/t)		
März	1653-1655	1664-1665
Mai	1659-1660	1668-1670
Juli	1688-1689	1698-1700
Umsatz	2438	2546

ZUCKER London (£/t) Nr. 6	11.2.	10.2.
März	153,40-153,60	154,40-154,60
Mai	158,80-159,00	159,40-159,60
Aug.	165,00-165,60	166,00-166,60
Umsatz	1261	1294

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg	12.2.	11.2.
schw.		
Saraw.spez.	890,00	
weiß.Saraw.	1342,50	geschl.
weiß.Munt.	1352,50	

ORANGENSAFT New York (c/lb)	11.2.	10.2.
März	88,35	88,80
Mai	89,20	89,70
Juli	89,70	90,10
Sept.	89,60	89,50
Nov.	90,40	92,25
Umsatz...900	1000	

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	11.2.	10.2.
	23,00	23,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	20,50	20,75

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
März	19,15	19,28
Mai	19,53	19,70
Juli	19,88	20,00
Aug.	20,00	20,10
Sept.	19,90	20,00
Okt.	20,00	20,00
Dez.	20,20	20,32

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	17,00	17,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	15,50	15,50
Choise white hog 4 % fr. F.	12,50	12,75

TALG New York (c/lb)		
top white	13,50	13,50
fancy	13,00	13,00
bleichf.	12,75	12,75
yellow max. 10% fr.F	11,50	11,50

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Feb.	44,85	44,90
April	39,35	40,10
Juni	43,65	44,25

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Feb.	57,70	57,90
März	58,20	58,35
Mai	59,45	59,65

HÄUTE Chicago (c/lb)	11.2.	10.2.
Ochsen einh. schwere River Northern	59,00	59,00
Kühe einh. schwere River Northern	48,00	52,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
März	532,25	533,00
Mai	539,50	540,75
Juli	547,50	547,75
Aug.	545,00	546,00
Sept.	527,00	529,00
Nov.	521,75	523,50
Jan.	533,00	534,00

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
März	153,90	153,80
Mai	155,10	154,70
Juli	156,00	155,30
Aug.	155,50	155,20
Sept.	151,70	152,00
Okt.	147,00	147,50
Dez.	148,50	148,50

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	11.2.	10.2.
März	308,90	307,50
Mai	316,50	315,00
Juli	323,50	322,50

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	11.2.	10.2.
	15,00	15,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk.	12.2.	11.2.
cif	610,00	615,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	485,00	500,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	300,00	310,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	110,00	111,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	330,00	335,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	243,00	243,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	11.2.	10.2.
März	60,75	60,25
Mai	61,25	60,55
Juli	59,50	59,00
Okt.	49,15	49,51
Dez.	48,25	48,45
März	49,20	49,40

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	41,875	41,875

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	12.2.	11.2.
März	491-492	491-492
Mai	505-507	505-507
Aug.	522-525	522-526
Umsatz	20	51

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	12.2.	11.2.
März	40,50	40,50
Mai	40,50-42,50	40,50-42,50
Juli	40,50-42,50	40,50-42,50
Okt.	40,50-42,50	40,50-42,50
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	12.2.	11.2.
März	604,00-605,00	603,00-605,00
Mai	–	–
Juli	–	–
Umsatz	12	1

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	12.2.	11.2.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	12.2.	11.2.
März	12021	geschl.
April	12098	

KAUTSCHUK London (p/kg)	11.2.	10.2.
RSS 1 März	60,00-61,00	60,00-61,80
RSS 1 April	60,50-61,50	60,50-61,50
RSS 2 März	58,75-59,75	58,75-59,75
RSS 3 April	57,25-58,25	57,25-58,25
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	12.2.	11.2.
März	189,00-190,00	
April	191,50-192,50	
Nr. 2 März	186,00-187,00	geschl.
Nr. 3 März	183,50-184,50	
Nr. 4 März	178,50-179,50	
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	12.2.	11.2.
BWC	375	375
BWD	350	350
BTC	375	375
BTD	350	350

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	12.2.	11.2.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	259,34-259,68	260,19-260,36
dritt. M.	269,07-269,24	269,58-269,75
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	86,22-86,56	86,68-87,01
dritt. M.	89,58-89,75	90,03-90,20
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	916,25-917,59	932,13-935,49
dritt. M.	939,40-941,08	952,25-953,93
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	133,19-134,87	134,12-135,80
Prod.-Pr.	164,96	166,80
REINZINN 99,9 %	unerh.	unerh.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	12.2.	11.2.
	18,00	geschl.

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	12.2.	11.2.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not.*	334,66-337,01	340,91-343,27
BLEI in Kabeln	94,00-95,00	94,75-95,75
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	12.2.	11.2.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	299-303	300-304
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	336-342	342
MS 63	323-325	325-331

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	12.2.	11.2.
Leg. 225	342-345	342-345
Leg. 226	344-347	344-347
Leg. 231	379-380	379-380
Leg. 233	389-390	389-390

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	12.2.	11.2.
PLATIN (DM/g)	29,60	29,80
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	26340	26340
Rückn.-Pr.	25590	25590
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	26290	26360
Rückn.-Pr.	25600	26670
verarbeitet	27570	27650
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	25725	25850
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	459,80	459,70
Rückn.-Pr.	446,00	445,90
verarbeitet	480,00	479,90

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	12.2.	11.2.
10.30	338,35	337,20
15.00	337,25	335,80
Zürich mit.	338,00-338,50	336,90-337,40
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	79200	79900
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	416,45	415,90
3 Mon.	429,00	428,60
6 Mon.	442,00	441,45
12 Mon.	467,00	466,35
PLATIN (£/Feinunze) London	11.2.	10.2.
fr. Markt	253,70	257,90
PALLADIUM (£/Feinunze) London	11.2.	10.2.
f. Händl.-Pr.	70,45	70,60

New Yorker Metallbörse

	11.2.	10.2.
GOLD H & H Ankauf	336,05	340,15
SILBER H & H Ankauf	589,50	591,00
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	350,00-355,50	350,00-353,50
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	99,00-100,00	99,00-100,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
SILBER (c/Feinunze)		
Feb.	594,00	589,90
März	596,00	592,00
Mai	603,00	599,50
Juli	612,00	608,50
Sept.	620,50	616,70
Dez.	633,50	629,50
Jan.	637,00	633,50
Umsatz	12000	9000

KUPFER (c/lb)	11.2.	10.2.
Feb.	62,90	63,45
März	63,15	63,65
Mai	63,85	64,25
Juli	64,10	64,60
Sept.	64,35	64,85
Dez.	64,90	65,40
Jan.	65,05	65,55
Umsatz	8100	4700

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (c/lb)	12.2.	11.2.
mitt. Kasse	773,00-774,00	770,00-771,00
3 Mon.	802,00-802,50	798,00-798,50
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	257,00-258,00	258,50-259,00
3 Mon.	267,00-267,50	268,00-268,50
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	979,00-979,50	986,00-986,50
3 Monate	1007,50-1008,50	1014,50-1015,50
ab. Kasse	–	979,50-980,50
3 Monate	–	1008,00-1008,50
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	965,00-968,00	965,00-968,00
3 Monate	999,00-1002,00	1000,00-1005,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	415,50-416,00	422,00-423,00
3 Monate	424,00-424,50	430,00-431,00
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	225-230
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	50-55

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	11.2.	10.2.
März	51,25-51,70	50,50-50,90
April	48,30-48,80	47,72
Mai	46,30	46,45
Juni	45,50-45,80	45,80

GASÖL – London ($/t)	11.2.	10.2.
März	167,00-167,25	177,25-177,75
April	155,75-154,00	166,75-167,25
Mai	149,50-149,75	162,00-165,00
Juni	146,50-147,50	158,00-159,00
Juli	147,75-148,25	157,00-158,00
Aug.	149,00-149,50	156,50-158,00
Sept.	151,25-153,50	–

BENZIN – New York (c/Gallone)	11.2.	10.2.
März	48,50-48,60	51,20-51,40
April	48,60-48,75	51,22
Mai	48,85-49,00	51,62
Juni	49,25	52,12
Juli	49,00	52,35

ROHÖL – New York ($/Barrel)	11.2.	10.2.
März	16,50-16,59	16,75-16,85
April	16,50-16,56	16,65-16,80
Mai	16,50-16,55	16,77-16,85
Juni	16,50-16,60	16,85-16,90
Juli	16,50-16,60	17,00-17,01

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	11.2.	10.2.
Arabian Lg.	–	–
Arabian Hv.	–	–
Iran Lg.	–	–
Forties	17,25	17,25
N. Sea Brent	17,90N	18,00N
Bonny Light	–	–

Kartoffeln

London (£/t)	11.2.	10.2.
Febr.		70,00
April	unerh.	91,30
Mai		99,30
Nov.		78,30
New York (c/lb)	11.2.	10.2.
März	1,90-1,91	1,90-1,94
April	1,88-1,94	1,90-1,95
Mai	2,06-2,07	2,06-2,07
Nov.	3,36-3,38	3,36-3,37

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	11.2.	10.2.
März	141,50-141,30	140,30-140,40
Mai	143,70-143,80	143,00-143,50
Juli	146,80	146,50-146,90
Sept.	149,10-149,00	148,90

Devisenterminmarkt

In einem ruhigen Markt kam es am 12.2. zu keiner Veränderung im Zinsgefüge. Die Termine notierten wie am Vortag

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,67-0,57	2,07-1,97	4,08-3,88
Pfund/Dollar	0,52-0,50	1,58-1,55	3,00-2,95
Pfund/DM	2,70-1,50	7,20-5,80	13,1-11,7
FF/DM	27-11	94-78	151-135

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 12.2.: Tagesgeld 4,25-4,35 Prozent, Monatsgeld 4,25-4,40 Prozent; Dreimonatsgeld 4,45-4,55 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,55 Prozent, 6 Mon. 4,60 Prozent.
Privatdiskontsätze am 12.2.: 10 bis 29 Tage 3,55 G-3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G-3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 12.2.: 4 Prozent, Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Hochstkurse im Handel unter Banken am 12.2.; Redaktionsschluß 14.38 Uhr.

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅞-8⅛	4⅜-4⅝	3¾-4
3 Monate	7⅞-8⅛	4⅜-4⅝	3⅞-4⅛
6 Monate	7⅞-8⅛	4⅜-4⅝	3⅞-4⅛
12 Monate	8⅛-8⅜	4½-4¾	4-4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 12.2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 17,50; Verkauf 20,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,75, Verkauf 19,75 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 12.2. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM)

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1180,00	1527,60
5 US-Dollar (Indian)**	790,00	952,30
5 US-Dollar (Liberty)	440,00	577,80
1 £ Sovereign alt	200,50	251,37
1 £ Sovereign Elizabeth II.	186,50	235,41
20 belgische Franken	148,00	197,22
10 Rubel Tscherwonez	199,00	254,22
2 südafrikanische Rand	178,25	224,87
Krüger Rand, neu	795,25	946,49
Maple Leaf	813,75	967,58
Platin Noble Man	880,00	1043,10
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	226,50	286,71
20 schweiz. Franken „Vreneli"	174,25	227,15
20 franz. Franken „Napoléon"	165,25	216,89
100 österr. Kronen (Neuprägung)	753,25	922,55
20 österr. Kronen (Neuprägung)	151,50	195,51
10 österr. Kronen (Neuprägung)	78,50	106,59
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	354,75	438,62
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	82,25	116,57

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Jan. 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/1 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,73) – 6,00 (5,13) – 7,00 (5,56) – 7,50 (5,90) – 8,00 (6,20) Ausgabe 1986/2 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,00 (5,16) – 7,00 (5,62) – 7,50 (5,99) – 8,00 (6,32) – 8,00 (6,56) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,20, 2 Jahre 5,05. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,25, Kurs 100,50, Rendite 6,13.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 12.2.86	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	54,159	6,75
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	104,077	6,75
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	54,39	6,70
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	37,77	7,00
Commerzbank	100,00	22.5.95	57,90	6,06
Commerzbank	100,00	4.8.00	41,10	6,33
Deutsche Bk. S	287,00	23.1.95	123,50	9,90
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	105,78	6,80
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	76,84	6,18
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	53,38	6,85
Fr. Hyp KO 468	196,77	1.6.95	105,72	6,90
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	50,50	6,71
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	55,17	6,60
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	38,50	6,90
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	54,69	6,70
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	26,78	7,03
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	26,67	6,95
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	54,60	6,70
WestLB 600	100,00	2.5.95	55,00	6,69
WestLB 601	100,00	2.5.00	39,05	6,83
WestLB 602	100,00	3.10.05	26,90	6,91
WestLB 500	126,86	16.2.89	109,10	5,12
WestLB 501	137,01	16.2.90	109,75	5,67
WestLB 503	115,76	3.10.88	102,00	4,89
WestLB 504	141,85	1.10.91	102,55	5,91
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	9,16
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	58,75	9,13
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	52,00	11,24
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	56,875	9,69
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	55,875	9,91
Gen. Elec (AAA)	100,00	17.2.93	54,25	8,95
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	45,625	10,15
Penney (A+)	100,00	17.2.94	46,00	10,01
Sears (AA)	100,00	27.5.94	46,625	9,49
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	45,50	9,77
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	45,00	9,07

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,70 (4,75)	100,3	101,2	102,1	103,1	104,0	105,0
2	5,11 (5,15)	99,80	101,5	103,3	105,2	107,1	108,9
3	5,62 (5,63)	98,05	101,0	103,5	106,2	108,8	111,5
4	6,10 (6,11)	95,90	99,70	102,8	106,2	109,7	113,1
5	6,27 (6,24)	94,30	98,45	102,7	106,8	111,0	115,2
6	6,35 (6,40)	92,95	98,30	102,7	107,5	112,4	117,2
7	6,70 (6,72)	90,25	95,65	101,7	106,5	112,0	117,4
8	6,80 (6,85)	88,60	94,60	101,2	106,6	112,6	118,6
9	6,93 (6,96)	86,60	93,30	100,5	106,3	112,8	119,4
10	6,95 (6,98)	85,65	92,65	100,4	106,7	113,7	120,7
15	7,18 (7,15)	79,60	88,55	98,40	106,5	115,4	124,4

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 111,528 (111,424)
Performance-Rentenindex: 235,768 (235,537)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	11. Febr.	7,75-7,208
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	7,75
	60-270 Tage	7,50
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	7,75
	60 Tage	7,70
	90 Tage	7,70
Certificates of Deposit	1 Monat	7,60
	2 Monate	7,60
	3 Monate	7,60
	6 Monate	7,70
	12 Monate	7,80
US-Schatzwechsel	13 Wochen	7,12
	26 Wochen	7,18
US-Staatsanleihe	10 Jahre	8,94
	30 Jahre	9,18
US-Diskontsatz		7,50
US-Primerate		9,50
Geldmenge M1	31. Jan.	628,6 Mrd. $ (+ 2,7 Mrd. $)
NYSE-Aktienindex (New York)		
März	125,05	125,30
Juni	126,50	126,90

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	11.2.	10.2.
11¼ EEC 90	107	
10¾ EIB 93	106,25	
11 dgl. 91	107,625	
11½ dgl. 90	109,175	
11½ dgl. 93	112,25	
12 dgl. 95	113,875	
12½ dgl. 90	111,875	Börse geschlossen
12¾ dgl. 93	117,625	
13 dgl. 96	116,125	
10½ Wld Bk 95	104,5	
10¾ dgl. 88	103,75	
10⅞ dgl. 90	106,25	
10¾ dgl. 93	108,125	
11 dgl. 97	108,125	
11¼ dgl. 98	114	
11¼ dgl. 88	105,5	
11½ dgl. 90	108,125	
11¾ dgl. 89	106,5	
11½ dgl. 90	109,125	
12 dgl. 93	113,25	
12¼ dgl. 94	115,125	
12¾ dgl. 94	117,875	
6¼ Sears 91	104,25	
6¾ Swed.Ex.91	101,125	
7 TRW 94	101,25	
6¾ Un.Tech.92	100,625	
6¾ World Bk90	101,375	
6¾ dgl. 94	101,125	
7 dgl. 94	103,25	
7¾ dgl. 93	106	
8 dgl. 93	107,5	

Euro-Yen

	11.2.	10.2.
6¾ Al.Corp 91	100,75	
7¾ ADB 94	105,25	
7 Austria 95	103	
7 BP 92	103,625	
6¾ Denmark 92	101,25	
7 Denm.Bk. 92	101,375	
7 Dow Chem.94	101,625	
6⅝ EDF 95	103	
6½ Eurofima86	99,75	
6½ dgl. 95	102,25	
6⅝ dgl. 92	100,625	
6¾ dgl. 93	100,25	
7⅝ dgl. 94	104,125	
6⅞ Faenme 92	101,375	
6¾ FinLRep90	101,5	Börse geschlossen
6½ GMAC 90	101	
7⅛ Goodyear95	101,25	
6⅞ dgl. 94	100	
6¾ ITT 92	100,75	
6½ McDonal 92	101,25	
6⅝ Montreal95	100,25	
7⅛ N.Bruns.95	103,75	
7¾ N.Zeald.90	102,75	
7¾ dgl. 89	104,125	
7 Pac.Gas 94	102,25	
6¾ Penney 92	99,25	
6¾ Procter 92	101,5	
6⅝ Sallie 92	100,375	

Lux. Franc Bonds

	11.2.	10.2.
9¼ Akzo 87	99,75	
9¾ Asea 89	101	
6¾ Asian Dv87	97,75	
10½ BFG Lux90	103	
11 BNP 90	102,25	
9 dgl. 93	100	
10¼ Paribas89	101	
10½ Ceca 94	104,25	
11 dgl. 92	104,5	
13 dgl. 91	103	
12½ Conseil92	104,5	
8 Copiel 88	97,75	
8¾ dgl. 89	98,25	
11 Cr.Lyon 88	102	
13 dgl. 89	103	
7½ Den.Mtg 88	96,75	
10¾ Eurocom96	105	
11 dgl. 93	104	Börse geschlossen
12¼ dgl. 88	100,75	
12¾ dgl. 92	102,5	
9 Eurofima 95	101	
10 dgl. 91	103	
10 dgl. 94	104	
11¾ dgl. 89	101,75	
8 EIB 91	97,75	
9½ dgl. 95	102,25	
9¾ dgl. 88	101,25	
9¾ dgl. 93	102,75	
10½ dgl. 94	106,25	
11½ dgl. 88	103	
12¾ dgl. 90	104,5	
9¾ Hypo Bk.88	101,25	
9¼ Ind.B.F.95	100,5	
11 Kredietl.93	106,5	
8 Kredietc 86	99	
10 dgl. 90	102	
11¾ dgl. 89	102,25	
8 Luxair 87	98,5	
8½ dgl. 87	98,75	
10½ Lux Bk.91	102,25	
12½ dgl. 89	100,75	
9 Mot.Chin 95	101,25	
12¼ Nord L.89	102	
8 Norges 86	98,5	
8 Oslo 89	98	
8½ dgl. 87	98,5	
9 Paribas 92	100	
8 Philips 89	97,75	
7¾ Renault 88	96,75	
9½ Sogenal 92	101	
10¾ Solvay 87	101	
10¾ Stockh.86	99,5	
8 Sveriges 88	97,75	
9¾ Volvo 87	100	
9¾ WorldBk.90	101,75	
10⅛ dgl. 89	102	

Rechnungs-Einheiten RE 9 DM 2,60418

	11.2.	10.2.
8¼ Cop City91	97	
8¾ CCA 91	96,5	
9¾ Gaz d Fr86	99	
11¾ Ned. G.88	101,5	
9¼ Queb. P 94	99	
8½ SDR 94	97	

ECU

	11.2.	10.2.
10¾ Al.Dbk89	102,125	
10¾ dgl. 91	104,25	
9¾ ABN 97	101,875	
All Nippon 95	99,875	
9¾ ANZ 92	101,625	
10¾ Austria93	107,125	
10 BNDA 97	101,25	
9 M.+Hope 92	100,375	
9 Bk.Hels.96	98	Börse geschlossen
9¾ Bk.Tok.90	102,5	
10⅞ dgl. 91	103,25	
10¾ dgl. 91	103,25	
8¾ BNP 95	98,5	
8¾ Bay.Vbk.88	100,25	
8¾ BFCE 93	97,75	
9¾ dgl. 92	104,625	
9½ dgl. 95	103,875	
9¾ Buil 92	98	
9¾ CNT 92	104,75	
9¾ dgl. 95	103,75	
8¾ Cargill 95	98	
10¾ Ceca 89	106,375	
11½ dgl. 94	108,5	
9 Comm. 93	101,25	
9 Chrysl. 92	97,5	
10 dgl. 91	101,875	
10¾ dgl. 93	101,75	
9 ClubMed 88	101,125	
9¼ Conseil 92	101,5	
9½ dgl. 95	102,625	
9¼ CCF 95	100,375	
9¾ CrdNord 91	101,875	
11¾ CrdFonc90	106	
11½ dgl. 90	106,375	
8¾ CrdNat 95	99,5	
10¾ dgl. 94	106,375	
8¾ Crdanst.94	99,875	
9¾ Credito 92	101,25	
9¼ Denmark 90	100,875	
10¾ Denmark91	104,875	
9½ Dresd.bk95	103	
9 EDF 97	101,625	Börse geschlossen
8¾ EEC 93	100,125	
8¾ ELFAqu. 88	98,875	
9 Ensa Gut 91	99,125	
9½ dgl. 93	99,375	
10 Euratom 97	103,625	
9¾ Eurofima95	103,75	
11 dgl. 92	107,5	
8¾ EIB 95	99,625	
9¾ dgl. 95	105,625	
10½ dgl. 94	105,875	
10¾ dgl. 94	105,875	
10¾ dgl. 90	106	
11½ dgl. 92	107,125	
11¼ dgl. 94	108,875	
9 Eutelsat 95	99,375	
8¾ Fiat 90	99,875	
9 FBKFinnl 95	98,25	
8¾ Ford C.93	98,25	
11 Genfin.90	–	
10¾ Giroz. 93	106,5	
10¾ GTE 92	106,875	
10 IADB 93	103,75	
8¾ IBM 90	100,25	
9 Imatran 96	98,5	
11 IH 89	104,25	
9½ Italia 89	100,625	
10½ dgl. 92	105,25	
11½ dgl. 90	107,625	
9¾ Kansall 92	99,75	
9¾ Kbifimo 92	100,5	
11¼ LTCB 90	106,25	
10¼ Megal 95	103,125	
8¾ Mits.Tr.93	97,625	
9 MoetHen.91	100,875	
9¾ Mol 90	101,125	Börse geschlossen
8½ Morgan 90	99	
8¾ Motorola92	99,625	
9 Nerea 95	98,125	
9¼ N.Zeal. 90	101,625	
9½ N.Zeal.92	102,625	
11 Nipp.Crb91	106,25	
9 Oest.bk. 89	100,125	
8¼ Olivetti93	99,5	
10 Pechin.90	102,5	
9 Petroc.93	96,5	
9½ Peugeot 90	100,75	
10¼ dgl. 90	104,875	
9 Philips 93	102,5	
9¾ Pibo 92	102,5	
10 Prvbk. 92	102,375	
11½ Queb.Pr89	106,125	
10¾ RATP 92	103,875	
9¾ Rabobk. 95	102,875	
8¾ Reynolds91	100	
10½ Roybk.Ca89	103,5	Börse geschlossen
9 SAS 95	100,625	
9 Sanwa 95	98,75	
8¾ Secpac 90	97,75	
11¼ SNCF 94	108,5	
9 SNCI 95	99,25	
10½ Sparkas91	104	
9¾ Sumitcorp93	101,125	
9 Sumitfin 93	101	
9 Unbk.Nor.95	99	
9½ WestLB 90	104,25	
9¾ Westpac92	101,25	
8¾ Worldbk. 93	98,25	
9¾ dgl. 95	104,25	
9½ dgl. 97	103,25	
10¼ dgl. 89	104,5	
10¾ dgl. 88	104,75	
10¾ dgl. 94	105,875	
11 dgl. 93	106,875	

ECU-Tageswerte

	11.2.	10.2.
Dollar	0,911208	0,907764
Bfr	44,3029	44,2989
DM	2,16549	2,16638
Hfl	2,44751	2,44733
£	0,646018	0,646096
Dkr	7,97307	7,96336
FF	6,64134	6,65757
Lira	1473,88	1475,98
I-£	0,714673	0,714775
Sfr	1,81485	1,82806
öS	15,2172	15,2323
Peseta	136,180	136,309
Skr	6,82267	6,81413
Nkr	6,72517	6,71973
Kan-$	1,27314	1,27586
Esc.	141,237	140,930
Fmk	4,84626	4,84655
Yen	170,806	170,66
Drachme	132,581	132,57

SZR-Wert

	11.2.	10.2.
Dollar	1,11736	1,11481
DM	2,65809	2,66339

Wir trauern um den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden unseres Unternehmens, Herrn

Generaldirektor i. R.

Dr.-Ing. Friedrich Stiegler

Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und Ehrensenator der Technischen Hochschule Darmstadt sowie Inhaber der goldenen Gedenkmünze der IHK Dortmund und der goldenen Stadtplakette der Stadt Dortmund

Herr Dr. Stiegler verstarb am 3. Februar 1986, kurz vor Vollendung seines 97. Lebensjahres.

Der Verstorbene stand seit 1922 im Dienst der VEW und war von 1946 bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1957 Vorsitzender ihres Vorstandes.

Seine hervorragenden Leistungen beim Wiederaufbau und bei der langfristigen Sicherung der öffentlichen Stromversorgung und seine Verdienste durch wertvolle Mitarbeit in zahlreichen Organisationen sind weit über die Grenzen unseres Versorgungsgebietes bekannt. Das herausragende Schaffen des Verstorbenen wurde allseits anerkannt und vielfach geehrt. Sein Denken und Handeln waren stets auch bestimmt von der Fürsorge für die Mitarbeiter unseres Unternehmens.

Herr Dr. Stiegler arbeitete ehrenamtlich in vielen Gremien zum Wohle der Allgemeinheit. Sein Rat war geschätzt. Unvergessen bleiben auch seine erfolgreichen Bemühungen um die Errichtung einer Universität in Dortmund. Wir sind ihm dankbar für das Vorbild, das er uns gab.

In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von einer großen Persönlichkeit.

Aufsichtsrat, Vorstand, Gesamtbetriebsrat und Mitarbeiter
der
VEREINIGTE ELEKTRIZITÄTSWERKE WESTFALEN AKTIENGESELLSCHAFT

Die Internationale Energie-Agentur trauert um ihren 1. Exekutivdirektor

Dr. jur. Ulf Lantzke

der am 31. Januar 1986 unerwartet verstarb.

Dr. Lantzke hat die Internationale Energie-Agentur nach der ersten Ölkrise 1974 aufgebaut und bis zu seinem Ausscheiden 1984 geleitet. Ohne ihn wären die Zusammenarbeit und der Zusammenhalt der westlichen Industrieländer in den Krisenzeiten der letzten 10 Jahre nicht so erfolgreich gewesen. Sein unermüdlicher Einsatz, seine Kreativität und seine Überzeugungskraft bleiben unvergessen. Wir verneigen uns in Dankbarkeit.

De Montigny Marchand
Vorsitzender des Verwaltungsrats

Helga Steeg
Exekutivdirektor

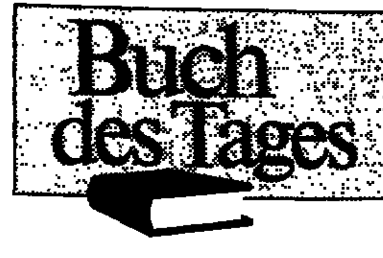
Paris
2, rue André Pascal

Eine Streitschrift von Botho Kirsch zur Ostpolitik

Zwergen-Philosophie

Unter den Büchern, die man nicht nur unseren Politikern und Wirtschaftsfachleuten, sondern allen politisch interessierten und ideologisch nicht durch Scheuklappen verbildeten Deutschen zur Lektüre empfehlen möchte, befindet sich ein schmaler, aber inhaltsreicher Band: die kritische Analyse der deutschen Ostpolitik und des Bildes, welches sich die Deutschen von der Sowjetunion machen – aus der Feder von Botho Kirsch.

Kirsch, gebürtiger Ostpreuße, kam während der Chruschtschow-Ära als Korrespondent einer linksstehenden deutschen Zeitung nach Moskau und sammelte hier seine Erfahrungen mit der Sowjetmacht, die bis zu seiner



Ausweisung führten – weil er nicht so schrieb, wie es den Sowjets gefiel. Über den „Spiegel" kam er zum Auslandssender „Deutsche Welle" in Köln, dessen in der Sowjetunion ungewöhnlich erfolgreiche Sendungen in russischer Sprache von ihm konzipiert und aufgebaut wurden.

Für den Rußland- und Sowjetkenner Kirsch stellt die deutsche Ostpolitik, besonders seit Brandt und Bahr, eine grundlegende Fehlentwicklung dar, die auf einer falschen Analyse und Beurteilung der Zustände und Tendenzen im Osten beruht.

Die „politische Zwergenphilosophie" der Bundesrepublik sieht Kirsch auch unter der neuen CDU/FDP-Regierung: Auch sie habe die falschen, aus der Vorstellungswelt einer „bipolaren Weltordnung" stammenden Vorurteile der Sozialdemokraten auf diesem Gebiet einfach übernommen. Die Deutschen hätten, so Kirsch, den Ost-West-Gegensatz „verinnerlicht", ohne die Chancen zu erkennen, die sich aus der chinesisch-sowjetischen Auseinandersetzung und aus den Selbständigkeitstendenzen und der Spaltung in der kommunistischen Welt ergeben haben.

Auch nach der „Wende" 1982 regierten in Bonn „Wunschdenken und Illusionen". Das Scheckbuch ersetze das Nachdenken über Deutschland und Osteuropa. Es fehle nicht nur das Stehvermögen, das einst einen Adenauer im Umgang mit dem Osten auszeichnete, sondern auch das „Augenmaß für die Verschiebung der weltpolitischen Gewichte".

Mit allen Zeichen des Entsetzens zitiert Kirsch den Kanzlerberater Teltschik, der erklärt hatte, deutsche Ostpolitik sei zum Scheitern verurteilt, wenn sie versuche, Politik an Moskau vorbeizutreiben oder einzelne Mitglieder des Warschauer Pakts gegen die Sowjets auszuspielen. Kirsch meint dazu: „Es ist der Pferdefuß der alten sozialliberalen Ostpolitik, der hier unter der Kanzlertoga hervorlugt. Wer nach Polen und Afghanistan, nach Prag und Sacharow noch immer nicht begriffen hat, daß Frieden und Entspannung in Europa nicht mit Moskau, sondern nur gegen Moskau zu haben sind, hat aus der Geschichte nichts gelernt."

Diese zielgenauen Einsichten, die nur auf Realitäten reagieren, indem sie schlicht Erfahrungen zitieren und gerade deshalb hierzulande verpönt sind, werden von Kirsch angereichert um die Erkenntnis: „Wer sich kleiner macht, als er ist, wer ständig von Aussöhnung mit Polen, Russen und Tschechen redet und dann mit regierenden Neostalinisten herumtändelt, der handelt sich nur neuen Druck und neue Drohungen ein." Durch den Moskauer Vertrag sei die historische Chance, Rußland zum Rückzug hinter die Weichsel zu zwingen – mit Hilfe osteuropäischer Nationalinteressen und im Bunde mit China –, auf lange Zeit verschenkt worden.

Es ist erfrischend, daß endlich ein Autor von Rang das in allen Parteien und in den meisten deutschen Medien vorherrschende Entspannungsgesäusel durch einen klaren Standpunkt zu durchbrechen weiß.

Worum es Kirsch geht, ist eine plausible und nüchterne Vertretung der deutschen (zugleich europäischen und westlichen) Interessen. Nur so könne man von den Sowjets etwas erreichen. Kirsch: „Der Bonner Drang, es allen recht zu machen, ist Ausdruck einer grundlegenden Orientierungsschwäche deutscher Politik im globalen Mächtekonzert."

CARL GUSTAF STRÖHM

Botho Kirsch: „Westdrall – Ostdrift. Wie selbständig darf deutsche Politik sein?", Edition Interfrom. Zürich–Osnabrück. 108 Seiten, 14 Mark.)



Am Anfang war der Harlekin ein blätterbekleideter Waldmensch: Dario Fo spielt die Geschichte der Maske, die erst bei Goldoni zum Diener wird FOTO: MIMMIROSSI

Theaterbrief aus Mailand: Dario Fo glänzt in „Hellequin, Harlekin, Arlekin"

Tanz zwischen klappernden Skeletten

Wenn es stimmt, daß die leichte Muse in Krisenzeiten blüht, dann muß Mailand mitten in einer Krise sein. Denn in seinen Theatern ist – neben einer Renaissance der „zornigen jungen Männer" – das Leichte Trumpf.

Ein Musterbeispiel ist Edmond Rostands „Cyrano de Bergerac", die 1897 in Paris uraufgeführte „heroische" Komödie, die jetzt im ausverkauften Lirico allabendlich bejubelt wird. Gigi Proietti, Conferencier einer Fernsehsendung mit höchsten Einschaltquoten, hat mit Cyranos Riesennase den Geschmack des Publikums gerochen und sich ihm als Akteur und Regisseur angepaßt. Die von Degenklingen und Esprit blitzende Geschichte vom ritterlichen Wasobem, das mit seinen feurigen Liebesbriefen die Geliebte für den tumben Nebenbuhler gewinnt, den sie unter seinen Schutz stellte, wird hier zum kitschigen Melodram. Ironie und Melancholie gehen verloren.

Goldonis „Grobiane" (I Rusthegi) kamen als Gastspiel des Stadttheaters von Triest ins Smeraldo, das bis vor kurzem ein Amüsierhaus für Striptease und Varietés war, jetzt aber mit seinen 2000 Plätzen nach der Scala (2800 Plätze) das größte Theater Mailands ist. Da jede der circa 30 Bühnen der Stadt ihren Stil und ihre Stammgäste hat, bleibt das neue Riesenhaus auch mit einer so hübschen Inszenierung fast leer.

Goldoni schildert in dieser 1760 verfaßten Komödie den Anbruch einer neuen Zeit. Die vier Grobiane, alte Kaufleute, die widerwillig den Frauen im Haus nach- und ihre autoritären Machtansprüche aufgeben müssen, sind keine dichterischen Erfindungen, sie sind Porträts einer Epoche. Man hat fast Mitleid mit den Knurrhähnen, die von ihren Frauen und Töchtern an der Nase herumgeführt werden bis sie fassungslos vor den Trümmern ihrer Despotenwelt stehen.

„Hellequin, Harlekin, Arlekin" heißt das Schauspiel, mit dem Dario Fo im Auftrag der Theaterbiennale und dem Beistand hochgelehrter Spezialisten der Commedia dell'Arte die Geschichte der berühmten Maske historisch aufrollt. So steht es im Programm. Aber wie zu erwarten hat der geniale Autor, Mime, Schauspieler und Regisseur seit der Uraufführung im letzten Oktober in Venedig gelehrten Ballast längst abgeworfen.

Bei seinem Mailänder Gastspiel präsentiert er sich selbst –verkleidet als Harlekin. Im Prolog berichtet er zwar vom Ursprung der Maske als „homo silvaticus", ein blätterbekleideter Waldmensch, der als eine Mischung von Teufel und Hanswurst weiterlebt und erst bei Goldoni zum Diener wird, aber schon mitten in der pseudo-theatergeschichtlichen Vorlesung kündigt Fos alarmierendes Gelächter ganz anderes an. Politische Satiren deftigster Art wie sie das Publikum erwartet. Franca Rame, die als naiv-bäurischer Vamp ein zwinkerndes Bindeglied zum Publikum spielt, ruft ihren Mann immer wieder zum Thema zu Arlecchino und seinen „Lazzi" (den feststehenden Themen der Commedia dell'Arte) zurück.

Dann spielt der subversive Generalist Fo Arlecchino, von seiner Truppe umtobt, den Sexbesessenen und den Löwenbändiger, den Obertotengräber zwischen klappernden Skeletten oder den Schlüsselbesitzer für ein Schloß unmißverständlich erotischer Bedeutung. Von dreistündigem Gelächter ziemlich mitgenommen fragt man sich am Schluß, ob dieser nach Schwefel duftende Ahnherr Dario Fos namens Harlekin wohl wirklich mit der historischen Maske der Commedia dell'Arte verwandt ist.

MONIKA von ZITZEWITZ

S. Freuds Wohnhaus in London wird Museum

Berühmtes Seelen-Lager

Die wohl bkannteste Couch der Welt, auf der es um Liebe nur manchmal, um Libido dagegen fast immer ging, kehrt an den Ort zurück, wo sich einst Patienten auf ihr seelisch entblätterten. Es ist die Sprechstundencouch von Professor Sigmund Freud, dem Begründer der Psychoanalyse, den die Nazis 1938 samt Frau, Tochter und Couch ins Londoner Exil ausreisen ließen, wo er im Künstlerviertel Hampstead als 82jähriger noch praktizierte und am „Abriß der Psychoanalyse" schrieb, in dem Hause Maresfield Gardens Nr. 20, das jetzt, gut drei Jahre nach dem Tod der Tochter Anna, jedoch nach ihren Vorstellungen, endlich Museum wird.

Nach einer tiefgreifenden Renovierung des arg vernachlässigten Hauses aus der Zeit um die Jahrhundertwende kommen Freuds Möbel, seine umfangreiche Bibliothek, seine Bilder und jener verschlissene Orientteppich mit dem der Seelenarzt fürsorglich die Füße seiner Patienten zudeckte, bevor er ihre verkrümmte Seele wieder ins Lot brachte, in diesen Tagen in das Haus zurück. In fünf großen Containern war alles ins Magazin gewandert, um dem Architekten Lionel Stirgess und seiner Renovierungsbrigade freie Hand zu geben.

Bevor ausgeräumt wurde, ließ man fotografieren, um später im pie- tätvoll unangetastet belassenen Arbeitszimmer mit lustvoller Akribie das Chaos zu konservieren, das der trotz seines Krebsleidens unermüdlich weiter Arbeitende am 23. September 1939 auf seinem Schreibtisch hinterlassen hatte.

Wohl um einen internationalen Aufschrei zu vermeiden, hatten die Nazis Freud seine Antiquitäten und seine Bibliothek nachgeschickt, obwohl Werke Freuds bei den Bücherverbrennungen ins Feuer gewandert waren. Weniger bekannt wurde, daß vier Schwestern Freuds nach Auschwitz verschickt und dort ermordet wurden.

Der bereits bestellte Museumskurator David Newlands will das Londoner Freud-Museum nicht als Reliquienschrein führen, sondern zu einer internationalen Stätte der Begegnung und der Auseinandersetzung mit dem Werk Freuds machen. „Es soll kein weltlicher Tempel werden, obwohl es das für einige Freudianer sicher sein wird."

Newlands denkt an Vorlesungen und wechselnde Ausstellungen. Er will ein Programm entwickeln, das für interessierte Laien und Fachleute gleichermaßen attraktiv ist. Aus dem Streit der Jünger will er sich als „reiner Museumsmann" strikt heraushalten.

Das könnte nur Ärger geben von der Art jener mißlichen Auseinandersetzungen, zu denen es kam, als Anna Freud das Haus für eine bescheidene Summe an das Sigmund-Freud-Archiv in den USA mit der Auflage verkaufte, auf Lebenszeit dort Wohnrecht zu behalten. Der mit der Museumsleitung beauftragte junge amerikanische Psychoanalytiker Jeffrey Masson entwickelte sich zu einem Freud-Kritiker. Man feuerte ihn. Er klagte.

Wenn nun, voraussichtlich im Juli, Londons jüngstes Museum eröffnet wird, darf man aus verschiedenen Gründen gespannt sein. Der größte Teil der Papiere Freuds befindet sich zwar in der Library of Congress, doch die wissenschaftliche Auswertung, beispielsweise der handschriftlichen Anmerkungen Freuds in den Büchern seiner Privatbibliothek, steht noch bevor. Sie werden auf Mikrofilm aufgenommen und so erstmals Gelehrten in aller Welt zugänglich gemacht.

Anna Freud hatte für die nicht minder berühmte Wohung ihres Vaters in der Wiener Berggasse Nr. 19, die nach Kriegsende Museum wurde, einige Erinnerungsstücke abgetreten, die wertvollsten Schätze jedoch im Londoner Exilhaus zurückbehalten, wie Kenner sagen. An dem roten Backsteinbau mit dem großen Arbeitszimmer und den zum Garten führenden Flügeltüren soll der Wiener Professor seine rechte Freude gehabt haben.

In diesem Hause, in dem seine treue Wiener Haushälterin Paula Fichtl, so gut sie konnte, alles wieder in die vertraute Wiener Ordnung brachte, empfing Freud Zelebritäten wie H. G. Wells und Chaim Weizmann. Stefan Zweig besuchte ihn dort noch. Salvador Dali porträtierte ihn.

Das Sigmund-Freud-Archiv finanziert die Renovierung von Maresfield Gardens Nr. 20 mit 1,5 Millionen Mark. Hampsteads Bauamtler pochten allerdings auf ihr Gesetzbuch und bestanden auf einer normalen Mietwohnung im Dachgeschoß, damit nicht schon wieder das Haus einer Koryphäe dem Wohnungsmarkt entzogen werde.

SIEGFRIED HELM

Bewährtes aus Mainz mit R. Appel wieder im ZDF

Jetzt fragen Journalisten

Zehn Jahre lang hat ZDF-Chefredakteur Reinhard Appel zäh und von Rückschlägen scheinbar unbeeindruckt versucht, Politik auf dem Bildschirm dadurch verständlicher zu machen, daß er die Politiker in Live-Sendungen den Fragen einfacher Bürger aussetzte. Nach zehn Jahren „Bürger fragen – Politiker antworten" kommt der ZDF-Mann nun wieder zu jener anderen Fragerunde

Journalisten fragen – Politiker antworten – ZDF, 22.05 Uhr

zurück, die er davor als Moderator zehn Jahre lang geleitet hatte: „Journalisten fragen – Politiker antworten". Heute abend stellt Bundeskanzler Helmut Kohl sich den Fragen.

Reumütige Rückkehr zu Altbewährtem? Appel, der trotz seiner Dienstgeschäfte im ZDF-Hochhaus auf dem windigen Mainzer Lerchenberg seinen Hauptwohnsitz in der Bundeshauptstadt Bonn behielt und der typischen Bonner Polit-Szene immer verbunden geblieben ist, will das Wort Reue nicht so einfach akzeptieren. Er und die Kollegen, sagt er, hätten die vielen Bürgersendungen und die „teilweise sehr positiven, teilweise aber auch sehr negativen Kritiken" darüber analysiert und die Konsequenz gezogen. Ganz vom Tisch sei das Modell der Bürgersendung ja keineswegs. Aber gelungen sei das Experiment eben doch nur gelegentlich: „Der Abstand zwischen dem politischen Profi und dem Laien ist doch zu groß."



Will dem amerikanischen Vorbild „Meet the Press" nacheifern: Reinhard Appel FOTO: SVEN SIMON

Die beiden Ziele, die er sich mit der Bürgersendung gesteckt hat, will Appel nicht ohne weiteres aufgeben. Einmal das Ziel, das unbedingte Recht des Bürgers, dem Politiker coram publico unbequeme Fragen zu stellen, öffentlich zu demonstrieren. Und dann das Ziel der Identifikation: „Der Zuschauer zu Hause am Bildschirm soll das Gefühl haben: Das wollte ich auch immer schon fragen."

Erreicht wurde das nur selten. Unsicherheit, auch Eitelkeit oder Profilierungssucht der Zuschauer führten oft dazu, daß der Ablauf entweder chaotisch oder allzu langweilig erschien. Viele Bürger fragten haargenau so, wie sie glaubten, daß auch Journalisten – also Profis – an ihrer Stelle fragen würden. Appel: „Wir Journalisten wirken da offenbar als Vorbilder."

Gelegentlich sorgte der Zufall dafür, daß eine Sendung gut wurde. In Berlin zum Beispiel war einmal Willy Brandt der Befragte. Die Sendung fand im Freien statt. Es fing an zu regnen. Man flüchtete in ein Zelt. Und plötzlich, erinnert sich der Fernsehprofi Appel, seien ganz andere Leute in der Nähe von Brandt gewesen. Nicht die Ausgesuchten, mit lauter Zetteln Bewaffneten, sondern zufällige Passanten. Die hätten viel spontaner und unbefangener gefragt.

Ein weiteres Hindernis war wohl auch die oft erschreckend geringe Sachkenntnis der Frager. Zu den eindrucksvoll gelungenen Bürgersendungen gehörte nicht zufällig jene, die in China mit dortigen Studenten gemacht wurde. Der Befragte, der CDU-Politiker Bernhard Vogel, geriet zeitweise ganz schön ins Schwitzen, weil seine Gesprächspartner einfach glänzend vorbereitet waren.

Nun also wieder die Journalisten. Appel: „Zur Zeit gibt es, nachdem beim Bayerischen Fernsehen Rudolf Mühlfenzl seine Gesprächsrunde eingestellt hat, nirgendwo mehr eine Sendung, die an das amerikanische ‚Meet The Press' erinnert. Daran wollen wir jetzt wieder anknüpfen."

Und auch aus einem anderen Grunde haben Freunde und Kollegen Reinhard Appel zu diesem Wechsel der Szene überredet. Er habe doch selber ein so großes Wissen und so viel politische Erfahrung. Das gehe in seiner Rolle als Wortmeldungssammler und Aufrufer in den Bürgersendungen vollkommen verloren.

JOACHIM NEANDER

KRITIK

Schielen nach dem Boulevard

Da sitzt ein Mann und glaubt, er sei ein Poet. Und dann kommt ein Mädchen, das die Tochter seiner Geliebten früher Jahre ist. Und während er schwärmt und immer so nach Art seiner Generation dicht am Kitsch vorbei schrammt, setzt die Kleine von heute ihre coolen Akzente in die gefühlvolle Situation: **Das Mädchen im Apfelbaum** (ARD).

Das Ganze ist eine Episode, die mehr Spaß bereitet als manch ein wohlartikulierter Generationenstreit. Da macht es auch nichts, wenn immer wieder nach dem Boulevard geschielt wird. Allerdings: Das mag daran liegen, daß die Rolle des gefühligen Poeten mit Günther Pfitzmann besetzt wurde.

Der kann nämlich sein Berliner Pflaster nicht verleugnen, was gelegentlich zu Turbulenzen in der Glaubwürdigkeit führt. Doch die klugen Leute vom Südwestfunk haben ihm die Marion Kracht beigegeben. Und die ist genau die richtige Mischung aus kesser Kühle und hilfloser Mädchenträne.

Freilich: Groß gepfiffen wird nicht in diesem Kammerspiel. Aber schon wie sie den Mund spitzen, die Akteure, ist auf eine sehr stille Art erheiternd. Und wer darüber hinaus bedenkt, daß dies alles in der Zeit des grausamen Karnevallärms vorgezeigt wird, der ist zufrieden.

Der Autor, der sich hinter dem Namen Roland Heyes verbirgt, kann auch mit dem Regisseur Harald Schäfer zufrieden sein. Der nahm das Spiel als ein Stückchen Theater im doppelten Sinne, und er tat recht daran.

VALENTIN POLCUCH

Der Tod ist eine schöne Frau

Spaniens Uhren gehen anders. Wer es nicht wußte, konnte es im ZDF erleben, in einer Produktion der Theatercompagnie „Comediants" mit dem Titel **Karnabal**. Wenn man jenseits der Pyrenäen Karneval feiert, das war zu sehen, so im Angesicht des Todes, der sich in diesem Spiel als verlockend schöne Frau maskierte. Und wer aufstieg zum Karnevalskönig, sinkt an Aschermittwoch in die Tiefe der Kloaken. Doch trotz aller Verfremdungsversuche konnten die Comediants eins nicht verbergen: Ihre Tradition, ihr Verhaftetsein mit dem spanischen Barock.

Man muß wohl Spanier sein, um das Musical von der Erschaffung der Welt nicht schlicht als Kitsch zu bezeichnen und im kabarettreifen Umgang des nackten Adam mit den Gütern der Kultur den überheblichen Spott von Kolonie-Eroberern über die „Dummheit" von Naturvölkern zu übersehen.

Gewiß, den Comediants, ihrem Regisseur Carles Mira und dem Kameramann gelangen gelegentlich wahrhaft überrumpelnde Bilder. Nur waren sie dazu durch Europas Film- und Kunstgeschichte gezogen wie durch ein Warenhaus, in welchem sie in den Abteilungen Cocteau, Buñuel und Dali zusammenstibitzten, was sie gerade gebrauchen konnten. Schwieriger war es sichtlich, die ins Endlose sich dehnende Stoffmenge zu strukturieren.

So kam man denn vom Hölzchen aufs Stöckchen. Wer bis zur letzten Einstellung ausharrte, konnte sich endlich erklären, warum die Moderatorin die Sendung angepriesen hatte wie saures Bier. Sie war saures Bier.

KATHRIN BERGMANN

STUDIO

Das Zweite Deutsche Fernsehen wird am 2. März um 10.30 Uhr den Festakt zur Eröffnung der **Woche der Brüderlichkeit** aus Duisburg übertragen. Die Festansprache hält Bundespräsident Richard von Weizsäcker. In Erinnerung an die jüdischen Philosophen Martin Buber und Franz Rosenzweig wird die Buber-Rosenzweig-Medaille dem evangelischen Theologen Prof. Heinz Kremers verliehen. Die Laudatio auf den Preisträger wird der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) halten.

Anläßlich der Woche der Brüderlichkeit strahlt das ZDF mehrere Sendungen aus, u. a. die Trilogie „Wohin und zurück" von Georg Stefan Troller und Axel Corti. Die Geschichte der Emigration Trollers wird am 27. Februar, 2. und 9. März gesendet. Von ihrer Existenz im Versteck berichten Juden am 2. März in dem Film „Zuflucht – Berliner Juden im Versteck". dpa

*

Bei der **Interschul 1986**, die vom 17. bis 21. Februar in Dortmund unter dem Leitthema „Schulchancen – Lebenschancen" stattfindet, werden auch WDR-Schulfunk und -Schulfernsehen vertreten sein, die Einblicke in ihre Programmarbeit geben. An allen Ausstellungstagen sendet der „Schulfunk im Ersten" aus Dortmund live je zehn Minuten lang innerhalb der Schulfunkstunde die seit etwa einem halben Jahr bestehende Sendereihe „Kaleidoskop". DW

ARD | ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info
10.00 heute
10.03 Kehraus
Deutscher Spielfilm (1983)
11.35 Bemäntelte Armut
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Zirkus von morgen
Aufzeichnung des internationalen Nachwuchswettbewerbs 1984 in Paris
16.55 Die Abenteuer von Tom Sawyer und Huckleberry Finn
Spielserie nach Mark Twain
2. Teil: Erste Liebe
17.20 Kein Tag wie jeder andere
Die Jagd nach dem Bunyip (2)
Die Jagd nach dem Bunyip geht weiter. Armin Maiwald und sein Team haben inzwischen sogar schon Verkehrsschilder mit der Aufschrift „Achtung Bunyip" entdeckt. Doch der australische Verwandte des Wolpertingers läßt sich nirgendwo blicken.
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Der Hoffnungsträger
Johannes Rau
Dokumentation von Werner Filmer und Heribert Schwan
21.00 Der 7. Sinn
21.03 Extratour
Live-Unterhaltung aus Bremen
Mit Margarethe Schreinemakers, Stefan Viering, Michael Geyer, Rudi Carrell, Ingrid Steeger, Bruno Jonas, Diether Krebs u. a.
Regie: Michael Leckebusch
22.30 Tagesthemen
23.00 Der Weidenbaum
Fernsehfilm von Sohrab S. Saless nach der Erzählung von Anton Tschechow
Mit Josef Stehlik, Peter Stanik, Milan Drotar u. a.
Die Mär vom alten Müller Archip, der einen Raubmord beobachtet, sich die Beute aneignet und versucht, sie den Behörden zu übergeben.
0.40 Tagesschau
0.45 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Kreta – Ursprung Europas
5. Folge: Untergang und Wandlung
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Der Stein des Marco Polo
Abenteuer in Venedig
Der Protest
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der rosarote Panther
Spezialitäten zum Valentinstag
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Teufels Großmutter
Geschichten mit Brigitte Horney
In gewissen Krankheiten topfit
19.00 heute
19.30 Der große Preis
Heiteres Spiel für gescheite Leute mit Wim Thoelke
In Verbindung mit der Deutschen Behindertenhilfe Aktion Sorgenkind
20.50 Die große Hilfe
Eine Bilanz der Deutschen Behindertenhilfe Aktion Sorgenkind
21.00 Telemotor
Das Automagazin mit Harry Valérien
Zum 100. Geburtstag des Automobils steht auch eine Exkursion in das Münchner Deutsche Museum auf dem Programm, wo es viele Oldtimer zu besichtigen gibt.
21.45 heute-journal
22.05 Journalisten fragen – Politiker antworten
Mit Bundeskanzler Helmut Kohl live aus dem Studio Bonn
Gesprächsleitung: Reinhard Appel
23.20 Der kleine Bruder
Fernsehspiel
Eine deutsch-deutsche Tragikomödie
Mit Herbert Stass, Ilsemarie Schnering, Hannes Messemer u. a.
Buch: Klaus Poche
Regie: Rainer Söhnlein
1.05 heute

SAT 1

15.00 Kum Kum
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Drei Engel für Charlie
18.00 Abenteuer Wildnis
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Zu Gast bei Gerd Käfer und Hanne Haller
19.45 Der Überfall auf die Arctic Queen
Amerikanischer Spielfilm (1938)
21.30 APF blick
22.15 Galerie Buecher
22.45 High Chaparral
23.35 APF blick

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Derrick
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 cinema international
Ein perfektes Paar
Amerikanischer Spielfilm (1978)
Mit Paul Dooley, Marta Heflin, Titos Vendis u. a.
Beginn einer kleinen Reihe mit Filmen des amerikanischen Meisterregisseurs Robert Altman.
23.30 Kennwort: Kino
Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Komm doch mal in die Küche
18.53 7 vor 7
Nachrichten, Sport, Wetter
19.22 Karichen
19.30 Der unsichtbare Mann
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Django, eine Pistole für 100 Kreuze
Italienischer Spielfilm (1975)
22.01 RTL-Spiel
22.07 Secret Service live
22.42 Wetter / Horoskop / Betthupferl

III.

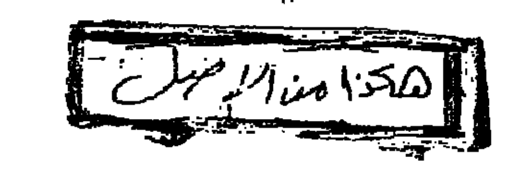
WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Das Mädchen, das den Lord nicht wollte
Amerikanischer Spielfilm (1935)
Mit Claudette Colbert u. a.
Regie: Wesley Ruggles
21.35 Filmtip
21.45 Vom Korn zum Korn
22.15 Goethes Stellvertreter wechseln
Bericht von den Goethe-Instituten Amsterdam und Brüssel
22.45 Der Havarist
Nach dem autobiografischen Roman „Wanderer" von Sterling Hayden
0.25 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Journal: Kirche
19.45 Pelikane – die fliegenden Fischer der afrikanischen Seen
20.00 Tagesschau
20.15 Süßer Vogel Jugend
Amerikanischer Spielfilm (1962)
Mit Paul Newman u. a.
Regie: Richard Brooks
22.10 Kultur aktuell
23.00 Frauengeschichten
23.45 Nachrichten

HESSEN
18.30 Bücher, Bücher
19.05 Grand Café (2)
19.30 Die Ferien des Monsieurs Hulot
Französischer Spielfilm (1951)
20.55 Kulturkalender
21.30 Drei aktuell
21.45 Die schwarze Perle der weißen Dame
22.50 Claire (1)
23.20 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.58 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Sandmännchen
19.30 Die Geschichte einer Vielgeliebten
21.10 Gisela Elsner erzählt: Der Sterbeakkünstler
21.50 Hände – Werke – Künste
Nur für Baden-Württemberg:
22.00 Freiplatz
Anschl. Schwitzkasten und Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
22.00 Geboren in Holzhausen: Nikolaus Otto
22.45 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
22.00 TV-Club Saar 3

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Mein Mann Godfrey
Amerikanischer Spielfilm (1936)
20.25 Herr Rossi in Venedig
Zeichentrickfilm von B. Bozzetto
20.45 Der große Pilgerweg
21.30 Rundschau
21.45 Zivilluftfahrt im Aufwind
22.30 Z. E. N.
22.35 Der Sportstammtisch
23.20 Rundschau
23.25 Der Saustall
Französischer Spielfilm (1981)



Vom Kopf in den Ramsch

sey. – Das „moderne Antiquariat", dachte man bisher, ist ein Handel mit „alten", aber noch ungebrauchten Büchern, die im normalen Buchhandel nicht abzusetzen waren („verramschen" nennt das die Branche). Nun aber wird man eines Besseren belehrt, bietet doch das „moderne Antiquariat" mit Anzeigen in der Tagespresse („Sie sparen über fünfzig Prozent bei unseren Sonderausgaben!") zur Zeit den Roman eines nobelpreisverdächtigen deutschen Belletristen an, der erst in vier Wochen überhaupt zum ersten Mal an den Buchhandel ausgeliefert werden wird. Es findet hier also eine Verramschung noch vor Erscheinen des betreffenden Buches statt!

Und nicht genug damit. Der Anzeige ist bereits eine Rezension des noch gar nicht erschienenen Romans beigefügt, auf daß der potentielle Leser auch ja genau wisse, wie er demnächst den fraglichen Roman zu lesen und zu beurteilen habe. Dem potentiellen Leser kommen fast Tränen der Rührung vor so viel Fürsorge, die ihm das „moderne Antiquariat" da angedeihen läßt.

Das „moderne Antiquariat", so lernen wir, ist in Wirklichkeit ein Handel mit „aktuellen Neuerscheinungen", und es ist darüber hinaus eine fürsorgliche Rezensieranstalt im Dienste des Lesers von morgen und im Dienste eines „großen Romans von ungewöhnlicher Kraft, eines Prosaentwurfs geradezu explosiver Phantasie, einer Unheilprophetie säkularen Ausmaßes" („Bestellen Sie jetzt!").

Damit jeder weiß, worum es bei alledem geht, ist dem Titel „Die Rättin" auf der Anzeige auch noch die Zeichnung einer Ratte beigegeben, sozusagen mit freundlichen Grüßen für Analphabeten. Doch was soll's! Einen Roman, der bereits rezensiert und verramscht wird, bevor er überhaupt erschienen ist, braucht man ja nicht lesen zu können, um über ihn fachmännisch mitzureden. Das „moderne Antiquariat" macht's möglich.

Ein Jahrtausend-Bauwerk ist vom akuten Verfall bedroht – Rom erregt sich über die anstehende Restaurierung des Kapitols

Die Last der Akten drückt auf die Fundamente

„Das Kapitol ist eingestürzt. Zum Glück wurde niemand verletzt?" – „Wie ist das denn möglich?" – „Es war gerade Kaffeepause."

So kommentiert die Karikatur eines römischen Zeichners in einer Zeitung ein Thema, das die Ewige Stadt in Aufregung versetzt hat: Das Kapitol, das *Capitolium* der alten Römer mit dem Staatsheiligtum des Jupitertempels, seit 800 Jahren ununterbrochen *Sitz* der Stadtverwaltung, droht, wenn nicht einzustürzen so doch sichtlich zu verfallen. Warum? Der Senatorenpalast, um den es zunächst geht, ist erst 1582 bis 1605 errichtet worden – für Rom ein relativ junges Datum. Aber ausgerechnet *seine* Wände stehen nicht mehr lotrecht, der Glockenturm in der Mitte neigt sich einen halben Meter zur Seite. Und vor allem senken sich die Fundamente.

Denn nicht die Renaissance-Kon*struktion ist baufällig, sondern* die antiken Baureste und Grundmauern, die zum Teil noch aus republikanischer Zeit, also aus der Zeit vor Christi Geburt (!), stammen. Die Tuffsteinmauern des Tabularium, die man vom Forum Romanum aus gut sieht, zerbröseln. Eingriffe der letzten 150 Jahre haben den Zerfall beschleunigt. Eine Erdaufschüttung zum Forum hin hatte dem Tabularium (das einst das römische Staatsarchiv war) Halt gegeben. Die archäologischen Grabungen seit Napoleon, bei denen am und auf dem Kapitol antike Fundamente freigelegt wurden, ließen das prekäre Gleichgewicht der Baumassen ins Wanken geraten. Insgesamt ist auch das Gewicht des Senatorenpalastes *zu groß für die Grund*mauern aus altrömischer Zeit.

Außerdem gefährdet seit einigen Jahrzehnten ein früher nicht bekanntes Übel das Gestein: Smog und saurer Regen haben den Tuffstein so korrodiert, daß die vor einem Jahrhundert zum Halt angebrachten Eisenspangen inzwischen mehrere Zentimeter von der Mauer selbst entfernt sind.

Eine vor Jahren nach der Entdeckung neuer Risse eiligst eingesetzte Expertenkommission der Gemeinde erklärte zwar, daß die Gefährdung des Gebäudes keine Neuigkeit sei (in



Die altrömische Basis ist morsch geworden: Blick auf das Kapitol, vom Forum Romanum aus gesehen
FOTO: ZOLTAN NAGY

den sechziger Jahren gab es die ersten Alarmrufe, aber eine damals ebenfalls eingesetzte Kommission lieferte nur ein lahmes geologisches Gutachten über den tonhaltigen und wie ein Schweizer Käse durchlöcherten Untergrund), doch als 1979 nach einem schweren Erdbeben in Umbrien nordöstlich der Hauptstadt auch in Rom Erdstöße von vier bis fünf Grad nach der Mercalli-Skala gemessen wurden und auf dem Forum *die Säulen ins Wanken gerieten*, wurde es ernst.

Gerade an den antiken Monumenten Roms gab es damals schwere Schäden. Das Parlament verabschiedete schleunigst ein Gesetz zur Sanierung und Restaurierung. Das war 1981, das Gesetz war auf drei Jahre befristet und ist inzwischen ausgelaufen – und von den vielen Millionen Mark, die damals zur Verfügung gestellt wurden, erhielt die Gemeinde Rom nicht *eine* Lira! Grund: Das am schwersten betroffene Kapitol untersteht nicht dem Staat, sondern der Stadt. Ein neues Gesetz eigens für die Stadt war aber nicht eingeplant. Die nötigen Konsolidierungs- und Restaurierungsarbeiten am Kapitol werden auf mindestens 7,5 Millionen Mark geschätzt.

Die Schäden, inzwischen von einer weiteren Kommission von Architekten, Statikern und Ingenieuren genau untersucht, breiten sich immer weiter aus. Zwar wurde die erste Alarmmeldung von einem demnächst drohenden Einsturz dementiert, zwar erklärte der christdemokratische Bürgermeister Roms, Nicola Signorelli, er und der Stadtrat würden auf keinen Fall den angestammten Sitz der Stadtregierung verlassen, doch müssen schon in diesen Tagen erste Notmaßnahmen ergriffen werden. Sie sind von verblüffender Schlichtheit, doch möglicherweise wirksam. Man stellte nämlich fest, daß im zweiten Stock des Senatorenpalastes mit seinen Dutzenden von Büros ein enormes Gewicht in Gestalt von Akten, Möbeln und Beamten die Statik gefährdet. „*Nachts* geht es noch", meinte ein Techniker. „Aber tagsüber, mit Hunderten von Menschen, die hier arbeiten und Besucher *empfangen* – das sind Dutzende von Tonnen. Das halten die Decken nicht aus."

Lastwagen werden nun die Aktenberge abtransportieren – wohin, weiß noch niemand (vielleicht interessiert das die Römer auch am wenigsten). *Weithin unbekannt ist übrigens, daß* auf dem Kapitolshügel, dem Herzen der Ewigen Stadt, nicht nur Spuren der Antike, großartige Museen (darunter das älteste der Welt, gegründet im 15. Jahrhundert) und eine von Michelangelo geschaffene Piazza zu finden sind, sondern wichtige Abteilungen der Verwaltung einer Drei-Millionen-Stadt: die Stadtkämmerei, die Rechtsabteilung, die Archive und die Personalverwaltung.

Es gibt ein Projekt, das vorsieht, den gesamten kapitolinischen Baukomplex in ein Riesenmuseum zu verwandeln. Dagegen wehrt sich – und wohl zu Recht – die Bevölkerung. Seit mehr als 2500 Jahren ist dieser Hügel Sitz von Verwaltung und Regierung, war religiöses und administratives Zentrum einer Metropole. Jeder weiß, daß die Umwandlung in ein Museum einen von Leben durchpulsten Ort in einen sterilen Winkel verwandeln würde, den zumindest Einheimische kaum noch *aufsuchen würden.*

Allgemein ist deshalb die Hoffnung, daß die anderen Bauten auf dem Kapitol – wie die Palazzi rechts und links von der Piazza – nicht ähnlichen Gefahren wie der Senatorenpalast entgegensehen. Im rechten Gebäude befindet sich das römische Standesamt, in dem jeden Tag ein Dutzend Trauungen stattfinden. Oft sind es Prominente, die sich hier ihr Jawort geben, wie vor kurzem der Schriftsteller Alberto Moravia und Carmen *Llera*, eine Spanierin, die 46 Jahre jünger ist als ihr neugebackener Gemahl.

Wenn Reis *und* Rosen *und* Mandeln, die bei solchem Anlaß hier geworfen und verteilt werden, keinen Platz *mehr haben*, könnte sich die Befürchtung eines alten Handwerkers bewahrheiten, der im nahegelegenen ehemaligen Getto, am Theater des Marcellus, seine Werkstatt hat. Er sagte vor einigen Jahren, als die Bronzereiterstatue des Kaisers Mark Aurel zur Restaurierung von seinem Sockel auf dem Kapitolspalast entfernt wurde: „Das ist der Anfang vom Ende. Die haben angefangen, das Kapitol zu demontieren."

JÜRGEN VORDEMANN

Wiederentdeckt: Tollers „Wunder in Amerika"

Frommer Schreikrampf

Angestrahlt von einem American-Pink und einer giftgrünen Gloriole hängt die tote Mary Baker-Eddy in einem Krückengestell vor ihrer Glaubensgemeinde. Die entrückten Glaubensbrüder und -schwestern hatten zuletzt ihre Botschaft nur noch vom Band gehört. Das Seelen-Business must go on: So endet das Schauspiel „Wunder in Amerika" von Ernst Toller und Hermann Kesten. Es wur*de 1931 am Nationaltheater* Mannheim uraufgeführt, seither galt es als verschollen. Jetzt wurde der Text im Archiv des Mannheimer Theaters wiedergefunden und die württembergische Landesbühne wagte sich an eine Wiederbelebung.

Im Mittelpunkt steht die Gründerin der „Christian Science", Mary Ba*ker-Eddy (1821–1910)*, der Stefan Zweig „den großartigsten Aufstieg einer Frau im 19. Jahrhundert" bescheinigt und die mit knallhartem Glaubens- und Geschäftssinn, gepaart mit Sendungs- und Führerqualität, mit ihrer Heilslehre die ganze Welt eroberte. Diese Frau wird von Sabine Hahn psychologisch glaubhaft gespielt.

Mary Baker wird mit diesem Stück jedoch, das 1931 aktuell gemeint sein mochte, heute nun für neue Tendenzen der Heils-Dollar-Mystik in Anspruch genommen. Dadurch mißrät die Inszenierung. Zugeschnitten auf diese beherrschende Figur fallen Gruppenszenen fahl aus; lauter Deppen können doch diese gefügige Gemeinde im Konzernzuschnitt nicht gebildet haben.

Neben dem erhebenden Sektensingsang, einer auch heute wirksamen Heilsharmonik (Musik: Uli Bühl), und der Schilderung des immer gleichen Gruppenrituals, fallen Einzelszenen doch aus dem Rahmen: Mary mit dem toten Eddy (Jan Schreiber), ein Bild einer in kaltgewordene *Lust verkrallten Frau*, oder der Auftritt von Marys Widersacherin Mabel Smith (Isa Schlubach), die als *Millionärin* von New York aus den „Aufstand" probt und verliert. Reinhold Ohngemach als John Oxford, Untersuchungsrichter, entwickelt sich als leise nölender TV-ähnlicher „Kommissar-Verschnitt" und entpuppt sich am Ende als perfekter Regisseur des Schreikrampf-Christentums.

Generell aber fallen das Ungleichgewicht im Tempo, der Choreographie (Pavel Mikulastik) in der *Gruppenführung auf*, auch eine überstrapazierte deklamatorische Gestik, vor allem vor der Pause. Trotz eines sich steigernden Aufbaus und genau geführter Dialoge schwankt das ganze zwischen Revue und Drama.

Ein Wunder geschieht in Esslingen nicht. Man wird allenfalls belehrt, wie „Wunder in Amerika" gemacht werden und darüber, daß die Verführer-*Qualität* des Seelen*geschäfts immer* gleich bleibt.

REINER NERVAL

München: Offenbachs „Blaubart" unter Matiasek

Riesenbett für Boulotte

Wo immer man ein Stück von Offenbach zu fassen kriegt, freut man sich darauf und ist anschließend enttäuscht. Woran liegt das? An den eigenen falschen Erwartungen? An der *Musik*, die doch nicht durchgängig stücktragend ist? Am Theaterhandwerk, das Schwierigkei*ten hat, Offenbachs Witz, ohne ihn* ganz aus seiner eigenen Sphäre zu lösen, so anzuspitzen, daß er heute noch sticht?

Der neue „Blaubart" am Gärtnerplatz, der erste überhaupt in München, entläßt uns mit argen Zweifeln. So richtig es sein mag, das Stück nicht radikal auf einen aktuellen Be*zugspunkt hinzutrimmen*, sich grelle Verfremdung zu versagen – Hellmuth Matiaseks Inszenierung artikulierte nicht klar genug, warum sie eigentlich stattfand.

Wenn es überhaupt einen An*gelpunkt gibt*, von dem aus Offenbach klappen könnte, dann wäre das die Musik. Es müßte sich einer in sie verlieben, ihre *Struktur*, ihre Frechheit, ihren Charme und ihre Pikanterie aufspüren und diese Strukturen auf die Darsteller übertragen. Wie beim Ballett interessiert bei Offenbach nur, was übrig bleibt, wenn man sich Dekor und Kostümaufwand wegdenkt. Und da blieb hier nicht mehr viel. Matiasek läßt allzuviel bewegen, jedoch eher Drehbühne, Hän*ger und Dekorationsteile statt* der Menschen.

Daher gewinnen sie keine rechte Kontur. Sie scheinen alle schon bei Stückbeginn zu wissen, daß sie sich einer Satire unterziehen, ringen sofort mit einer übertriebenen, aufgesetzten *Heiterkeit*, legen uns *nahe*, das Ganze gleichsam „zu hören". Aber das verdirbt den Spaß. Die Si*tuationen müßten ja zunächst* ruhig ersungen und erspielt, erst dann ironisch gebrochen werden. Das gelingt fast nur Manfred Lichtenfeld als grotesk gefährlichem König Bobèce.

Monika von Zallinger versucht, mit originell sich verwandelnden Hängern, ins Gigantische übersetzten Einzelteilen (Riesenbett, Riesenleuchter, Riesenkanonenrohre) die Essenz des Ortes anzudeuten, ohne der Bühne die Luft zu nehmen. Das geschieht oft mit Geschmack. Wenn jedoch der Chor *kommt*, tobt wieder die hoffnungslose Menschen- und Materialschlacht.

Tamara Lund stemmt die dralle Boulotte couragiert und sommersprossig auf die Bühne, Udo Holdorf *setzt eher* Herodes- als Lohengrintöne für seinen anarchischen Blaubart ein. Tristan Schick am Pult, sonst mit sehr leichter Hand begabt, braucht vielleicht noch ein paar Vorstellungen, bis Offenbachs feingliedrige Musik entsprechend ziseliert herauskommt. Bei der Premiere klang's noch ein bißchen struppig.

BEATE KAISER

Nächste Vorstellung: 23. Febr., Kartenbestellung: 089 / 20 16 767

Mike Newells neuer Film „Dance with a stranger"

Tod dem Trunkenbold

Wenn der Verleih bei dem englischen Film „Dance with a stranger" nicht ganz auf einen deutschen Titel verzichtet hätte, wäre „nicht die Mörderin, der Ermordete ist schuldig", keine schlechte Wahl gewesen.

Der Regisseur Mike Newell, der die Geschichte von der letzten Frau, die in Großbritannien hingerichtet wurde, auf die Leinwand gebracht hat, ist offenbar der Auffassung, daß die Barfrau Ruth Ellis, die 1955 gehängt wurde, weit eher Gnade vor dem Gesetz verdient *hätte als der nichtsnutzige* Sprößling der Oberklasse, den sie auf offener Straße niedergestreckt hat.

*Die Ruth Ellis ist in einem Nacht*lokal tätig. Sie ist geschieden und hat ein Kind, einen sehr lieben Jungen, *den einer ihrer treuesten Freunde* in einem Internat untergebracht hat. Man erkennt schnell, daß dieser untersetzte stille Mann ihren Erfolg als freudig von allen begrüßte Stimmungskanone mißtrauisch betrachtet, und daß sie auf einen Prinzen wartet, der sie aus der kleinkarierten Frivolität ihrer Existenz mit einem Schlage herausholt.

Ein neuer Boyfriend aus einer reichen Familie scheint das zu versprechen. Obendrein ist er auch noch ein fabelhafter Liebhaber, was den Kinobesuchern sehr deutlich vor Augen geführt wird. Aber er ist mit einem *harmlos-netten Mädchen aus seiner* eigenen Schicht verlobt, und vermutlich ist es die Spannung zwischen den zwei grundverschiedenen Elementen, die ihn zum Trunkenbold macht. Streit und Versöhnung wechseln sich rasch ab, bis zu der nebligen Nacht, in der Ruth in äußerster Wut und Verzweiflung zum Revolver greift.

Wie Miranda Richardson die Wandlung von dem lebensfrohen und allseits begehrten Geschöpf – eine Marilyn-Monroe-Dublette für bescheidenere Ansprüche – zu dem aschfahlen gepeinigten Wesen wird, das an der Treulosigkeit und halbbewußten *Brutalität des jungen Trinkers zer*bricht, ist eine grandiose Leistung, an der sicherlich auch der Regisseur einen großen Anteil hat.

Wie gründlich und inspiriert Newell arbeitet, läßt sich an der Führung *der vielen männlichen Darstel*ler ablesen und an der Treffsicherheit, mit der er die verschiedenen Mi*lieus gezeichnet hat*: Das Drum und Dran des Autorennsports, den stillen Sonntag auf dem Lande, die verschiedenen kleinbürgerlichen Wohnstätten nebst ihrer Eignung als Liebesnester und vor allem die Bar selbst, die Stätte aller Begegnungen, die in ihrer unverwechselbaren Mischung aus großer und kleiner Welt, mit den Aufbauten von Whisky- und Likörflaschen *das Zeitbild von 1955 fabelhaft* hervorruft. Und wie ähnlich ist das alles! Man kann sich einen ganzen *Wochenendausflug an die Themse* ersparen.

HELLMUT JAESRICH



Fred Thieler, der in wenigen Wochen 70 Jahre alt wird, anläßlich einer Ausstellung seiner Arbeiten
FOTO: STORY PRESS-CLAUSS

Fred Thieler: Berliner Akademie zeigt das Werk des führenden Vertreters der informellen Malerei

Leben fern aller Figurationen in Raum und Zeit

Was auf den ersten Blick wie ein nobel, wenngleich widerwillig inszenierter Festakt aussieht, gerät unversehens zum brillanten Gegenbeweis. Erst im Mai vergangenen Jahres hatte der Präsident der Akademie der Künste in Berlin, Günter Grass, der gegenstandslosen Kunst vom Anfang der fünfziger Jahre vorgeworfen, sie habe sich „ins Unverbindliche" verdrückt: „*Während innenpolitisch* die Restaurierung obrigkeitsstaatlicher Machtverhältnisse Fortschritte machte, ließ *sich eine unkritische* Avantgarde, die sich allenfalls formalen Widersprüchen aussetzte, nach *außen als Zeugnis neudeutscher Mo*dernität und Weltoffenheit vorweisen."

Nicht nur, daß der Präsident sein diskriminierendes Vorurteil jetzt in einem Katalog der von ihm vertretenen Akademie nachlesen darf – der Anlaß selbst widerlegt seine Äußerungen souverän. Es ist die Ausstellung mit Arbeiten von Fred Thieler.

Fred Thieler – seit 1959 lebt, lehrt, *arbeitet er in Berlin – ist einer* der überragenden Künstlergestalten der informellen Malerei in Deutschland.

Der geborene Königsberger hatte ursprünglich ein Medizinstudium begonnen. Die Nazis machten ihm, wegen der jüdischen Mutter, einen Strich durch die Lebenspläne und zwangen ihn, zeitweise unterzutauchen. Die künstlerische Biographie beginnt deshalb *eigentlich erst* nach dem Kriege, mit dem Studium in München; sie erlebte ihre entschei*dende Vertiefung zu Beginn* der fünfziger Jahre in Paris, durch die Kontakte zu Hartung, Poliakoff und Soulages.

Seltsamerweise sieht sich Thieler, der in wenigen Wochen seinen 70. feiert, heute in der begrifflich albernen „Vater-", sogar „Großvaterrolle" von Künstlern verschiedener Couleur. Konstruktive sind bei ihm ebenso erfolgreich in die Schule gegangen wie namhafte Berliner Realisten oder Wegbereiter der Neuen Heftigkeit. Dies ist Beleg für Thielers Fähigkeit, statt Epigonen Könner zu ermutigen.

Seinen eigenen Weg ist er mit bewundernswerter Beharrlichkeit ge*gangen. Unbestechlich hat er die Vi*sionen einer abstrakten Malerei verfolgt, Geistigkeit in einer Kunst offenbar werden lassen, ohne je ins Plakative oder Programmatische abzudriften. Die Show-Gebärden eines Mathieu lassen sich bei Thieler nicht denken.

Der Berliner Akademie ist eine überraschend lebendige Präsentation gelungen. Schon an der Frontseite des Düttmann-Baus wird der Besucher von einem Bild empfangen. In der großen Halle können die kräftigen Formate ihren großen Atem ganz entfalten. Sogar in einer der Shed-Staffelungen findet man eine Arbeit. Andere sind, fahnengleich, flächig hingebreitet und erinnern so an Thielers *Methode*, dem *Farbfluß zu* ebener Erde seine Freizügigkeit zu geben. Denn „Zufall" ist ein wesentliches Element in Thielers Schaffen, der seine Bilder sich gleichsam „selbst malen läßt". Aber so wie in den früheren Bildern noch ein starkes Lenken, Abwägen, Markieren und Akzente-Setzen herrschte, wurden auch später die *Zufälle* behutsam an die Kandare genommen.

Frühen Eruptionen, beinahe kalligraphischen Kürzeln, sollten später eindringliche Wände folgen, die sich nicht in der Mitteilung von Gedanken und Emotionen erschöpften, sondern diese in Gang setzten. Thielers Bilder wurden nicht zu Objekten. Zwar collagierte er Fragmente vorangegangener Bilder auf seine Leinwände, hob er Abdeckungen wieder auf und öff*nete erstaunliche* Strukturen und Transzendenzen – aber die Tiefe, die Plastizität, entstand in einem übertragenen Sinne. Der Bildtafel-Grund blieb erhalten. Nach den „Galaxien" und kosmisch anmutenden Bildern entstanden Arbeiten, die wie fotographische Mehrfachbelichtungen anmuten.

In Thieler haben Rot und Blau und Schwarz – und die durch sie beschworene Helle – ihren abstrakten *Meister gefunden*. „*Raum*" *und* „Zeit" sind die dramaturgisch stärksten Elemente in seinem Werk. Nicht *umsonst mochte Thieler, malend,* Tiepolo huldigen. Die Essenz seiner Bilder, die Wucht ihrer Ich- und Lebenserfahrung, bedarf *keiner Figura*tionen, sie weist sie ab.

PETER HANS GÖPFERT

Bis 17. März; Saarbrücken, 13. April bis 18. Mai; Katalog 24 Mark.

JOURNAL

Kein Auslieferungs-Stopp für Buch von Stefan Aust

DW, Hamburg

Der Verlag Hoffmann und Campe hat sich auf Verlangen des früheren Ex-Kommunarden und heutigen Berliner AL-Abgeordneten bereit erklärt, eine 10-Zeilen-Passage des Buches „Der Baader-Meinhof-Komplex" von Stefan Aust in zukünftigen Auflagen abzuändern. Aust hatte geschrieben, Kunzelmann hätte 1970 auf dem Berliner Juristenball eine Bombe deponiert. Kunzelmann war aber bereits 1973 von diesem Vorwurf rechtskräftig freigesprochen worden. Dies wurde jetzt vom Verlag korrigiert, der gleichzeitig Meldungen zurückwies, daß Kunzelmann einen Auslieferungsstopp des Buches erwirkt hätte.

Programm der Berliner Festwochen

Gtl. Berlin

Die Berliner Festwochen (1. bis 28. 9.) bringen mit den Philharmonikern unter Herbert von Karajan *Beethovens 9. Sinfonie (27. u. 28. 9.)* zur Aufführung. Carlo Maria Giulini dirigiert Verdis Requiem (9. u. 10. 9.), außerdem treten Claudio Abbado (5. u. 6. 9.), Maurizio Pollini, gleichzeitig Solist in drei Mozart-Klavierkonzerten (13. u. 14. 9.) und Giuseppe Sinopoli mit Mahlers Sechster (20. u. 21. 9.) ans philharmonische Pult. Als Gastorchester neben Berlins Radio-Symphonikern unter Riccardo Chailly (7. u. 8. 9.) sind die Junge Deutsche Philharmonie (2. 9.), das Moskauer Sinfonieorchester (4. 9.), das Concertgebouworkest Amsterdam (11. 9.), das Utah Symphonie Orchestra (16. 9.) und die Münchner Philharmoniker (23. u. 24. 9.) angesagt. Uraufgeführt werden Auftragskompositionen von Stockhausen („Eva's Lied"), Denissow (Viola-Konzert), Gubaidulina, Pironkow (3. Streichquartett). Eine konzertante Aufführung von Henzes „Die Bassariden" (28. 9.) durch die Deutsche Oper beschließt das Festival.

Ballett-Gruppen tanzen in Paris

AFP, Paris

Sechsundsechzig Ensembles aus 14 Ländern nehmen am 1. Internationalen Choreographie-Wettbewerb *teil, der heute in Paris* beginnt. Am stärksten ist mit 37 teilnehmenden Tanzgruppen das Gastland Frankreich vertreten, es folgen die USA, Dänemark und Italien. Die aus mindestens drei Tänzern bestehenden Ensembles führen ein sechs bis 15 Minuten langes Werk eines Choreographen vor. Der erste Preis ist mit rund 23 000 Mark dotiert. Carolyn Carlson, Rosella Hightower, Reinhild Hoffmann und Oscar Araiz gehören der fünfzehnköpfigen internationalen Jury an.

Großer Silberfund aus der Thraker-Zeit

AFP, Sofia

165 vergoldete Silbergefäße aus der Thraker-Zeit sind bei Kanalisationsarbeiten in dem nordwestbulgarischen Dorf Rogozen gefunden worden. Wissenschaftler halten den Fund für den wertvollsten Schatz aus dieser Epoche, der jemals in Europa entdeckt wurde. Die reichverzierten Krüge, Becher und Schalen beweisen nach Angaben der Experten die *Existenz* einer sehr hochentwickelten thrakischen Kunstschule. Die Stücke, die im *vierten vorchristlichen Jahrhundert* im Nordwesten des heutigen Bulgarien angefertigt wurden, sind mit Reliefdarstellungen von Tieren, Pflanzen, geometrischen Mustern und mythologischen Szenen geschmückt, die 54 Krüge weichen sämtlich in Größe und Verzierung voneinander ab. Auf dem Grund von 14 Schalen fanden sich thrakische Inschriften in griechischen Lettern.

ČSSR-Plakate im Museum für Gestaltung

DW. Zürich

Plakate für Filme, Ausstellungen, Theater, Musik und zu politischen Anlässen aus der ČSSR zeigt das Museum für Gestaltung in Zürich bis zum 2. März. Die Künstler variieren vor allem Stilformen der fünfziger und sechziger Jahre oder arbeiten mit Collagen. Der Katalog zu der Ausstellung (15 sfr) ist vor allem *deshalb bemerkenswert*, weil er nicht – wie sonst bei Veranstaltungen mit Kunst aus kommunistischen Staaten – „wertfrei" und affirmativ argumentiert, sondern klar die Bedingungen (vor allem die doppelte Zensur) anspricht.

„Gemeinsam lesen" auf Brüsseler Buchmesse

jb. Brüssel

Vom 8. bis zum 16. Mai findet im Brüsseler „Centre Rogier" am Nordbahnhof die 18. Internationale Buchmesse statt. Sie steht in diesem Jahr unter dem Motto „Gemeinsam lesen". Die Teilnehmerzahl ist höher als erwartet: Fast 100 Länder aller Erdteile haben sich angemeldet, darunter auch China. Die USA ist besonders mit Büchern über neue Technologien vertreten.

Frau mit vergiftetem Schmerzmittel ermordet

Tylenol-Kapseln sind wieder in die Schlagzeilen geraten

rtr/DW. New York

Das wohl meistgekaufte Schmerzmittel in den USA, Tylenol, ist durch einen neuen Mordfall ins Gerede geraten. Die 23jährige Diane Elsroth im US-Bundesstaat New York war am Samstag gestorben, nachdem sie mit Zyankali vergiftete Tylenol-Kapseln genommen hatte. 1982 waren auf die gleiche Weise sieben Menschen in Chicago umgebracht worden. Der Hersteller, Johnson and Johnson, teilte mit, daß die Packungen aus der entsprechenden Serie zurückgerufen werden.

Johnson and Johnson rief alle Einwohner des Großraumes New York auf, das rezeptfreie Tylenol nicht mehr einzunehmen. Der Pharmakonzern warnte besonders vor den 24er-Packungen der seit August 1985 ausgelieferten Serie ADF-916 mit Verfallsdatum Mai 1987. Allerdings seien die bisher untersuchten Kapseln dieser Serie „sauber" gewesen.

Dies gelte auch für die Packungen aus der Filiale Bronxville der mehrheitlich zur Tengelmann-Gruppe gehörenden Supermarktkette „A + P", in der das vergiftete Tylenol vermutlich verkauft worden war. Zahlreiche Drogerien und Supermärkte in den USA nahmen das Mittel aus den Regalen. Die fragliche Serie habe insgesamt 200 000 Packungen umfaßt, über deren Verbleib Burke keine Angaben machen konnte.

Auf keinen Fall sei das Tylenol, das auch in deutschen Apotheken rezeptfrei vertrieben wird, aus dieser Serie in die Bundesrepublik Deutschland gelangt, teilte die Johnson und Johnson GmbH gestern in Düsseldorf mit. Firmensprecher Bolko von Gersdorff zur WELT: „Tylenol wird in den USA in Glasbehältern verkauft, in Deutschland stecken die Kapseln oder Tabletten in Durchdrückpackungen, an denen jede Manipulation sofort auffällt." Er erklärte, daß es im Bundesgebiet nicht zu Anschlägen durch Tylenol kommen könne. Zudem seien die Packungen hierzulande nur in Apotheken erhältlich, während sie in den USA frei zugänglich in den Regalen der Kaufhäuser stehen.

Die Mordfälle in Chicago zwischen dem 29. September und dem 2. Oktober 1982 wurden trotz einer ausgesetzten Belohnung in Höhe von 100 000 Dollar nie aufgeklärt. Später erhielt Johnson and Johnson einen Drohbrief, in dem weitere Giftanschläge mit Tylenol angekündigt wurden. Der Briefschreiber wurde wegen Erpressung verurteilt.

In der Zwischenzeit investierte die US-Pharmaindustrie Millionen von Dollar für die Entwicklung einer versiegelten Packung, die vor Manipulationen schützen sollte. Weitere 140 Millionen Dollar gab Johnson and Johnson für eine Marketingkampagne zur Wiedereinführung des Tylenols in neuer Verpackung aus. Das Marktvolumen von Tylenol mit dem Wirkstoff Paracytamol, der heute in vielen Schmerzmitteln zu finden ist, hat nach Informationen von Börsenexperten 1985 in den USA bei schätzungsweise 550 Millionen Dollar gelegen. Tylenol wurde damit erneut zum Marktführer.



Drei Paare auf einer Couch – der Traum eines jeden Psychiaters, mehr noch: die gebündelten Träume der deutschen Fernsehnation. Welches Paar erhält am 20. 2. die Goldene Kamera von Hörzu: Witta Pohl und Hans P. Korff (stehend) „Diese Drombuschs", Thekla C. Wied und Peter Weck „Ich heirate eine Familie", sitzend links oder Gaby Dohm und Klausjürgen Wussow „Schwarzwaldklinik"?

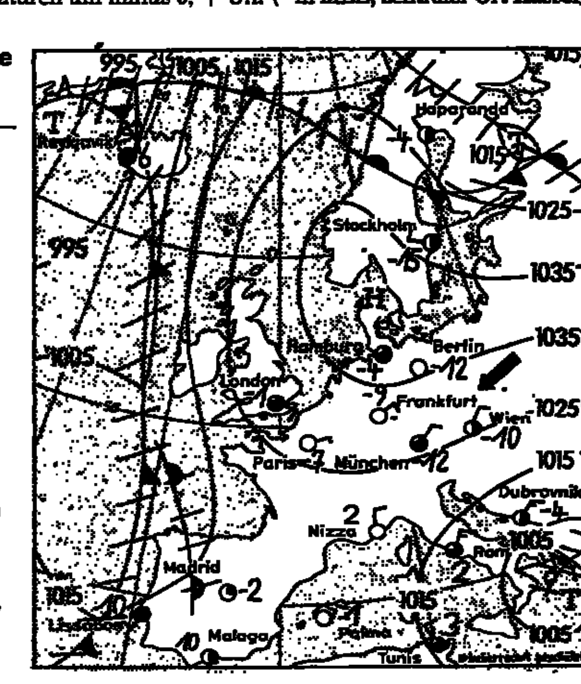
WETTER: Sonnig und kalt

Lage: Ein nahezu ortsfestes Hoch über Skandinavien bestimmt weiterhin das Wetter in Deutschland.

Vorhersage für Donnerstag: An der Küste auch tagsüber Nebel und hochnebelartige Bewölkung, jedoch niederschlagsfrei. Temperaturen um minus 3, nachts minus 12 Grad. In Bayern in den Flußniederungen nur zögernde Nebelauflösung, sonst wolkig mit Aufheiterungen und trocken. Temperaturen um minus 5, nächtliche Abkühlung bis minus 15 Grad. Übriges Deutschland sonnig und trocken, Temperaturen zwischen minus 3 Grad und Null Grad. Nächtliche Abkühlung bis minus 10, örtlich bis minus 16 Grad.

Weitere Aussichten: Keine durchgreifende Änderung.

Sonnenaufgang am Freitag: 7.38 Uhr*, Untergang: 17.35 Uhr; **Mondaufgang:** 9.38 Uhr, Untergang: –.– Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 12 Uhr (MEZ):

Ort	°C	Wetter
Deutschland:		
Berlin	-3	he
Bielefeld	-1	wl
Braunlage	-3	wl
Bremen	1	be
Dortmund	-2	wl
Dresden	-11	wl
Düsseldorf	-1	wl
Erfurt	-9	bd
Essen	-2	wl
Feldberg/S.	-11	bw
Flensburg	-2	bd
Frankfurt/M.	-3	wl
Freiburg	-5	be
Garmisch	-8	wl
Greifswald	-1	he
Hamburg	0	bw
Hannover	-6	wl
Kahler Asten	-6	wl
Kassel	-4	wl
Kempten	-7	he
Kiel	-1	bd
Koblenz	0	wl
Köln-Bonn	-2	wl
Konstanz	-5	bd
Leipzig	-11	bw
List/Sylt	-3	bw
Lübeck	-1	bw
Mannheim	-1	wl
München	-7	bw
Münster	-1	wl
Norderney	-1	bd
Nürnberg	-6	wl
Oberstdorf	-11	wl
Passau	-5	wl
Saarbrücken	4	wl
Stuttgart	-4	wl
Trier	-4	wl
Zugspitze	-16	he
Ausland:		
Algier	12	bw
Amsterdam	0	wl
Athen	13	he
Barcelona	7	bd
Belgrad	-1	bd
Bordeaux	1	he
Bozen	3	wl
Brüssel	-1	wl
Budapest	-1	bd
Bukarest	-4	bd
Casablanca	15	bw
Dublin	2	bd
Dubrovnik	6	wl
Edinburgh	0	he
Faro	13	bw
Florenz	7	he
Genf	-5	bd
Helsinki	-1	bw
Hongkong	17	he
Innsbruck	-8	he
Istanbul	8	bd
Kairo	23	wl
Klagenfurt	-2	bw
Konstanza	-3	bd
Kopenhagen	-6	bw
Korfu	9	bw
Las Palmas	20	he
Leningrad	0	wl
Lissabon	8	Sp
Locarno	4	wl
London	1	bd
Los Angeles	12	bd
Luxemburg	-4	wl
Madrid	6	wl
Mailand	5	wl
Malaga	17	wl
Mallorca	11	he
Moskau	-6	wl
Neapel	0	S
New York	-4	bd
Nizza	11	he
Oslo	-8	he
Ostende	0	be
Palermo	6	be
Paris	-1	wl
Peking	6	bw
Prag	-5	wl
Rhodos	16	bd
Rom	4	bw
Salzburg	-5	bd
Singapur	31	he
Split	6	bd
Stockholm	-8	he
Straßburg	-4	wl
Tel Aviv	21	wl
Tokio	9	he
Tunis	13	bw
Valencia	12	wl
Varna	-1	bw
Venedig	5	he
Warschau	-8	he
Wien	-5	bw
Zürich	-8	S

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

Österreich versinkt im Schnee / Höchste Niederschlagsmenge seit dem Winter 1929

Das Chaos kam in Watte verpackt

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die österreichische Hauptstadt, deren Weinberge sonst von einem gemäßigten und milden Klima zeugen, glich dieser Tage einer Stadt in Sibirien: Seit dem Wochenende schneite es ununterbrochen bei ungewöhnlich tiefen Temperaturen. Erstaunte Autofahrer sahen von ihren Wagen nur noch die Antennenspitze aus einem Schneehaufen hervorragen. Da am Wochenende auch die sogenannten „Energieferien" in Wien und Ost-Österreich zu Ende gingen, kam es auf Autobahnen und Landstraßen zu Staus und Karambolagen im Schnee bei der Heimfahrt der Urlauber.

Sogar im Zentrum der Hauptstadt, auf dem Ring zwischen Staatsoper und Parlament, gab es Schneefahrbahnen und Straßenglätte. Der Wiener Fasching ging im Schneegestöber buchstäblich unter. Die höhergelegenen Vororte am Rande des Wiener Waldes waren zeitweise kaum zu erreichen – und wenn, dann nur mit großer zeitlicher Verzögerung. Während viele Wiener ihre eingeschneiten Autos gar nicht erst freischaufelten, hatten Taxis Hochkonjunktur. Züge, Straßenbahnen und Busse fuhren nur mit Verspätung. Es war, wie ältere Bewohner der Stadt sagen, der schlimmste Schnee seit Menschengedenken – und manche bemühten den Katastrophenwinter 1929 als Vergleich.

Jetzt hat der Schneefall, ausgelöst durch ein gewaltiges Mittelmeer-Tief samt sibirischer Kaltluft, zwar aufgehört, aber die Kälte ist geblieben, so daß mit einem baldigen Ende der weißen Pracht nicht zu rechnen ist. Neben Wien versanken vor allem die Bundesländer Steiermark und Kärnten in einem wahren Schneechaos. In der Steiermark und ihrer Landeshauptstadt Graz türmte sich der Schnee mannshoch in den Straßen. Für alle Straßen des Landes gab es Schneeketten-Pflicht.

In Kärnten waren zahlreiche Dörfer und einzelne Bauernhöfe von der Außenwelt abgeschnitten. Straßen, auf denen Lkw liegengeblieben waren, mußten zeitweise gesperrt werden. Urlauber in einigen Wintersportorten konnten nicht rechtzeitig die Heimkehr antreten. Was die Gastwirte und Hoteliers so sehnsüchtig und oft vergeblich herbeigesehnt hatten – jetzt war sie da, die weiße Pracht – aber wieder einmal zuviel des Guten und auch dort, wo man sie gar nicht brauchen konnte: im ostösterreichischen Burgenland etwa, wo starker Wind auf dem meist ebenen Gelände zu meterhohen Schneeverwehungen führte.

Jenseits der ungarischen Grenze sah es noch schlimmer aus. Die Ungarn, deren Straßenräumdienst nicht so gut organisiert ist wie in Österreich, stellten vorübergehend die Schneeräumung überhaupt ein – weil Verwehungen sofort wieder die freigelegten Strecken zudeckten. An einigen Grenzübergängen fertigte der ungarische Zoll vorübergehend keine Reisenden und Fahrzeuge mehr ab.

Der große Schnee dieses Winters hat auch dort seine Zähne gezeigt, wo sonst kein Mensch an hochalpine Gefahren zu denken pflegt. Auf die Semmering-Bundesstraße in Niederösterreich gingen Schneebretter nieder, auf eine Gegend, in der von Lawinen sonst keine Rede ist.

Sonderschichten mußten die österreichischen Schneekettenfabrikanten in ihren Betrieben einlegen. Den Händlern wurden diese jetzt kostbaren Produkte buchstäblich aus der Hand gerissen. In der Steiermark wurden 4000 Feuerwehrleute und 550 Soldaten aufgeboten, um die wichtigsten Eisenbahnstrecken freizuhalten. Aber auch das gelang nur teilweise. Der Schnellzug „Robert Stolz" blieb in den Schneemassen stecken. Mit Hubschraubern wurden eingeschneite Dörfer versorgt.

Der schlimmste Schneefall dieses Jahrhunderts in Ost- und Süd-Österreich hatte aber auch eine heitere Seite. Durch die Straßen von Graz zogen Ski-Langläufer. Wo sonst hektischer Verkehr das Gesicht der Großstadt prägte, herrschte eine wie in Watte gepackte Stille.



Idylle in Weiß: Hubschrauber halten den Kontakt zur Außenwelt FOTO: DIE WELT

Lange Leitung bis nach Singapur

Vier Unterwasserkabel für die Philippinen verschifft / Schwerste Trommel wiegt 215 Tonnen

W. WESSENDORF, Bremerhaven

„Das war unsere schwierigste Verschiffung", atmete der Direktor der Kabelmetal electro GmbH („ke"), Ekkard Schleese, gestern mittag auf. Innerhalb von wenigen Stunden nur waren in Bremerhaven vier Schwergutkolli mit Unterwasserkabeln für die Philippinische See an Bord der „Peter Rickmers" gehievt worden. Damit sollen die vier Inseln Guimaras, Siargo, Camiguin und Samal künftig elektrischen Strom erhalten.

Die Längen der vier Unterwasserkabel betragen zweimal je zehn Kilometer und zweimal drei Kilometer, 215 Tonnen pro Stück wiegen die langen Stücke, „das erforderte eine besondere Transportkonzeption", erklärte Schleese. Die Probleme begannen schon im Werk in Hannover, wo die Spezialkabel, die Spezialleiter hergestellt wurden. Während die kurzen Kabel keine Schwierigkeiten beim Transport bereiteten, mußten die langen Schlangen auf je zehn Waggons verladen und nach Bremerhaven gebracht werden. Schleese: „Die Kabel müssen an einem Stück sein, damit es später keine störanfälligen Verbindungsglieder unter Wasser gibt".

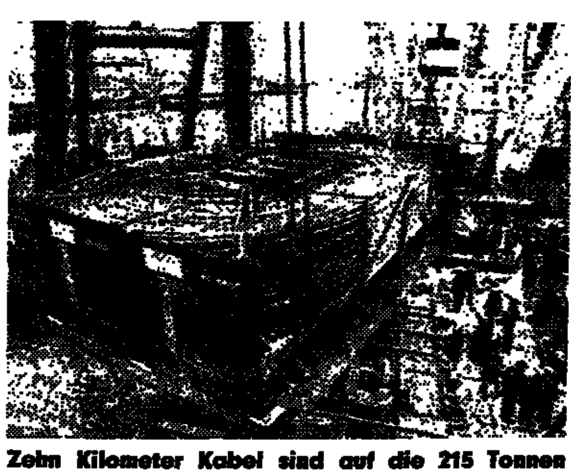
So wurden die langen weißen Schlangen schneckenförmig von einem Waggon zum anderen verlegt, in Bremerhaven erfolgte über eine Turmkonstruktion das Eincoilen von den Waggons in zwei spezielle Transportgefäße, orangenfarbene sogenannte Hansecontainer – eine Stahlkonstruktion mit Flatauflagen.

In der Seestadt nahm der Schwimmkran „Enak" die Schwergutkolli und „Athlet" die kleineren von der Pier auf den Haken und setzte sie nach 400 Metern an Deck der „Peter Rickmers", die eine Tragfähigkeit von 11 500 Tonnen hat. Dieses Schiff mit seiner Besatzung ist für derartige Verladungen ein „Profi". Es verfügt über zwei 130-Tonnen-Ladebäume – das ist wichtig für das Abladen in Singapur; dort gibt es keinen Kraftprotz „Enak" mehr.

Um 7.30 Uhr gestern morgen hatte die Verladung in der Dunkelheit begonnen, um 11.00 Uhr war alles schon an Bord. Allerdings mußten die schweren Lasten noch zwölf Stunden lang festgezurrt werden, um nicht bei schwerem Seegang zu verrutschen, bevor die Reise Richtung Philippinen begann. Nachdem in Singapur mit bordeigenem Geschirr auf einen Kabelleger umgeladen worden ist, geht die Fahrt in den südlichen Teil der 7000 philippinischen Inseln. Die Verlegung der Kabel wird die NEA National Electrification Administration in Manila zwischen April und Juni vornehmen. Das geschieht allerdings unter der Aufsicht von zwei Hannoveraner Werks-Ingenieuren.

„Wir machen das ja nicht zum ersten Mal", bekundete Schleese, „ke" schuf schon die Verbindungen zu den deutschen Inseln Fehmarn, Juist, Nordstrandischmoor, Langeoog und Norderney. Außerdem betreute die Firma Projekte in der Javasee, Kolumbien und Chile. Der „ke"-Direktor: „Insgesamt haben wir 300 Kilometer unter Wasser Kabel verlegt – noch ist kein Fehler aufgetreten."

Die mit einer Jute-Kreide-Schicht eingepackten Kabelschlangen werden per Kabelverlegerschiff über Bord gespult, die schwierigste Aufgabe liegt in der Verbindung von der großen Insel Mindanao zum Eiland Camiguin. Der kunststoffisolierte Stromleiter muß 10,7 Kilometer weit bis zu einer Tiefe von 450 Metern versenkt werden. An den Ufern wird er bis zu zwei Meter tief eingegraben, der Rest auf dem Meeresboden ohne Verankerung hinabgelassen. Das Kabel ist ausgelegt für 13,2 und 34,5 KV.



Zehn Kilometer Kabel sind auf die 215 Tonnen schwere Trommel aufgespult. Drei solcher Trommeln wurden gestern nach Asien verschifft. FOTO: DPA

„Wichtig ist natürlich dabei die Überwachung der Kabel", erklärte Schleese, „das haben wir schon während des gesamten Transports getan. Schon beim Umschießen kann es Brüche geben."

Finanziert wird dieses Projekt im Rahmen des Kapitalhilfeabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik der Philippinen, der Auftrag wurde ausgeschrieben, sein Wert inklusive Verlegung beläuft sich auf 14,5 Millionen Mark. „Wegen der politischen Lage sehen wir keine Schwierigkeiten", meinte der Direktor in Hannover, vielmehr hoffen die 2000 Mitarbeiter auf Anschlußorder.

LEUTE HEUTE

Ganz bescheiden

Er sei es leid, daß man ihn den „heiligen Bob" nenne. Er habe mit seiner Aktion „Band Aid" doch nur Millionen Dollar für Afrika zusammengebracht. Aber so ganz ohne Auszeichnung will **Bob Geldof** denn nun doch nicht leben. „Es wäre herrlich, wenn ich den Friedensnobelpreis bekommen würde", verriet er jetzt.

Wieder gescheitert

Den höchsten Berg der Erde, den Everest, hat er ohne Sauerstoffgerät bestiegen. Am fünfthöchsten, dem Makalu (8500 Meter), aber scheiterte der Südtiroler **Reinhold Messner** (40) nun schon zum dritten Mal. Stürme und schlechte Sichtverhältnisse verwehrten ihm und seinem Kameraden **Hans Kammerlander** den Gipfelsieg über den Achttausender.



Gesicht eines Mondes

Die Raumsonde Voyager 2 kam auf ihrem Flug etwa 30 000 Kilometer an den Uranus-Mond Miranda heran und schickte dieses Foto zur Erde. Es zeigt die Vielfalt geologischer Formationen auf diesem Trabanten. Der große Krater hat einen Durchmesser von 25 Kilometern. FOTO: DPA

Weltruhm mit einem Pseudonym aus Scham

In der texanischen Stadt Austin, in der East Fifth Street, steht ein kleines, grüngestrichenes Haus. Es wurde jetzt liebevoll restauriert. Seine Attraktion: In ihm wohnte einst William Sydney Porter, der als „Meister der short story" unter dem Pseudonym O. Henry weltbekannt werden sollte. Er hatte es sich aus Scham zugelegt. Sein Haus dient als Museum für sein Lebenswerk. Fünfzehntausend Menschen besuchen es jährlich.

Porter, geboren 1862, verdiente sich die ersten Dollar mit Gitarrespielen und sang als Bariton für das Hill City-Quartett. Über mehrere Jobstationen – Zigarren-Verkäufer, Angestellter bei einem Grundstücksmakler – wurde er schließlich technischer Zeichner im städtischen Katasteramt. 1887 heiratete er Athol Estes. Obwohl er mit Geld nicht umgehen konnte, nahm er eine Anstellung als Kassierer bei der First National Bank of Austin an.

Im Jahr 1894 gründete der bereits literarisch ambitionierte Porter eine Wochenzeitung mit dem seiner Zeit weit vorauseilenden Titel „The Rolling Stone". Die Zeitung war amüsant gestaltet, mit Klatsch und Tratsch, Satiren und Neuigkeiten, kleinen Geschichten, in denen sich das große Talent des späteren O. Henry abzeichnete. Aber Geld war mit dem Blatt nicht zu verdienen.

Als Porters Frau erkrankte und er nicht einmal die wichtigsten Rechnungen begleichen konnte, griff er in die Kasse der Austin-Bank. Obwohl er das Geld bald zurückzahlte, und seine Vorgesetzten ihn zu decken versuchten – in den Augen der Bankrevisoren aus Washington hatte er sich des Betruges schuldig gemacht.

Porter floh nach New Orleans und von dort nach Honduras. Er kam erst zurück, als er erfuhr, daß seine Frau, die daheim das Haus und die Tochter versorgte, todkrank war.

Eine Jury befand ihn für schuldig, am 10. Oktober 1894 die Summe von 554,48 Dollar und am 12. November 1894 weitere 229,60 Dollar aus der Kasse der Bank für eigene Zwecke entnommen zu haben. Er wurde zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Er trat die Strafe am 25. April 1898 im Gefängnis von Columbus in Ohio an. Bald durfte er den Posten des Anstaltsapothekers übernehmen, bekam ein Bett im Gefangenen-Hospital und konnte sich wieder dem Schreiben widmen. „Hier habe ich endlich Zeit dazu", meinte er lakonisch.

In den letzten und produktivsten acht Jahren seines Lebens, die er in New York verbrachte, schrieb er in der Zeit von 1902 bis 1910 allein 381 short stories. Sie erschienen unter dem Pseudonym O. Henry. Er hatte es sich aus Scham im Gefängnis zugelegt – aus Scham darüber, daß William Sydney Porter vorbestraft war.

PETER PETERS (SAD)

Schnellere Prüfung für neue Arzneien?

dpa, Berlin

Das Bundesgesundheitsamt (BGA) in Berlin wird die Bemühungen um Arzneimittel-Sicherheit verstärken und zu diesem Zweck in diesem Jahr 57 neue Stellen einrichten. Mit dem neuen Personal sollen unerwünschte Nebenwirkungen von Medikamenten erforscht und die Arbeitsbedingungen bei der Überprüfung und Neuzulassung von Arzneimitteln verbessert werden, sagte BGA-Präsident Prof. Dieter Großklaus gestern. Das Personal des BGA-Instituts für Arzneimittel kann nach Angaben des Leiters Prof. Bernhard Schnieders 800 Neuzulassungen von Medikamenten pro Jahr bearbeiten. Eingereicht würden jedoch 2400 Anträge pro Jahr, die in der vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Zeit nicht mehr bewältigt werden konnten. Weltweit würden jährlich 50 neue medizinische Wirkstoffe in jeweils vier bis fünf verschiedenen Darreichungsformen erfunden.

Traum-Vision

dpa, Bremen

Ein nächtlicher Tip brachte einem 35 Jahre alten Junggesellen in Bremen am vergangenen Wochenende einen Lottogewinn von 2 519 834 Mark. Wie die Bremer Toto- und Lottogesellschaft mitteilte, gewann er mit einem System-Service-Schein einmal in der 1. und sechsmal in der 3. Klasse. Die Glückzahlen waren ihm nach seinen Angaben „über Nacht" eingefallen.

Neue Spur?

dpa, München

Im Fall des ermordeten Wachmannes der Bundeswehrhochschule in Neubiberg bei München schließt die Polizei nicht aus, daß der verdächtigte 21jährige Informatikstudent einen Komplizen hatte. Die Blutspuren, die am Tatort gefunden wurden, stammen mit Sicherheit nicht von dem 21jährigen Fähnrich.

Nächtliches Gefecht

dpa, Rosenheim

Ein Polizist hat in der Nacht zum Mittwoch einen noch nicht identifizierten Mann in Rosenheim erschossen, der sich an den Bahngleisen zu schaffen machte. Als er gestellt wurde, kam es zu einem Handgemenge, in dessen Verlauf der Unbekannte mit einem Messer auf den Beamten einstach. Sein Kollege gab dann offenbar die tödlichen Schüsse auf den Messerstecher ab.

Anklage gegen Orthopäden

dpa, Hamburg

Die Staatsanwaltschaft Hamburg hat nach jahrelangen Ermittlungen gegen den Orthopädieprofessor Bernbeck Anklage wegen Körperverletzung erhoben. Der 69jährige Mediziner war von 1963 bis 1981 Chefarzt der Orthopädischen Abteilung im Krankenhaus Barmbek. Anfang der 80er Jahre häuften sich Schadenersatzklagen ehemaliger Patienten gegen ihn. Die Gesundheitsbehörde hat bisher an 36 Patienten 1,4 Millionen Mark Schadenersatz gezahlt.

Unter höchster Spannung

SAD, New York

Ein zweisitziges Sportflugzeug verfing sich beim Anflug auf den Flugplatz Ontario bei Los Angeles in einer Hochspannungsleitung. Der Pilot hing vier Stunden lang in den Kabeln, ehe er geborgen werden konnte.

ZU GUTER LETZT

„Welcher Kapitän mit Herz u. Verstand, ersetzt bei maritimer Sie, 58 J., flötengegangene Steuerbordlampe?" – Bekanntschaftsgesuch-Anzeige im Hamburger Abendblatt.